

Bernhard H. Bayerlein

Deutscher Kommunismus und transnationaler Stalinismus – Komintern, KPD und Sowjetunion 1929–1943

Neue Dokumente zur Konzeptualisierung einer verbundenen Geschichte

„Les obstacles à la compréhension, surtout peut-être quand il s'agit de choses sociales, se situent moins, comme l'observe Wittgenstein, du côté de l'entendement que du côté de la volonté.“
(Pierre Bourdieu: Méditations pascaliennes).

„Denn obwohl meine Geschichte die Wahrheit wiedergibt, gibt sie nicht die Substanz der Wahrheit (...). Um die Wahrheit in ihrer ganzen Substanz zu erzählen, muß man Ruhe haben und einen bequemen Stuhl fern von jeder Ablenkung, und ein Fenster, durch das man schauen kann; und dann die Fertigkeit, Wellen zu sehen, wenn man Felder vor Augen hat, und die tropische Sonne zu spüren, wenn es kalt ist; und an den Fingerspitzen die Worte, um mit ihnen die Vision festzuhalten, bevor sie entschwindet.“ (J. M. Coetzee: Mr. Cruso, Mrs. Barton und Mr. Foe. Roman. Aus dem Englischen von Wulf Teichmann. München/Wien: Hanser 1986. S. 61).

Die vorliegende Edition liefert größtenteils neues empirisches Material zur Konzeptualisierung der Geschichte des deutschen Kommunismus in der Zwischenkriegszeit und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs vor dem Hintergrund der deutsch-sowjetischen Beziehungen, der Entwicklung der Sowjetunion, des Stalinismus und der Geschichte des internationalen Kommunismus in der Komintern-Epoche von 1918 bis 1943. Unter Heranziehung neuer, seit der Archivrevolution zugänglich gewordener Dokumente aus den unterschiedlichen Provenienzen sollen im folgenden Text neue und alte, auch strittige Fragestellungen erörtert, Themenfelder neu umrissen und problematisiert, Forschungspfade neu aufgezeigt sowie Thesen und Hypothesen entwickelt werden. Die hier vorgeschlagenen Interpretationen und Methoden zeigen auf, was das neue Material nicht zuletzt gegenüber der orthodoxen und traditionellen Forschung hergeben kann. Der vorstehende Text ist insofern als *ein* Beitrag zur notwendigen neuen Theoriebildung auf breiter Front zu verstehen – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Stalinismus, KPD, deutsch-sowjetische Beziehungen und „Deutschland-Russland-Komplex“ 1929–1943

Das Thema „Deutschland, Russland und Komintern 1918–1943“ macht es erforderlich, multiple Aspekte der internationalen kommunistischen Bewegung und der Geschichte der Sowjetunion neu auszututieren. Das heißt vor allem, anhand der neuen empirischen Belege nicht nur die Geschichte der internationalen Beziehungen und der Rolle des Kommunismus als internationaler Bewegung mit seinem „Sonnensystem“ (Otto Kuusinen) internationaler Organisationen zu komplettieren und neu zu analysieren, sondern auch ein um die Transnationalität erweitertes Bild des Stalinismus zu entwerfen. Diese Aufgabe, die für die Teildisziplinen osteuropäische Geschichte, Außenpolitik der Sowjetunion oder für die Kominternforschung etc. aktuell diskutiert wird, ist nur im Rahmen der transnationalen und verbundenen Geschichte von Komintern, Kommunistischer Partei der Sowjetunion und ihrer Führungsorgane, dem Politbüro und der Führungsspitze Stalin, den internationalen Kommunistischen Parteien im Verbund der Komintern und darunter der Rolle der KPD zu leisten.¹

Die nach Recherchen in Russland, Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz neu eruierten Dokumente illustrieren erstmals die Wirkungsweise eines nicht in nationalen Grenzen zu fassenden, von drei Einheiten und Kräften bestimmten Parallelogramms, den Kommunistischen Parteien, der Komintern und der RKP(b)/VKP(b) als Machtzentrum der Sowjetunion. Die drei Kräfte wirkten international, stellten globale Bewegungen dar und bildeten globale Momente heraus, „(...) die zum Referenzpunkt für Akteure in verschiedenen Regionen wurden.“² Im Mittelpunkt dieses Textes steht die Frage nach der Funktions- und Wirkungsweise dieser vor allem durch die handelnden internationalen Organisationen vermittelten transnationalen Beziehungs-, Bewegungs- und Transfergeschichte, zu deren *global moments* die „Stalinisierung“ des Kommunismus, die deutsche und europäische Katastrophe 1933, der im Namen des Sozialismus verübte Terror in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre und die erneute europäische Katastrophe zu Beginn des Zweiten Weltkriegs gehören. Gerade aufgrund der mangelnden vergleichenden Gesamtperspektive, war es bislang schwierig, die Geschichte des deutschen Kommunismus im Spannungsfeld zwischen kommunistischer Weltbewegung und sowjetischer Politik in einem Gesamtentwurf modellartig zu beschreiben. Erst durch die globalgeschichtliche und vergleichende Sicht, die die *unterschiedlichen Wirkungsebenen* in Bezug zueinander setzt, lassen sich auch die unterschiedlichen nationalen und subnationalen Artikulationen des Kommunismus zu einem Gesamtbild formen.³ Während dies für die 1920er Jahre dank

¹ Siehe zum Konzept der Transnationalität Margrit Pernau: *Transnationale Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011 (Grundkurs Neue Geschichte).

² Pernau, *Transnationale Geschichte*, S. 83f.

³ Auch hier leisteten Pioniere wie Franz Borkenau, Ruth Fischer und bsw. Richard Löwenthal wichtige Beiträge, trotz einiger subjektiv geprägten Einschätzungen, vgl. Franz Borkenau: *European*

des von Hermann Weber entwickelten Stalinisierungsparadigmas – das gleichwohl noch transnational und vergleichend unterfüttert werden muss – weitgehend gelungen ist, konnte dieser operative Ansatz bisher weder für die 1930er Jahre, noch für die gesamte Kominternperiode von der Kommunismus- oder der Sowjetunionforschung systematisch umgesetzt werden.⁴ Einer Ausdifferenzierung der internen und externen Faktoren stehen die höchst unterschiedlichen und mäandrischen Stalinismusanalysen entgegen, die globale, transnationale Theorie- und Interpretationsansätze erschweren. Seit Öffnung der Archive sind sie größtenteils entweder kulturalistisch orientiert und deswegen an System- und Transitionsfragen uninteressiert oder auf die Gewaltgeschichte des Stalinismus in der Sowjetunion konzentriert.

Je weniger die gleichzeitig wirkenden Kräfte in einem Parallelogramm auseinandergehen, desto stärker ist die Resultante als Gesamtwirkung. Betrachtet man den Stalinismus als globales Phänomen, lassen sich starke zentrifugale Kräfte festmachen, die letztlich im Scheitern und der Zerstörung des offiziellen deutschen Parteikommunismus und der Auflösung der Komintern endeten. Die neuen Dokumente ermöglichen der Forschung eine präzisere und innovative Kontextualisierung nicht nur der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, sondern auch der Kommunistischen Internationale und der deutsch-sowjetischen bzw. sowjetisch-deutschen Beziehungen.⁵ Kommunistische Parteien, Komintern und VKP(b) verfolgten dabei zunächst unterschiedliche Aufgabenstellungen und formten eine Globalität unterschiedlicher transnationaler Artikulationen. Heute lässt sich empi-

Communism. London: Faber & Faber 1953. S. 228; Ruth Fischer: *Stalin and German Communism*. Cambridge MA: Harvard University Press 1948. Zu den neueren transnationalen Ansätzen siehe Immanuel Wallerstein: *Social Science and the Communist Interlude, or Interpretations of Contemporary History* (ISA Regional Colloquium, „Building Open Society and Perspectives of Sociology in East-Central Europe“. Krakow, Poland. 15.–17.9.1996), <http://www2.binghamton.edu/fbc/archive/iwpoland.htm> (1.9.2013); Gleb Albert: *From „World Soviet“ to „Fatherland of All Proletarians“*. *Anticipated World Society and Global Thinking in Early Soviet Russia*. In: *InterDisciplines. Journal of History and Sociology*, 1 (2012). S. 85–119; Vgl. meine Beiträge: „Communism as international Movement“ und „The Communist International“. In: *Encyclopedia of Global Studies*. Hrsg. v. Helmut Anheier u. Mark Juergensmeyer, Victor Faessel [u. a.]. 5 Bde. Thousands Oaks, CA/London: SAGE 2012. Bd. 1. S. 234–241; Id.: In: *Ibid.* S. 242f.

⁴ Siehe hierzu Hermann Weber: *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*. 2 Bde. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1969; Vgl. Hermann Webers einleitende Überblicksdarstellung der KPD-Geschichte im vorliegenden Band. Zur Stalinisierungsthese neuerdings Norman LaPorte, Kevin Morgan, Matthew Worley [u. a.]: *Bolshevism, Stalinism and the Comintern*. Basingstoke/New York 2008; Hermann Weber: *Die Stalinisierung der KPD. Alte und neue Einschätzungen*. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2007). S. 221–244; Ders.: *Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933*. In Zusammenarbeit mit Johann Wachtler. Düsseldorf: Droste 1981 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien. III. Reihe. 6).

⁵ Hierzu immer noch zielführend als Gesamtüberblick ist Dietrich Geyer: *Sowjetrussland und die deutsche Arbeiterbewegung 1918–1932*. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* XXIV (1976). H. 1. S. 2–37.

risch nachvollziehen, wie im Stalinismus die unterschiedlichen Kräfte und Ebenen gebündelt und entweder substituiert oder als unterschiedliche Kanäle im zentralen Machtzentrum der Sowjetunion zentralisiert oder zumindest austariert wurden. Die zunehmende innere Zersetzung und Schwächung der internationalen kommunistischen Bewegung der Zwischenkriegsperiode ist Resultante des globalen Stalinismus, dessen Existenz in der nächstfolgenden Weltkriegsperiode nur aufgrund einer barbarischen Kraftanstrengung gerettet werden konnte. Mit Hilfe des globalen Stalinismusmodells lassen sich eine Vielzahl neuer und alter Themenfelder, Problemkreise und Forschungsprobleme, die seit den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bereits mehrere Forschergenerationen beschäftigt haben, einer historischen Auflösung zuführen. In Teil 1 werden deswegen einige Ausführungen zu Forschungsstand und Phänomenologie des Stalinismus als transnationalem Phänomen gemacht und dabei Bausteine für eine kritische Theorie des Stalinismus entwickelt.

Die neuen Kontextualisierungen, Hypothesen und Synthesen für die Forschung, die am Schluss der folgenden Darstellung zusammengefasst werden, beleuchten die Wirkungsgeschichte des Stalinismus der 1930er und 1940er Jahre nicht nur in ihren Auswirkungen auf den deutschen Parteikommunismus, sondern unter dem Aspekt des Deutschland-Russland-Komplexes und der Veränderungen des Weltsystems im 20. Jahrhundert.

Eine neue Phase der Kommunismus- und Stalinismusforschung

Seit 1989/1991 ermöglicht der neue Dokumentenzugang nicht nur eine produktive Entfaltung der Stalinismusforschung, sondern schuf mit der Implosion der post-stalinistischen Regime und der existentiellen Krise der Kommunistischen Parteien auch gute Voraussetzungen für eine quellengestützte transnationale Aufarbeitung der internationalen kommunistischen Bewegung. Die vorliegende Edition bietet reichhaltige Ansatzpunkte und Bausteine für die immer noch ausstehende quellenkritische Theorie des Stalinismus als globalem Phänomen. Auch wenn sich die Stalinismusforschung seit der Umbruchperiode ausgangs des 20. Jahrhunderts in sozial-, kultur-, mental-, gesellschaftswissenschaftliche und anthropologische Fragestellungen diversifizierte, wurde die Systemfrage in erster Linie mit dem einseitig auf dem Gewaltsyndrom aufbauenden Totalitarismus-Ansatz beantwortet.⁶ Hier spielte das „Schwarzbuch des Kommunismus“ eine bedeutende Rolle, während die neue post-modern-kulturalistische Forschung die Systemfrage nicht stellte.

Das Wesen des Stalinismus wurde in der transnationalen Einordnung des „realen Sozialismus“ richtigerweise als Übergangsgesellschaft, in der politischen Wissenschaft auch als Übergangs- bzw. Transitions- oder Transformationsphänomen ana-

⁶ Siehe hierzu Alter L. Litvin, John L. H. Keep: *Stalinism. Russian and Western Views at the Turn of the Millenium*. Abingdon/UK/New York: Routledge 2005.

lysiert.⁷ Verfolgt man die Stalinismusanalysen bis auf ihre linken Wurzeln zurück, wurde ihr Ursprung im Gefolge der theoretischen Überlegungen Preobraženskis, Korsch, Trotzki und der antistalinistischen kommunistischen Oppositionen der 1920er und 1930er Jahre etwa durch Moshe Lewin und Stephen F. Cohen in der „Bürokratisierung einer Gesellschaft im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ gesehen,⁸ die ein Ergebnis der Verschmelzung der Staats- und Parteibürokratien mit der bürokratischen Wirtschaftsverwaltung in der Sowjetunion war. Von der obersten Herrschaftsebene aus betrachtet, beruhte der Modus der Bürokratisierung in der Sowjetunion auf personellen Netzwerken. Dabei vertraten die unterschiedlich geprägten bürokratischen und zu einem großen Teil neu rekrutierten Schichten nicht die allgemeinen Interessen – auch nicht die des Sozialismus, sondern nur die allgemeine Zielrichtung der tautologisch im Rahmen des „Sozialismus in einem Lande“ begründeten staatlichen Hypertrophierung, wie es bereits die frühe Stalinismusforschung festhielt, zu der neben Boris Souvarine und Lev Trotzki auch Karl Korsch und Karl August Wittfogel gehören.⁹ Die Übernahme der nationalen Prinzipien auf der internationalen Ebene erfolgte unter den Leitvorstellungen der „Nationalen Fronten“ und der „Volksdemokratie“ als Affirmation des nationalen Prinzips durch die kommunistischen Parteien als entscheidende Blaupause für die kommunistische Weltbewegung.

Zur theoretischen und typologischen Erfassung des Systems (bis ca. 1956) zog Moshe Lewin als Pionier der Sozialgeschichte des Stalinismus den Begriff des „bürokratischen Absolutismus“ heran, der nur für sich selbst existierte und dessen Funktionsweise Mitte der 1930er Jahre in eine „systemische Paranoia“ umschlug.¹⁰ Die „kapriziöse, paranoide, ungehinderte Tyrannei Stalins als Person“ vergrößerte durch forcierte Industrialisierung, Zwangskollektivierung und Terror die Abstände

7 Moshe Lewin (siehe im Folgenden); Stephen F. Cohen: *Bolchevism and Stalinism*. In: *Stalinism. Essays in Historical Interpretation*. Hrsg. v. Robert C. Tucker. New York: Princeton University Press 1977. S. 3–29. Ein Vorreiter war die Stalin-Biographie von Boris Souvarine aus dem Jahre 1935 (Boris Souvarine: *Staline. Aperçu du bolchévisme*. Paris: Gérard Lebovici 1935; deutsch: *Stalin. Anmerkungen zur Geschichte des Bolschewismus*. München: Bernhard & Graefe 1980). Zur Weiterführung des bürokratiekritischen Ansatzes vgl. Ernest Mandel: *Macht und Geld. Eine marxistische Theorie der Bürokratie*. Übersetzt aus dem Englischen v. Björn Krüger. Köln: Neuer ISP Verlag 2000. S. 42.

8 Mandel, *Macht und Geld*, S. 42.

9 Historiographische Arbeiten zur frühen Stalinismusanalyse sind selten. Zum Stalin-Biographen Souvarine siehe Jean-Louis Panné: *Boris Souvarine. Le Premier désenchanté du communisme*. Paris: Robert Laffont 1993. Die grundlegende Stalinismusanalyse Trotzki, als einer der wichtigsten Akteure und politischen Denker zugleich wichtigster Theoretiker des internationalen revolutionären Marxismus im 20. Jahrhundert, wird in der Forschung bis heute kaum herangezogen. Zu den Ausnahmen gehören Baruch Knei-Paz: *The Social and Political Thought of Leon Trotsky*. Oxford: Clarendon Press 1978; Helmut Dahmer, Isaac Deutscher, George Novack [u. a.]: *Leo Trotzki. Denktzettel. Politische Erfahrungen im Zeitalter der permanenten Revolution*. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1981; Pierre Broué: *Trotzki. Eine politische Biographie*. 2 Bde. Köln: ISP 2003.

10 Hierzu auch im Folgenden Moshe Lewin: *The Soviet Century*. London/New York: Verso 2005.

zur vorhergehenden Leninschen Epoche.¹¹ Lewin hob als den Stalinismus dominierende Bewegungsmodi modernisierungstheoretisch den industriellen „catch-up“ des Westens und herrschaftssoziologisch den Aufbau eines starken Staates in direkter Kontinuität des Zarismus hervor. Das Totalitarismusparadigma kennzeichnet zwar instrumentell die Herrschaftsmethoden, ist jedoch weder in der Lage, die multiplen sozialen Transformationen, noch umgekehrt die der Stalinschen Herrschaft inhärente Unsicherheit, Schwäche und Bedrohung für die Existenz der Sowjetunion hinreichend zu erhellen. Auch der Terror und seine Rationale müssten – so Moshe Lewin – differenziert betrachtet werden: Bei aller Entschiedenheit und Brutalität habe es der Stalinismus selbst durch umfassende Repression nicht vermocht, die latente Unzufriedenheit und Kritik in der Gesellschaft zu beseitigen. Als zentraler Mechanismus wirkte hierbei die „Depolitisierung“ der Kommunistischen Partei der Sowjetunion durch die Kontrolle einer sich als beherrschende Macht konstituierenden, in Staat und Produktion verwurzelten Bürokratie.¹²

Trotz vielfacher Ausdifferenzierung der Forschung haben sich in der Systemfrage große Teile der Historiographie nicht weiterentwickelt. Aufgrund der antikommunistischen Linse und dem „irreführenden Rahmen des Totalitarismus“ wurden die fundamentalen Unterschiede zwischen dem ursprünglichen „bolschewistischen System“ und dem „agrarischen Despotismus“ des Stalinismus wie die „dramatischen Veränderungen von unten“ immer weniger wahrgenommen.¹³ Überhaupt wurde der „Stalinismus“ erst spät zum Konzept von Historiographie und Erinnerungskultur, vielfach erst durch die Aufarbeitungsdynamik nach 1989 befördert. Vorher wurde der Stalinismusbegriff vielfach als antikommunistische trotzkistische Konterpropaganda und damit als für den Diskurs nicht legitim abgetan. Progressive Intellektuelle und Denker, die ihn seit den 1930er Jahren benutzten,¹⁴ wurden als Antikommunisten abgeschoben. Doch kaum war er als Bestandteil des Diskurses legitimiert, wurde er im Sinne der Totalitarismusthese ungerechtfertigt als *pars pro toto* Kommunismus und Sozialismus als ganzem übergestülpt. Die klassische Stalinismusforschung reicht bis in die 1920er und 1930er Jahre zurück. Ihre Wurzeln lagen in der politischen Kultur und der theoretischen Tradition der linken antistalinistischen Oppositionellen in der

11 Bernhard H. Bayerlein: Moshe Lewin (Vilnius 1921–Paris 2010). In: The International Newsletter of Communist Studies. Bd. XVII (2011). Nr. 24. S. 46f.

12 Empirisch belegte er dies anhand der Untersuchung der Wirtschaftsbürokraten und Administratoren der Organe der Planwirtschaft als Träger einer (insgesamt gescheiterten) Modernisierung.

13 So Robert Lengvold in seiner Rezension von Moshe Lewins „Soviet Century“: „Our original lens, fashioned from anticommunism and the misleading frame of totalitarianism, failed us by blurring the fundamental difference between the original Bolshevik order and the ‚agrarian despotism‘ of Stalinism, and by distorting the dramatic change underway from below.“ Robert Legvold: The Soviet Century. In: Foreign Affairs (1.5.2005). <http://www.foreignaffairs.com/articles/60738/robert-legvold/the-soviet-century> (1.9.2013).

14 Exemplarisch dazu die Surrealisten um André Breton, Ex-Kommunisten und zugleich herausragende Intellektuelle wie Boris Souvarine oder später George Orwell.

Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung, die den trotzkistischen und weiteren parallelen linkskommunistischen und linkssozialistischen Strömungen angehörten, – eine Kontinuität, an die bis heute in der akademischen Forschung nicht mehr angeknüpft oder die sogar verdrängt wird.

Der dem globalen Stalinismus zugrundeliegende Grundwiderspruch bestand darin, dass der Stalinismus trotz aller Renationalisierungstendenzen über die Außenpolitik und die *Cultural Diplomacy* hinaus nicht auf den Einsatz der Kommunistischen Parteien und bis 1943 auch der Komintern als transnationale Instrumente verzichtete. Der Stalinismus ist als transnationales, ja globales Phänomen, bisher kaum konzeptualisiert worden.

Auch der bis zum Genozid reichende Terror, der sich wie die Forschung erwiesen hat, als umfassender und in seinen Folgen schwerwiegender erweist als lange Zeit angenommen, gehört zu den transnationalen Wesensmerkmalen des Stalinismus. Zunächst einmal weisen, was den stalinistischen Terror angeht, die im Band vorgelegten Dokumente über den sowjetischen Horizont hinaus. Sie zeigen auch den Terror als ein transnationales Phänomen. Sie konkretisieren und präzisieren Methodik, Ergebnisse sowie mentale und lebensweltliche Folgen für die Komintern, die KPD als Institution sowie für zahlreiche internationale Akteure, besonders für die deutschen Kommunisten und bezogen auf ihre Situation in der Sowjetunion.

Auch hier lassen sich jedoch, insbesondere seit Beginn des Hochstalinismus 1929/1930, auch für die Komintern im Kriegsgefahrssyndrom, in der Kriminalisierung und der Ausübung von Gewalt gegen Kommunisten Vorläufersyndrome erkennen, die dann im „großen Terror“ in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre als „systemische Paranoia“ vollends zum Ausdruck kommen.¹⁵ Die selbst vom Volkskommissar für Äusseres, Čičerin scharf als Unfug kritisierte Kriegsgefahr-Kampagne der Komintern (siehe Dok. 212) bauschte vorhandene Krisen wie den Überfall auf die sowjetische Botschaft in Peking, die Ermordung des Sowjetbotschafters Vojkov in Warschau oder die Chamberlain-Note wie auch krasse eigene Fehler in der China- und Englandpolitik manipulativ auf bzw. deutete sie bewusst um, nicht zuletzt mit der Absicht, die Opposition zu diskreditieren (vgl. Dok. 151).¹⁶

15 Zur Funktion und Artikulation des Kriegsgefahrssyndroms siehe auch im Beitrag von Hermann Weber. Vgl. Adam B. Ulam: *Expansion and Coexistence. The History of Soviet Foreign Policy, 1917–67*. London: Secker & Warburg 1968. S. 165, 183; Manfred von Boetticher: *Industrialisierungspolitik und Verteidigungskonzeption der UdSSR 1926–1930. Herausbildung des Stalinismus und ‚äußere Bedrohung‘*. Düsseldorf: Droste 1979; Alfred G. Meyer: *The War Scare of 1927*. In: *Soviet Union/Union Soviétique* 5 (1978). 1. S. 1–25.

16 Im neueren Buch von David Stone wird die Einschätzung Meyers anhand der neu geöffneten Militärarchive der Sowjetunion auch empirisch widerlegt. Die Kriegsgefahr-Kampagne führte nicht einmal zur Intensivierung der Bewaffnungs-Anstrengungen. Die Verteidigungskampagnen in der Roten Armee liefen schon viel früher an, die reale Waffenproduktion entsprach dabei keineswegs Anforderungen eines Krieges (siehe David Stone: *Hammer and Rifle. The Militarization of the Soviet Union 1926–1933*. Lawrence: University Press of Kansas 2000. S. 43f., 50f. u. a.)

KPD, Komintern und RKP(b)/VKP(b) im Kräftereieck

Die vergleichende Sicht auf den Terror im Rahmen der sowjetischen Geschichte einerseits und der Kominterngeschichte andererseits erbringt hier neue Erkenntnisse. Er entfaltete sich in drei Wellen: Zunächst als Auslöschung der alten, die revolutionären und internationalistischen Traditionen verkörpernden bolschewistischen Eliten ab Ende 1935, dann ab 1937 das Übergreifen des Terrors auf die gesamte Gesellschaft (Massenterror) und schließlich von 1938 an die als „nationale Aktionen“ verbrämte kollektive Bestrafung, Zwangsdeportation und/oder Auslöschung gesamter Bevölkerungen nichtrussischer nationaler Minderheiten wie Georgier, Ukrainer, Russland-deutsche, Tataren oder fernöstliche nationale Gruppen, was den grundlegenden Prinzipien der Komintern zuwiderlief und keinerlei Raum mehr für das *Affirmative Action Empire* ließ (Terry Martin).¹⁷

Erst der Blick auf die Internationale und die Kommunistischen Parteien vervollständigt das Tableau. Der Terror des globalen Stalinismus schloss nicht nur die bekannten politischen Repressionen und Prozesse hinter den Linien des Spanischen Bürgerkriegs und die Ermordung großer Teile der kommunistischen Emigration in der Sowjetunion ein, sondern betraf politische Morde unliebsamer „Dissidenten“ in Europa und Übersee durch die Kommandos des NKVD oder den Einsatz großflächiger manipulativer Techniken zur Beeinflussung der öffentlichen Weltmeinung, einschließlich des Aufkaufs liberaler Pressemedien. Es unterstreicht, dass bei aller Verschiedenheit der Opfer- und Tätergruppen die unterschiedlichen Phänomene in einem Gesamtbild zusammengefasst und erklärt werden können.

Die hier veröffentlichten Dokumente stellen einen Link zwischen der Kommandoebene und den unterschiedlichen Facetten des gerade gegen deutsche Kommunisten ausgeübten Terrors her. Ausführlich dokumentiert wird das schockierend deutliche, zynische Desinteresse des russischen Politbüros an der politischen Repression, ja dem Hinschlachten der deutschen Kommunisten, dem Zehntausende KPD-Mitglieder zum Opfer fielen. Deutlich werden die abstoßende Asylpraxis der Sowjetunion, die Antifaschisten an NS-Deutschland auszuliefern, die Zerschlagung des Militärapparates der KPD von innen heraus, die verhinderte Befreiung des KPD-Führers Thälmanns, die sein Schicksal besiegelte und – nicht zuletzt – der meuchlerische Mord an der Mehrheit der deutschen Kommunisten, die im „Vaterland der Werktätigen“ eine letzte Zuflucht gesucht hatten. Die herausragende Rolle der polnischen und deutschen Kommunisten als Terroropfer sollte vor dem Hintergrund neu untersucht werden, dass sowohl die KP Polens als auch die KPD ein vorrangiges Hindernis für

¹⁷ Terry Martin: *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union 1923–1939*. Ithaca: Cornell University Press 2001 (Wilder House Series in Politics, History & Culture). Hier wird das Ende des „Affirmative Action Empire“ bereits mit dem Anfang der 1930er Jahre festgemacht. Zu einem Überblick der Deportationen siehe Jean-Jacques Marie: *Les peuples déportés d'Union Soviétique*. Bruxelles: Editions Complexe 1995 (Questions au XXe Siècle).

den Fall darstellten, dass der Weg zu einer großen Allianz der Stalinschen Sowjetunion mit Hitlerdeutschland eingeschlagen würde. Es steht außer Zweifel, dass die Parteimitglieder unter normalen Bedingungen eine solche Entwicklung nicht mitgetragen hätten.

Die Kommunistischen Parteien – Zentrum und Peripherie

Was die Geschichte des deutschen Kommunismus angeht, sind erstaunlicherweise die 1930er Jahre seit der Öffnung der Archive als Ganzes kaum systematisch erforscht worden. Dabei geht es nicht mehr um die Anfang der 1930er Jahre weitgehend abgeschlossene Stalinisierung, die sich in der Folge Hermann Webers als Paradigma in der Forschung weitgehend durchgesetzt hat, sondern gerade darum, welche (möglicherweise neue) Rolle der KPD und dem deutschen Kommunismus im neuen Koordinatensystem des vollendeten Stalinismus attribuiert war und welche Rolle sie tatsächlich spielten. Eine Schwierigkeit liegt bis heute darin, dass mit dem Stalinismus ein Prozess der Entwurzelung, Umdeutung und Zerstörung der historischen Erinnerung erfolgte, der die eigene Parteigeschichte zu einem „Buch mit sieben Siegeln“ machte. Der Substitutionalismus kennzeichnete auch die Führungsgruppen der meisten Kommunistischen Parteien. Das Stalinisierungsparadigma, das von Hermann Weber für das Beispiel der KPD entwickelt wurde, ist mittlerweile auch als transnationales Modell breit akzeptiert,¹⁸ wobei Durchsetzungsprozesse in den Kommunistischen Parteien durchaus variierten. Gegen eine statische Sicht spricht bereits der Übergangscharakter der Stalinisierung als einer Symbiose von organisatorischer Angleichung und ideologischer Konsekration des „Marxismus-Leninismus“ in den Parteien.

In den Kommunistischen Parteien ergaben sich unterschiedliche Verläufe – man vergleiche nur die KPD mit der KP Englands – und es liegt in der Natur der Sache, dass dieser Prozess nie in toto abgeschlossen wurde. Im Falle der KPD ging es zunächst um die Beseitigung der eigenständigen Wurzeln und Traditionen des deutschen Sozialismus und Kommunismus, ein Prozess der ideologisch auf den „Marxismus-Leninismus“ abgestützten Entwurzelung durch den globalen Stalinismus, ob es sich dabei um den Kampf gegen den „Luxemburgismus“ oder den „westlichen Marxismus“ handelte.

Als Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie betrachtet, beinhaltet die globale Stalinismus einen kontinuierlichen Prozess der „Nationalisierung“ der Kommunistischen Parteien als Grundtendenz, bei gleichzeitiger Anpassung an die Sowjetunion. Die erste Phase umfasste die Kommunistischen Parteien der Jahre 1919 bis 1928, deren Bindung an das Zentrum von 1921 an verfestigt wurde, gefolgt von einer

¹⁸ Weber, Die Wandlung; Siehe hierzu neuerdings Norman LaPorte, Kevin Morgan, Matthew Worley (Hrsg.): *Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization. 1917–53*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2008.

zweiten Welle der „Bolschewisierung“ ab 1924. Die zweite Phase betraf die stalinisierten Kommunistischen Parteien von 1929 bis 1939/1941, die, der sowjetischen Politik folgend, das nationale Prinzip als strategische Grundlage übernahmen. Im globalen Stalinismus spielten Deutschland und die KPD eine zentrale Rolle. Der Stalinismus wirkte sich zunächst als Funktionalisierung der KPD im Rahmen des seit 1927 verstärkt proklamierten künstlichen Kriegsgefahrssyndroms aus, die wie alle Kommunistischen Parteien die Verteidigung der Sowjetunion gegen die imperialistische Kriegsgefahr als operative und strategische Hauptaktivität zu übernehmen hatte.

KPD, Komintern und RKP(b)/VKP(b) im Weltsystem

Über das Studium der nationalen Akteure, der unterschiedlichen Perzeptionen und der kulturellen Transfers hinaus bilden Komintern und Kommunistische Parteien als historisch bisher letztes Beispiel die Matrix einer revolutionären, durch globale Networks verbundenen Institution und ihrer Transition im Stalinismus und des neu beförderten russischen Nationalismus, und damit als Grundmuster des 20. Jahrhunderts den Aufstieg und die lange Agonie des offiziellen Parteikommunismus.¹⁹ Trotz der Archivrevolution birgt die Analyse des Kommunismus und seines Doppelcharakters als Bestandteil der zentralen Herrschaftsprozesse des modernen, sich seit dem 15. Jahrhundert herausgebildeten Weltsystems noch eine Reihe theoretischer Defizite. Der vorliegende Text soll auf der Grundlage des neuen empirischen Materials neue sozialwissenschaftliche Lösungsansätze zur Erlangung eines „organisations- und herrschaftstheoretischen Verständnisses“ des Kommunismus und seiner sozial-, wirtschafts- und kulturgeschichtlichen Einordnung in das moderne Weltsystem skizzieren.²⁰ Dies bedeutet, prioritär die Veränderungen und Transformationen bzw. Transformationsperioden des Weltsystems in den Blick zu nehmen.

Während sich die junge Sowjetunion bewusst über das hegemoniale Konzept der Nation hinwegsetzte, entsprach der „Nationalisierungsprozess“ der Kommunistischen Parteien im Stalinismus einem De-Internationalisierungsprozess der Komintern, die ihre Eigenständigkeit als globaler Akteur vollends aufgab. Anhand der Dokumente lässt sich nachvollziehen, wie die auf die globalisierte Befreiung des Proletariats und auf die Durchbrechung des kapitalistischen Weltsystems orientierten Politiken von Komintern und KP Russlands im Stalinismus zur alleinigen Unterstützung der nachholenden Entwicklung der Sowjetunion funktionalisiert und die

¹⁹ Vgl. hierzu David Priestland: *The Red Flag. Communism and the Making of the Modern World*. London: Lane 2009.

²⁰ Unter Rückgriff auf die unterschiedlichen soziologischen und politikwissenschaftlichen Weltsystem-Ansätze hat Armin Stickler dies für die NGO's nach 1945 untersucht. Siehe Armin Stickler: *Nicht-regierungsorganisationen, soziale Bewegungen und Global Governance. Eine kritische Bestandsaufnahme*. Bielefeld: Transcript 2005.

internationalen Netzwerke und Kommunikationsnetze darauf ausgerichtet wurden. Dabei ließ der Stalinismus, nicht zuletzt dank der Komintern, als intermediäre, sowjetisch dominierte und zunehmend auf die reine formale Organisation ausgerichtete Institution „emanzipatorische Alternativen auf globaler Ebene“ (Stickler) ins Leere laufen oder sogar unterdrücken. Mit der Chimäre des „Sozialismus in einem Lande“ getarnt, wurde der Aufbau eines neuen großrussischen Staates nicht mehr international und revolutionär, sondern nur noch als Export des sowjetischen Modells vermittelt, falls erforderlich, auch gewaltsam durch die Rote Armee.²¹ Insofern ging es bei der hier dokumentierten Ausschaltung der zumeist links stehenden Opposition nicht ausschließlich – wie Gleb Albert ausführt – um Parteiführungs- bzw. Nachfolgeprobleme, sondern um die Theorie und Praxis der internationalen Revolution und um „die von der Sowjetunion im internationalen Kontext einzunehmende Position“.²² Trotz dieses fundamentalen Wandels gelang es dem Stalinismus, große Teile der internationalen Weltmeinung für das als reales Modell der idealen Weltgesellschaft präsentierte Modell der Industrialisierung des „Vaterlands der Werktätigen“ zu gewinnen und dabei mit einer weltumspannenden „cultural diplomacy“ zu umgarnen bzw. zu blenden.

Globale, progressive antifaschistische oder antikolonialistische Bewegungen, die in der orthodoxen Sichtweise der Historiker häufig als konsequente Produkte und Instrumente der sowjetischen Politik angesehen wurden, bspw. der feste Wille, gemeinsam mit den Westmächten eine starke Anti-Hitler-Koalition zu schmieden, oder selbstständige nationale Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika zu unterstützen, wurden dabei ideologisch kompatibel gemacht und instrumentalisiert. Der Rückzug vom originären bolschewistischen Projekt erfolgte parallel für die kapitalistischen Zentren und die mit „Baku-Perspektive“ verknüpften Ziele in der großen Peripherie.²³ Wie das Beispiel der 1926 auf Initiative von Willi Münzenberg konstituierten Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit (LAI) zeigt, wurde die antikoloniale und antiimperialistische Aufbruchsstimmung Anfang der 1920er Jahre, als Lenin, nicht Wilson, weltweit zum Vorreiter und Meinungsführer des „antikolonialen Nationalismus“ und des Prinzips der nationalen Selbstbestim-

²¹ Siehe hierzu Albert: *From World Soviet to Fatherland of All Proletarians*; Jan Foitzik: Der proletarische Internationalismus des sozialistischen Weltsystems. Die Mythologisierung des sowjetischen Führungsanspruchs. In: *vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 46 (2007). Nr. 1. S. 115–124.

²² Vgl. hierzu die zitierten ökonomischen Debatten in der Kommunistischen Akademie im Herbst 1926. Albert, *From World Soviet to Fatherland of All Proletarians*, S. 109.

²³ Vom 1.–8.9.1920 fand in Baku „Der Erste Kongress der Kommunistischen und revolutionären Organisationen des Fernen Ostens“ statt, siehe John Riddell (Hrsg.): *To See the Dawn. Baku 1920. First Congress of the Peoples of the East*. New York: Pathfinder 1993 (*The Communist International in Lenin's Time*). Wallerstein sieht Baku als zweiten Wendepunkt der Einordnung des internationalen Kommunismus in das Weltsystem. Nach dem Wiederaufbau („reassembly“) des russischen Empires sei diese die Verlagerung der revolutionären Schwerpunkte von den Zentren in die Peripherien und Semiperipherien gewesen, siehe Wallerstein: *Social Science and the Communist Interlude*.

mung wurde, nicht weiter gefördert.²⁴ Der Aufbau einer revolutionären antikolonialistischen Internationale stand nicht (mehr) auf der Tagesordnung. Diese Transition vollzog sich im Stalinismus auf globaler Ebene in zwei Stufen, zunächst durch die Einhegung im Sinne der „formalen Organisation“ („Bolschewisierung“ etc.) und dann durch eine zunehmend schärfere Kontrolle und schließlich Liquidierung der internationalen Kommunikationskanäle. Dieser Prozess gipfelte in der durch Terror beförderten Auflösung der transnationalen Verbindungsstrukturen und zugleich in den eher horizontal und „demokratischer“ ausgerichteten internationalen Massenorganisationen, dem „Sonnensystem“ der Komintern (Otto Kuusinen).

Nach dem Scheitern der Sozialdemokratie bedeutete dies innerhalb nur eines Vierteljahrhunderts den definitiven Kollaps des „Arbeiterbewegungsmarxismus“, der sich fortan auf die „juristische und politische ‚Anerkennung‘“ im Rahmen der Nationalstaaten reduzierte.²⁵ Die sozialdemokratische, kommunistische und regional auch die anarchistische Internationale bildeten die historisch bisher massivsten Bewegungen gegen das geschlossene kapitalistische Weltsystem und die von ihm produzierten Krisen, sowohl in den Zentren als auch in den (Semi-) Peripherien.²⁶ Walter Benjamin diagnostizierte nach dem Stalin-Hitler-Pakt ein doppeltes Scheitern als national begründetes Zurückweichen der Sozialdemokratie und als inneren Verrat seitens des Stalinismus.²⁷ Entsprechend des Funktionswandels der Kommunistischen Parteien sollten diese neben der kommunikativen Sprachrohrfunktion nun zuvörderst entsprechend der vermeintlichen sowjetischen Interessen der Einflussnahme auf die nationalen Regierungsapparate bzw. – in den kolonialen Ländern – die nationalen Befreiungsbewegungen dienen. In normative Vorgaben umgesetzt, bedeutete dieser Paradigmenwechsel freilich noch lange nicht, dass die Parteimitglieder dies auch „schluckten“ bzw. mitvollzogen. Neue Oppositionen und Resistenzen innerhalb und außerhalb der Parteiapparate begleiteten auch den Stalinismus.

Trotz der welthistorischen Niederlage gegenüber dem Nationalsozialismus im Jahre 1933 diente die deutsch-russische Achse dem Stalinismus weiterhin als vermeintlich erfolgreiches Mittel der nachholenden Modernisierung der Sowjetunion;

²⁴ Erez Manela: *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anti-colonial Nationalism*. Oxford: University Press Oxford 2007. S. 7f.

²⁵ Robert Kurz: *A nova simultaneidade histórica. O fim da modernização e o começo de uma outra história mundial*. In: *Folha de São Paulo* (25.1.2004).

²⁶ Zur Weltsystemtheorie Braudels und Wallersteins siehe Immanuel Wallerstein: *The Modern World System*. 4 Bde. New York/San Francisco/London: Academic Press 1974–2011.

²⁷ Walter Benjamin: *Über den Begriff der Geschichte* (1940). In: W. Benjamin: *Gesammelte Schriften*. Hrsg. v. R. Tiedemann u. H. Schweppenhäuser. Frankfurt/M. 1991. Bd. I, 2. S. 691–704, bes. S. 698f.; Vgl. dazu meinen Essay: *Innerer Verrat als Prinzip der Herrschaft. Die internationale kommunistische Bewegung und der Zweite Weltkrieg vom Stalin-Hitler-Pakt zum „Fall Barbarossa“*. In: Bernhard H. Bayerlein: *„Der Verräter, Stalin, bist Du!“*. Vom Ende der internationalen Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939–1941. Unter Mitarbeit von Natal'ja Lebedeva, Michail Narinskij u. Gleb Albert. Mit einem Zeitzeugenbericht von Wolfgang Leonhard. Vorwort v. Hermann Weber. Berlin: Aufbau 2008 (Archive des Kommunismus – Pfade des 20. Jahrhunderts. IV). S. 54–102.

wie Gerd Koenen und Jan Foitzik betonen, blieb der Deutschland-Russland-Komplex also weiterhin zentral,²⁸ nur nicht mehr auf revolutionärer Grundlage. Deutschland galt nicht mehr, wie in der Leninschen Ära, als Epizentrum der Revolution, für die jeder russische Kommunist sein Leben opfern würde. Neue Schlachtfelder der Komintern wurden China, Indien und später Lateinamerika. Zu keinem Zeitpunkt in den 1930er Jahren stufte die Komintern die Situation in Deutschland als revolutionär, nicht einmal als vorrevolutionär ein. In gewissem Sinne war die katastrophale Niederlage in Deutschland 1933 der Beleg dafür, dass die KPD, wenn überhaupt, für die sowjetische und die Kominternführung nur noch eine Hilfsfunktion im Weltsystem erfüllte.

Je mehr neue Dokumente zum Vorschein kommen, desto stärker wird die notwendige herrschaftskritische Auseinandersetzung mit dem Stalinismus gefördert, desto stärker werden orthodoxe und traditionalistische Sichtweisen der Stalinismusforschung, die bspw. das taktische Geschick oder die antifaschistische Zielsetzung des Stalinismus hervorheben, unterminiert. Stattdessen trugen der Stalinismus – und mit ihm die Kommunistischen Parteien – in erheblichem Maße zu den Katastrophen des Weltsystems im 20. Jahrhundert bei. Mit Blick auf neue Forschungen erweist sich Stalin, wie Teddy J. Uldricks bilanziert, nur allzu oft als Alleinherrscher, „der andere politische Führer missverstand, die internationale Situation völlig falsch einschätzte, irrige Politiken in die Wege leitete und vielversprechende Gelegenheiten verpasste“.²⁹

„Nationalisierung“ der Parteien implizierte zugleich eine Neudefinition der Aufgaben und Pflichten der Mitglieder. Seit Ende der 1920er Jahre wurde im Rahmen der sog. „Betriebsberichterstattung“ oder zumindest teilweise auch der „Arbeiterkorrespondenten“ die nachrichtendienstliche Tätigkeit für die Sowjetunion, also ein den Traditionen der Arbeiterbewegung als Massenbewegung fremder Typus von Aktivität, zur legitimen Artikulation von Militanz.³⁰ Der sog. „*Internationale Briefwechsel der Zellen*“ wurde, ähnlich wie die *Internationale Arbeiterkorrespondentenbewegung*,

28 Zum Deutschland-Russlandkomplex vgl. Gerd Koenen (Hrsg.): *Deutschland und die Russische Revolution. 1917–1924*. München: Fink 1998 (West-Östliche Spiegelungen. A 5); Gerd Koenen (Hrsg.): *Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten. 1900–1945*. München: Beck 2005; Jan Foitzik: *Der deutsche Rußland-Komplex 1945–47: Ostorientierung und Befreiungsambition*. Unveröff. Ms., demnächst in: *Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen*. Berlin/Moskau.

29 Teddy J. Uldricks: *Icebreaker Redux. The Debate on Stalin's Role in World War II Continues*. *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 11 (2010). Nr. 3. S. 649–660, hier: S. 660.

30 Zur Betriebsberichterstattung („BB-Arbeit“) siehe Siegfried Grundmann: *Der Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo. Das BB-Ressort. Funktionäre, Beamte, Spitzel und Spione*. Berlin: Dietz 2008; Zur Arbeiterkorrespondenten-Bewegung siehe Christa Hempel-Küter: *Die Kommunistische Presse und Arbeiterkorrespondentenbewegung in der Weimarer Republik. Das Beispiel „Hamburger Volkszeitung“*. Frankfurt/M./Bern/N.Y.: Peter Lang 1989 (Phil. Diss., Hamburg 1987) (*Hamburger Beiträge zur Germanistik*. 11).

unmittelbar von einer Kommission beim Zentralkomitee der VKP(b) angeleitet.³¹ Dieser fundamentale Paradigmenwechsel wurde zunächst antifaschistisch mit der Notwendigkeit von Informationsbeschaffung über die Rüstungsproduktion u. a. des Deutschen Reiches legitimiert. Anfang der 1930er Jahre wurde dann die „Nationalisierung“ kommunistischer Strategie und Taktik auch in Deutschland ideologisch vorangetrieben, wie es 1931 das „Programm der nationalen und sozialen Befreiung“ der KPD oder das Konzept der „Volksrevolution“ (1932) unter der Anleitung des Gegenführers Ernst Thälmann demonstrierten.³²

Eine Leitfragestellung ist, ob die „Nationalisierung“ der KPD einer Orientierung Stalins auf ein dauerhaftes Bündnis mit dem Deutschen Reich entsprach. Die Orientierung der KPD auf die nationalistischen, NS- oder faschistischen Bewegungen erreichte Anfang 1936 – also kurz nach dem VII. Weltkongress der Komintern – ihren Kulminationspunkt mit dem sog. „Versöhnungsaufwurf“ an die nationalsozialistischen „Volksgenossen“. Als Folge des von der Thälmann-Führung hinterlassenen Desasters wurde die KPD zunächst Opfer des von Hitler organisierten „Politizids“. Die offizielle Sowjetunion, die dem Blutbad kritiklos zusah, führte dies später auf ihre Art weiter, indem sie einen Großteil der sich auf ihrem Territorium befindlichen KPD-Emigranten umbringen ließ. Die Einheit der Partei, einschließlich ihres breiten kulturellen Umfelds, und damit die Verteidigung der Organisation als kognitives Skript, wurde nur noch von einer Strömung innerhalb der Partei verfolgt, die von allen Seiten als „Versöhnler“ diffamiert und deren aktivste Teile ausgeschlossen wurden. Gerade im Fall der KPD zeigte sich innerhalb von nur zehn Jahren eine extreme Hybridität, ein Wandel von der revolutionären Massenpartei über die Thälmannsche Führerpartei, den Rollentausch zur Arbeitslosenpartei bis hin zur – durch eigenes Fehlverhalten und brutale NS-Repression potenzierten – Reduzierung auf eine vom geographischen Ursprung völlig isolierte Kaderkonzentration.

Die Kommunistische Internationale

Als internationaler Leitungs- und Hilfsapparat der kommunistischen Bewegung erfüllte die Komintern die Funktion einer kulturellen Transferinstitution. Sie bildete die institutionellen und kognitiven Skripts des Internationalismus aus. Ihre Strahlkraft, die sich aus anfänglich progressiven Praktiken und Strukturen speiste, wurde im Stalinismus im Sinne eines mit diktatorischen Gewaltmethoden umgesetzten kul-

³¹ Beschluß des Plenums des ZK der VKP(b) über die innerparteiliche Lage im Zusammenhang mit der Fraktionsarbeit und der Verletzung der Parteidisziplin durch eine Reihe von Mitgliedern des ZK (23.–26.10.1926). In: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen. VI. S. 146f.

³² Man war nicht mehr weit vom Konzept der „Volksdemokratie“ entfernt. Vgl. Fernando Claudín: *The Communist Movement*; Serge Wolikow: *Le Front populaire en France*. Bruxelles: Editions Complexe 1996; Serge Wolikow, Annie Bleton-Ruget (Hrsg.): *Antifascisme et Nation. Les Gauches européennes au temps du front populaire*. Dijon: EUD 1998.

turellen Transfers genutzt, der zur Mystifizierung und Ritualisierung der Sprache und zentraler Begriffe führte, wie bsw. *Internationale Solidarität*, *Antifaschismus*, *Kriegsgefahr*, *Antiimperialismus*, *Kampf für den Frieden*. In den unterschiedlichen Parteien entwickelten die Mitglieder eine homogene, identitäre Sprache, mit entsprechenden Parolen, Symbolen und Matrizen für den Alltag (Folklore, Lieder), die den Austausch von Delegationen und die Pflege von Kontakten formalisierte. Doch trotz des Stalinismus und gefördert durch eine antifaschistische Grundhaltung einerseits und die propagandistisch verstärkte Russophilie andererseits, blieb selbst der sterile Partei-Kommunismus in den Augen vieler attraktiv und wurde, unterstützt durch liberale Intellektuelle, von der Weltöffentlichkeit positiv wahrgenommen. Der Einbruch erfolgte erst nach anhaltendem Terror und mit weltweiter Aufdeckung der Manipulationen der öffentlichen Meinung in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre.

Als die Komintern ihre Eigenständigkeit als globaler Akteur aufgab und sich insofern trotz aller Kampagnen zur Unterstützung der Industrialisierung des „Vaterlands der Werktätigen“ – obwohl ihr Leitdiskurs gerade dies bis 1935/1936 vorgab – nicht mehr für eine revolutionär vermittelte nachholende Modernisierung Russlands einsetzte, wurde sie kontinuierlich in ein selbstlegitimiertes Sprachrohr eines neuen, großrussischen Staates umgewandelt, welches der unterschiedlichen Einflussnahme auf nationale Regierungen dienen sollte. Das von innen künstlich dekretierte und nicht durch äußere Gefahr gerechtfertigte Kriegsszenario wurde als Bedrohung des neuen Stalinschen Imperiums auf die Kommunistischen Parteien übertragen.

In den 1930er Jahren führten die „Großen Säuberungen“ beinahe zur Vernichtung der Komintern. Antifaschistischen Initiativen (Frankreich, Spanien, Chile) wurde durch zunehmende Kontrolle und Unterdrückung radikaler sozialer Bewegungen ebenso entgegengewirkt wie durch individuellen Terror, Caudillismus, Stegreifrevolutionen (Brasilien 1935) und durch Spionageaktivitäten für die Sowjetunion auf allen Gebieten. Diese repressive Transformation gebar eine Anzahl oppositioneller kommunistischer Strömungen mit der Linken Opposition, der „Ultralinken“, der „Rechten Opposition“ als wichtigsten Ausprägungen. Sie bemühten sich um die Schaffung eines transnationalen oder gar internationalen Zentrums, wie die Gründung einer *IV. Internationale*, die von trotzkistischen Strömungen vorbereitet wurde und sich gegen die Degenerierung des revolutionären Gedankens und die Korruption des internationalen Kommunismus richtete. Der Stalin-Hitler-Pakt von 1939 markierte als strategischer Pakt zur Schaffung einer neuen Weltordnung und nicht einer rein taktischen Maßnahme zum Zeitgewinn, wie es der Mainstream der Forschung suggeriert,³³

³³ Die Frage nach den „offensiven“ und „kriegerischen Absichten und Plänen Stalins, die die Historiographie gleichwohl stärker beschäftigt, ist dem nachgeordnet. Sie ist eindeutig gegen die Präventivkriegsthese entschieden, siehe Bianca Pietrow-Ennker (Hrsg.): *Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion*. Frankfurt/M.: Fischer 2000; Vgl. neuerdings Teddy J. Uldricks: *Icebreaker Redux. The Debate on Stalin's Role in World War II Continues*. In: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 11 (2010). Nr. 3. S. 649–660. Dass auch westeuropäische kommunistische Führer zeitweise von einem neuen eurasischen Weltreich unter der Herrschaft Hitlers und Stalins träumten,

das Ende der linken Solidarität und des Antifaschismus. Die Liquidierung, ja aktive Bekämpfung des Antifaschismus durch die Komintern konnte zwischenzeitlich empirisch nachgewiesen werden.³⁴ Erneut änderte sich dies durch den Überfall Deutschlands 1941, der ein starkes kommunistisches Engagement innerhalb der europäischen Widerstandsbewegungen und den Sieg der Sowjetunion zur Folge hatte. Die Auflösung der Komintern diente zur Beruhigung der Alliierten und sollte den Kommunistischen Parteien mehr Spielraum im Rahmen der Nachkriegsordnung ermöglichen.

Als wichtigste äußere Klammer und zugleich Inhalt des kulturellen Transfers entwickelte die stalinisierte Komintern seit 1927 das gegen die Sowjetunion gerichtete Kriegsgefahrssyndrom, das die Kommunistischen Parteien und an herausragender Stelle die KPD funktionalisierte. Die Verteidigung der Sowjetunion gegen die imperialistische Kriegsgefahr als, wie es die neuere Forschung aufdeckte, Beschwörung einer wahren Kriegshysterie und künstlichen Feindidentifizierung wurde zum operativen und strategischen Hauptinhalt der Kominternpolitik. Die Umsetzung erfolgte selbst dann, wenn es sich, wie der amtierende sowjetische Außenkommissar Georgi Čičerin kommentierte, um eine Chimäre handelte (Dok. 212 u. a.).

Der Deutschland-Russland-Komplex – ein neues, erweitertes Bild des Stalinismus

Die Außenpolitik der Sowjetunion, die bilateralen staatlichen Beziehungen und die Rolle der VKP(b) können, gerade was das sowjetisch-deutsche Verhältnis angeht, neu gewichtet werden. So können die Beschlüsse des sowjetischen Politbüros als empirische Belege dafür herangezogen werden, dass seit dem nationalsozialistischen Machtantritt eine Massenpropaganda gegen Hitlerdeutschland in der Sowjetunion tatsächlich nicht existierte und dass darüber hinaus die sowjetische Presse die Bevölkerung über den realen Charakter des Regimes und die Situation in Deutschland bewusst nicht informierte. Der russische Historiker Besymenskij vermutete, dass eine Kritik an Hitlerdeutschland die mit den laufenden Annäherungsversuchen verbundenen Schachzüge durchkreuzt hätte.³⁵ Jedenfalls war das Verhältnis von Stalinismus und Faschismus von 1933 bis 1941 nicht von Inkompatibilität geprägt. Münzenberg lag richtig, als er Ähnliches auch der Kominternpolitik gegenüber Deutschland im Jahre 1933 bescheinigte. Allerdings beging er den Fehler, sich mit seiner Fundamentalkritik und seiner Empörung ausgerechnet an Stalin selbst zu wenden.

ist neuerdings belegt, siehe Jean-Pierre Besse, Claude Pennetier: Juin 40. La négociation secrète. Les communistes français et les autorités allemandes, Ivry-sur-Seine/Paris: Les Éditions de l'Atelier/Éditions Ouvrières 2006.

³⁴ Siehe hierzu Bayerlein, Verräter, S. 120f.

³⁵ Hierzu Lew Besymenskij: Stalin und Hitler: Das Pokerspiel der Diktatoren. Berlin: Aufbau 2002. S. 78, hierzu: AWPRF Fond 5, Opis 15, Mappe 113, Delo 123, Bl. 152–154, 4.12.1936).

Neue Dokumente aus dem Stalin-Archiv und den Hinterlassenschaften seiner engsten Mitarbeiter stellen die antifaschistische Ausrichtung der Sowjetunion in Frage. Aus der Sicht der sowjetischen Spitzen erschien der Antifaschismus gar als Vorwand („Pre-texto“), wie es der italienische oppositionelle Kommunist und Intellektuelle Pietro Tresso bereits frühzeitig formulierte. Nach außen erschien Stalin als der überzeugteste Hitler-Gegner, doch die stalinistische Sowjetunion funktionierte nicht nach der Dichotomie Faschismus/Antifaschismus, sondern nur nach derjenigen von Freund und Feind. Für die sowjetische Führungsgruppe, die nicht einmal mit dem Politbüro gleichzusetzen war, sondern aus einer jeweils von Stalin zusammengesetzten Vierer- bis Neunergruppe bestand,³⁶ waren kollektive Sicherheit, demokratische Verfassung oder Volksfront, später auch die Antikriegspolitik instrumentelle Hüllen, die in erster Linie zur Selektion, zur Aussonderung von Freund und Feind herangezogen wurden.

Die Widersprüche der sowjetischen Politik lassen sich am besten durch netzwerktheoretisches Vorgehen auflösen, personelle Netzwerke einerseits sowie institutionelle Netzwerke in Form multipler „Linien“ und „Kanäle“ andererseits. Beschränkt man sich auf eine vergleichende Sicht des Außenkommissariats und der Komintern, lässt sich für Mitte der dreißiger Jahre besonders für die Komintern der antifaschistische Impuls zwar nicht verleugnen; allerdings folgten beide Apparate dabei einer „gewissen Eigendynamik“.³⁷ Wurden bestimmte Maßstäbe überschritten, wurden beide auch – vor allem die Außenpolitik betreffend – von Stalin heftigst kritisiert und häufiger auch zurückgepfiffen.³⁸ Die These von der Komintern als Erfüllungsgehilfin der sowjetischen Außenpolitik ist zwar im allgemeinen, normativen Sinne richtig, trifft jedoch in der historischen Wirklichkeit und politischen Praxis nur bedingt zu, nicht zuletzt deswegen, weil es neben der öffentlichen Ausrichtung immer auch eine verborgene außenpolitische gab. Darüber hinaus war Stalins persönliche Unsicherheit und „Unentschiedenheit in Angelegenheit der Außenpolitik“ notorisch, wie es der englische Historiker Jonathan Haslam formulierte.³⁹ Außenpolitik und Komintern konnten dabei auch stärker divergieren. Das Umspielen auf die Perspektiven der sowjetischen Führungsgruppe brauchte nicht unbedingt eine Instrumentalisierung im Sinne der Außenpolitik zu bedeuten, sondern war eher prophylaktisch im Sinne

³⁶ Hierzu Yoram Gorlizki, Oleg V. Khlevniuk: *Cold Peace. Stalin and the Soviet Ruling Circle, 1945–1953*. Oxford: Oxford University Press 2004.

³⁷ Bianca Pietrow: *Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das „Dritte Reich“ in der Konzeption der Sowjetischen Außenpolitik 1933–1941*. Melsungen: Schwartz 1983 (Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. v. Horst Lademacher. 2).

³⁸ Stichworte sind die kollektive Sicherheitspolitik sowie die Antikriegs- und antifaschistischen Kampagnen im Rahmen der Volksfrontpolitik.

³⁹ Jonathan Haslam: *The Soviet Union and the Struggle for Collective Security 1933–1939*, New York, St. Martin's Press, 1984. Gleichwohl sieht der Autor bei Stalin ein ernsthaftes Engagement für die kollektive Sicherheitspolitik. Die gegenteilige Auffassung findet sich u. a. bei Jiri Hochman: *The Soviet Union and the Failure of Collective Security. 1934–1938*. Ithaca/New York: Cornell University Press 1984 (Cornell Studies in Security Studies).

einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zu treffenden, noch gar nicht durchschaubaren und insofern verborgenen Ausrichtung. Auch ein Hinweis auf den Stalinschen Terror ist hier angebracht, mit dem es sich vermutlich nicht grundsätzlich anders verhielt: Er war präventiv vor allem gegen diejenigen ausgerichtet, die kommenden (den Akteuren in den meisten Fällen noch gar nicht bekannten) Kurswechseln der sowjetischen Politik nicht bedingungslos folgen würden, darunter nicht zuletzt das Bündnis des Stalinismus mit Hitler. Ein solches mit Mussolini bestand de facto bereits seit Ende der 1920er Jahre; es ging bis zu Stalins abwiegelter Haltung vor dem italienischen Angriff auf Abessinien, als er Volkskommissar Litvinov und den Kritikern der italienischen Kriegsvorbereitungen vorwarf, sie verstünden die internationale Situation nicht und es ginge gar nicht um den Konflikt zwischen Italien und Abessinien, sondern den zwischen Italien und Frankreich.⁴⁰

Da der Stalinismus keinerlei theoretisches System entwickelte, ließ sich, wenn überhaupt, das strategische Axiom der Stalinschen Außenpolitik als Instrumentalisierung zwischenstaatlicher Widersprüche definieren, wobei die Staaten und Staatenbündnisse im (vermeintlichen) Interesse der Sowjetunion nach Kräften gegeneinandergehetzt und ausgespielt werden sollten. Dabei war zwar, wie in den internationalen Beziehungen fast aller Regierungen üblich, das jeweilige politische System nicht oberstes Bewertungsgremium, die besondere Behandlung der totalitären faschistischen Regime durch die Sowjetunion – so die guten Beziehungen der Sowjetunion zum Mussolini-Faschismus – verdient gleichwohl eine besondere Aufmerksamkeit. Die Historiographie ist sich dabei weiter uneins, sowohl über die inhaltliche Tragweite, als auch über die in Frage kommenden Zeiträume.⁴¹ Was im Falle Italiens vorexerziert wurde, wiederholte sich in gewisser Weise gegenüber dem NS-Regime, wobei das Ausmaß bzw. die geostrategische Bedeutung noch umstritten sind.

Die Barbarei des Zweiten Weltkriegs ließ dann die Solidarität der Linken, die trotz aller Feindschaften und Spaltungen als kulturelles Erbe bis in die Mitte der dreißiger Jahre – zumindest in Europa – Bestand gehabt hatte, zur Chimäre werden. Der Stalinsche Terror und der Spanische Bürgerkrieg, die in den letzten Jahren dank der „Archivrevolution“ intensiv erforscht wurden, haben diesen Prozess beschleunigt. Welche unrühmliche, ja unheilvolle Rolle der internationale Kommunismus, die Komintern und die KPD gerade angesichts der Verbrechen der Nationalsozialisten vom Abschluss des Stalin-Hitler-Pakts über den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und den Untergang eines demokratischen Frankreichs bis zum Existenzkampf der

⁴⁰ RGASPI, Moskau 558/11/89, 2, 20b; Zit. in Robert William Davies: *The Stalin-Kaganovič Correspondence, 1931–36*. New Haven: Yale University Press 2003. S. 293.

⁴¹ Siehe eine Zusammenfassung der beiderseitigen Argumentationen in Manfred Hildermeier: *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*. München: C.H. Beck 1998. S. 585.

Sowjetunion gegen die vor Moskau stehende Wehrmacht spielten, konnte erst mehr als fast achtzig Jahre danach anhand von Originalquellen rekonstruiert werden.⁴²

Der Deutschland-Russland-Komplex ist einerseits eine Umschreibung der besonderen Bedeutung der bilateralen Beziehungen, andererseits ist er für den globalen Stalinismus konstitutiv. Bis heute werden Grundlagen und Motivationen der deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Forschung höchst unterschiedlich diskutiert. Die Fragen nach Stalins früherer oder späterer Ausrichtung auf ein Bündnis mit Hitlerdeutschland und nach seiner Abkehr von der KPD sind weiterhin umstritten, zu denen jedoch neue Hypothesen mittlerer Reichweite vorgelegt werden können. Weit über die deutsch-russischen Beziehungen hinaus berührt dies auch die Mitverantwortung Stalins für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.⁴³ Neuere Forschungen russischer Historiker, darunter von Sergej Sluč und Lev Besymenskij, bestätigen die Vermutungen von Historikern aus den 1960er Jahren, die auf der „Krivitsky-These“ aufbauten,⁴⁴

⁴² Siehe Bayerlein, *Der Verräter*.

⁴³ Die massgeblich bereits 1940, kurz nach Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes, von Krivitsky formulierte These der frühen Orientierung Stalins auf ein Bündnis mit Hitler traf auf breite Ablehnung und wurde in der Forschung zunächst nicht weiter vertieft. Siehe Walter G. Krivitsky: *Ich war Stalins Agent*. Hrsg. v. Hellmut G. Haasis. Grafenau-Döffingen: Trotzdem Verlag 1990 (Erstausg. Amsterdam: Albert de Lange 1940). Die „Krivitsky-These“ erhellt auch die Hintergründe der sowjetischen Intervention im Spanischen Bürgerkrieg als einem mit der Weltsystem-Theorie kompatiblen Versuch, gegen das Übergreifen einer Revolution in Westeuropa eine gewisse Kontrolle zu sichern. Sie wurde später in der Forschung wieder aufgegriffen, so von George F. Kennan: *Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin*. Stuttgart: Steingruben 1961. S. 395–399 (hier wird 1936 als Wendepunkt in der Orientierung Stalins angesehen); Vgl. auch: Robert M. Slusser, Xenia Joukoff Eudin: *Soviet foreign policy 1928–1934. Documents and Materials*. University Park: PSUP 1968; Sven Allard: *Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik. 1930–1941*. Bern/München: Francke 1974. S. 21ff., 52ff.; Mikhail Heller, Aleksandr M. Nekrich: *Utopia in Power, Summit. The History of the Soviet Union from 1917 to the Present*. New York: Summit 1986. S. 254ff. Krivitskis Auffassung teilten neben dem spanischen Sozialisten und Publizisten Luís Araquistáin auch die ehemaligen, in sowjetischen Diensten stehenden Funktionäre E. Gnedin (ursprünglicher Name: Gel'fand, Sohn des russisch-deutschen Sozialdemokraten Alexander Parvus-Helphand) sowie Vladimir Petrov: *Iz istorii otnošenij meždu SSSR i fašistskoj Germaniej. Dokumenty i sovremennye kommentarii*. New York: Chronika 1970; E. A. Gnedin-Gel'fand: *Katastrofa i vtoroe roždenie. Memuarnye zapiski*. Amsterdam: Fond Imeni Gercena 1977 (Serija Biblioteka Samizdata. 8). S. 103ff. Zu den Argumenten gegen die „Krivitzky-These“ siehe Jean-François Fayet: *Karl Radek. 1885–1939. Biographie politique*. Bern [u. a.]: Peter Lang 2004 (*L'Europe et les Europes*. 4). S. 682–690; Vgl. P. D. Raymond: *Witness and Chronicler of Nazi-Soviet Relations: The Testimony of Evgeny Gnedin (Parvus)*. In: *The Russian Review* XLIV (1985), S. 379–395.

⁴⁴ Der 1936 aus sowjetischen Diensten geflohene ehemalige NKVD-Verantwortliche für Westeuropa, Walter G. Krivitsky, der am 10.2.1941 in einem Washingtoner Hotel nach angeblichem Selbstmord tot aufgefunden wurde, schrieb in seinem Hauptwerk: „Stalins ganze internationale Politik während der letzten sechs Jahre stellt eine Reihe von Manövern dar zu dem einen Zweck, die für ein Abkommen mit Hitler möglichst günstige Lage zu erreichen. Als er dem Völkerbund beitrug, als er das System der kollektiven Sicherheit propagierte, als er Frankreichs Freundschaft suchte, mit Polen flirtete, England den Hof machte, in Spanien intervenierte – bei jedem Zug schielte das eine Auge nach Berlin. Er hoffte eine solche Stellung zu gewinnen, das Hitler es vorteilhaft finden mußte, seinen Avancen entgegenzukommen.“ (Krivitsky, *Ich war Stalins Agent*, S. 19f.).

dass die sowjetische Außenpolitik bereits seit 1933 – und nicht erst seit 1938/1939 oder den „großen Säuberungen“ 1936/1938 – die Zusammenarbeit mit Deutschland als lange Linie verfolgte. Aus diesem Blickwinkel des allgemein als glaubwürdig eingeschätzten ehemaligen NKVD-Verantwortlichen für Westeuropa erscheint auch der Stalin-Hitler-Pakt nicht mehr als radikaler Bruch, sondern eher als Endpunkt einer – wenn auch nicht linear verlaufenden – Entwicklung, wie sie in den enigmatischen Worten zum Ausdruck kam, die von Radek überliefert sind: „Nur Dummköpfe können denken, dass wir irgendwann mit Deutschland brechen werden.“⁴⁵ Auch die russischen Historiker Heller und Nekrich nahmen zentrale Elemente der Thesen Krivitskys auf, darunter Stalins Desinteresse an einer Revolution, besonders in Deutschland, sowie die grundsätzlich immer zu treffende Unterscheidung von „public line“ und „behind-the-scenes policy“ in der Stalinschen Außenpolitik.⁴⁶ Dass im Herbst 1933 die geheime militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion eingestellt wurde, die für beiden Partner nicht mehr die erhofften Ergebnisse erbrachte, stellt diese Forschungshypothese nicht grundsätzlich in Frage.⁴⁷ Jedenfalls kann der Blick über die bereits seit den 1960er Jahren von Hermann Weber, Siegfried Bahne und Osip K. Flechtheim aufgearbeitete krasse „Fehleinschätzung des Faschismus“ hinaus⁴⁸ auf die Komintern und das Machtzentrum der Sowjetunion selbst gerichtet werden.⁴⁹

Welche Bestimmung dem nationalsozialistischen Deutschland und den anderen faschistischen bzw. korporatistisch-autoritären Regimen in der Konzeption der sowjetischen Politik zukam, konnte bisher noch nicht eindeutig beantwortet werden. Widersprüchliche Aussagen Stalins sowie die – zumindest bis 1938/1939 antifaschistische Grundausrichtung der Komintern ergaben ein noch zu diffuses Bild. Während neuerdings in der Historiographie differenzierte Ansätze von einer gerade aufgrund der neuen Dokumente deutlich zum Vorschein kommenden Doppelgleisigkeit der Komintern und der VKP(b) ausgehen, scheint ebenfalls eine deutliche und frühe Zielrichtung Stalins auf ein Bündnis mit Hitler nicht mehr ausgeschlossen. Während

⁴⁵ Zit. in Heller, Nekrich: Geschichte der Sowjetunion. Königstein: Athenaeum 1981. Bd. 2. S. 13. Zum Pakt siehe ausführlicher weiter unten.

⁴⁶ Mikhail Heller, Aleksandr M. Nekrich: *Utopia in Power, Summit. The History of the Soviet Union from 1917 to the Present*. New York: Summit 1986. S. 254ff.

⁴⁷ Sergej Slutsch: Deutschland und die UdSSR 1918–1939: Motive und Folgen außenpolitischer Entscheidungen. Eine neue russische Perspektive. In: *Deutsch-russische Zeitenwende: Krieg und Frieden 1941–1945*. Hrsg. v. Hans-Adolf Jacobsen. Baden-Baden 1995. S. 28–90; Ders.: Stalin und Hitler 1933–1941. Kalküle und Fehlkalkulationen des Kreml. In: *Stalin und die Deutschen: Neue Beiträge der Forschung*. Hrsg. v. Jürgen Zarusky. München 2006. S. 59–88; Besymenski, Stalin und Hitler, S. 74ff.

⁴⁸ Siegfried Bahne: „Sozialfaschismus“ in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs. In: *International Review of Social History* X (1965). S. 211–245.

⁴⁹ Stephen Kochs polemische Annahme, auch antifaschistische Leitfiguren wie Willi Münzenberg oder André Malraux seien nur bloße Werkzeuge Stalins gewesen, ist gerade im Hinblick auf die neuen Belege zur sowjetischen Politik fragwürdig, siehe Stephen Koch: *Double Lives. Stalin, Willi Münzenberg and the Seduction of the Intellectuals*. London: HarperCollins 1995. S. 123–125 u. a.

der Mainstream der Forschung noch die antifaschistische Ausrichtung als Prämisse ansieht, gewinnt, angeregt von russischen Historikern wie Sluč und Narinskij, die Annahme einer längerfristigen Vorbereitung Stalins auf ein Bündnis mit Hitler an Boden. Stalin und die Sowjetunion waren prinzipiell weder gegen das nationalsozialistische Deutschland noch gegen das faschistische Italien ausgerichtet. Jedenfalls legen die neuen Dokumente eine Neubewertung der sowjetischen Politik in den 1930er und Anfang der 1940er Jahre nahe, was eine neue Sicht auf die Geschichte der Komintern und die Kommunistischen Parteien ermöglicht und eine Überprüfung der Forschung und ihrer Ergebnisse erfordert.

KPD, Komintern und VKP(b) bis zur „Machtergreifung“ 1933

Der Kampf gegen die „Versöhnler“ und das Narrativ der Parteieinheit

Das Schlüsselereignis für die Stalinisierung des deutschen, in gewissem Ausmaß auch des internationalen Kommunismus, bildete die sog. „Wittorf-Affäre“ in der KPD, die eigentlich eine „Thälmann-Affäre“ war. Der wegen der Deckung eines Unterschlagungsfalls in der Hamburger KPD 1928 ins Zwielficht geratene „Führer der Arbeiterklasse“ wurde, nachdem er mehrheitlich durch das ZK abgewählt worden war, auf Druck Stalins durch eine Kette von bisher in der Geschichte der Komintern einmaligen bürokratischen Entscheidungen unter Anleitung von Molotov, Stalin und der Kominternführung um Pjatnickij, vollständig rehabilitiert und wieder als Parteiführer installiert.⁵⁰ Das Roll-Back-Verfahren endete mit dem offenen Brief des EKKI-Präsidiums vom 19. Dezember 1928, nun gab es offiziell nicht nur für die „Rechten“, sondern auch für die sog. „Versöhnler“ in der Komintern keinen Platz mehr, die die langersehnte Gelegenheit zur Abwahl Thälmanns beim Schopfe ergriffen hatten. Versöhnlertum sei „feiger Opportunismus“, so Stalin (Dok. 204).⁵¹ Die „linken Oppositionellen“

⁵⁰ Siehe Hermann Weber, Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin. Berlin: Aufbau-Verlag 2003 (Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts. 2).

⁵¹ Zu Geschichte und Bewertung der „Versöhnler“ siehe Bernhard H. Bayerlein: Die unbekannte Geschichte der „Versöhnler“ in der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands. Kein Randproblem der historischen Kommunismusforschung. In: The crisis of the social ideas. A Festschrift for Marjan Britovsek. Hrsg. v. A. Lesnik. Ljubljana: Faculty of Arts in Ljubljana, Department of Sociology 1996. S. 321–340; Ders.: „‘Résistants’ contre Staline. ‘Conciliateurs’ communistes et diffamateurs des libertés contre André Gide“. In: Ders.: Archives de Jules Humbert-Droz, IV, De l’engagement pour l’Internationale Communiste à la répression terroriste au nom du communisme. Hrsg. v. André Lasserre. Zürich: Chronos 2001. S. 17–78; Vgl. Reinhard Müller: Menschenfalle

waren ohnehin bereits vorher, bis spätestens zur Jahreswende 1927/1928 weitgehend eliminiert worden, die „rechten Oppositionellen“ folgten, nach dem Beispiel des russischen „pravij ukлон“, ebenfalls dem Drehbuch Stalins bis 1929/1930, zusammen mit den „Versöhnlern“. Als eine Art Verpflichtung für erwiesene Dienste forderte Stalin in einem persönlichen Brief von Thälmann nun nachdrücklich eine Verstärkung des Kampfes gegen die „Rechten und Versöhnler“ (Dok. 197).

Was den Kreis der in den zwanziger Jahren entstandenen und zum größten Teil aus der KPD ausgeschlossenen kommunistischen Oppositions- und „Zwischengruppen“ betrifft, über die Hermann Weber in seiner Einleitung ausführlich geschrieben hat,⁵² galt die Aufmerksamkeit der Historiker stärker der linken bzw. „ultralinken“ sowie der sog. „rechten“ Opposition und weniger den letzten, in den dreißiger Jahren noch innerhalb und außerhalb der Partei aktiven Oppositionsströmungen, den sogenannten „Versöhnlern“. Zusammen mit der ebenfalls gegen das Thälmannsche ZK opponierenden Gruppe um Hermann Remmele und Heinz Neumann, die sich gegenüber der Thälmanngruppe als linke Strömung im Stalinismus charakterisieren lässt, belegt die Geschichte der „Versöhnler“ als bedingungslose Verfechter der Einheit der KPD („Einheitskommunisten“ nach Pierre Broué), dass auch im Stalinismus keine umfassende Einheitlichkeit herrschen konnte, es sowohl in der stalinisierten KPD als auch in vielen anderen Kommunistischen Parteien weiterhin zu Brüchen kam. Sowohl die „Versöhnler“ als auch die linke stalinistische Strömung – nach Margarete Buber-Neumann auch die „jungen Wölfe“ – spielten in den dreißiger Jahren eine große Rolle. Sie belegten einerseits die Kontinuität der Stalinismuskritik und wurden andererseits als Blaupausen der stalinistischen Kriminalisierungs- und Stigmatisierungsdrehbücher übernommen, die nicht nur reine phantasiegeschwängerte Machinationen, sondern durchaus auf einen realen Kern zurückzuführen waren.

Von 1928 an bildete der Kampf der Thälmannschen Parteiführung gegen „Rechte und Versöhnler“ und später die „Linkssektierer“ die zentrale Narrative der KPD-Geschichte. Als dritte große Gruppe von Parteimitgliedern wurden sie wie bereits vorher zahlreiche Linksoppositionelle („Trotzkisten“) und „Rechtsoppositionelle“ zu Opfern des Stalinschen Vernichtungsfeldzugs gegen deutsche Kommunisten. Ihre oppositionellen und antistalinistischen Texte wurden bisher kaum näher untersucht. Auch ihre Rolle in der KPD wurde trotz einiger Ansätze⁵³ wurde noch nicht ausrei-

Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung. Hamburg: Hamburger Ed. 2001. S. 290 u. a.; Neuerdings auch ders., Heinrich Blücher: Hannah Arendts „Wunder-Rabbi“. Revision eines Lebenslaufs. In: Gesellschaft. Gewalt. Vertrauen. Jan Philipp Reemtsma zum 60. Geburtstag. Hrsg. v. Ulrich Bielefeld, Heinz Bude u. Bernd Greiner. Hamburg: Hamburger Edition 2012. S. 375–400.

⁵² Siehe den Beitrag von Hermann Weber in diesem Band.

⁵³ Letztmals wurde das Interesse durch die Bearbeitung des 4. Bandes der Archives de Jules Humbert-Droz auf die Geschichte dieser internen oppositionellen Strömung des internationalen Kommunismus gelenkt, die von Pierre Broué zutreffend als „Kommunisten der Einheit“ charakterisiert wurde, siehe Bernhard H. Bayerlein: „Opposition politique et système de terreur. Jules Humbert-Droz, les

chend aufgearbeitet.⁵⁴ Bisher waren nur Ausschnitte dieser dramatischen Geschichte bekannt, darunter die Lebensschicksale ihrer zentralen Akteure wie Ernst Meyer,⁵⁵ Arthur Ewert,⁵⁶ Gerhart Eisler⁵⁷ sowie einige Episoden aus der politischen Tätigkeit. Doch vieles blieb im Dunkeln, besonders aus den dreißiger Jahren, als die Versöhnler nach der Sprachregelung der Komintern eigentlich gar nicht mehr existieren durften.

Kurz vor der Wittorf-Thälmann-Affäre hatte in Moskau der Sechste Weltkongress der Komintern stattgefunden (siehe Einleitung Hermann Weber, S. 65f.). Die neuen Narrative und ihre ideologische Absicherung verlangten eine Neu- und Rückinterpretation des Kongresses und die Identifizierung eines Sündenbocks, wozu sich eben die Gruppe der „Versöhnler“ hervorragend eignete. Die Opposition gegen die „Klasse-gegen-Klasse-Politik“ der Komintern und die Umorientierung in der Gewerkschaftspolitik machte es der Stalinschen Mehrheit leicht, sie als verbindendes Element zu den „Rechten“ zu stigmatisieren. Den Ausschlag für ihre bürokratische Verdrängung gab dann ihre offensive Rolle gegen den in eine Korruptionsaffäre verstrickten Parteiführer Thälmann im September 1928.⁵⁸ Der Offene Brief des EKKI-Präsidiums vom Dezember 1928 bildete, gestützt auf entsprechende Beschlüsse des Politbüros der VKP(b) eine historische Zäsur (Politbüro 13.12.1928): „Die ganze bisherige Tätigkeit der Gruppe Ewert-Meyer bis in die letzte Zeit war ein unwiderlegbarer Beweis dafür, daß sie nicht nur die „festeste Stütze“ der deutschen Kommunistischen Partei im Kampfe gegen die Brandlerianer, im Kampf für die Durchführung der leninistischen Linie der Profintern und Komintern waren, sondern umgekehrt alles getan haben, um diesen Kampf zu verhindern. Deshalb stellt der ‚offene Brief‘ des Präsidiums des EKKI der deutschen Kommunistischen Partei als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ‚einen systematischen Kampf zur Überwindung des Versöhnertums, das den Kampf gegen die Rechten hemmt.‘“⁵⁹ Wie dünn allerdings die inhaltliche Grundlage war, zeigte der gleichzeitig mit dem „Offenen Brief“ versandte „geschlossene Brief“ an die Parteiführung, der der Parteimitgliedschaft nicht zur Kenntnis gebracht wurde.⁶⁰

„conciliateurs dans le Komintern et le PC d'Allemagne et le cas Laszlo-Gide. Une leçon de morale politique dans l'entre-deux-guerres“. In: Lasserre, Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz. IV. S. 17–78.

54 Siehe Bayerlein, Die unbekannte Geschichte; Vgl. Müller, Menschenfalle Moskau.

55 Zu Ernst Meyer wurde in der Zwischenzeit eine Dissertation vorgelegt, die für die Edition nicht mehr berücksichtigt werden konnte, siehe Florian Wilde: Ernst Meyer (1887–1930). Vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie. Diss. Universität Hamburg 2011.

56 Siehe David P. Hornstein: Arthur Ewert. A Life for the Comintern. Lanham/Maryland/London: University Press of America 1993.

57 Siehe die über weite Strecken unkritische Biographien v. Ronald Friedmann: Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie. Berlin: edition ost 2007.

58 Siehe hierzu Weber, Bayerlein, Der Thälmann-Skandal.

59 „Die Komintern über die Rechte Gefahr in der KPD“. In: Die Kommunistische Internationale X (1929). 1. S. 1–12, hier: S. 11.

60 Veröffentlicht in Archives de Jules Humbert-Droz. Siehe auch „Aus dem Kominternarchiv. Geschlossener Brief des Politsekretariats des EKKI an das ZK der KP Deutschlands, 20.12.1928“. In: The

Durch die seit 1928/1929 folgenden weiteren Parteiausschlüsse und erneuten politischen Abschwörungen, Parteistrafen, Umsetzungen usw. ergaben sich Differenzierungen in der „Versöhnlergruppe“. Während Ernst Meyer noch kurz vor seinem Tod im Februar 1930 gegen die von Moskau und vom Politbüro geforderten individuellen Unterwerfungserklärungen („Kapitulationen“) als Abschwörungen und Unterwerfungen unter die Parteilinie eintrat, ordneten sich andere – so Ewert in einer Erklärung vom 23. Februar 1930⁶¹ – öffentlich der Parteilinie unter.⁶² Als ein Beispiel unter vielen wurde die Erklärung Hugo Eberleins in den Band aufgenommen, der die KPD auf dem Gründungskongress der Komintern zehn Jahre zuvor vertreten hatte und für den Presseapparat der KPD zuständig war (Dok. 237). Die aus der Führung verdrängten „Versöhnler“ – Ewert und Eisler wurden nach Moskau abgeschoben, Süßkind, Eberlein und Ende ihrer Funktionen enthoben – bildeten ab 1930 keine unmittelbare Gefahr mehr.⁶³ Ernst Meyer, der als einziges Politbüromitglied verblieben war, wurde von wichtigen Entscheidungen ferngehalten und starb bereits im Februar 1932 in Potsdam. Süßkind arbeitete bis 1933 in unteren Parteifunktionen weiter. Auch der Schweizer Komintern-Funktionär Humbert-Droz wurde im EKKI-Apparat zurückgesetzt, bis Anfang 1931 wurde er zwar noch in Moskau geduldet, jedoch seitens der russischen Parteimehrheit in der Komintern einer ständigen Kontrolle unterworfen.⁶⁴ Der Historiker und Literaturwissenschaftler Karl Schmückle, KPD-Mitglied seit 1919 und Student bei Karl Korsch in Jena, erhielt im Jahre 1929 wegen „versöhnlerischer Ansichten“ (in Moskau) eine Parteirüge,⁶⁵ auch der politische Sekretär des Unterbezirks Berlin-Mitte, Karl Frank, „Thälmanns Füllfederhalter“ Paul Dietrich sowie der frühere Herausgeber des Neuen Deutschen Verlags, Hans Holm, waren von nun an stigmatisiert. Gerade mit letzterem standen zahlreiche Schriftsteller, Publizisten und Literaten im Umkreis der KPD in Kontakt.

Abwehr des Nationalsozialismus als Sekundärphänomen

Begleitet von maßgeblichen Interventionen Stalins und seiner engsten Entourage wurde in der Komintern und besonders der KPD ein Zickzackkurs implementiert,

International Newsletter of Historical Studies on Comintern. Communism and Stalinism I (1992/1993). S. 1f., 19–21.

61 Weber, *Die Wandlung*, S. 236ff.

62 Weber, *Die Wandlung*, S. 294ff. (Erklärung Meyer-Ewert).

63 Weber, *Die Wandlung*, S. 222ff.

64 Siehe hierzu Casto del Amo, Siegfried Bahne, Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): *Archives de Jules Humbert-Droz, III. Les Partis Communistes et l'Internationale Communiste dans les années 1928–1932*. Dordrecht/Boston/London: Kluwer Academic Publishers 1988. S. XIII u. a.

65 Reinhard Müller (Hrsg.), Georg Lukács, Johannes R. Becher, Friedrich Wolf [u. a.]: *Die Säuberung*. Moskau 1936. Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung. Reinbek bei Hamburg 1991. S. 76, 154ff.

der sich einerseits in revolutionspolitischen Übersteigerungen (Berliner Blutmai 1929, Antikriegsdemonstrationen am 1. August u. a. m.), andererseits in der Übernahme nationaler Diskurse, z. B. „Nationale und Soziale Befreiung des deutschen Volkes“ äußerte. Von 1930 bis 1933 war der Abwehrkampf gegen den Faschismus nicht nur für Stalin und die VKP(b), sondern auch für die Komintern und die KPD sekundär. Hauptfeind blieb die als „Sozialfaschismus“ diffamierte Sozialdemokratie. Umgekehrt verharmlosten VKP(b) und Komintern in Sprache und Programmatik den Nationalsozialismus als „Nationalfaschismus“, also als nationale „Sonderart“ des „Sozialfaschismus“.⁶⁶ Der antifaschistische Ansatz wurde dadurch entwertet, dass bereits seit 1930 faktisch jede deutsche Regierung als „faschistische Diktatur“ bezeichnet wurde.⁶⁷ Dabei wurde nach der Stalinschen Vorgabe in „Nationalfaschismus“ und (zur Bezeichnung der Sozialdemokratie) „Sozialfaschismus“ unterschieden. Die inflationäre Nutzung des Faschismusbegriffs ging auch in der Sowjetunion so weit, dass das NKVD 1934 eine „nationalfaschistische jüdische Literaturorganisation“ in Weißrussland herbeibeschwören konnte.⁶⁸

Wie bereits zur Vertuschung des Thälmann-Wittorf-Skandals im Herbst 1928⁶⁹ hielt die Komintern auf Druck Stalins sowohl am kommunistischen „Führer“ als auch der schematisch gegen die Sozialdemokratie gerichteten Politik fest. Zusätzlich wurden diejenigen aus der Parteiführung entfernt, die, wie Heinz Neumann, Hermann Remmele und Willi Münzenberg – hier durchaus mit Affinitäten zu den linken und „rechten“ Zwischengruppen und den realistischen Faschismusanalysen August Thalheimers und Lev Trotzki – ein konsequenteres antifaschistisches Engagement, eine revolutionäre Ausrichtung und nicht zuletzt eine „Einheitsfrontpolitik“ einforderten. Der fähigste antifaschistische Propagandist, den die Komintern besaß, schrieb an den „Lieben Freund“ (vermutlich Stalin) bereits am 20. Juli 1933: „Ich fühlte, dass, wenn man mir nicht Steine in den Weg geschmissen hätte, mir die Freiheiten in meinen Reihen gegeben hätte, die die nationalsozialistischen Propagandisten in ihren Reihen haben, ich mich jeden Tag mit ihnen gemessen hätte und bereit bin, mich morgen mit ihnen zu messen.“ (Dok. 330). Neumann und Remmele kamen im Stalinschen Terror um. Münzenberg selbst starb 1940 unter noch nicht aufgeklärten Umständen, kurz bevor ein NKVD-Agent Trotzki ermordete.⁷⁰

An Initiativen fehlte es nicht, doch waren sie, wie beispielsweise die *Antifaschistische Front*, weder parteiübergreifend, noch beruhten sie auf einer effektiven Massenpropaganda. KPD und Komintern schätzten die Bedrohung durch den Nationalsozia-

⁶⁶ Grant M. Adibekov, Kirill M. Anderson, Kirill K. Širinja, Larissa A. Rogovaja (Hrsg.): Polithjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Komintern. 1919–1943 gg. Dokumenty. Moskva: ROSSPEN 2004. S. 626–629.

⁶⁷ „Die faschistische Diktatur droht nicht mehr, sondern sie ist bereits da.“ In: Die Rote Fahne (2.12.1930).

⁶⁸ Andrej Artizov, Oleg Naumov (Hrsg.): Vlast' i chudožestvennaja intelligencija: Dokumenty CK RKP(b)-VKP(b), VČK-OGPU-NKVD o kul'turnoj politike 1917–1953 gg. Moskva: ROSSPEN 2002. S. 225.

⁶⁹ Weber, Bayerlein, Der Thälmann-Skandal.

⁷⁰ Für Münzenberg fehlt noch ein empirischer Beleg für diese Annahme.

lismus im Unterschied zu zahlreichen anderen Kominternsektionen nicht nur falsch ein, sondern verharmlosten sie. Zum Jahreswechsel 1932/1933 galt die Gefahr praktisch als überwunden, wohingegen Stalin bereits seit Mitte 1932 „mit einer baldigen Regierungsbeteiligung der NSDAP rechnete“. Damit lässt sich möglicherweise auch ein früher Zeitpunkt für seinen Entschluss festmachen, auch mit einem nationalsozialistischen Deutschland ein gutes Verhältnis aufzubauen.⁷¹ Im Juli 1932 erklärte Stalin, bei dem alle Fäden zusammenliefen, mögliche defensive und (halb-) parlamentarische Kompromisslösungen zur Lösung der Krise in Deutschland für obsolet, womit selbst eine zaghafte Verteidigung sozialdemokratischer Landesregierungen gegen nationalsozialistische Provokationen oder gegen andere institutionelle Positionen der Linken hinfällig wurden. Zugleich wurde ein partielles Zusammengehen mit den Nationalsozialisten nicht mehr ausgeschlossen.

Die Dokumente enthüllen, dass sich in der Parteispitze der KPD die Reaktion auf das Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung zu einer Kraftprobe entwickelte, die ihre innere Spaltung weiterhin vertiefte und sie im Handeln schwächte. Stalins gefährliches außenpolitisches Kalkül kommt in einem (allerdings nur indirekt überlieferten) Diktum an Heinz Neumann zum Ausdruck, zu dem er Ende 1932 gesagt haben soll: *„Glauben Sie nicht auch, dass, falls in Deutschland die Nationalisten zur Macht kommen sollten, sie so ausschließlich mit dem Westen beschäftigt sein würden, dass wir in Ruhe den Sozialismus aufbauen könnten?“*⁷² Auch hier gebrauchte Stalin die verharmlosende Bezeichnung „Nationalisten“ statt „Nationalsozialisten“ oder gar „Faschisten“. Mit dem deutschen Nationalismus konnte und wollte er offensichtlich leben. Gleichzeitig wurde die Sozialdemokratie als „sozialfaschistischer“ Hauptfeind benannt, während die Nationalsozialisten von der Komintern als „Nationalfaschisten“ und von Stalin schlicht als „Nationalisten“ bezeichnet wurden. Auf einer anderen Welle bewegten sich noch Anfang 1933 die leitenden Mitglieder der Komintern-Exekutive; sie zeigten sich davon überzeugt, dass Reichskanzler von Schleicher die Situation meistern würde.⁷³

Nationale Wendung der Sowjetunion, pseudonationaler Kurs der KPD und Kampf gegen die SPD

Häufiger wird übersehen, dass noch vor der formalen Anerkennung des Status Quo mit den westlichen Demokratien durch die Sowjetunion im Herbst/Winter 1934/1935

⁷¹ Bei Hoppe wird dies zutreffend als „vorausseilende Appeasement-Politik“ interpretiert, siehe Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933. München: Oldenbourg 2007. S. 311f.

⁷² Zit. nach Buber-Neumann: Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1957. S. 283f.

⁷³ So der Vorwurf der KPD-Opposition. Siehe Das Auslandskomitee der Berliner Opposition (Hrsg.): „Für Kommunistische Konzentration.“ In: Kommunistische Information. Hrsg. v. A. K. der Berliner Opposition. Für die Mitglieder der KPD. 3. Juni 1938. S. 1–3.

auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen die Renationalisierung der Sowjetunion mit guten, gar exzellenten Beziehungen zu nationalkonservativen, faschistischen bzw. nationalsozialistischen Staaten und Regierungen einherging (Beispiele sind Italien, Deutschland oder die chinesische Kuomintang)⁷⁴. Das erste, spektakuläre Erscheinen des Nationalismus auf der Agenda der internationalen kommunistischen Bewegung während der Stalin-Ära fiel zeitlich mit der sog. „Rechts-Links-Wendung“ der Kommunistischen Internationale und der Politik gegenüber Deutschland zu Beginn der dreißiger Jahre zusammen. Neues Material aus russischen Archiven unterstützt die Vermutung, dass der *national turn* der deutschen Kommunisten – bisweilen als „national-populistisch“ bezeichnet⁷⁵ – als Parallele oder auch Begleitmusik zu den Annäherungsversuchen der sowjetischen Führung und der deutschen Rechtsopposition bzw. der nationalsozialistischen Bewegung gesehen werden kann. Auf seine Weise setzte Stalin nun das um, was er anlässlich der kurzzeitigen taktischen Erprobung der „Schlageter-Linie“ Anfang der 1920er Jahre und einer partiellen Zusammenarbeit mit den Nationalisten gegen die französische Rheinland- und Ruhrbesetzung für eine Marotte Radeks gehalten hatte.⁷⁶

Seit 1930 konzentrierte sich der Parteidiskurs der KPD zudem auf eine pseudo-nationalistische Rhetorik der Anpassung an die NS-Diskurse („Nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes“, „Unser Führer Ernst Thälmann“, „Volksrevolution für Deutschland“),⁷⁷ als die KPD, angeleitet durch die Komintern und in konsequenter Anwendung der Vorschläge Stalins, ihr „Programm der Nationalen und Sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ zu den Reichstagswahlen am 24. August 1930 lancierte. Diese politische und linguistische Angleichung an den Nationalsozialismus wurde zu Beginn des Jahres 1931 bisweilen sogar von antisemitischen Themen begleitet.⁷⁸ Die taktische Anpassung der „Schlageter-Linie“ fast zehn Jahre zuvor wurde nun zum Hauptnarrativ.

⁷⁴ Die Kuomintang erhielt sogar Mitgliederstatus in der Kommunistischen Internationale.

⁷⁵ Siehe auch für das Folgende Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 181–197.

⁷⁶ Zum kurzzeitigen, auf Karl Radek zurückgehenden „Schlageter-Kurs“ Anfang 1923 siehe im Beitrag von Hermann Weber, S. 46f.

⁷⁷ Siehe Beitrag von Hermann Weber, S. 82f.

⁷⁸ Zumindest Desinteresse am Unverständnis des Antisemitismus, der als „Sozialismus der dummen Kerls“ (Der Begriff geht auf die Österreicher Ferdinand Kronawetter oder Engelbert Pernerstorfer im 19. Jahrhundert zurück, wurde jedoch auch von Bebel und Kautsky gebraucht) verharmlost und wie die gesamte NS-Bewegung eher als vorübergehendes Symptom angesehen wurde. Hierzu Karl Retzlau: Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters. Frankfurt/M.: Neue Kritik 1985. S. 320ff. Vgl. Olaf Kistenmacher: „Jüdischer Warenhausbesitzer finanziert Nazipropaganda“. Antifaschismus und antisemitische Stereotype in der Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Roten Fahne, am Ende der Weimarer Republik, 1928–1933. In: Politik des Hasses. Antisemitismus und radikale Rechte in Europa. Hrsg. v. Gideon Botsch, Christoph Kopke, Lars Rensmann u. Julius H. Schoeps. Hildesheim/New York/Zürich: Georg Olms 2010. S. 97–112; Ders.: Vom „Judas“ zum „Judenkapital“. Antisemitische Denkformen in der KPD der Weimarer Republik,

Spätestens seit der zweiten Hälfte des Jahres 1932 gab sich Stalin der illusionären Taktik hin, die prosowjetische „national-revolutionäre“ Minderheit innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung (von Reventlow, Niedermayer) entscheidend stärken zu können. Durch seine eigenen nationalistischen Ambitionen beeinflusst, glaubte er an einen *modus vivendi* mit den Nationalsozialisten, wie er schon mit den italienischen Faschisten erreicht worden war.⁷⁹ Da die Komintern und die Kommunistischen Parteien dies keinesfalls akzeptiert hätten, wurde mit Thälmann als Symbol ein Diversifizierungsprozess mit nationaler Ausrichtung, ein – allerdings autoritär gesteuerter – Prozess der „Nationalisierung“ der Parteien und des Hervorkehrens eigener, nationaler Faktoren vorangetrieben, um eine Diversifizierung der Kommunistischen Parteien zu erreichen.

Der „Rote Volksentscheid“ 1931: Neue Forschungsergebnisse, neue Sichtweisen

Die äußerst umstrittene Entscheidung der KPD für die Organisation eines „Roten Volksentscheids“ war eine erste Nagelprobe. Sie hatte ihren Ursprung darin, dass im Januar 1931 Rechtsparteien und Nationalsozialisten ein Plebiszit zur Auflösung des Landtags und zur Absetzung der als „marxistisch“ verteufelten SPD-Koalitionsregierung in Preußen forderten. Nach Abhaltung eines erfolgreichen Volksbegehrens legte der Reichstag den Volksentscheid durch Mehrheitsentscheidung auf den 9. August 1931 fest.⁸⁰ Im historischen Kontext betrachtet, war die Kampagne eine Reaktion auf die als Bankenkrise (Zusammenbruch der Danat-Bank) auf Deutschland übergreifende Weltwirtschaftskrise und die Radikalisierung der breiten Volksschichten. Entscheidend für eine solche last-minute „Offensive der Verzweiflung“ (Thomas Weingartner) war⁸¹, dass die wichtigste Kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion gemeinsam mit den Nationalsozialisten agierte, um eine sozialdemokratische Regierung aus dem Amt zu werfen.⁸² Dieser zweite nationalistische „turn“ war ebenfalls die Konsequenz eines „Ratschlags“ Stalins.

1919–1933. In: *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung*. Hrsg. v. Matthias Brosch [u. a.]. Berlin: Metropol 2007. S. 69–86.

79 Siehe Hoppe, In Stalins Gefolgschaft.

80 Bezüglich des „Roten Referendums“ gegen die verfassungsgemäße preußische Regierung (9.8.1931) siehe auch Martin Mevius: „New Documents and New Evidences on the ‘Red Referendum’ against Prussia, August 9, 1931.“ In: *The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism III* (1996). Nr. 7/8. S. 72–82.

81 Thomas Weingartner: *Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934*. Berlin: De Gruyter & Co. 1970.

82 Zur fundamentalen Kritik siehe Leo Trotzki: *Gegen den Nationalkommunismus. Lehren des „Roten“ Volksentscheids (25.8.1931)*. In: *Leo Trotzki. Schriften über Deutschland*. Hrsg. v. Helmut Dahmer. Bd. 1. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1971. S. 113–137.

Beim Volksbegehren hatte sich die KPD zunächst äußerst zurückgehalten; die Komintern wurde nicht in einen Meinungsbildungsprozess über die Haltung der Partei einbezogen. Auf Druck der Komintern und Stalins gegen das komplette Politbüro der KPD nahm die KPD dann unter dem Signum des „Roten Volksentscheids“ gemeinsam mit den Nationalsozialisten an der Kampagne teil. Letztendlich scheiterte der Volksentscheid, für den nur 9,8 der erforderlichen 13,4 Millionen Stimmen abgegeben wurden. Wie nun belegt werden kann, ging entgegen der Thälmannschen Version der Ereignisse die Initiative für eine Teilnahme nicht von der Komintern und/oder Stalin, sondern zunächst von den beiden Politbüro-Mitgliedern Remmele und Neumann aus. Zwar sollte ebenfalls die Sozialdemokratie bekämpft werden, konstitutiv für den Beschluss war jedoch das antifaschistische Moment, eben durch eine „Offensive der Verzweiflung“ (Weingartner) der Rechten das Heft des Handelns aus der Hand zu nehmen. Eine Schwierigkeit der Historiographie, die dies höchst unterschiedlich beurteilte, bestand bislang darin, das Zusammenspiel unterschiedlicher Motivationen und Kräfte auszdifferenzieren.⁸³ Die nun vorgelegten Dokumente der Hauptakteure aus den Reihen der KPD Neumann, Pieck und Remmele erlauben eine verfeinerte Sichtweise (siehe Dok. 264ff.).

Zwei Jahre nach den Ereignissen schilderte Remmele („Herzen“) gegenüber der Kommission zur Untersuchung seiner „Fraktionsarbeit“ in der KPD die Hintergründe der Volksentscheidskampagne. Dabei deckte das Mitglied des Politbüros endgültig auf, dass der ursprüngliche Beschluss über den Volksentscheid vom inneren Streit in der KPD-Führung einerseits und der Interessenlage in Komintern und VKP(b) andererseits überlagert gewesen war. Thälmann und die Mehrheit im Politbüro waren überwiegend und grundsätzlich gegen eine KPD-Beteiligung. In dieser Situation setzte nun eine dreistufige Entscheidungskette ein. Ein erster Vorschlag Remmeles, vermutlich bereits während des Referendums, zielte dann grundsätzlich darauf ab, dem NS-Volksbegehren zuzukommen. Ein zweiter, maßgeblich von Neumann vertretener Vorschlag zielte auf eine Beteiligung. Die Argumente fasste er in seinem „Sekretariatsbrief“ an Pieck vom 15. Juli 1931 zusammen (Dok. 264), von denen die meisten bereits in einem Zirkularbrief des ZK, einem anonymen Artikel im Zentralorgan der Komintern⁸⁴ sowie in einem fraktionellen Brief Neumanns an Flieg vom Mai 1931 enthalten waren. Gezielt wurde dabei auf Thälmanns Passivität, nicht nur in dieser Frage. Gerade angesichts des Widerstands des Parteiführers musste jedoch das

83 Hier kann auf die Arbeiten von Weber, Bahne, Weingartner, Mevius sowie die intensiven Archivrecherchen von Bert Hoppe in Moskau aufgebaut werden. Siehe Hermann Weber: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933. In Zusammenarbeit mit Johann Wachtler. Düsseldorf: Droste 1981 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, III. 6); Siegfried Bahne: Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935. New York/Frankfurt/M.: Campus 1976 (Studium Sozialgeschichte); Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers; Hoppe, In Stalins Gefolgschaft.

84 Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD. Die Hauptaufgaben des gegenwärtigen Moments. In: Die Kommunistische Internationale (7.7.1931). H. 25/26. S. 1141–1157.

Votum der Politbüro-Mitglieder abgewartet und dazu zunächst die Stimmungslage in Moskau sondiert werden.

Zu den neuen Erkenntnissen gehört unter anderem, dass Wilhelm Pieck daraufhin der Kominternführung in Moskau den Erhalt eines Telegramms des ZK der KPD mitteilte, in dem er – natürlich in „voller Übereinstimmung mit Eurer Auffassung“ – die linke Sozialdemokratie als den gefährlichsten unter den zu bekämpfenden Feinden deklarierte (Dok. 265). Damit lenkte er die Aufmerksamkeit von der ursprünglichen strategischen Absicht weg, den Volksentscheid im Fall eines zu erwartenden Einbruchs der Nationalsozialisten zu nutzen, und zielte auf die Sozialdemokratie, die implizit nur gemeinsam mit den Nationalsozialisten zu bekämpfen war. Die Mitglieder des Politbüros lehnten jedoch weiterhin eine Beteiligung ab. Wenige Tage später traf, von Pieck vermittelt, beim ZK-Sekretariat der KPD die Information ein, dass Stalin und die Kominternführung „einmütig“ und unter Bekräftigung der Argumentation des „Sekretariatsbriefes“ die Teilnahme am Volksentscheid befürworteten (Dok. 266). Dieser Umschwung muss wie eine Keule gewirkt haben, denn Thälmann warf nun Neumann vor, sein Vertrauen missbraucht und sich nicht an die Absprache gehalten zu haben, das Thema nicht anzusprechen, solange das Politbüro keine Entscheidung getroffen habe.

Wie Pieck es befürchtet hatte, stellte sich die Niederlage der KPD am 9. August als eine doppelte heraus: Die erforderlichen 13 Millionen Stimmen für eine Neuwahl des Landtags kamen nicht zustande, der erwartete positive „Effekt“ für die KPD, sich als unabhängige Kraft zu präsentieren, blieb aus. Gleichwohl feierte das Politsekretariat der Komintern das Ergebnis, das zum endgültigen Zerwürfnis zwischen Thälmann und Neumann in der KPD-Führung führte, als „bedeutenden Erfolg der KPD“ (Dok. 269).

Angesichts der hier vorgelegten Dokumente greift die in der Historiographie vorherrschende Auffassung über die rot-braune Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie zu kurz. Perzeptionsgeschichtlich relevant ist dabei, dass ein maßgeblicher Teil der KPD-Führung, darunter Thälmann selbst, zwar gegen die Sozialdemokratie hetzte und nationalistisch angehauchte Kampagnen durchführte, nicht jedoch über eine alternatives Konzept für die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten verfügte. Die sich in der Volksentscheidskampagne herauskristallisierende Opposition um Neumann, Remmele, Flieg, Münzenberg und andere dürfte versucht haben, diesem Defizit durch eigene Initiativen entgegenzusteuern, darunter der Beteiligung am Volksentscheid. Zwar wurde dabei über das Ziel hinausschossen, doch die Motivation zur Teilnahme war bei Remmele und Neumann nicht das Zusammengehen mit den Nationalsozialisten, sondern die perzeptive Manifestation der Entschlossenheit ihnen zuvorzukommen, den Volksentscheid aktiv mitzugestalten und damit das Gesetz des Handelns an sich zu reißen. Die These eines intendierten rot-braunen Zusammengehens passt hingegen eher auf die Handlungsweise der sowjetischen Staats- und Parteiführung. Diesbezüglich ist die These Weingartners weiterhin plausibel, nach der die Volksentscheidskampagne Stalins außenpolitischem Interesse inso-

fern entgegenkam, als damit Bestrebungen seitens der Brüning-Regierung auf eine Verständigung mit Frankreich konterkariert werden konnten.⁸⁵

Verkennung der nationalsozialistischen Gefahr und Pendelpolitik der Sowjetunion

Die Verkennung der nationalsozialistischen Gefahr betraf in stärkerem Masse die sowjetische und weniger die KPD-Seite. Die sowjetische (Außen-)politik wird häufiger mit den Begriffen „Dualität“ oder auch „Pendelpolitik“ umschrieben. Moskau habe, so der russische Historiker Oleg Chlevnjuk – die Situation beobachtet und es dabei vorgezogen, zwischen den verschiedenen Kräften in Europa zu balancieren.⁸⁶ Allerdings verstärkten sich im Zuge der „Archivrevolution“ die empirischen Anhaltspunkte dafür, dass Stalin bereits sehr früh, seit dem Machtantritt Hitlers oder vielleicht sogar bereits seit Beginn der dreißiger Jahre, neben der offiziellen Außenpolitik eine zweite, zunächst auf geheimen Wegen weiterverfolgte strategische Ebene miteinbezogen hatte. Der angestrebte modus vivendi mit dem konservativen (und später nationalsozialistischen) Deutschland entsprach dabei – so die bis heute umstrittene Hypothese – einer qualitativen Wende der deutsch-sowjetischen Beziehungen seit den 1920er Jahren. Der Grund dafür ist einleuchtend: Geht man jedoch von dieser Hypothese aus, müssen nicht nur die Sicht auf die sowjetische Politik, sondern auch die Geschichte der Komintern und der Kommunistischen Parteien neu kontextualisiert werden.

Die neuen Dokumente bestätigen, dass der „Weg in die Katastrophe“ (Winkler) durch Stalins Taktik, der nationalsozialistischen Bewegung Handlungsraum zuzugestehen, mit Deutschland als politischem und ökonomischem Hauptpartner zu kooperieren und sogar der Machtübernahme der Nationalsozialisten gegenüber einer SPD-Regierung den Vorzug zu geben, vorgezeichnet war. Eine Anerkennung des nationalen Prinzips in den Beziehungen zu Deutschland war bereits durch Krestinskij am 16. April 1930 formuliert worden, als er dem Außenminister der Weimarer Republik Curtius gegenüber geäußert hatte, dass die Repressionsmaßnahmen gegen die deutschen Kommunisten als innere Angelegenheit Deutschlands betrachtet würden und Deutschland seitens der Sowjetunion diesbezüglich keinerlei Beschwerden zu

⁸⁵ Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 85ff.; Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933. Bonn: J. H. W. Dietz Nachfolger 1987 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. III). S. 385–391.

⁸⁶ Oleg Chlevnjuk: 1930–1933 gg. In: Polithjuro CK RKP(b) - VKP(b) i Evropa. Rešenija „Osoboj Papki“ 1923–1939. Hrsg. v. Grant Adibekov, Anna Di Biagio, Francesca Gori, Elena Dundovic [u. a.]. Moskva: ROSSPEN 2001. S. 209–215.

erwarten hätte.⁸⁷ Die Gültigkeit dieses Prinzips wurde nach Hitlers Machtübernahme erneuert, als Botschaftssekretär Boris Vinogradov die Behandlung der Anti-Hitleropposition als inneres Problem des Reiches bezeichnete und zugleich Hitler gegenüber dem sowjetischen Botschafter Chinčuk bestätigte, dass die gemeinsamen Interessen Deutschlands und der Sowjetunion über den ideologischen Differenzen einzuordnen seien.⁸⁸

Gegenüber Thälmann erklärte Stalin noch im November 1932 eine Machteroberung Hitlers für undenkbar. Auch die in europäischen Angelegenheiten nicht unerfahrenen Mitglieder der Komintern-Exekutive zeigten sich davon überzeugt, dass Reichskanzler von Schleicher die Situation meistern würde (Dok. 303). Gleichzeitig wurde die Perspektive einer deutschen Revolution nicht einmal mehr sprachlich fixiert, in ihrer strategischen Grundeinschätzung schloss die Komintern das Vorhandensein einer vorrevolutionären – oder gar revolutionären – Situation für Deutschland strikt aus. Die verheerende Hauptorientierung von VKP(b), Komintern und KPD gegen Sozialdemokratie, „Trotzkismus“ sowie die „Rechte und Versöhnler“ machte jede Chance einer gemeinsamen aktiven linken Solidarität zur Verhinderung der braunen Flut unmöglich. Das starre Festhalten an dieser Linie gründete sich nicht zuletzt auf personelle Faktoren als Wesensmerkmale des Stalinismus, wie das offenbar blinde Vertrauen Stalins in den KPD-„Führer“ Thälmann. Im Stalinismus hatten die persönlichen Beziehungen die institutionell-personellen Komintern-Netzwerke überlagert bzw. ersetzt. Die für die Sowjetunion existentielle nationalsozialistische Gefahr wurde von den Spitzen der kommunistischen Bewegung kaum wahrgenommen, für die KPD, die Komintern und die VKP(b) ergaben sich jeweils unterschiedliche Perzeptionen.

Die „Versöhnler“ bis zur deutschen Katastrophe 1933: Einheit gegen die Thälmann-Führung und Einheitsfront gegen den Faschismus

Seit Jahresbeginn 1930 waren die „Versöhnler“ offiziell nicht mehr existent. Sie blieben jedoch als geheime Gruppe inner- und außerhalb der KPD aktiv, wobei sie gegen die Sozialfaschismus-Politik auftraten und seitens des von Stalin unterstützten Thälmann-ZK weiterhin starken Druck ausübten. Laut Anweisungen des Sekretariats der KPD vom 21. Februar 1930 durfte von nun an selbst ein Schweigen der Betroffenen – die meisten von ihnen hatten Unterwerfungserklärungen unter die Parteilinie

⁸⁷ Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Serie B. 1925–1933. XIV: 1. Januar bis 30. April 1930. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1980. S. 507.

⁸⁸ Dokumenty vnešnej politiki SSSR. XVI. Moskva: MID SSSR 1970. S. 271.

abgegeben – nicht mehr hingenommen werden.⁸⁹ Der Kampf gegen das „Versöhnlertum“ sollte verschärft werden:⁹⁰ Dies spiegelte sich in der Unterwerfungserklärung Arthur Ewerts wider, einem der fähigsten Köpfe der KPD, der nach seiner Verdrängung später zu einem Himmelfahrtskommando nach Brasilien abkommandiert wurde und nach dem gescheiterten Militärputsch von General Luis Carlos Prestes im Jahre 1935 die erlittene Folter durch die brasilianische Polizei nur in geistiger Umnachtung überlebte. In der hier veröffentlichten Treueerklärung mit dem Titel „Der Bankrott des Versöhnlertums“ forderte er eine vollständige Unterwerfung als Entscheidung für Thälmann und gegen den schon längst von Stalin aufs Abstellgleis geschobenen Bucharin.⁹¹

Die Rolle der in der KPD illegal wirkenden „Versöhnler“⁹² war in den dreißiger Jahren tatsächlich bedeutsamer, als dies bisher angenommen wurde,⁹³ bei gleichzeitiger innerer Diversifizierung und Fragmentierung der Strömung in ihren Hochburgen Hamburg und Berlin. Nach einer Charakteristik der Hamburger Gruppe bestand die Strömung in den Hauptkomponenten aus den bereits ausgeschlossenen Parteimitgliedern, den „kritischen Leuten“ in der Partei und drittens aus den Verbindungsleuten und Informanten in den Parteiapparaten, deren Einfluss sich bis in die Partei- und Kominternführung erstreckte. In der Partei stimmte man notfalls sogar für einen Ausschluss der eigenen Leute, um unentdeckt zu bleiben. Ein solches, streng konspiratives Vorgehen lag im Fall der sog. Hamburger „Puffergruppe“ vor, die von Hans Westermann, Hermann Wendt und Karl Grunert geleitet wurde.⁹⁴ Bis Ende 1932 befand sich die Zentrale der „Versöhnler“ in Berlin, die nach Ernst Meyer von Arthur

89 „Aufgrund der Beschlüsse des Weddinger Parteitags ist für das Versöhnlertum in der Kommunistischen Partei kein Platz. Die ‚Versöhnler‘ stehen also vor der Frage: Entweder Anerkennung ihrer Fehler im einzelnen, vorbehaltlose Zustimmung zu den Beschlüssen des Parteitags und des Zentralkomitees und der Bezirksleitung und offene Anerkennung, daß ihr bisheriges Schweigen eine Unterstützung des Opportunismus bedeutet, oder die Partei muß die organisatorischen Konsequenzen ziehen. Einige ‚Versöhnler‘ haben Erklärungen abgegeben, die meist unzulänglich waren. In dem Fall, wo ‚Versöhnler‘ ausreichende Erklärungen abgaben, hat das Sekretariat des ZK die Erklärung zur Kenntnis genommen und sie darauf hingewiesen, daß es darauf ankommt, daß der betreffende Genosse in der Tat beweist, daß er die Beschlüsse des Zentralkomitees überzeugt und diszipliniert durchführt. Papierne Erklärungen allein haben in einer Situation, wo die Ereignisse die Auffassungen der ‚Versöhnler‘ (zur Analyse der Lage, in der Gewerkschaftsfrage, Betriebsrätetaktik, Sozialfaschismus usw.) restlos widerlegt haben, keine große Bedeutung.“ (Weber, Die Generallinie, S. 119).

90 Weber, Die Generallinie, S. 118.

91 Die Rote Fahne (23.2.1930).

92 Weber, Die Generallinie, S. LXXVIII.

93 Hierzu auch die Diskussion in Günter Reimann, New York, and Pierre Broué, Grenoble, about the soviet spring of the year 1932. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism. I (1992/1993). Nr. 3–4. S. 35–40; II (1994/1995), Nr. 5–6. S. 83–86; Günter Reimann: Bemerkungen zum Dokument „Versöhnlermaterial“ im „Newsletter“. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism. (1996). Nr. 7/8. S. 105f.

94 „Die Sogenannte Versöhnlergruppe, 12.[19]32“. In: Leon Trotskys Exile Papers. Trotsky Archives. Harvard University: Cambridge MA., 16271/G129.

Ewert, Ernst Becker und dem Österreicher Karl Voss geleitet worden sein soll. Zerfallserscheinungen ergaben sich vermutlich infolge der Loyalitätserklärungen Ewerts und anderer sowie der Inaktivität des Reichstagsabgeordneten Karl Becker. Nach 1932 arbeitete Eduard Wald als Sekretär der Fraktion; Illegale Rundschreiben waren das Hauptkommunikationsmittel. Die Berliner Gruppe wurde vom ausgeschlossenen Karl Volk geleitet, während Max Frenzel und Georg Krausz weiterhin wichtige Positionen in der KPD bekleideten.⁹⁵ In Hamburg waren Westermann und Stephan seit ihrem Ausschluss im Februar 1930 weiter außerhalb der Partei tätig.⁹⁶ Etwa im Mai 1932 soll die Zentrale nach Hamburg verlegt worden sein und sich in den Jahren 1931 und 1932 sogar mit zwei Schreiben direkt an die Komintern gewendet haben (siehe Dok. 424).⁹⁷ Wie die „Berliner Opposition“ später verlautbarte, hatten die meisten der früheren Führer der Fraktion, wie Ewert, Eisler, Schröter und Süsskind, bereits vor 1932 mit ihr gebrochen. Andere sahen sich aufgrund von „Feigheit“ oder „Prinzipienlosigkeit“ mit dem Ausschluss konfrontiert. In einem Rechtfertigungsbericht gegenüber der Komintern behauptete Humbert-Droz später, dass Süsskind aus der Fraktion in Deutschland ausgeschlossen worden sei (Dok. 434). Dagegen habe sich der in Kominterndiensten stehende Eberlein noch im Umkreis der „Versöhnler“ bewegt, Volk habe ihn jedoch als „korrumpiert und wenig zuverlässig“ eingestuft.

Im August/September 1932 standen die „Versöhnler“ auch als internationale Strömung auf dem XII. EKKI-Plenum im Zentrum der Angriffe der stalinisierten Komintern. Neben der Kritik an der KPD wurden die KP Polens und die KP der Tschechoslowakei bezichtigt, eine internationale „Versöhnlerplattform“ vorgelegt zu haben. Ein von Humbert-Droz im Namen des ZK der KP der Schweiz vorgelegtes Dokument, das als eines der wenigen differenzierteren, umfassenden, transnationalen politischen Analysen der internationalen Situation gelten kann, wurde mit dem Bannstrahl belegt.⁹⁸ Der Schweizer wurde daraufhin aus der dortigen Parteiführung entfernt, nachdem er bereits 1931 als eine Art international vorgeschobener Posten der „Versöhnler“ aus der Leitungsarbeit des EKKI gedrängt worden war. Die „Versöhnler“ hatten nicht nur eine gegen die „Dritte Periode“ und den „Sozialfaschismus“ gerichtete differenzierte Analyse der Situation in Deutschland, sondern auch eine auf die Gesamtgesellschaft bezogene Faschismusanalyse vorgelegt. Im Unterschied zur Parteiführung wurde der Februar 1932 als Höhepunkt der gesellschaftlichen Polarisierung und Auseinandersetzung angesehen. Seitdem wurde sogar ein Rückgang der nationalsozialistischen Bewegung attestiert, der auf neue Differenzierungen auch innerhalb der unterschied-

⁹⁵ Weber, *Die Generallinie*, S. LXXVIII: „Die Berliner Versöhnlergruppe bildete die Berliner Opposition und gaben unter Karl Volk und Georg Krausz bis 1938 in der Emigration die Zeitschrift *Funke* heraus“.

⁹⁶ Weber, *Wandlung*, S. 237.

⁹⁷ Die Recherchen im Kominternarchiv blieben ohne Erfolg.

⁹⁸ Siehe hierzu „Feu bolchévique sur l’opportunisme“. In: *L’Internationale Communiste* (15.9.1932). Moskau. Publ. in Lasserre, Bayerlein: *Archives de Jules Humbert-Droz*. IV. S. 213–219.

lichen Kapitalfraktionen in Deutschland zurückgeführt wurde.⁹⁹ Bis 1933 bildete die Eroberung von Positionen im Apparat und die Schaffung von Stützpunkten eine Priorität der Aktivitäten. Korrekturen an der politischen Linie der KPD hielt man nur noch von oben für durchsetzbar. Daher beschränkte man sich weitgehend auf organisatorische Kritik am Parteiregime und vermied eine politische Fundamentalkritik. Dafür forderte man eine strikte Einhaltung der Parteibeschlüsse, selbst wenn diese der eigenen Analyse entgegenstanden. Diskussionen mit Parteimitgliedern sollten vermieden werden, ebenso Aktionen außerhalb der Partei.¹⁰⁰ Bestenfalls hielt man eine Heranziehung individueller Kontakte, zumeist auf Kaderebene, für möglich, die dann durch organisatorische Kritik und weitergehende Schulung mittels „illegaler“ Informationsmaterialien unterstützt wurden.

Der Antifaschismus der Komintern: Diskurse und Realität

Während der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre gehörte der Antifaschismus zum strategischen Fundament der Komintern, allerdings in unterschiedlicher Ausformung und Intensität. Trotz positiver Ansätze erfolgte keine grundlegende theoretische Analyse seitens der offiziellen kommunistischen Bewegung. Die Fehleinschätzung Hitlers durch die Komintern lässt sich auch auf die Abnutzung des Faschismusbegriffs im KPD-Diskurs in den Jahren vor 1933 zurückführen. Ihre *ideological power* wurde nicht nur durch die „Sozialfaschismus“-Politik geschwächt, tatsächlich wurde jede deutsche Regierung seit Beginn der 1930er Jahre als „faschistisch“ bezeichnet! Als nach Brüning, Schleicher und von Papen schließlich Hitler an die Macht kam, repräsentierte dies für die KPD eben einen „Faschismus“ unter vielen, mehr nicht. Konsequenterweise wurde dieser auch linguistisch dem sozialdemokratischen „Sozialfaschismus“ nachgeordnet. Als lexikalische Besonderheit wurde dazu der verharmlosende Begriff „Nationalfaschismus“ zur Bezeichnung des Nationalsozialismus eingeführt. Während letzterer Begriff in der KPD gebräuchlich war, ersetzte ihn Stalin selbst häufiger durch die apologetische oder verharmlosende Bezeichnung „Nationalismus“.

Seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre legten oppositionelle Kommunisten Faschismusanalysen vor, die an Prägnanz und Analyse bis heute nicht an Bedeutung verloren haben, darunter besonders die Texte Trotskis, Thalheimers und auch Münzenbergs.¹⁰¹ Gegenüber dem „Zyklus der Entwicklung zum Faschismus“, der „Krise

⁹⁹ Die sogenannte Versöhnlergruppe.

¹⁰⁰ Hierin ist ein Grund dafür zu suchen, dass die Analysen der Versöhnler bisher in der Historiographie kaum eine Rolle spielten.

¹⁰¹ Einige der prägnantesten Faschismusanalysen Trotskis sind abgedruckt in L. D. Trotzki: Schriften über Deutschland. Hrsg. v. Helmut Dahmer. Eingeleitet v. Ernest Mandel. 2 Bde. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1971 (L. Trotzki, Gesammelte Werke, I–II). Hierin siehe bes. Lev Trotzki: „Portrait des Nationalsozialismus“. In: Trotzki: Schriften über Deutschland. Bd. 2. S. 571–580; Lev Trotzki:

des deutschen Kapitalismus“ und der „Tragödie des deutschen Proletariats“ bedeutete – so Trotzki – der Nationalsozialismus als „gewaltsame Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel des Volkes im Interesse des Imperialismus – die wahre geschichtliche Sendung der faschistischen Diktatur – (...) die Vorbereitung des Krieges; diese Aufgabe duldet keinerlei Widerstand von innen und führt zur weiteren mechanischen Zusammenballung der Macht. Den Faschismus kann man weder reformieren noch zum Abtreten bewegen. Ihn kann man nur stürzen. Der politische Weg der Nazi-herrschaft führt zur Alternative Krieg oder Revolution.“¹⁰² Im Einvernehmen mit den Analysen Gramscis und gegen die innerhalb der Komintern herrschenden, verschwommenen Vorstellungen – die besondere Radikalität und emotionale Aggressivität des Faschismus wurde zwar registriert, nicht jedoch als Erscheinungsform einer tiefergehenden Funktion verstanden – richtete Trotzki sein Hauptaugenmerk auf die soziale Funktion des Faschismus innerhalb des Kräfteverhältnisses der Klassen: Das faschistische ‚Massenphänomen‘ beschrieb er später als die ‚plebejische Lösung‘ der Konterrevolution, den Rassismus und Antisemitismus als Kulminationspunkt der ahistorischen Komponente faschistischer Ideologie, der in Richtung auf die Massen als eine Art „zoologisches Pendant“ zum Materialismus und von Seiten der Bourgeoisie als Dissimulierung des ökonomischen Liberalismus gebraucht würde. Überhaupt habe Hitler im Vergleich zu Mussolini – ein Bezug, der seitens der Komintern vollkommen fehlte – die „Methodologie des italienischen Faschismus in die Sprache der deutschen Mystik übersetzt“.¹⁰³

Seitens der sowjetischen Staats- und Außenpolitik wurde der Antifaschismus als Grundausrichtung der kommunistischen Bewegung durch die guten Beziehungen zum Mussolini-Regime in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre erstmals durchbrochen, obwohl breite Parteikreise dagegen opponierten und in der Komintern bsw. auch der für die romanischen Länder Europas und Südamerikas zuständige „lateinische“ Sekretär des EKKI, Jules Humbert-Droz, dagegen protestierte.¹⁰⁴ Im Falle des

Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats. In: Trotzki: Schriften über Deutschland, Bd., 1, S. 180–307. Vgl. zu weiteren Faschismusanalysen bes. August Thalheimer: Über den Faschismus. In: Faschismus und Kapitalismus. Hrsg. v. Otto Bauer, Herbert Marcuse, Arthur Rosenberg [u. a.]. Frankfurt/M./Wien: Europäische Verlagsanstalt und Europaverlag 1967. S. 19–38 (Politische Texte). Zu Trotzki's Faschismusanalyse siehe auch Bernhard H. Bayerlein: L. Trockij und seine Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Grundlagen und methodischer Zugang. In: *Pensiero e Azione politica di Lev Trockij. Atti del convegno Internazionale per il quarantesimo anniversario della morte promosso dalla Fondazione Giangiacomo Feltrinelli*. Hrsg. v. Francesca Gori. II. Firenze 1982. S. 667–692.

102 Trotzki, „Portrait des Nationalsozialismus“, S. 579.

103 Trotzki, „Portrait des Nationalsozialismus“, S. 574.

104 Der italienische Fall macht frühe Formen der Doppelgleisigkeit von Komintern- und sowjetischer Politik sichtbar. So hatte die KP Italiens zusammen mit dem Lateinischen Sekretariat der Komintern Anfang 1927 eine internationale Boykottkampagne des faschistischen Italiens gefordert. Doch die Ablehnung durch Stalin und auch Bucharin zeigte die Dominanz der russischen Interessen. Ein Boykott seitens der Sowjetunion hätte die „(...) internationale politische Aufmerksamkeit, die auf China und die Sowjetunion konzentriert sein muss, auf Italien abgelenkt“ – so stellte Humbert-Droz wohl die offizielle

Deutschen Reiches wurde auf prophylaktische staatspolitische oder operativ militärische Maßnahmen gegen die Machteroberung Hitlers als geostrategische negative Wende der Kräftebalance in Europa zu Ungunsten der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung jedenfalls verzichtet. Die hier veröffentlichten Beschlüsse des sowjetischen Politbüros lassen den Schluss zu, dass die staatlichen Organe der Sowjetunion nicht einmal defensive Maßnahmen im Vorfeld einleiteten, obwohl mit Hitler erklärtermaßen das Prinzip der Zerstörung der Sowjetunion und der Liquidierung der internationalen kommunistischen Bewegung zur Macht gelangt war. Die Komintern ließ sich insofern in dieses Handlungsschema integrieren und verzichtete auf eine gemeinsame Abwehrstrategie der Arbeiterbewegung gegen Hitler, ja verdamnte sogar eine solche als konterrevolutionäres Teufelszeug.¹⁰⁵

Am 28. Januar 1933, zwei Tage vor der „Machtergreifung“, berichtete die *Pravda* über die Krise der Regierung Schleicher. Dabei gestand sie den „Nationalfaschisten“, in Abkehr vom geltenden Sprachgebrauch, auch die voll ausgeschriebene Bezeichnung „National-Sozialisten“ zu, während die Sozialdemokraten nach wie vor als „Soz[ial]-Faschisten“ diffamiert wurden.¹⁰⁶ An gleicher Stelle ist von der „Liquidierung einer konterrevolutionären trotzkistischen Gruppe in Deutschland“ die Rede, auch dies ein Hinweis darauf, dass die innerkommunistische Opposition selbst, also der reale und imaginierte Trotzkismus, neben der Sozialdemokratie weiterhin als eigentlicher Hauptfeind angesehen wurde. Noch eine Woche nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler veröffentlichte die *Pravda* einen Artikel mit der Überschrift „Angriff des polnischen Faschismus auf die Werktätigen“ (!)¹⁰⁷ – womit den historischen Vorgängen in Deutschland ihre Singularität genommen wurde. Am 1. Februar 1933 wurde auf der Titelseite ein Hitler-Vertrauter mit einer Voraussage scharfer Repressionen gegen die KPD zitiert, daneben prangerte eine Notiz die „Sozialfaschisten“ an, sie würden zur „Unterwerfung unter die Hitler-Regierung“ aufrufen. Die *Pravda*-Artikel suggerierten, dass es sich bei den faschistischen Regimen um eine Art europäische Normalität handelte.

Die fatale, zwischen *laisser faire*, krassen Fehleinschätzungen, falschen Einordnungen („Sozialfaschismus“) und vorsätzlichem Appeasement gegenüber dem

Haltung dar. „La chose viendra au Présidium mercredi, mais après cette position des Russes, il est bien difficile d'insister. Les intérêts de l'URSS, à l'heure actuelle où l'Angleterre menace de rompre, sont certainement au-dessus de tout.“ (Brief von Jules Humbert-Droz an Palmiro Togliatti, Moskau, 26.2.1927, in: Archives de Jules Humbert-Droz. Les partis communistes des pays latins et l'internationale communiste dans les années 1923–1927. Hrsg. Von Siegfried Bahne, Bernhard Bayerlein, Eugen Kretschmann und Reiner Tosstorff, Dordrecht-Boston-London, D. Reidel Publishers, 1983, S. 376–379, hier S. 378.)

105 Siehe als extremes Beispiel den Artikel von Willi Münzenberg: Trotzkis faschistischer Vorschlag einer Blockbildung der KPD mit der SPD. In: Der Rote Aufbau, 15.2.1932.

106 Der Titel lautete: Germanskoe pravitel'stvo nastajvaet na ramorospuske rejshtaga. Ot našego special'nogo korespondenta. In: Pravda, 28.1.1933. Zur „trotzkistischen Gruppe“ lautete der Titel: „Likvidacija kontrevoljucionnoj trockistskoj grupy v Germanii“.

107 Nastuplenie pol'skogo fašizma na trudjaščichsja. In: Pravda, 8.2.1933.

Nationalsozialismus anzusiedelnde Strategie der KPD und der Komintern erwies sich auf dem Hintergrund von Stalins Machtkalkül in den Jahren 1931 bis 1933 als selbst-zerstörerisch. Nicht nur die kommunistische Opposition und die SPD, sondern auch Teile der Komintern und die Parteiführung beklagten Passivität und den Verzicht auf eine nachhaltige Widerstandsstrategie vor und unmittelbar nach dem Machtantritt Hitlers. Die Dramatik einer welthistorischen Situation, die in der Katastrophe endete, wird hier durch interne Analysen und Prognosen von Eugen Varga, von Emissären der Komintern wie Lajos Mad'jar oder auch durch teilweise entwaffnend offene Briefe Thälmanns, die bisher dem interessierten Leser unbekannt waren, anschaulich greifbar.

Schicksalsjahr 1933. KPD, Komintern und VKP(b) von der „Machtergreifung“ Hitlers bis zum Reichstagsbrandprozess

KPD und „Machtergreifung“: Unverständnis und Verwirrung

Eine abschließende Bewertung der Haltung und Beweggründe von Komintern und sowjetischer Führung zur „Machtergreifung“ – die KPD befand sich im Januar/Februar 1933 im Schockzustand – ist immer noch schwierig. Eine Vielzahl relevanter Dokumente befindet sich noch immer in den russischen Archiven unter Verschluss. Während bsw. die sowjetisch-französischen Beziehungen durch die Veröffentlichung der Politbüro-Protokolle weitgehend abgedeckt wurden, fehlen selbst in den Politbüro-„Sondermappen“ Hinweise auf die geheimen Kontakte Stalins mit NS-Deutschland durch Emissäre wie Karl Radek (1933/1934), David Kandelaki (1935–1937) und Sergej Bessonov (1935/1937).¹⁰⁸ Dafür lässt sich die Zurückhaltung hinreichend nachweisen, mit der die sowjetische Führungsgruppe auf diese katastrophale Niederlage reagierte, die nicht unbedingt einen „Wendepunkt in der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen“ bedeutete.¹⁰⁹ Zwar erfolgte im Herbst 1933 die Beendigung der deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit, in eine Krise gerieten die politischen Beziehungen jedoch erst in den Jahren Ende 1934/Anfang 1935.

Seitens der Komintern und der KPD herrschte angesichts der „Machtergreifung“ gleichermaßen Realitätsverlust, Ungläubigkeit und Mehrstimmigkeit vor. Der historische Einschnitt wurde auch deswegen von den Spitzen nicht wahrgenommen, weil

¹⁰⁸ Michail Narinskij: 1934–1939. In: Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa. Hrsg. v. Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.]. S. 298–304, hier: S. 303, Fn. 17; Jonathan Haslam: *The Soviet Union and the Struggle for Collective Security 1933–1939*. New York 1991.

¹⁰⁹ Slutsch, Stalin und Hitler, S. 59.

die Komintern mit einem raschen Ende des Hitlerregimes rechnete.¹¹⁰ Bezeichnen-derweise machte nicht die Komintern, sondern die Sozialistische Arbeiter-Internationale am 19. Februar 1933 ein erstes Einheitsfront-Angebot an die III. Internationale, die dabei von Teilen der SPD, darunter Vorwärts-Chefredakteur Friedrich Stampfer, unterstützt wurde (siehe Dok. 307). Die Dokumente decken in diesem Fall unerwarteter Weise auf, dass in den entscheidenden sechs Wochen nach der „Machtergreifung“ bis einige Zeit nach dem Reichstagsbrand in der Nacht vom 27./ 28. März 1933 die direkte Kommunikation der KPD-Führung mit der Komintern in Moskau offenbar vollkommen ausgefallen war. Der hier erstmals veröffentlichte Thälmann-Brief ist auf zwei Tage vor dem Reichstagsbrand (den 27.2.1933) datiert (siehe Dok. 308) und ist der letzte (zudem gescheiterte) nachweisbare Versuch einer Kontaktaufnahme mit der Kominternspitze in Moskau nach dem Machtantritt Hitlers und vor der eigenen Verhaftung. Ein Vergleich der Eingangs- und Ausgangsdaten auf dem Dokument macht deutlich, dass er, in Ermangelung eines Boten, erst am 9. März 1933 abgeschickt wurde – vermutlich über die diplomatische Post der sowjetischen Botschaft (!).

In der Literatur wird der Antifaschismusbegriff häufig auf den Widerstand gegen das bereits etablierte NS-System begrenzt. Zunächst sollte jedoch die Rolle von KPD, Komintern und stalinistischer Sowjetunion *beim Aufstieg* und der „Machtergreifung“ des Nationalsozialismus in Deutschland erörtert werden. Die weitestgehend kampflose Niederlage der stärksten Arbeiterbewegung in Europa und der stärksten kommunistischen Partei nach der KP der Sowjetunion besiegelte das Versagen von KPD und Komintern gegenüber dem Nationalsozialismus in einer welthistorischen, für das 20. Jahrhundert entscheidenden Situation (Heinrich August Winkler). Es begann damit jedoch auch eine spannende, noch kaum aufgearbeitete Debatte. Die linke Kritik wurde am konsequentesten von Trotzki geäußert, der den 30. Januar 1933 in Analogie zur Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD und dem „Burgfrieden“ der sozialistischen Parteien der Zweiten Internationale vom 4. August 1914 zum historischen Wendedebakel erklärte. Damit sei der revolutionäre Pfad von KPD und III. Internationale definitiv beendet, was den Aufbau einer neuen Arbeiterinternationale erforderlich mache.¹¹¹ Angesichts der einsetzenden Verfolgungswelle und der Illegalität sah sich die KPD gezwungen, auf alte Kader zurückzugreifen, die häufig oppositionell zur Parteiführung eingestellt waren.¹¹² In einem hier veröffentlichten Flugblatt aus Berlin-Weißensee über die Hintergründe der „Machtergreifung“ wurde scharf mit der Parteiführung abgerechnet (Dok. 303). Noch am 22. Januar 1933 habe die Arbeiterbewegung in einer machtvollen Demonstration als Antwort auf den Aufruf der Nationalsozialisten auf dem Bülowplatz am Karl-Liebknecht-Haus ihren Willen zum

¹¹⁰ RGASPI, Moskau, 495/2/200, S. 1–22 (neu: S. 5–27). Zit. in Kirill K. Širinja: Komintern v 1933 godu, Moskva: Ekslibris-Press 2006, S. 151.

¹¹¹ Leo Trotzki: „Man muß von neuem Kommunistische Parteien und eine Kommunistische Internationale aufbauen.“ In: Ders.: Schriften über Deutschland, II, S. 603–612.

¹¹² Cf. H. West: „Der Verfall der KPD“. In: Sozialistische Tribüne (1938). Nr. 3. S. 910ff.

Widerstand manifestiert. Zwar habe es niemals zuvor eine derart massive, auf eine Massenbasis gestützte konterrevolutionäre Diktatur in Deutschland gegeben, doch ebenso habe es niemals zuvor eine revolutionäre Arbeiterpartei gegeben, die fünf Millionen Anhänger rekrutieren konnte. Die Machteroberung sei zwar nicht mehr zu verhindern und die der Arbeiter unwahrscheinlich gewesen, die Stabilisierung der faschistischen Diktatur in ihrer definitiven und totalitären Form hätte jedoch verhindert werden können. Karl Volk bekräftigte als einer der Wortführer in seiner späteren, hier abgedruckten Erklärung gegen seinen Parteiausschluss, dass „bei einer richtigen Politik des ZK durch die Entfesselung großer Massenkämpfe die nationalsozialistische Form der faschistischen Diktatur verhindert oder zumindest äußerst erschwert worden wäre“. (Dok. 348).

Die Botschaft aus Ziegenhals und der Mythos einer letzten Thälmann-Rede

Während der Bearbeitung der Edition ergab sich ein besonderes Quellenproblem, als ein Auszug aus Thälmanns berühmter „Ziegenhals-Rede“ vom 7. Februar 1933 in den Band aufgenommen werden sollte. Diese Rede auf der sog. „illegalen Tagung des ZK“ in einem Sporthaus im Südosten Berlins war zugleich seine letzte vor der Verhaftung am 25. Februar 1933; sie wurde später in der DDR als letzter Beleg für die Kontinuität des antifaschistischen Widerstandes hochstilisiert und erhielt einen quasi-mythologischen Status. In der vorliegenden Edition sollte dies durch den (vermutlich) letzten Brief Thälmanns nach Moskau vor seiner Verhaftung, der im Kominternarchiv entdeckt wurde, ergänzt werden (Dok. 308). Während der Bearbeitung entstanden jedoch erhebliche Zweifel an der Echtheit des Ziegenhals-Dokuments und verstärkten die in der Literatur teilweise bereits geäußerten Zweifel in dieser Richtung.¹¹³ Angesichts der festgestellten Unstimmigkeiten zwischen dem Thälmann-Brief und seiner Rede in Ziegenhals dürfte es sich auch und gerade wegen einer nicht gesicherten Überlieferung des Dokuments um eine beschönigende Überlieferung von Zeitzeugen handeln, die später von den von der politischen Führung verpflichteten und auf den Thälmann-Mythos eingeschworenen DDR-Historikern „vervollkommen“ wurde.

Bei der Bearbeitung fiel zunächst die unterschiedliche Wortwahl der beiden Dokumente auf. In der „Ziegenhals-Rede“ ist von einer „offen faschistischen Diktatur“ die Rede, während im Brief nach Moskau fast drei Wochen später nur von der „faschis-

¹¹³ Zur falschen Bezeichnung der Konferenz siehe Henryk Skrzypczak: „Vertrauliche Verschlusssache“. Zur angeblichen Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933. Ein quellenkritischer Exkurs. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung XXIX (1993). Nr. 3. S. 294–322. Zur offiziellen Darstellung und Publikation der Rede Günter Hortschansky, Stefan Weber (Hrsg.): Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin. 5. überarb. u. erw. Aufl., Berlin (Ost): Dietz 1988.

tischen Diktatur“, zumeist jedoch nur von der „Hitler-Regierung“ gesprochen wird. Das quellenmäßig unspezifische Ziegenhals-Redeprotokoll sollte möglicherweise die Realität übertünchen und einen konsequenten Kurs gegen die nationalsozialistische Machtübernahme seitens der KPD mit Thälmann an der Spitze vorspiegeln. Tatsächlich erbat Thälmann selbst noch über zwei Wochen nach der Rede fast flehentlich Moskau um Handlungsanleitungen und Perspektiven für die Ausrichtung der KPD. Höchst erstaunlich bleibt die sich aus dem Thälmann-Brief ergebende Erkenntnis, dass in den entscheidenden Wochen vom 30. Januar bis zum Reichstagsbrand offenbar keine Verbindung zwischen der deutschen Parteiführung und Moskau bestand. Bei dem Referat Thälmanns auf der sog. ZK-Tagung handelt es sich vermutlich nicht um eine komplette Fälschung, eher wurde in zentralen Teilen „nachgebessert“. Dass es zudem gar nicht um die in der offiziellen DDR-Literatur titulierte ZK-Sitzung ging, wurde bereits in einer rezeptionsgeschichtlichen Aufarbeitung nachgewiesen.¹¹⁴ Nach der von Thälmann selbst in seinem Brief gebrauchten Bezeichnung handelte es sich um eine „Reichskonferenz [vor] allen Polsekretären, Abteilungsleitern und Leitern der Reichsfractionen der Massenorganisationen“ (Dok. 308, 309). Anderswo finden sich auch Hinweise auf eine „Funktionärskonferenz“ von Polleitern sämtlicher Bezirke, Abteilungsleitern und Instruktoren.¹¹⁵

Die Auflösung des Thälmann-Ziegenhals-Rätsels muss mit der Entstehungs- und Überlieferungsgeschichte des Protokolls zusammenhängen. Nach Angaben des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML/ZPA) beruhte das Dokument lediglich auf „Auszügen (...), die von der Nazijustiz in die Anklageschrift gegen Ernst Thälmann aufgenommen worden sind“ und von denen der inhaftierte Parteiführer selbst eine Abschrift angefertigt habe.¹¹⁶ Von NS-Seite wurde die Rede tatsächlich für die Vorbereitung eines politischen Prozesses gegen Thälmann eingesetzt: Sie sollte vermutlich eine Anklage nach den §§ 85 (Herstellung hochverräterischer Druckschriften) und 86 (Vorbereitung zum Hochverrat) ermöglichen. Selbst wenn Thälmanns Aussagen, der sich gegen den Hochverratsverdacht wehren musste, dem Reichsanwalt gegenüber mit Vorsicht zu bewerten sind, ergibt sich aus einer Reihe von aus der Haft geschmuggelten Botschaften an die Führungsmitglieder, dass der Hauptinhalt der Konferenz (einschließlich der Thälmann-Rede selbst) die Vorbereitung der KPD auf die vom Reichspräsidenten auf den 5. März 1933 festgesetzten Reichstagswahlen war (vgl. Dok. 308, 309). Hier wurde die Konferenz als „Tagung zur Stellungnahme

114 Skrzypczak, „Vertrauliche Verschlusssache“. Der Berliner Historiker Ronald Sassning spricht von einer „umstrittene[n] Referatsüberlieferung“. Siehe Ronald Sassning: Zur NS-Haftzeit Ernst Thälmanns. Legenden und Wirklichkeit. Berlin: Helle Panke 1997. S. 25.

115 Tatsächlich schrieb Thälmann, der vier Stunden lang gesprochen haben soll, an anderer Stelle, wobei er zugleich den Bedeutungsverlust des formell höchsten Leitungsorgans der KPD deutlich machte: „Die letzte ZK-Sitzung hat vor der Reichsparteiarbeiterkonferenz im Okt. 1932 stattgefunden und seitdem ist keine ZK-Sitzung mehr gewesen.“

116 Ernst Thälmann: Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925 bis 1933. Berlin: Dietz 1973. S. 209.

der Wahlen mit unserer strategischen Taktik“ eingeordnet.¹¹⁷ Schließlich betonte Thälmann selbst in einem Brief Ende September 1934 an die Parteileitung, in dem er offen schrieb : „Zu dieser Tagung und dem Inhalt meines Referates ist noch zu sagen, dass diese Tagung eine spezielle Wahltagung war“. Die Teilnehmer sollten „in der Linie des strategischen Ziels des Wahlkampfes ungefähr orientiert sein“.¹¹⁸ Thälmann stellte dabei ausdrücklich die Echtheit der überlieferten Redefassung, die der Anklagebehörde in Form von 20–25 Seiten maschinenschriftlich vorlagen, in Frage. Sie stelle – so Thälmann – „keine Wiederholung meiner damaligen Ausführungen dar.“

Eine (so) nicht gehaltene Rede und der Gründungsmythos der DDR

Die politische Brisanz des Ziegenhals-Dokuments ergibt sich nicht nur aus der NS-Verfolgungsstrategie gegen den KPD-Führer, sondern zugleich aus der äußerst defensiven, vorsichtigen Haltung und Unbeholfenheit, mit der die KPD-Führung in den ersten Wochen der NS-Diktatur begegnete und die nicht unbedingt dem Duktus der überlieferten Rede entsprach. Als Schlüsseldokument im Strafprozess gegen Thälmann sollte es den Tatbestand des intendierten gewaltsamen Sturzes des Regimes belegen. Das NS-Regime hatte sichtlich Probleme, Thälmann und der KPD die Absicht des gewaltsamen Sturzes des Nationalsozialismus im Januar/Februar 1933 hieb- und stichfest nachzuweisen. Auf Anweisung Hitlers wurde der Prozess gegen Thälmann eingestellt, man befürchtete offensichtlich, dass infolge des Mangels an Beweisen lediglich eine Höchststrafe von 15 Jahren ausgesprochen werden könne. Trotz der Eingabe Thälmanns, Zeugen vorzuladen, konnten anscheinend keine stichhaltigen Aussagen für die inkriminierten Behauptungen zusammengebracht werden. Die später veröffentlichte (Teil-) Fassung der Rede erscheint insofern auch von NS-Seite „montiert“. Mutmaßungen über die Formulierung eines „schon mit dem Sieg der proletarischen Revolution direkt verbunden[en]“ Sturzes der faschistischen Diktatur und der proletarischen Revolution in Deutschland in einer Thälmann-Rede eine Woche nach der „Machtergreifung“ und ohne vorherige Konsultation mit der Kominternführung in Moskau erscheinen zumindest zu diesem Zeitpunkt als eher unwahrscheinlich.

Dass die Rede seitens der DDR-Führung als Beleg im Sinne der ursprünglich von den Nazis intendierten Anklage des gewaltsamen Sturzes der NS-Diktatur für bare Münze genommen wurde, entbehrt nicht der Ironie. Die Intentionen der Nationalsozialisten trafen sich hier ungewollt mit denen der parteioffiziellen DDR-Geschichte und ihrer Historiker: Von DDR-Seite war das Ziegenhals-Dokument zentraler Beleg für die

¹¹⁷ Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der „Fall Kattner“. Hintergründe, Verlauf, Folgen. Teil I und II. Berlin: Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur 1998. Hier: I, S. 8.

¹¹⁸ Sassning, Die Verhaftung, I, S. 8.

Kontinuität und Entschlossenheit des Kampfes der KPD unter Führung Thälmanns zum Sturze des Faschismus und einer korrekten Faschismusanalyse. Da beides nicht der historischen Wirklichkeit entsprach, sollten die offensichtlichen Schwächen, Fehleinschätzungen sowie das Scheitern der Parteiführung und der Kommunistischen Internationale ummantelt werden. Die offizielle DDR-Sicht vollzog damit auf nahezu mythologische Weise das, was die Nationalsozialisten intendierten, um Thälmann wegen Hochverrats in einem großen KPD-Prozess abzuurteilen. Den Nationalsozialisten ging es darum, die Rede mit dem Umsturzparagrafen 85/86 kompatibel zu machen. Thälmann selbst wollte sich darüber hinaus gegen den Verdacht eines geplanten gewaltsamen Sturzes der NS-Regierung juristisch absichern und in Ermangelung von Direktiven der Komintern stellte er seine Äußerungen und Handlungen unmittelbar nach der Machtergreifung durchaus realistisch als in erster Linie defensiv und auf die Reichstagswahlen im März zentriert dar.

Installierung der NS-Diktatur im Februar/März 1933: Apathie und Zeitverlust

Als erster Emissär aus Moskau überhaupt traf erst im März 1933 der Referent für deutsche Fragen im Mitteleuropäischen Ländersekretariat der Komintern (MELS), Sepp Schwab, in Berlin ein. Erich Mielke, Fritz Heilmann, Kurt Bürger und einige Org-Instrukteure aus der Kominternschule folgten später.¹¹⁹ Der KPD-„Führer“ saß jedoch seit dem 3. März 1933 in Haft, während die Komintern zentral damit befasst war, Teile ihres in Berlin angesiedelten Apparates nach Paris zu transferieren, darunter auch die antifaschistischen und kulturellen Massenorganisationen unter Münzenberg. Die Reaktionen der Komintern auf die „Machtergreifung“ waren kontrafaktisch angesichts der neuen Realitäten. Trotz der verheerenden Folgen des Reichstagsbrandes meinte ihr seinerzeit wichtigster Mann, Manuil'skij, auf einer außerordentlichen Sitzung des Präsidiums des EKKI über die Einheitsfront in Deutschland, die Situation sei so günstig wie lange nicht mehr (!), ja sie passe sich in den „revolutionären Aufschwung“ ein. Einziges Mittel, den Faschismus zu stürzen, sei die Verwirklichung der „kommunistischen Einheitsfront mit der Arbeiterklasse“. „Innerhalb der Sozialdemokratie“ sollten nun „Minen gelegt werden“, um sie definitiv zu zerstören (Dok. 310).

In einem verspäteten Gegenaufruf der Komintern an die Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI) wurde zwar pro Forma die „Einstellung gegenseitiger Angriffe“ zugestanden, dies jedoch gleich an mehrere Bedingungen geknüpft (Dok. 311). Eine

¹¹⁹ Schwab ist es jedoch nicht gelungen, ein für Thälmann bestimmtes Schriftstück zu übergeben. Er sollte einen unter dem Eindruck des Reichstagsbrandes vom EKKI ausgearbeiteten Brief an die Sozialdemokratie übergeben. Das Schreiben habe „im Prinzip“ dem Aufruf des EKKI vom 5.3.1933 entsprochen, so Sassning.

Ablehnung des Angebots seitens der Sozialdemokraten war Bestandteil des Kalküls (siehe Dok. 310). Daraufhin war es für die SAI wiederum ein leichtes, die sozialistischen und sozialdemokratischen Mitgliedsparteien weltweit darauf zu verpflichten, den Aufruf der Komintern an die Arbeiter aller Länder zur Schaffung der antifaschistischen Einheitsfront abzulehnen. Wie neue Dokumente belegen, bestand abgesehen vom Inhalt ein weiteres Problem darin, dass der Aufruf nicht einmal im Kreise der KPD-Funktionäre bekannt war. „Wenn aber die Funktionäre es nicht wissen – so die Frage des sudetendeutschen EKKI-Mitarbeiters Bruno Köhlers auf einer Sitzung der Politkommission des EKKI – wie können sie unter den sozialdemokratischen Arbeitern damit Agitation treiben?“ (Dok. 314). Wohl selten in der Geschichte der gescheiterten Revolutionen hatte ein Diktator so leichtes Spiel.

Am 5. März 1933 fanden die Reichstagswahlen statt, die trotz erheblicher Einschränkung der demokratischen Freiheiten und der Verfolgung von KPD, SPD und der gesamten Linken noch 4,8 Millionen Stimmen für die KPD und 7,2 Millionen Stimmen für die SPD ergaben. Die NSDAP erhielt 17,2 Millionen Stimmen. Damit war jedoch die in Ziegenhals festgelegte, auf die Wahlen orientierte, defensive Stoßrichtung der KPD gescheitert. Die von der Komintern zumindest rhetorisch formulierte revolutionäre Alternative schien noch nicht bis nach Berlin vorgedrungen zu sein, während die abwartende und defensive Haltung Thälmanns das Wiedererstarken einer fundamentalen Opposition mit Remmele und Neumann an der Spitze erklärte. Angesichts der welthistorischen Niederlage und der Politik Thälmanns in Deutschland müsse sofort gegenüber der Komintern protestiert und in Moskau berichtet werden, so Neumann am 7. März 1933 in seinem häufig zitierten, jedoch hier erstmals vollständig publizierten Brief an Remmele (Dok. 312). Dass am 9. März 1933 aufgrund der Denunziation eines Kellners im Restaurant und Vergnügungstempel Bayernhof in Berlin-Charlottenburg mit Dimitrov, Popov und Tanev auch die operative Spitze des Westeuropäischen Büros der Komintern festgenommen wurde, versinnbildlicht das Scheitern von KPD und Kommunistischer Internationale. Am 11. März wurde Haftbefehl erlassen, Dimitrov begann seine Tagebuchaufzeichnungen im Gefängnis und die Voruntersuchung in Sachen Reichstagsbrand wurde eingeleitet.

Erst Mitte März publizierte die KPD mit viel zu großer Verzögerung ein Einheitsfrontangebot an die SPD auf der Linie des EKKI-Aufrufs vom 5. März 1933 unter Verweis auf die gemeinsamen Tausenden von Opfer des nach dem Reichstagsbrand verstärkten Terrors.¹²⁰ Ernsthaftere und systematischere Versuche einer Situationsanalyse für Deutschland erfolgten seitens der Komintern erstmals auf einer Sitzung des EKKI am 15. März 1933. Neben völlig realitätsfremden Einschätzungen, denen zufolge mit einem Massenterror gegen die KPD nicht zu rechnen sei (!), hoben Berichte die bittere Stimmungslage der Mitglieder hervor; die Rede war von offenem Zorn gegenüber der Parteiführung. Die Komintern nahm zunächst nur ungläubig die Nachrichten über eine weitgehende Passivität der breiten Massen in Deutschland auf. Manuil'skij for-

¹²⁰ Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (25.3.1933).

derte die Umstellung der Partei auf die Illegalität als dringendste Aufgabe und gab als Handlungsperspektive aus, „kleinere Kämpfe“ zu implementieren (Dok. 314). Schock und Erschrecken waren dem gleichwohl anzumerken: „Hätte die deutsche Partei (nur) die Hälfte“ der zusammen mit der Komintern verabschiedeten Beschlüsse durchgeführt, klagte Pjatnickij, „hätte ein solcher Zustand nicht kommen können!“. Als wäre nichts grundsätzlich passiert, sandte die KPD-Führung am 16. März 1933 einen Finanzierungsplan mit der Bitte nach Moskau, einen höheren monatlichen Zuschussbetrag zu den laufenden Kosten zu gewähren, um u. a. die durch die Abnahme der zu kassierenden Mitglieder zu erwartenden Verluste auszugleichen (Dok. 315).

Verspätet und von Stalin persönlich umgearbeitet: Der erste Grundsatzbeschluss der Komintern zur KPD nach der Machtergreifung

Doch der Schockzustand schien sich nun von der KPD auf die Komintern zu übertragen. Wie viel Zeit man sich ließ (oder lassen musste), zeigt, dass erste Instruktionen an die KPD-Führung erst am 20. März 1933 an Stalin, Molotov und Kaganovič zur Durchsicht gesendet wurden. Der zunächst vorgesehene Brief wurde dann nach Vorschlägen Stalins zu einer Resolution des Präsidiums des EKKI umgearbeitet, die schließlich erst am 4. April 1933 durch einen Beschluss des sowjetischen Politbüros (!) für gültig erklärt wurde (siehe Dok. 316). Angesichts des übergreifenden NS-Terrors und des Glaubens an eine vorteilhafte Situation für die KPD belegt das Dokument eine grundsätzliche Fehleinschätzung der Lage. Die Massen, so hieß es, könnten nun konkret erkennen, dass die Kommunisten angesichts der Ablehnung „demokratischer Illusionen“ Recht gehabt hätten. Der Nazi-Terror habe im Grunde eine positive Wirkung, da er das Herannahen der proletarischen Revolution beschleunige. Die KPD solle sich einerseits auf die Illegalität vorbereiten, andererseits Gewerkschaften und Parlamente infiltrieren (!). Was Stalin selbst am Brief an die KPD retuschiert hatte, lässt sich bisher nur indirekt durch einen Vergleich mit der Resolution des EKKI-Präsidiums vom 1. April 1933 rekonstruieren, als sich das oberste Kominternrgremium überhaupt erstmals wieder mit der deutschen Situation befasste.¹²¹ Die verabschiedete Resolution enthielt einen vertraulichen Teil über das (ansonsten bekannte) Referat von Heckert zu den Gründen der Niederlage und den Aufgaben der KPD, der hier erstmalig dem deutschen Leser vorgelegt wird (Dok. 317). Die neue Regierung wurde hierin als „Regierung der faschistischen Konterrevolution“ zum „Kampf gegen Werktätige“ charakterisiert. Heckert unterstellte dabei, „dass das Hitler-Regime nicht lange existieren kann“. „Die immanenten Schwierigkeiten der Bourgeoisie“ seien so gravierend, „dass andere Mittel vonnöten sind, um sie zu beheben.“ Während KPD

¹²¹ Bei Širinja, der auch hier irrte, auf der Sitzung vom 31.1.1933. Siehe Širinja: Komintern v 1933 godu, S. 151.

und Komintern auf diese Weise die Machtübernahme verharmlosten, blieb das sowjetische Politbüro bei seiner keineswegs feindlichen Haltung gegenüber Hitlerdeutschland. Eine grundsätzliche Kritik erfolgte nicht, auch außenpolitische Widersprüche wurden nicht an den Tag gelegt. Ernsthaftige Signale, wie die durch den KPD-Nachrichtendienst an die Komintern gelangte Mitschrift der Ansprache Hitlers vor Reichswehrgenerälen vom 3. Februar 1933, wurden kaum beachtet. Die dort verkündete „Ausrottung des Marxismus“ sowie die „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten“ wurden als Wahlkampfgeplänkel abgetan, selbst seitens des seriösen Deutschlandkenners und stellvertretenden Außenkommissars Krestinskij.¹²²

Während sich im offenen Teil das Präsidium mit der KPD solidarisierte, wurden im nicht publizierten Teil die Aufgaben der Partei festgelegt. Es sollte übergreifend auf eine Einheitsfront zur Beschleunigung des Sturzes der Hitler-Diktatur durch Streiks, Parlamentstribünen, Massenversammlungen etc. hingearbeitet werden. Die Redebeiträge Pjatnickijs zeigen auch, dass der rasch zu vollziehende Wechsel in die Illegalität und die Entwicklung von Basisinitiativen mit einer Reihe von Instruktionen zur Zersetzung der NS-Organisationen von innen heraus verbunden wurden. Die Massen mussten davon überzeugt werden, nicht in die NS-Betriebsorganisationen hineinzugehen und aus diesem Grunde sollten sie genauso wie die SA von den Kommunisten infiltriert werden. Insgesamt betrachtet sei die proletarische Revolution zwar unumgänglich, die Kommunisten als einzige Partei der Arbeiterklasse sollten die Losung des bewaffneten Aufstandes jedoch noch nicht ausgegeben, sondern den Kurs darauf aufnehmen (Dok. 319). In verschlüsselter Form wurde auch auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen und Schuldzuweisungen hingewiesen: „faschistischen Gerüchten“, wonach Thälmann durch Neumann ausgetauscht worden sei, sollte öffentlich entgegengetreten werden. Nicht nur die Stoßrichtung gegen die Linke, auch die Disziplinierungspolitik gegen die „Rechte“ wurde seitens der Komintern fortgesetzt. Noch am 9. April 1933 beschloss die Politkommission des EKKI den Ausschluss von Felix Wolf (d. i. Werner Rakow), Erich Wollenberg und anderen wegen „antiparteilicher Tätigkeit“. Unter Vorwegnahme der grossen Säuberungen mutierten die Kritiker der mit den Märzahlen 1933 besiegelten Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung später zur „konterrevolutionären, trotzkistisch-terroristischen“ Organisation um Erich Wollenberg und Max Hoelz (!).

Ein bisher unveröffentlichter Brief Willi Münzenbergs an Stalin erhält den Ursprung der antifaschistischen Kampagne, die unter den Losungen „Freiheit für Dimitrov und Thälmann“, „Gegenprozess“ und „Braunbuch“ in die kollektive Erin-

¹²² Siehe Andreas Wirsching: „Man kann nur Boden germanisieren“. Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 49 (2001). H. 3. S. 517–550. Hoppe (In Stalins Gefolgschaft, S. 317) führt dazu einen Bericht Vinogradovs vom 28.2.1933 sowie einen Brief Krestinskij an Chinčuk vom 5.3.1933 an, jeweils aus dem Archiv des russischen Außenministeriums. Zur kritischeren, jedoch nicht nach außen dringenden Haltung Litvinovs siehe u. a. Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 202, Fn. 563.

nerung einging und der Komintern verspätet ein antifaschistisches Charisma verschaffte, das auf die Sowjetunion abfärbte (Dok. 330). In beiden Fällen war allerdings die Initiative weder der Komintern, noch der Sowjetunion geschuldet, sondern überwiegend dem persönlichen Geschick und Talent Willi Münzenbergs und seiner Mitstreiter Otto Katz („André Simone“), Louis Gibarti und der zahlreichen Intellektuellen und Schriftsteller wie Romain Rolland und Henri Barbusse. Er sicherte sich dabei nach oben bei Radek als Leiter der unmittelbar Stalin zuarbeitenden außenpolitischen Kommission des ZK ab (Dok. 325), um eine umfassende transnationale antifaschistische Kampagne zur Organisierung von Hilfsaktionen und Solidaritätskampagnen für die Freilassung von Thälmann, Torgler und Dimitrov zu organisieren, die die Veröffentlichung des „Braunbuchs über Reichstagsbrand und Hitlerterror“ einschloss. Aus dem hier veröffentlichten zentralen Dokument geht hervor, dass diese charismatische Kampagne zumindest anfangs nicht von der Komintern abgedeckt war. Münzenberg selbst versicherte glaubhaft, dass „in der Frage der Massenpropaganda und der Mittel und Methoden einer solchen Propaganda“ gegen den Faschismus eine Unterstützung seitens der Komintern bzw. der KPD nicht erfolgte. „Welche geradezu ungeheuerliche Schärfe dieser Kampf“ angenommen habe und warum „diese Arbeit gegen den Widerspruch und die Erschwerung der offiziellen Partei und ihres Apparates“ durchgeführt werden musste, gehe u. a. aus einem scharfen Brief des „radikalen (...) Schriftstellers“ Bernhard von Brentano hervor.¹²³ Brentano hatte nicht nur über einen Versuch der deutschen „Versöhnler“ berichtet, über den italienischen Schriftsteller Ignazio Silone die Literaturproduktion der KP an sich zu reißen (Dok. 330), sondern auch in einem Brief an Bertold Brecht vom 18. Juli 1933 seine grundsätzliche Ablehnung der sog. „Heckert-Resolution“ über die Komintern-Politik 1933 mitgeteilt. In diesem Brief beklagte er, dass „wieder geschlossene Leute von uns fort[gehen] (sic)“ und „der Menschenverbrauch“ (...) „entsetzlich“ sei: „Aber darüber dürfen sich die Leute nicht wundern, die mit der SA zusammenarbeiten [und Trotzlisten, SAP usw., der Polizei anzeigen]. (...) aber ich wollte es nicht glauben. So ist nun also in Frankfurt verfahren [worden] und (...) die (...) Denunziation soll 4 guten tüchtigen Arbeitern – welche allerdings Trotzlisten waren – das Leben gekostet haben. Können Sie etwas tun?“¹²⁴

Am 15. Mai 1933 erfolgte die Anweisung der Polit-Kommission des EKKI, dass ein Teil des Politbüros der KPD, und zwar Pieck, Dahlem und Florin, ins Ausland gehen sollte. Ulbricht, Scheer und Schubert sollten in Berlin bleiben. Stalin ließ sich derweil persönlich über die Lage des inhaftierten Thälmann informieren. In einer ihm zugeleiteten Botschaft teilte letzterer mit, dass es ihm relativ gut gehe; er sei bisher nicht geschlagen worden und ließe alle grüßen (Dok. 326). Während in Moskau in trium-

¹²³ Nicht mehr ausgeschlossen werden kann, dass Münzenberg in dieser Angelegenheit von Radek bzw. Stalin selbst unterstützt wurde, auch an der Komintern vorbei (siehe Dok. 330 u. a.).

¹²⁴ Gerhard Müller: „Warum schreiben Sie eigentlich nicht?“ Bernhard von Brentano in seiner Korrespondenz mit Bertolt Brecht (1933–1940). In: Exil IX (1989). Nr. 2. S. 42–53, hier: S. 47. Schrecker war Redakteur der Roten Fahne.

phaler Weise am 25. Mai 1933 unter der Leitung von Arthur Pieck die Erste Olympiade des Internationalen Arbeiter-Theaters eröffnet wurde, setzte die Politkommission der Komintern am 15. Juni 1933 eine Untersuchungskommission unter Vorsitz von André Marty zum innerparteilichen Kampf in der KPD-Führungsspitze zum Fall Neumann und Remmele ein.

Am 20. Juni 1933 starb nach langer Krankheit die 76-jährige Clara Zetkin in Moskau. Die Frauenrechtlerin war zugleich diejenige, die 1922 erstmals den Faschismus als universelle Gefahr für die kommunistische Bewegung und rachsüchtige Antwort auf die Oktoberrevolution beschrieben hatte. Elf Jahre später wurden jedoch internationale Aufrufe sozialistischer, gewerkschaftlicher und jüdischer Organisationen zum wirtschaftlichen und politischen Boykott des NS-Regimes von der Kominternführung schroff abgelehnt. Bereits im April 1933 bündelte die Komintern einen vom World Jewish Council in den USA geforderten internationalen Warenboykott Deutschlands ab. In einer Instruktion an die KP der USA vom 16. April 1933 hieß es: „Wenn die Massen, empört von der Barbarei der Hitlerleute, den Boykott unterstützen, und ein Teil der amerikanischen Kapitalisten es auch durchführen will, dann – all right, denn es ist nicht unsere Sache, die Interessen der deutschen Faschisten zu unterstützen. Aber die KP selbst ruft jetzt keine Boykottlösung aus.“ (Dok. 333). Auch der sozialdemokratisch dominierte Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hatte, unterstützt von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, einen Wirtschaftsboykott Hitlerdeutschlands gefordert. Ein vom Brüsseler Kongress des IGB gegen das faschistische Deutschland verabschiedeter Aufruf wurde von Kominternseite als Betrug an den Arbeitermassen dargestellt (siehe Dok. 333).

Noch im September 1933, als vor dem Reichsgericht in Leipzig der Reichstagsbrandprozess gegen Dimitrov, Torgler, Popov, Tanev und Van der Lubbe begann, der bis zum 23. Dezember andauerte und in London der von Münzenberg organisierte Reichstagsbrand-Gegenprozess stattfand, der das *Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror* veröffentlichte, verhartete die *éminence grise* der Komintern bei der Einschätzung, dass die Nationalsozialisten eine für den Klärungsprozess in der Arbeiterbewegung positive Rolle spielten. Pjatnickij legte am 19. September 1933 in einer der geheimen Sitzungen des Komintern-Sekretariats zur Frage der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft in Deutschland seine Sicht der Dinge nach der Zerschlagung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung dar. Ähnlich waren die Argumente des Profintern-Sekretärs Lozovskij (Dok. 328), der die Auflösung des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) als positiven Hilfsdienst der Nationalsozialisten für die Kommunisten einzuschätzen glaubte. Man müsse dafür sorgen, dass die sozialdemokratischen Gewerkschaften für immer zerschlagen blieben. Diese Form von „Optimismus“ wurde allerdings vom zuständigen EKKI-Sekretär Vil'gel'm Knorin schlagartig gedämpft, da er auf die Folgen der NS-Repression gegen die KPD hinwies. Sollten die Fehler der Partei nicht behoben werden, würde es in zwei bis drei Monaten keine älteren Genossen mehr geben (!). Damit hatte die Debatte auch auf die Leitungsgremien der Komintern übergegriffen.

Der Antisemitismus, mit dem man sich höchstens am Rande beschäftigte, wurde als eine Art künstliche NS-Übernahme des Klassenkampfes betrachtet. Die Nazis hätten Aktionen gegen jüdische Kleinbürger unternommen, um zu zeigen, dass sie eine Arbeiterpartei seien (!). Dass die Komintern nicht nur in der Faschismusfrage, sondern auch in der Einschätzung des Antisemitismus instrumentell argumentierte, zeigte u. a. die Annahme, dass Hitler in der Judenfrage sein Pulver bereits verschossen habe, dass der Antisemitismus dem Regime zwar zeitweise geholfen habe, dass jedoch die jüdischen Geschäfte selbstverständlich nach wie vor blühten und die anti-jüdischen Methoden bereits keine Wirkung mehr erzielten (!) (siehe Dok. 335).

„Keine oppositionelle Richtung gegenüber den Deutschen“: Stalin und der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund

Dass die Komintern zunehmend handlungsunfähig war und sich offensichtlich selbst ausgehebelt hatte, zeigen weiter die Schwierigkeiten gegenüber dem am 14. Oktober 1933 von der NS-Regierung erklärten Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund eine klare Linie zu finden. Als deutliches Zeichen des Misstrauens gegenüber dem Westen, besonders Frankreich, sowie des Willens zur Aufrüstung verstärkte der Austritt zwar außenpolitisch die Isolierung des NS-Regimes, stabilisierte es jedoch innenpolitisch aufgrund der überwältigenden Zustimmung der Bevölkerung. Sodass sich das Regime seiner Sache sicher war und mit der Ankündigung des Plebiszits über den Völkerbundsaustritt bzw. die Außenpolitik der Hitler-Regierung für den 12. November 1933 Neuwahlen des Reichstages ausgeschrieben wurden.

Als der sowjetische Außenkommissar Maksim Litvinov im September 1933 den Zeitpunkt gekommen sah, in prophylaktischer Absicht mit den Westmächten gegen NS-Deutschland gerichtete Bündnisse vorzubereiten, hielt Molotov als Politbüro-Mitglied und Vorsitzender des Rates der Volkskommissare eine schärfere Gangart „nicht für notwendig“. Dabei forderte er kategorisch, „eine gegenüber den Deutschen oppositionelle Richtung (...) zu stoppen.“ (Dok. 338) Als das Außenkommissariat ein avisiertes Treffen des stellvertretenden Außenkommissars Nikolaj Krestinskij mit Hitler wegen des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund für nicht mehr opportun hielt und es absagen wollte, polterte Stalin in einem Telegramm vom 16. Oktober 1933 dagegen. Keinesfalls sei dies ein Grund, die Reise zu vergessen. Warum sollte man sich gegen Deutschland wenden, nur weil es den Völkerbund, mit dem man selbst nichts zu schaffen habe, beleidigt habe – meinte der „große Hausherr“.¹²⁵ Tatsächlich beschloss das sowjetische Politbüro am 25. Oktober 1933 ein Treffen von Litvinov mit Konstantin von Neurath und (falls von deutscher Seite gewünscht) auch mit

¹²⁵ Oleg V. Chlevnjuk (Hrsg.): Stalin i Kaganovič: Perepiska. 1931–1936 gg. Moskau: ROSSPEN 2001. S. 388f.

Hitler in Berlin.¹²⁶ Während Stalin weiter verdeckte, jedoch eindeutige Schritte auf Hitlerdeutschland zumachte, wurde die Kominternführung, die ursprünglich für eine Wahlenthaltung votiert hatte, ihrerseits dahingehend instruiert, in diesem Fall eine „antifaschistische“ Option in Form einer aktiven, jedoch negativen Teilnahme der KPD an den Wahlen zu realisieren.¹²⁷

Im ursprünglichen Entwurf der Komintern für eine Direktive an die KPD hatte Knorin im Namen des Mitteleuropäischen Ländersekretariats in abgehobener und illusorischer Weise eine breite Massenkampagne für die Diktatur des Proletariats gefordert, da angeblich angesichts des Ansteigens der revolutionären Stimmung Anzeichen für eine Schwächung der Hitler-Regierung festzustellen seien (Dok. 355). Die Direktive an die KPD bildete vermutlich die Grundlage für einen Presseartikel von Heckert, der unter dem Titel „Flucht aus dem Völkerbund und faschistischer Wahlschwindel“, in der *Rundschau*¹²⁸ und anderen Kominternmedien veröffentlicht wurde. Hierin wurde das Referendum als Verzweigungsschritt Hitlers gewertet, mit der Absicht, eine nationalistische Welle hervorzurufen. Zwar befanden sich 100.000 Kommunisten in den Konzentrationslagern, doch sowohl der Austritt aus dem Völkerbund als auch die Ankündigung der Reichstagswahlen seien ein Zeichen für die Schwäche der faschistischen Diktatur und als Versuch zu werten, ihre Position für den Kampf gegen eine sich entwickelnde neue Welle des revolutionären Aufschwungs in ganz Deutschland zu stärken. Falls eigene Listen der Arbeiter erlaubt seien, sollte man an den Wahlen teilnehmen, im umgekehrten Fall sollten die Wahlen durch die Perspektive des Sturzes der Diktatur bekämpft werden.

Am 25. Oktober 1933 schließlich wurde der große Stalin zur Taktik der KPD um Rat gebeten, nachdem sich Pjatnickij bereits am 23. Oktober 1933 an Molotov und Kaganovič gewandt hatte. In der KPD selbst gab es unterschiedliche Vorschläge seitens des ZK, das für eine Beteiligung eintrat, und der Auslandsleitung, die eine Boykotttaktik vorschlug. Mit „nein“ abzustimmen, stellte sich dem Komintern-Sekretär insofern als Dilemma dar, als ja die KPD schon immer gegen den Versailler Vertrag gewesen sei. Folglich habe er sich der Auffassung angeschlossen, man müsse bei dem Referendum Enthaltung üben (Dok. 342). Stalin antwortete nur einen Tag später und sprach sich vehement gegen die von der Komintern vertretene Enthaltungstaktik aus. Da jedoch zugleich ein aktiver Boykott nicht möglich sei – so Stalin – sei eine Teilnahme an den Reichstagswahlen mit durchgestrichenem Stimmzettel erforderlich. Zum Referendum über die Außenpolitik und zum Völkerbundsaustritt, den er insgeheim zumindest nicht bedauerte, sei es hingegen notwendig, mit „nein“ zu stimmen (Dok. 343). Trotz Manipulationen rund um die Abstimmungen fiel das Ergebnis des

¹²⁶ Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 295. Zum Hintergrund des Treffens Neurath-Litvinov siehe: Dokumenty vnešnej politiki SSSR. XVI. Moskva: MID SSSR 1973. S. 589–592.

¹²⁷ Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 696f.

¹²⁸ Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (20.10.1933).

Plebiszits zumindest in einigen städtischen Zentren und Arbeiterhochburgen mit 25 bis 35 % Neinstimmen recht hoch aus. Letztlich hatten jedoch auch hier Komintern, KPD und sowjetische Führung die Entscheidung bürokratisch verschleppt und damit eine aktiv vorbereitende Kampagne zu den Wahlen unmöglich gemacht.

Stalins Sowjetunion auf dem Weg zu einem Modus Vivendi mit NS-Deutschland?

Die neuen Dokumente belegen eine besondere Hartnäckigkeit Stalins, das NS-Regime mit Kritik zu verschonen. Während die Komintern die Machtergreifung einfach nicht ernst nahm und hierin sogar strategische Vorteile für die KPD zu erkennen glaubte, soll Karl Radek als Leiter des außenpolitischen Think-Tanks Stalins Karl Wittfogel gegenüber in Moskau erklärt haben, dass die deutschen Arbeiter eben einige Jahre Hitler auf sich nehmen müssten.¹²⁹

Von Seiten der Komintern gab es unmittelbar nach dem Januar 1933 tatsächlich keine gegen das NS-Regime gerichteten Aufrufe. Auch nach dem Machtantritt des NS-Regimes wurde die Ablehnung jegliches gemeinsamen Zusammengehens mit der Sozialdemokratie und den anderen Strömungen der Linken gerechtfertigt. Es erfolgte kein Eingeständnis einer Niederlage und man beharrte weiter auf der von Sowjetunion und Komintern verkündeten Maxime „Hauptfeind Sozialdemokratie“, dies trotz vielfältiger antifaschistischer Reflexe, Aktionen und Forderungen seitens der Parteimitgliedschaft, dem Drängen der linken Zwischengruppen und den eindringlichen Aufrufen und Schriften zentraler weltgeschichtlicher Akteure und Intellektueller. Die KPD forderte zunächst nicht den Sturz des Regimes, nach dem Erwachen aus einer Art Schockstarre konzentrierte man sich auf die nach der verfügbaren Auflösung des Reichstags einberufenen Reichstagswahlen vom 5. März 1933.

Auch die Sowjetunion bewegte sich nicht in das antifaschistische Lager, stattdessen blieb die Fokussierung auf die Sozialdemokratie als Hauptfeind auch nach dem 30. Januar 1933 Bestandteil sowjetischer Staatspolitik. Entscheidungen des Politbüros zur KPD, die noch Anfang der 1930er Jahre so häufig und detailliert gewesen waren, blieben aus.¹³⁰ Am 22. Februar 1933 fand ein denkwürdiges Gespräch des Sozialdemokraten Friedrich Stampfer, Chefredakteur des Vorwärts, und des österreichischen außenpolitischen Redakteurs Victor Schiff mit dem Sekretär der sowjetischen Botschaft in Deutschland, Boris Vinogradov, statt (Dok. 307). Die Einzelheiten des Gesprächs lassen sich aus einem Artikelmanuskript Schiffs aus dem Stampfer-Nachlass des Archivs der sozialen Demokratie entnehmen. Das nichtoffizielle Treffen sollte

¹²⁹ Fritz J. Raddatz: Vom Versagen der Linken. Ein Zeit-Gespräch mit Karl August Wittfogel. In: Die Zeit (2.3.1979). Nr. 10.

¹³⁰ Siehe hierzu die in Abstractform wiedergegebenen, fast 1000 Entscheidungen und Beschlüsse des sowjetischen Politbüros mit Deutschlandbezug in den Dokumentenbänden.

von Seiten der beiden Sozialdemokraten in allerletzter Minute die Möglichkeiten sondieren, doch noch eine antifaschistische, gemeinsame Front der beiden größten Parteien der Arbeiterbewegung gegen Hitler zu errichten. Der Schock war groß, als der Botschaftsvertreter dabei das Prinzip der Nichteinmischung der Sowjetunion in die inneren Verhältnisse Deutschlands als Maxime der russischen Politik anführte. Von SPD-Seite kritisch dazu befragt, erklärte der sowjetische Vertreter zwar, dies hieße jedoch nicht, „daß unsere Öffentlichkeit das [KPD-] Verbot und den weißen Terror unbemerkt lässt“. ¹³¹ Vinogradov soll jedoch deutlich gemacht haben, dass die Verfolgung der deutschen Kommunisten als innere Angelegenheit Deutschlands betrachtet würde und dass sich die UdSSR durch Hitlers Machtantritt den schnellen Untergang des deutschen Kapitalismus verspreche. Letzteres sei auch der Grund für die Nichteinmischung. Last but not least soll der Diplomat und NKVD-Offizier den beiden Redakteuren dringend angeraten haben, nichts über das Gespräch zu publizieren. Auf Nachfrage der sichtlich erschütterten Sozialdemokraten „bat“ der Botschaftssekretär darum, im „Vorwärts“ keinerlei Meldungen zu veröffentlichen, die bedeuten könnten, dass die Vernichtung der KPD seitens der Sowjetunion zu einer Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen führen würde. ¹³² Stampfer veröffentlichte erst im Herbst des Jahres im Neuen Vorwärts einen zudem viel stärker defensiv gehaltenen Artikel.

In der Folge wurde die Komintern auf Antikriegs-, nicht jedoch auf antifaschistische Kampagnen ausgerichtet. Münzenbergs flammender Appell an Stalin im April 1933, endlich mit einer effektiven Massenpropaganda gegen den Faschismus zu beginnen, war an den falschen Adressaten gerichtet. Die Mobilisierungskampagnen der Komintern nach dem Januar 1933 zielten auf einen sehr allgemein definierten Antikriegskampf, der in defensiver Weise auf den „Kampf für den Frieden“ beschränkt blieb (wie es später auch unter dem Stalin-Hitler-Pakt praktiziert wurde). Die Auffassung, dass die Friedenslosungen der Sowjetunion in eine revolutionäre Strategie eingebettet gewesen seien, ist nicht mehr haltbar. ¹³³ Dem Nationalsozialismus als sich etablierendem politischen System und der nationalen und sozialen Demagogie der

¹³¹ AVPRF, Moskau, 082/17/78/9; Zit. in Širinja: Komintern v 1933 godu, S. 151–153.

¹³² AVPRF, Moskau, 082/17/78/9; Zit. in Širinja: Komintern v 1933 godu, S. 152f., mit ungenauer Quellenangabe.

¹³³ Siehe hierzu u. a. das Leitmotiv in Pelts Geschichte der KP der Niederlande. Wim Pelt: *Vrede door Revolutie. De CPN tijdens het Molotov-Ribbentrop Pact 1939–1941*. Akademisch Proefschrift. Phil. Diss. Univ. Amsterdam. 's-Gravenhage: SDU uitgeverij 1990. In der Literatur findet sich vielfach noch die irrije These über eine revolutionäre Ausrichtung der stalinschen Politik, selbst noch nach 1945 und besonders in der semikolonialen und kolonialen Welt. So hält Andreas Hilger in einem neuen Sammelband die revolutionäre Perspektive „auf lange Sicht“ gerade am Beispiel des neuen Aufbruchs der Sowjetunion zur Südhälfte nach 1945 für gegeben (Andreas Hilger (Hrsg.): *Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatsozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945–1991*. München: Oldenbourg 2009. S. 7 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte)).

NSDAP wurde seitens der KPD kaum Aufmerksamkeit gewidmet. Der Antifaschismus existierte als übergreifende, strategische Linie für die Komintern als Ganzes nicht.

Während die Komintern nach der eklatanten Niederlage, während Tausende KPD-Mitglieder verfolgt wurden, von einem nur kurzzeitigen Rückzug sprach, der den Sturz des Hitlerregimes nur beschleunigen könnte,¹³⁴ verlangte die Sowjetunion auf außenpolitischem Gebiet von Hitler ein Zeichen des guten Willens, das der Diktator auch aussandte. Im Gespräch mit Sowjetbotschafter Chinčuk sagte Hitler am 28. April 1933, dass „Unsere beiden Staaten (...) sozusagen die Unverrückbarkeit des Faktums der gegenseitigen Existenz für lange Zeit anerkennen und in ihren Handlungen davon ausgehen [müssen] (...)“. „Unabhängig von der unterschiedlichen Weltanschauung beider Staaten“ seien diese durch „gemeinsame Interessen“ verbunden und „diese Verbindung [trage] einen dauerhaften Charakter“.¹³⁵ Was 1931 nicht ratifiziert werden konnte, erfolgte so am 5. Mai 1933. Zeitgleich mit den Massenverhaftungen von KPD-Mitgliedern infolge der Notverordnungen ratifizierte der Reichstag an diesem Tag das Verlängerungsprotokoll des Berliner Vertrags zwischen Deutschland und der Sowjetunion von 1926, der auf den Vertrag von Rapallo gefolgt war. Es ist kaum verwunderlich, dass die guten Wirtschaftsbeziehungen unvermindert fortgesetzt wurden: U. a. beschloss die UdSSR am 8. März 1933 umfangreiche Käufe von U-Boot-Technik aus Deutschland (bei JVS) sowie von Schiffstechnik aus Italien.¹³⁶

Deutschland-Berichterstattung in der Pravda: „Sozialfaschismus“ als sowjetische Regierungspolitik

Aufgrund der neuen Quellen ist es nicht mehr überzeichnet, von einer wohlwollenen Neutralität der Sowjetunion gegenüber Hitlerdeutschland auszugehen,¹³⁷ die sich seit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zu einer strikten Nichteinmischungspolitik verpflichtet hatte. Stalin schonte die „Hitlerregierung“ und richtete weiterhin den Angriff auf die Sozialdemokraten, Trotzlisten auf der Linken sowie „Rechte und Versöhnler“ inner- und außerhalb der eigenen Reihen. Die Lektüre der *Pravda* in den ersten Monaten nach Hitlers Machtantritt bringt zum Vorschein, dass die Sozialfaschismus-Doktrin fester Bestandteil der sowjetischen Regierungspolitik blieb, die in der Forschung bisher zu stark auf die Komintern und die kommunistischen Parteien, besonders die KPD, projiziert wurde. Während aufgrund einer selbst verordneten Nichteinmischungspolitik in die „inneren Angelegenheiten Deutschlands“ die „Hit-

¹³⁴ „Resolution des Präsidiums des EKKI zum Bericht des Gen. Heckert über die Lage in Deutschland“ (1.4.1933). Moskau; RGASPI, Moskau, 495/2/203, 10–12.

¹³⁵ Dokumenty vnesnej Politiki. S. 271.

¹³⁶ RGASPI, Moskau, 17/162/14, 79–80.

¹³⁷ Gerd Koenen spricht in diesem Zusammenhang von einer „bemerkenswerten Neutralität“ (Gerd Koenen: Die Russische Revolution. Ein Experiment. In: Spiegel Special Geschichte (2007). Nr. 4. S. 9).

lerregierung“ kaum kritisiert wurde, nahm auch die *Pravda*, wenn es darum ging, die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ zu verunglimpfen, kein Blatt vor den Mund: „Sozial-Faschisten rufen zur Unterordnung unter die Regierung Hitlers auf“, hieß es dort Anfang Februar 1933.¹³⁸

Am 30. Januar 1933, dem Tag der „Machtergreifung“, waren Hitler und seine Bewegung für die Titelseite der *Pravda* kein Thema. Man berichtete lediglich von einer „Verschärfung der Lage“ in Deutschland und über Repressionsmaßnahmen gegen die KPD, für diese wurde allerdings u. a. der sozialdemokratische Polizeipräsident von Leipzig verantwortlich gemacht. Während die Komintern in völliger Verkennung der Tatsachen nun die These der „Zwillingsbrüder“ verstärkt anwandte und neben dem „Sozialfaschismus“ auch den sog. „Nationalfaschismus“ zum Gegner erklärte, verfestigte sich nach dem Januar 1933 für die Sowjetunion der Kampf gegen die Sozialdemokratie sogar zur strategischen Ausrichtung. Die Überschrift „Hitler ist Reichskanzler“ findet sich in der Ausgabe vom 31. Januar erst auf Seite sechs. Am 1. Februar wird auf der Titelseite ein Hitler-Vertrauter mit der Voraussage zitiert, es werde scharfe Repressionen gegen die KPD geben, daneben prangerte eine Notiz die „Sozialfaschisten“ an, die zur „Unterwerfung unter die Hitler-Regierung“ aufriefen. Am 2. Februar titelte die *Pravda* zur Selbstauflösung des ADGB: „Die Sozialfaschisten passen sich den Geschmäckern ihrer neuen Herren an.“ Erst am 6. März publiziert die *Pravda* den Aufruf der Komintern zur Einheitsfront, in dem erstmals von einer übergreifenden Schuldzuweisung an die Sozialdemokratie als Ganzes abgegangen wurde.

Seitens der Komintern wurde die Liquidierung der Sozialdemokratie in Deutschland als positiver Effekt genauso hervorgehoben, wie seitens der Sowjetunion die sich angeblich positiv auswirkende, mit den Ereignissen in Deutschland verbundene Vertiefung der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten. Bereits 1933 war die (vermutlich von Stalin selbst stammende) instrumentelle Faschismusdefinition gültig, die 1935 vom VII. Weltkongress der Komintern für allgemeingültig erklärt wurde. Mittels der als „Dimitrovsche Formel“ in die Geschichte eingegangenen, rein instrumentellen Definition, die Generationen künftiger Kommunisten beeinflusste, wurde der Faschismus als „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“, definiert. Das typischste Charakteristikum des Nationalsozialismus als (insofern unmittelbar mit dem Parteikommunismus konkurrierendem) Mobilisierungsregime blieb ausgespart.¹³⁹

¹³⁸ *Pravda* (1.2.1933 und 2.2.1933).

¹³⁹ Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. 2. August 1935. In: Ders.: Ausgewählte Schriften in drei Bänden. II. Berlin (Ost) 1958. S. 523–625, hier: S. 525.

Das Remmele-Memorandum: Anamnese eines weltgeschichtlichen Versagens

Neben dem seitens der KPD-Führung gemeinsam geführten innerparteilichen Kampf gegen die „Versöhnler“ war der engere Zirkel um Thälmann in einen ständigen Kampf gegen den linksstalinistischen Flügel um Neumann und Remmele involviert. Dass gerade der Antifaschismus und die Haltung zur Faschisierung Deutschlands seitens der Thälmann-Führung vor und nach dem Januar 1933 im Zentrum der Auseinandersetzungen stand, belegt das hier publizierte Memorandum Remmeles, als Mitglied des Politbüros der KPD (Dok. 321). Es gehört ebenfalls zu den bisher kaum beachteten Grundlagendokumenten der KPD-Geschichte.

Bereits vor der „Machtergreifung“ vermittelt ein erstes, für Pjatnickij und Stalin bestimmtes Memorandum Remmeles vom 25. Dezember 1932 tiefe Einblicke in eine angesichts des erfolgreichen Ansturms der Braunhemden innerlich wie äußerlich entwaffnete KPD-Führung. Hierbei warf Remmele Thälmann vor, einen aus personellen Motiven gespeisten Rachefeldzug auf Kosten der Partei und der bolschewistischen Linie zu führen. Die später von der Komintern erhobene Anklage, Remmele vertrete einen „westlichen Marxismus“,¹⁴⁰ wird dem Inhalt dieser Auseinandersetzung nicht gerecht, genauso wenig wie das in der Forschung vorhandene Desinteresse an diesen Fraktionskämpfen. Zur Veranschaulichung der Führungskrise listete Remmele, der zwar kein Theoretiker, jedoch seit 1897 Mitglied der SPD und später als Arbeiter- und Gewerkschaftsführer in der Pfalz und in Baden Mitbegründer der USPD war, drei ideologische Hauptrichtungen innerhalb der KPD auf: eine orthodoxe Richtung mit Thälmann an der Spitze, die zu einer Lösung der Probleme nicht fähig sei, eine „spartakistisch-trotzkistische“ sowie eine „bolschewistische Linke“, zu der er sich zusammen mit Heinz Neumann u. a. zählte. Die Gruppe Thälmann, so versicherte er, führe die Partei durch Kompromisse in der Einheitsfrontfrage in einen „opportunistischen Sumpf“, man müsse deswegen den Kampf gegen sie führen.¹⁴¹ Warum die Kominternführung mit Knorin, Pjatnickij, Lozovskij, Manuil'skij und Kuusinen wenig später das Manifest als „Kapitulantenentum von links“ scharf verurteilte, wird hieraus erklärlich (Dok. 314).

Die große Abrechnung angesichts der Unfähigkeit der KPD im Zuge der Machtergreifung erfolgte parteiintern im April 1933. Auf den 12. April 1933 datiert, beschuldigte Remmele in einem hier erstmals auszugsweise abgedruckten 25-seitigen, eng beschriebenen Brandbrief an die Mitglieder des Politbüros diese nicht nur für die „größte[n] Niederlage des deutschen Proletariats seit 1914“ verantwortlich zu sein. Sie habe sich nicht nur einer „ungeheuerliche[n] Unterschätzung des Ernstes der Lage für das deutsche und internationale Proletariat“ schuldig gemacht, „der mit dem Sieg des Faschismus in Deutschland entstanden ist“, sondern ginge auch – „von

¹⁴⁰ Siehe Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, 230f.

¹⁴¹ RGASPI, Moskau, 508/1/129, 5.

legalistischem Kretinismus befangen“ –, einer Analyse der faschistischen Diktatur in Deutschland bewusst „aus dem Wege, (...) weil bei dieser Feststellung einige falsche Thesen des Parteiführers und der Parteiführung durch die Geschichte als unrichtig und falsch erwiesen wurden“.¹⁴² Zur Vorgeschichte des Dokuments gehört, dass einen Tag nach der Verhaftung Thälmanns Heinz Neumann in einem häufig zitierten, jedoch bisher unpublizierten „Geheimbrief“ seinen Mitstreiter Remmele aufgefordert hatte, angesichts der „geradezu geschichtliche[n] Verantwortung“ gegenüber den passiven und gegen die Vorgaben der Komintern verstoßenden Positionen der Thälmann-Führung die Initiative zu ergreifen und „die Rolle von Karl L[iebknecht]“ zu übernehmen (Dok. 312). Die Situation erzwingt es, in Moskau gegen die Politik Thälmanns in Deutschland bei der Komintern zu protestieren und entsprechend zu berichten. Remmele solle nicht darauf hereinfallen, wenn die „[Thälmann]bande sich mit den 4,7 M[illionen der KPD-Stimmen bei der Reichstagswahl] ‚retten‘ wolle: Dies zeige nur, „wie glänzend die Masse ist, was man hätte tun *können* und was man noch tun *muß*.“ Den Stalinismus nun eindeutig hinter sich lassend, versuchte Remmele in diesem Moment tatsächlich, jene Rolle zu übernehmen, die ihm Neumann in seinem Geheimbrief zugewiesen hatte.¹⁴³ Die von „legalistischem Kretinismus befangen(e)“ Parteiführung, die sich nun auch einer „gewaltsamen Unterdrückung der Kritik an der Politik der Partei“ befleißigt, habe Parteiverbot und Illegalität weder vorhergesehen, noch vorbereitet. Die „widerstandslose Hinnahme des scheußlichen Massenterrors in der Massenstimmung“ versuchte Remmele damit zu erklären, dass ein „entschlüssener Abwehrkampf“ nicht geführt wurde. Hieran treffe die Mitglieder keine Schuld, „die unsere Ratschläge nicht befolgten, sondern vor allem sind wir selber schuld in der Führung, und das ohne Ausnahme, weil wir uns zu leichtfertigen Kraftmeiereien verleiten ließen, ohne jedoch eine schlagkräftige Armee geschaffen zu haben, indem

142 In der Historiographie wurde der Text sowohl von deutscher als auch von russischer Seite bisher kaum zur Kenntnis genommen. Auch bei R. Müller (Menschenfalle Moskau, S. 365) wird dies nicht weiter vertieft. Vermerkt wird, dass die betreffenden Dokumente erstmals auf einer Sitzung des Politbüros vom 3.9.1936 erörtert worden seien, zu der Wilde und Brückmann von der Kaderabteilung der Komintern hinzugezogen worden seien. Beim russischen Historiker Širinja (Komintern v 1933 gody, S. 226f.) findet sich die apologetische These, nach der die Komintern vorausschauend den Fraktionstreiber Remmeles und Neumanns ein Ende bereite habe.

143 Karl Liebknecht hatte im August 1914 als einziger SPD-Führer gegen die Bewilligung der Kriegskredite und damit gegen die „union sacrée“, den „Burgfrieden“, mit der nationalen Bourgeoisie gestimmt. Remmeles hier gezeigter Courage folgte später eine erneute Unterwerfung, obwohl diese ihn und seine Familie nicht vor dem Stalinschen Terror rettete, der bis in DDR-Zeiten andauerte. Trotz der verordneten radikalen Entmündigung ließ Stalin ihn umbringen, die DDR hielt sein antifaschistisches Memorandum weiter unter Verschluss. Der Bruder Remmeles, Adam Remmele, saß als Sozialdemokrat zeitweise im KZ. Er war Ende der zwanziger Jahre Staatspräsident von Baden, nach 1945 erhielt er die Ehrenbürgerwürde der Stadt Karlsruhe. Siehe das Schreiben des Leiters der 3. Abteilung des NKVD, Minaev vom 2.5.1937, mit der Aufforderung zur Verhaftung der deutschen Kommunisten Max Richter, Heinrich Kurella, Fritz Schulte, Hermann Remmele und Kurt Sauerland (Dok. 413).

wir die entscheidenden Positionen sicherten, von denen aus wir hätten zuschlagen können, und beweisen konnten, dass Deutschland nicht Italien ist.“ (Dok. 320)

Die durch den Führerkult um Ernst Thälmann beschleunigte und durch Zeitzeugnisse von Politbüro-Mitgliedern bestätigte innere Zersetzung der KPD erscheint nun deutlicher als Hauptursache für die Niederlage des Jahres 1933. Dabei bekräftigte der überzeugte Stalinanhänger Remmele auf seine Weise ungewollt die Niederlagentheorie Trotzkis, teilweise gibt es wörtliche Übereinstimmungen. Die Memoranden zeigen, dass nach den „Versöhnlern“ auch die parteiinterne Opposition Heinz Neumanns und Hermann Remmeles in der Führungsspitze der KPD nicht mehr allein unter dem Aspekt einer „linken Abweichung“ oder als Überdehnungsphänomen betrachtet werden kann. Vielmehr beinhaltet sie den Versuch, während und unmittelbar nach der Machtübernahme dem NS-Regime einen konsequenten Widerstand entgegenzusetzen, was ein großer Teil der Parteimitglieder mit gutem Grund Thälmann, Stalins Vertrauensperson in Deutschland, nicht mehr zutraute. Die Antwort der Kominternführung bestand darin, dass nicht zuletzt zur Vertuschung des eigenen Fehlverhaltens Remmeles Memoranden als Fraktionstreiberei verurteilt und im Juni 1933 in Moskau dazu eine Untersuchungskommission des EKKI eingerichtet wurde. Vier Monate später (!), am 27. Oktober 1933, wurde der Kommissionsbericht vorgelegt und Remmele musste sein Mandat im EKKI-Präsidium niederlegen. Außerdem sollte er durch das ZK aus der KPD-Führung entfernt und in Zukunft auch nicht mehr für die Kominternarbeit eingesetzt werden. Als VKP(b)-Mitglied sollte er in der Sowjetunion einer Arbeit nachgehen – die stalinistische Entlohnung für ein beachtenswertes Engagement.¹⁴⁴

Der ausgebliebene Bruch der Sowjetunion mit Hitler – keine antifaschistische Massenpropaganda der Komintern

Die Verantwortung von VKP(b), Komintern und KPD für den Verzicht auf einen „entschlossenen Abwehrkampf“ (Remmele) bzw. eine zielgerichtete Massenpropaganda gegen den ohne nennenswerten zentralen Widerstand erduldeten Machtantritt Hitlers sowie für den Verzicht auf die theoretische Analyse eines bisher einmaligen totalitären Unterdrückungssystems bildet einen zentralen Markstein der Stalinismus-

144 Wenige Tage vor Beginn des XIII. EKKI-Plenums im November/Dezember 1933, dem obersten Beschlussgremium des EKKI außerhalb der Weltkongresse der Komintern, wurde der Fall Remmele erneut auf die Tagesordnung des EKKI-Präsidiums gesetzt. Auch eine für den 25.11.1933 einberaumte außerordentliche Sitzung des EKKI kümmerte sich nicht etwa um die Probleme einer unter den Schlägen der Massenverfolgungen ächzenden KPD, sondern nach einem Bericht von Marty um die erneute (und definitive) Verurteilung Remmeles. Dieser hatte es gewagt, die deutsche Januarniederlage als das zu sehen, was sie war, ein „fundamentaler Systemwechsel“ und die „größte Niederlage des Proletariats seit 1914“.

forschung.¹⁴⁵ Als der „richtige Faschismus“ an die Macht gekommen war, nahm die Komintern zunächst seinen Charakter als qualitativ neuartiges und für die Arbeiterbewegung insgesamt äußerst bedrohliches politisches Mobilisierungsregime nicht wahr. Anfang April 1933 wurden die Kommunistischen Parteien angewiesen, ungeachtet der offiziellen Bekundungen für eine neue Einheitsfront den Kampf gegen die II. Internationale zu verstärken.¹⁴⁶ Leitende Funktionäre des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) äußerten sich auch in der 2. Hälfte des Jahres 1933 und Anfang 1934 noch positiv über die Liquidierung der Sozialdemokratie durch den NS-Terror, die ja nur eine Parallele zur – weitaus blutigeren – Verfolgung der Kommunisten selbst war: „[D]ie Sozialdemokraten [...] standen als chinesische Mauer und haben uns nicht zugelassen zu den Massen. [...] Aber jetzt ist diese Mauer eingefallen. Die Faschisten haben [für] uns diese Mauer zerbrochen [...] und von uns hängt es ab, diese Mauer so zu vernichten, dass auch kein Fundament für den neuen Aufbau besteht.“ – so Pjatnickij auf der Sitzung des EKKI-Sekretariats vom 19. September 1933 (Dok. 335). Der Vorsitzende der Roten Gewerkschaftsinternationale, Solomon Lozovskij, der bereits Kommunisten und Faschisten als Erben der sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaftsbewegung gesehen hatte (Dok. 328), hob im Dezember 1933 die Zerschlagung der Sozialdemokratie durch die Nationalsozialisten als ein Ereignis von „riesige(r) historische(r) Bedeutung“ hervor (Dok. 344).

Willi Münzenberg gehörte nicht nur zu denjenigen Repräsentanten des internationalen Kommunismus, die Stalin am besten kannten, er war auch als Gründer und Leiter der Internationalen Arbeiter-Hilfe (IAH) der effektivste und herausragendste Propagandist der Komintern. Seine in diesem Band erstmals dem deutschen Leser vorgelegten Briefe werfen nicht nur ein neues Licht auf seine erstaunliche und für die kommunistischen Eliten des 20. Jahrhunderts paradigmatische Biographie. Sie legen auch die Vermutung nahe, dass es der Komintern unmittelbar nach der „Machtergreifung“ zunächst gar nicht um die Implementierung des Antifaschismus ging. Noch im April 1933 verzichtete sie auf die Implementierung einer antifaschistischen Massenpropaganda und setzte ihre antisozialdemokratische und nur allgemein gegen den Krieg – nicht gegen Hitler als Hauptfeind – orientierte Linie fort. Nicht nur am Kurs gegen die Sozialdemokratie wurde festgehalten, sondern noch Mitte 1933 bestand man auf einer scharfen Trennung zwischen Antikriegs- und antifaschistischen Aktivitäten zugunsten Ersterer.¹⁴⁷ So bestätigte einer der besten Kenner Stalins und als Politbüromitglied und Herausgeber des „Roten Aufbaus“ einer der schärfsten Widersacher Trotzki gleichwohl dessen Fundamentalkritik. Darüber hinaus beklagte er sich bei Stalin in einem persönlichen Schreiben darüber, dass vor und nach dem Januar 1933 auf eine umfassende propagandistische Strategie und damit entschei-

¹⁴⁵ Als Ausnahmen siehe Broué, *Histoire de l'Internationale*, S. 527ff.; Hoppe, In Stalins Gefolgschaft.

¹⁴⁶ Direktiventwurf an die kommunistischen Parteien, 7.4.1933; RGASPI, Moskau, 495/19/529, 55.

¹⁴⁷ Bahne, *Die KPD und das Ende von Weimar*, S. 58ff., 68ff.

dende Wirkungsmöglichkeit der Propaganda gegen Hitler verzichtet worden sei (Dok. 330). Ohne dies freilich darauf zurückzuführen, dass es Stalin darum ging, eine revolutionäre Situation in Deutschland unter allen Umständen zu vermeiden, die Alternativen oder vielleicht schon bestehende geheime Pläne erschwert hätte.¹⁴⁸

Umgekehrt wurden Kominternfunktionäre für individuelle Vorstöße mit antifaschistischer Ausrichtung sogar gemäßregelt. Ein solches Schicksal ereilte Alfred Kurella, den Sekretär des Weltkomitees gegen Faschismus und Krieg und späteren Sekretär Dimitrovs. Einige Ego-Dokumente aus dem Personenarchiv liefern indirekt „heiße“ Informationen zu den wirklichen Absichten der Kominternführung, die sich auch im April 1933 gegen eine antifaschistische Massenagitation wandte. Noch im gleichen Monat wurde gegen ihn im Politsekretariat der Komintern eine mündliche Rüge ausgesprochen, weil er zugelassen hatte, dass der Vorsitzende des Weltkomitees gegen imperialistischen Krieg und Faschismus, Henri Barbusse, Sozialdemokraten zu einer internationalen Konferenz eingeladen hatte, die der Sondierung gemeinsamer Hilfsaktionen für die deutschen Arbeiter dienen sollte. Der Kominternspitze schien die Zielsetzung auf international wirkungsvolle antifaschistische Aktionen nicht zu goutieren. Wie in der Personalakte überliefert, lehnte sie den eingebrachten Vorschlag zur „Verschmelzung der Antikriegs- und Antifabewegung“ ausdrücklich ab (Dok. 322). Zum Zeitpunkt der Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung entsprach dies den gültigen Direktiven des EKKI. Die Mobilisierungskampagnen der Komintern nach dem Januar 1933 zielten auf einen nur allgemein definierten Antikriegskampf, der defensiv auf den „Kampf für den Frieden“ beschränkt blieb (wie es später auch unter dem Stalin-Hitler-Pakt praktiziert wurde). Dem Nationalsozialismus als politisches System und der nationalen und sozialen Demagogie der NSDAP wurde seitens der KPD kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Der Antifaschismus wurde „nationalisiert“, als übergreifende, strategische Linie existierte er für die Komintern nicht.

Trotz des erhöhten Drucks seitens der Kommunistischen Parteien (so der KP Frankreichs) und der kommunistischen Fraktion des Weltkomitees gegen imperialistischen Krieg und Faschismus weigerten sich die Kominternspitze und ihr Emissär Karol'skij weiterhin, den Kampf gegen den Krieg und Hitlers strategische Ziele mit dem Kampf gegen den Faschismus zusammenzuführen. Es verging mehr als ein Jahr, bis dieser bürokratische Standpunkt aufgegeben wurde, der nur aus der offiziellen und geheimen Haltung der Sowjetunion gegenüber NS-Deutschland zu erklären war.¹⁴⁹ Auch nach dem Reichstagsbrand wurde das Konzept einer politisch-kulturell umfassenden Massenpropaganda gegen den Nationalsozialismus, wie es Willi Münzenberg vorschlug, abgelehnt. Die Auswertung der sowjetischen Politbürobeschlüsse ergibt,

¹⁴⁸ Vgl. auch die vom NKVD abgefangene Aussage eines abtrünnigen deutschen Kommunisten, der bereits im März 1933 gesagt haben sollte, die sowjetische Regierung wünsche eine deutsche Revolution am allerwenigsten, müsse aber pro forma so tun (RGASPI, Moskau, 558/11/185, 85–96).

¹⁴⁹ RGASPI, Moskau. Personalakte Alfred Kurella 495/205/6339, 373–376, hier: S. 355.

dass sich seit Januar 1933 ein explizit gegen das NS-Regime gerichteter Beschluss des obersten Sowjetorgans nicht nachweisen lässt (!). Am 15. August 1933 billigte das Politbüro zwar eine finanzielle Unterstützung für die „Vorschläge Münzenbergs“, explizit hieß es jedoch, dass dies ausschließlich für eine internationale Kampagne gegen den Krieg gelte. Das NS-System wurde nicht einmal thematisiert. Auf die für die internationale Arbeiterbewegung sicherlich folgenreichste Zäsur im 20. Jahrhundert reagierte die Sowjetunion keineswegs mit einem Bruch, der eine nicht nur symbolische Bedeutung nach sich gezogen hätte, ja nicht einmal mit Protesten. Stalin schonte zwar die „Hitlerregierung“, doch er schoss weiterhin gegen die Sozialdemokraten; die Sozialfaschismus-Doktrin blieb sowjetische Regierungspolitik.

Der Reichstagsbrand-Komplex: Brand, Prozess, Braunbuch und sowjetische Nichteinmischung in „innere Verhältnisse“ Deutschlands

Die Debatte über die Urheberchaft des Brandes hat nach Jahrzehnten immer noch kein Ende gefunden. Weitergehende und umfassende Ebenen des Reichstagsbrandkomplexes, auch über die Schuldfrage hinaus, werden kaum mehr in den Blick genommen. Eine zweite, in der Forschung ebenfalls umstrittene Ebene betrifft die Einordnung und Konzeptualisierung des neuen, größtenteils von Münzenberg und seinen Helfern umgesetzten antifaschistischen Repertoires („Braunbuch“, „Gegenprozess“ u. a. m.) im Verhältnis zur Komintern und sowjetischen Außenpolitik. Als dritte Ebene wurden trotz einer Vielzahl von Publikationen und der andauernden Debatte auch die Hintergründe für die Freilassung bzw. die Transferierung Dimitrovs, Popovs und Tanevs in die Sowjetunion noch nicht vollständig aufgeklärt. Während die Urheberchaft der Nationalsozialisten für den Brand immer noch nicht belegt werden konnte, hängt die Auflösung von Cluster zwei und drei ursächlich mit der Haltung Stalins und der UdSSR und ihrer Vermittlung über die Komintern zusammen.

Für eine Neuaufnahme der Reichstagsbranddebatte reichen die präsentierten Dokumente nicht aus. Gleichwohl decken sich die Hinweise des ersten Gestapo-Chefs unter Hitler, Rudolf Diels, auf die Täterschaft der Nationalsozialisten bzw. der SA und der Rolle des Sonderbeauftragten für die Säuberung der preußischen Polizei, Adolf Daluge, teilweise mit den in Radeks hier erstmals veröffentlichtem Brief kurz nach dem Brand enthaltenen Vermutungen, die sich gegen die Einzeltäterthese zu Lasten von Van der Lubbe richten.¹⁵⁰ (Dok. 324A). Auch die Dimitrov-Tagebücher belegen, dass von kommunistischer Seite nur die Nationalsozialisten als Täter in Frage kamen, bevor aus taktischen Gründen auf Van der Lubbe als Mit- und Haupttäter umge-

¹⁵⁰ Allerdings war Diels in dieser Frage unentschieden; kurz vor seinem Tod hielt er sowohl die SA als auch Van der Lubbe als Einzeltäter für denkbar (Klaus Wallbaum: Der Überläufer. Rudolf Diels (1900–1957). Der erste Gestapo-Chef des Hitler-Regimes. Frankfurt/M. [u. a.]: Peter Lang 2010. S. 103.

schwenkt wurde. Ob der hier erstmals publizierte Brief Radeks an Botschaftssekretär Vinogradov in Berlin jedoch als Schlüsselbeleg dafür herangezogen werden kann, dass die von Münzenberg koordinierte Gegenkampagne zum Reichstagsbrandprozess nur zur Camouflage einer Zusammenarbeit von Stalin und Hitler eingesetzt wurde und der Prozess insgesamt nur instrumentell der Diskreditierung der SA gedient haben soll, erscheint eher zweifelhaft.¹⁵¹

Dass seitens der Führung des deutschen Kommunismus ein zentraler Aufstandsplan für den Fall einer Machtergreifung tatsächlich nicht vorlag, erschwerte zumindest den Plan eines großangelegten NS-Prozesses gegen die KPD: „Die Politische Polizei war, vor allem durch Spitzelverbindungen bis in die engsten Führungskreise der KPD, über deren wahre Pläne und Absichten, und das heißt nach unbestrittener Erkenntnis über das Fehlen ernsthafter Putsch- und Revolutionspläne der KPD für den betreffenden Zeitraum, genauestens informiert. Ihre dauernden Meldungen und Behauptungen von einer unmittelbar drohenden Revolutionsgefahr insbesondere während der Monate Februar und März 1933 waren demnach weitgehend Zweckklügen, mit denen der Feldzug gegen den Kommunismus im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand beziehungsweise die Beschuldigung der Kommunisten als Urheber desselben propagandistisch vorbereitet und unterstützt wurde.“¹⁵² So lenkten die Dispute um die Alleintäterschaft die schonende Behandlung Hitlers durch die offizielle Sowjetunion auch nach dem Reichstagsbrand in den Hintergrund. Bereits am 2. März 1933 hatte Stalin persönlich den Nachdruck eines in der *Herald Tribune* publizierten Artikels mit kompromittierendem Material zu Hermann Görings gewalttätiger Vergangenheit als Morphinumabhängiger untersagt.¹⁵³ Es begann eine Periode sowjetischer Nichteinmischungspolitik, die nicht nur implizit, sondern, wie die neuen Dokumente zeigen, auch explizit eine Tolerierung des NS-Terrors gegen deutsche Kommunisten beinhaltete. Bis heute schwer nachvollziehbar ist, dass das höchste Machtorgan der Sowjetunion gleichzeitig zu den politischen Verfolgungen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Linken, die durch die Reichstagsbrandprovokation legitimiert wurden, schwieg. Trotz der blutigen Kommunistenverfolgung überwog das „positive Interesse an einer Zusammenarbeit“ von beiden Seiten.¹⁵⁴ „Hitler ließ zwar Göring rüsten, doch für seine Person verließ er sich darauf, dass Stalin, der ein

151 Siehe Stephen Koch: *Double Lives*, S. 116f.. Die These von der „Dimitrov Conspiracy“ als längerfristige Vorbereitung der Zerschlagung der SA am 30.6.1934 („Nacht der langen Messer“, s. u.) ist bei Koch nicht ausreichend belegt. Botschaftssekretär Vinogradov wird hierbei durchweg als Radeks „Agent in Berlin“ bezeichnet.

152 Christoph Graf: *Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches*. Mit einem Vorwort von Walter Hofer. Berlin: Colloquium 1983. S. 225.

153 Leonid V. Maksimenkov (Hrsg.): *Bol'shaja cenzura. Pisateli i žurnalisty v strane sovetov 1917–1956*. Moskva: MFD 2005. S. 277f.

154 Sven Allard: *Stalin und Hitler. Die sowjetische Außenpolitik 1930–1941*, Bern/München: Francke 1974. S. 22.

Sowjetdeutschland keinesfalls gewollt hatte, stillhielt und ihm freie Hand ließ gegen die deutschen Kommunisten, die vergeblich auf den Startschuss zum Losschlagen warteten.¹⁵⁵ Für die offizielle Sowjetunion waren auch die Konzentrationslager eine innere Angelegenheit Deutschlands.

Zur Kontextualisierung der Cluster zwei und drei liefern die Dokumente hingegen einiges Material, das die Gegenprozesskampagne in neuem Licht erscheinen lässt. Für die Nationalsozialisten stellte der Prozess eine doppelte Niederlage dar. Zur Einordnung der Vorgeschichte ist hervorzuheben, dass ursprünglich noch vor dem Prozess gegen Dimitrov, Popov und Tanev – im Juni 1933 – die Abhaltung eines politischen Strafprozesses gegen den im Februar verhafteten Ernst Thälmann vorgesehen war. Wegen des nicht ausreichenden Belastungsmaterials musste dieser jedoch abgeblasen werden, trotz aller NS-Bemühungen und trotz der als Umsturzpläne präsentierten „wichtigen Funde in Geheimräumen des Karl Liebknecht-Hauses“, die gleichwohl niemals veröffentlicht wurden.¹⁵⁶ Interessanterweise sah der ursprüngliche Plan ebenfalls vor, nicht nur dem nationalen, sondern auch dem internationalen Kommunismus den Prozess zu machen.

Der Freispruch Dimitrovs und seiner Mitangeklagten im Reichstagsbrandprozess, der die katastrophale Niederlage von 1933 teilweise überstrahlte, wurde von der Komintern und unter Hervorhebung seines respekterheischenden persönlichen antifaschistischen Engagements als ein großartiger Sieg gegen den Nationalsozialismus propagandistisch umgesetzt, vor allem als Ohrfeige für Göring. Die in der öffentlichen Meinung breit rezipierte, von Paris und London aus gesteuerte internationale Kampagne gegen den Prozess machte den Reichstagsbrand zur Legende. Sie wurde von relativ autonomen, besonders engagierten Kräften konzipiert und realisiert, allen voran Willi Münzenberg und Otto Katz, in dessen Pariser Verlag das „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror“ erschien. Stark engagiert war auch Romain Rolland, auf dessen Initiative die *Amsterdam-Pleyel-Bewegung* zurückgeht. Um Intentionen und Hintergründe der Braunbuchkampagne wurde mit den Thesen Stephen Kochs in seinem Buch „Double Lives“ eine Historikerdebatte ausgelöst.¹⁵⁷ Die hier erstmals veröffentlichten Dokumente scheinen zunächst die These des Columbia-Literaturwissenschaftlers zu stützen, nach der die russische Führung über Radek als Vermittler über die Kampagne informiert gewesen sei, wie es Münzenbergs Briefe für Radek und an Stalin zwei Monate später suggerierten (Dok. 330,

¹⁵⁵ Rudolf Diels: Die Nacht der langen Messer ... fand nicht statt. In: Der Spiegel 2.6.1949 (www.spiegel.de/spiegel/print/d-4436660.html, 20.8.2013). Vgl. hierzu: Georg von Rauch: Stalin und die Machtergreifung Hitlers. In: Deutsch-Russische Beziehungen. Von Bismarck zur Gegenwart. Hrsg. v. Werner Markert, Dietrich Geyer, Richard Löwenthal, Georg von Rauch, Hans Ross [u. a.]. Stuttgart: W. Kohlhammer 1964. S. 117–140; Siehe auch Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Düsseldorf: Droste 1984 (Droste Taschenbücher Geschichte. 908).

¹⁵⁶ Graf, Politische Polizei, S. 226.

¹⁵⁷ Koch, Double Lives (2004), S. 97–145.

vgl. Dok. 324A), während die Mehrheit der KPD-Führung weiter versucht habe, die Kampagne zu hintertreiben. Unter dem Eindruck der Ereignisse schloss Radek aus nachvollziehbaren Gründen von vorn herein die (bis heute massiv vertretene) Alleinschuldthese Van der Lubbes aus,¹⁵⁸ in dem er ein Werkzeug der Nationalsozialisten sah. Der Berliner SS-Führer Kurt Daluge, nicht wie zunächst angenommen Georg Bell, habe den Brand organisiert und dafür Van der Lubbe gewonnen. „Wer die Sache außer Van der Lubbe ausgeführt hat, wie die Organisatoren Van der Lubbe für sich gewinnen konnten – das ist es, was herausgefunden werden muß“, forderte Radek. Vor allem sollte dies in diskreten Gesprächen mit Niemayer und Grabowsky bzw. dem „Tat-Kreis“ erkundet werden. Die Dokumente stützen nicht unbedingt die Sichtweise Kochs, nach der es sich um ein mit der russischen Führung und Stalin abgesprochenes und daraufhin von Münzenberg, Katz und Gibarti als sowjetischen Agenten nur zum Schein als Fassade durchgeführtes, im Vorhinein zwischen den Geheimdiensten vereinbartes antifaschistisches Drehbuch gehandelt habe, mit dem Ziel, die wohlwollenden gegenseitigen Absichten sowie die Hintergründe für den Reichstagsprozess und die weitere positive Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen zu über-tünchen. Die unterschiedlichen, weltweiten Initiativen gegen Hitler und sein Regime ausschließlich als „Propagandainitiativen der sowjetischen Regierung“, als ein mit Hilfe der Geheimdienste konstruiertes antifaschistisches Blendwerk zu interpretieren, die zudem hinter einer „linksunabhängigen“ Fassade verborgen worden seien und dementsprechend „von den sowjetischen Geheimdiensten koordiniert und von diesen penetriert“ gewesen seien, stellen eine Überdehnung der These Krivitskys dar, der von einer frühen Orientierung Stalins auf ein Bündnis ausgeht.¹⁵⁹

Eine unvoreingenommene Lektüre der Münzenberg-Korrespondenz lässt vielmehr ein konsequentes Engagement für eine effektive Massenpropaganda gegen den Faschismus hervortreten, das, ganz im Gegensatz zu den taktischen Intentionen Stalins und seines Helfers Radek in sich selbst bzw. seiner antifaschistischen und sozialistischen Überzeugung ruhte. Zwar hatte Münzenberg auf Beschluss des sowjetischen Politbüros am 21. Juni 1935 „zur Publikation von Antikriegsliteratur“ eine finanzielle Zuwendung von 500.000 Francs erhalten, doch dies war der erste (und vermutlich auch letzte) Beschluss in dieser Richtung, der bereits in die Volksfrontperiode unter anderen Vorzeichen und mehr als zwei Jahre nach der Prozesskampagne fiel. Dass Münzenberg in Zusammenarbeit mit den sowjetischen Geheimdiensten ein Blendwerk aufgezogen hätte, scheint auch aus weiteren Gründen nicht schlüssig. Beginnend in den zwanziger Jahren hatte es der gebürtige Thüringer längst geschafft,

¹⁵⁸ Siehe zur Alleintäterthese Uwe Backes, Karl-Heinz Jansen, Eckhard Jesse, Henning Köhler, Hans Mommsen, Fritz Tobias: Reichstagsbrand. Aufklärung einer historischen Legende. München/Zürich: Piper 1986.

¹⁵⁹ Koch, *Double Lives*, S. 335ff., 349. Dass als zentraler empirischer Beleg die Tätigkeit der Abteilung für internationale Verbindungen herangezogen und diese als „Comintern Secret Service“ (Geheimdienst der Komintern) entschlüsselt wird, verstärkt nur die Zweifel an dieser These.

mit seinen Peripherorganisationen ein internationales „Zwischenreich“ (Karl Schlögel), ein Zentrum des Antifaschismus in Europa zu schaffen, das sich nicht mehr einfach nach den Instruktionen der Komintern, geschweige denn nach denen der KPD richtete. Münzenberg handelte bereits weitgehend aus eigenem Antrieb, Dimitrov und die Komintern waren auf dieses Netzwerk angewiesen. Münzenbergs Verdrängung setzte erst ein, als Indiskretionen an die Öffentlichkeit gelangten, nach denen er Stalins Schauprozesse als Farce bezeichnet hatte.¹⁶⁰ Weiterhin konnte nun empirisch nachgewiesen werden, dass Münzenbergs Stellvertreter Otto Katz, Louis Gibarti und Louis Dolivet vom NKVD rekrutiert wurden, was umgekehrt belegt, dass er nicht in eine Verschwörung im Sinne Stalins geraten, sondern selbst zum zentralen Objekt der Überwachung geworden war. Dabei bleibt bemerkenswert, dass der Gegenprozess und das Braunbuch als international stark beachtetes, neues antifaschistisches Repertoire gegen starke Widerstände in der Komintern und a posteriori der VKP(b) erzwungen wurden.¹⁶¹

Seitens der offiziellen Sowjetunion blieb ein Protest gegen die Durchführung des als entwürdigender Schauprozess geplanten Verfahrens aus. Das sowjetische Politbüro wies während seines Verlaufs sogar die Regierungszeitung *Izvestija* an, den Abdruck jeglicher gegen einzelne Mitglieder der NS-Regierung gerichteter Meldungen und Artikel zu unterlassen.¹⁶² Auch in den deutschsprachigen Rundfunksendungen über den Prozess sollten „die Mitglieder der Regierung“ Hitlers nicht angegriffen werden.¹⁶³ Konkret intervenierte die Sowjetunion nur auf diplomatischen Nebenschauplätzen – so in Form einer Protestnote, als sowjetischen Journalisten der Zutritt zum Prozess in Leipzig und Berlin verweigert wurde und es zu Verhaftungen und Durchsuchungen kam.¹⁶⁴ Nach Protesten des Bevollmächtigten Vertreters der Sow-

160 Unter Berufung auf das Presseorgan der Schweizer Trotzisten „Trotz Alledem!“ veröffentlichte der Pressedienst der IV. Internationale am 22.2.1937 eine Meldung unter dem Titel „Münzenberg, der Geschäftsmann Stalins, gesteht die Fälschungen der Moskauer Prozesse ein“. Münzenberg habe, wie es darin hieß, in Paris erzählt, dass weder sein Freund, der Zürcher Arzt Fritz Brupbacher, noch er selbst, noch die beiden derzeitigen Führer der KP der Schweiz, Marino Bodenmann und Jules Humbert-Droz, das glaubten, was sie den Arbeitern über Trotzki erzählten (Contre-procès en Suisse. Münzenberg, homme d'affaire de Staline, avoue les faux des Procès de Moscou. In: Service d'information et de presse pour la Quatrième Internationale (22.2.1937). Paris. Publ. in Lasserre, Bayerlein, Engagements à travers le monde, S. 253f.).

161 Nahezu zur gleichen Zeit sprach sich die Komintern vehement gegen einen in den USA lancierten Handelsboykott gegen Hitlerdeutschland aus. Siehe Dok. 333; vgl. Širinja, Komintern v 1933 gody, S. 433.

162 Maksimenkov, Bol'saja cenzura, S. 300f.

163 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/163/990, 208. In russischer Sprache publ. in Maksimenkov: Bol'saja cenzura, S. 300f. Vgl.: Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 293–295. Zur Note siehe RGASPI, Moskau, 17/162/15, 89–90.

164 Es wurde nicht darauf bestanden, den Konflikt weiter zu vertiefen. Siehe die Protestnote in Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u.a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 293, 296. Zum „Journalistenkonflikt“ auch Gennadij Bordjugov: Die Machtergreifung Hitlers: Dominanten ausenpolitischer Entscheidungen des Stalin-Regimes 1933–1934. In: Zwischen Tradition und Revoluti-

jetunion, Lev Chinčuk, infolge eines Politbürobeschlusses vom 23. September 1933 wurden dann zwar Ausweisungen deutscher Pressevertreter aus der Sowjetunion angekündigt, es erfolgte jedoch eine diplomatische Einigung. Im gegenseitigen Einvernehmen bestand man nicht darauf den Konflikt weiter zu vertiefen, was sich auf die Gesamtheit der sowjetisch-deutschen Beziehungen erstreckte.¹⁶⁵

Eine „Dimitrov Conspiracy“? Freispruch, Verbringung der Angeklagten in die Sowjetunion, Radeks Mutmaßungen und Münzenbergs Enthüllungen

Zu einem weiteren Forschungscluster um den Reichstagsbrandkomplex, und die Freilassung und Abschiebung Dimitrovs in die Sowjetunion nach seinem Freispruch lassen sich ebenfalls neue Hypothesen formulieren. Am 23. Dezember 1933 erfolgte das Urteil im Reichstagsbrandprozess. Dimitrov, Popov, Tanev und Torgler wurden freigesprochen, Van der Lubbe zum Tode verurteilt. Die neuen Belege zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen im betreffenden Zeitraum lassen die Hypothese nicht mehr als abwegig erscheinen, nach der die Freilassung Dimitrovs nicht nur seinem zweifellos respekterheischenden Auftreten, sondern letztlich Hitlers Absicht geschuldet war, Stalins Good-Will-Politik zu honorieren bzw. die Beziehungen zur Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt nicht grundsätzlich in Frage zu stellen. Am weitgehendsten hat Stephen Koch im Rahmen der These von der „Dimitrov Conspiracy“ eine frühe Übereinkunft der beiden Diktatoren und ihrer Geheimdienste als gegeben angenommen; und zwar als Vorbereitungsschritt für das Hitlerregime zur Abrechnung mit der SA. Tatsächlich spricht einiges für eine solche Übereinkunft, die von Koch gemutmaßten Hintergründe und Zusammenhänge sind jedoch ebenso fraglich wie seine weitergehende These, dass die von Münzenberg (über Radek als Kontaktperson) organisierte internationale antifaschistische Kampagne als eine Art Fassadenkulisse hierin integriert bzw. funktionalisiert worden sei. Anhand der teilweise auch hier vorgelegten Dokumente läßt sich dies nicht verifizieren.¹⁶⁶

on. Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917–1941. Hrsg. v. Ludmilla Thomas, Viktor Knoll. Stuttgart: Franz Steiner 2000. S. 371–398, hier: S. 377. Bordjugov diskutiert den Begriff der Zweigleisigkeit der sowjetischen Außenpolitik, lehnt jedoch anhand der Auswertung der Politbüro-Entscheidungen die These einer Annäherung an Deutschland strikt ab und führt eine generelle Verminderung des sowjetischen Interesses für Europa an. Gnedin und die Radek-Geheimmissionen werden in Zweifel gezogen.

165 Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 296.

166 Siehe Koch, *Double Lives*, S. 127–145. Hier heißt es, die „Dimitrov Conspiracy“ sei die erste Bestätigung für die geheimen Verbindungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Unter Hinweis auf die von Semerdjiev besorgte Einleitung der bulgarischen Ausgabe der Memoiren des bulgarischen Mitangeklagten Blagoj Popov argumentiert Koch, dass man in den 1940/1950er Jahren vom Abschluss einer geheimen, von Wilhelm Pieck vermittelten Verabredung erfahren habe (*Double Lives*, S. 112, 360, Fn. 23). Im besagten Titel ist jedoch auch in der Einleitung das Zitat von Koch nicht zu finden (siehe

Die Frage, ob bereits von Beginn des Reichstagsbrandprozesses an eine Übereinkunft über eine spätere Überstellung Dimitrovs nach Moskau bestand und Torgler (und Van der Lubbe als Alleintäter sowieso nicht) von dieser Regelung nicht profitieren sollte, lässt sich jedoch nicht einfach von der Hand weisen.¹⁶⁷ Von Zeitzeugen- und Historikerseite hielten Franz Borkenau, Ruth Fischer, Arthur Koestler, André Malraux, Babette Gross und Pet'r Semerdjiev bzw. Blagoj Popov einen Deal für möglich bis wahrscheinlich.¹⁶⁸ Der bulgarische Historiker Martin Pundeff stützt weder, noch widerlegt er die „Dimitroff-Conspiracy-These“; vielmehr beschreibt er lediglich das Austausch-Prozedere nach dem Freispruch vom 23. Dezember 1934, das am 27. Februar 1934 mit dem Flug nach Moskau endete.¹⁶⁹ Auch das von Dimitrov in seinen Tagebüchern selbst kolportierte Gespräch mit dem Gestapo-Leiter Rudolf Diels vom 27. Februar 1934 lässt sich in die angedeutete Richtung interpretieren: „Wir wollen gute Beziehungen mit S.U. Wenn das nicht der Fall wäre, hätten wir Sie nicht nach Moskau fortschaffen!“ (sic), meinte der erste Leiter der Gestapo zu Dimitrov.¹⁷⁰

Blagoj Popov: *Za da ne se povtori nikoga vece*. Paris: K. Péev 1981 (Za vasata biblioteka)); Das von Koch angegebene Erscheinungsjahr 1980 ist unzutreffend. In der neuen bulgarischen Ausgabe der Popov-Memoiren findet sich die Einleitung von Semerdjiev gar nicht erst (siehe Blagoj S. Popov: *Ot procesa v Lajpcig do lagerite v Sibir. Sofija: Izdatelstvo Christo Botev 1991*). Neben einer Vielzahl von indirekten Quellen aus der Sekundärliteratur und Zeitzeugeninterviews ist die von Koch herangezogene Dokumentengrundlage eher schmal. Zwar erscheint eine deutsch-sowjetische Abmachung um Dimitrov nicht ausgeschlossen und es spricht viel für eine konsequente Nichtbeachtung der Unterdrückung der deutschen Kommunisten (und der gesamten Linken). Doch die These, die antifaschistischen Aktivitäten Münzenbergs seien nur eine Fassade gewesen, während das eigentliche, mit dem Leipziger Prozess verbundene Ziel, nicht der Kampf gegen das NS-Regime, sondern das gemeinsame Interesse an der Diskreditierung der SA gewesen sei, erscheint nicht plausibel. Für Hitler – so Koch – sei dies der entscheidende Schritt gewesen, um die Reichswehr aufzuwerten, für Stalin, um ein Appeasement und schliesslich eine Allianz mit Hitler zu erreichen.

167 Am 1.3.1934 berichtet das Pariser Tageblatt über „zwei offizielle Demarchen der Sowjetregierung in Berlin“. Sowohl bei Borkenau, als auch bei Ruth Fischer findet sich diese These, u. a. unter Berufung auf Diels (vgl. Ursula Langkau-Alex: *Deutsche Volksfront 1932–1939*. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau. I. Berlin: Akademie Verlag. S. 90, Fn. 84).

168 Während Borkenau von einem „secret arrangement of release secured for Dimitrov by the Narcomyndel“ spricht (Franz Borkenau: *European Communism*. London: Faber & Faber 1953. S. 228), sah Ruth Fischer einen Link zwischen Außen- und Innenpolitik, der von der Annahme eines geheimen Deals zwischen GPU und Gestapo ausging. Dimitrov habe davon vor seinem Schlussplädoyer erfahren (Ruth Fischer: *Stalin and German Communism*. Cambridge MA: Harvard University Press 1948. Erw. Neuausg.: New Brunswick/NJ: Transaction Books 1982. S. 308–309. Deutsche Ausg.: Ruth Fischer: *Stalin und der deutsche Kommunismus*. II. Berlin: Dietz 1990. S. 331f.). Auch Babette Gross ging in einem Interview nach Kochs Darstellung in diese Richtung (siehe auch Koch: *The Dimitrov-Conspiracy*. In: *New York Times* (22.1.1994); Zur Stellungnahme Malraux' siehe Jean Lacouture: *André Malraux*. Une vie dans le siècle. Paris: Seuil 1973. S. 175ff., 182.

169 Marin Pundeff: *Dimitrov at Leipzig. Was There a Deal?* In: *Slavic Review* (1986). Nr. 3. S. 545–549.

170 Siehe Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): *Georgi Dimitroff. Tagebücher 1933–1943*. Aus dem Russischen und Bulgarischen von Wladislaw Hedeler und Birgit Schliewenz. 2 Bde. Bd. II: *Kommentare und Materialien zu den Tagebüchern 1933–1943*. Hrsg. v. Bernhard H. Bayerlein u. Wladislaw Hedeler

Gegenkräfte gab es jedenfalls. Diels führte später an, er selbst habe die Ausführung eines offensichtlich ohne Zustimmung Hitlers von Göring gegen Dimitrov ausgegebenen Mordbefehls an die SA zunächst verhindert, die Verbringung Dimitrovs in die Sowjetunion sei dann auf eine Entscheidung Hitlers gegen Göring erfolgt, die er ihm am 26. Februar 1934 mitgeteilt habe.¹⁷¹

Gegenüber der prinzipiell nicht hitlerfeindlichen sowjetischen Politik muss die Frage noch offen bleiben, inwieweit die fast in allen größeren europäischen Städten, in denen solches möglich war, durchgeführten Hilfsaktionen und antifaschistischen Solidaritätskampagnen, in Form von Versammlungen, Protestdelegationen, Masseneinsatz von Flugblättern u. a. m., der Komintern für die Freilassung Thälmanns, Torglers und Dimitrovs aus NS-Haft mit Moskau abgestimmt war.¹⁷² Die Briefe Münzenbergs aus dem Zeitraum April/Mai 1933 (vgl. Dok. 325) könnten ein Hinweis darauf sein, dass Radek als Leiter des zentralen geheimen Informationsbüros für internationale Fragen beim ZK der VKP(b),¹⁷³ das Stalin zuarbeitete, über Botschaftssekretär Vinogradov grünes Licht für eine öffentliche, besonders über die europäischen Medien zu verbreitende Aufklärungskampagne zur Schuldfrage im Reichstagsbrandprozess gegeben hatte. Die Mitteilung Münzenbergs nach Moskau vom 15. Mai 1933, in der „auch die Mitteilung bezügl. der Kommission mit Rau an der Spitze“ bestätigt wurde – bei dem es sich um Karl Radek gehandelt haben könnte –¹⁷⁴ könnte insofern auf andauernde Widerstände seitens der Komintern hinweisen und den späten Beginn der Kampagne erklären, genauso wie die aktive Rolle Münzenbergs in der Konzeptualisierung und Umsetzung der Gegenkampagne und nicht unbedingt eine leitende Rolle Radeks. Die hier veröffentlichten Dokumente lassen die Hypothese nicht mehr als abwegig erscheinen, dass Radek, nicht zuletzt aufgrund des wachsenden internationalen Drucks, im Auftrag Stalins an einer Kulisse arbeitete, die eine zweite, geheime Ebene der Annäherung an Hitler camouflieren sollte.¹⁷⁵ Nach dem Zeitzeugnis Evgenij Gnedins, dem Sohn Alexander Parvus-Helphands, der seinerzeit für die internationale Abteilung der *Izvestija* arbeitete, soll Radek im Oktober 1933 sogar direkt die deutsche Botschaft in Moskau kontaktiert haben, um der Hitler-Regierung die guten Absichten der Sowjetunion zu versichern.¹⁷⁶

unter Mitarbeit von Birgit Schliwenz u. Maria Matschuk. Berlin: Aufbau-Verlag 2000. S. 89; In seinen (beschönigenden Memoiren) meinte Diels: „Hitler befand sich damals in der Phase eines besonders freundschaftlichen Standes mit den Russen.“ Rudolf Diels: *Lucifer ante portas*. Es spricht der erste Chef der Gestapo. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1950. S. 371.

171 Diels, *Lucifer ante portas*, S. 362–375.

172 Im Unterschied zu Koch, der diese Frage für beantwortet hält (*Double Lives*, 127ff. u. a.).

173 Das Informbüro wurde im April 1932 auf Initiative Stalins konstituiert und durch Politbürobeschluss vom 16.5.1932 bestätigt. Hierzu Fayet, Karl Radek, S. 661ff.

174 „Rau“ vermutlich ein Schreibfehler.

175 Siehe Koch, *Double Lives*, S. 73 (franz. Ausg.). Münzenberg dürfte allerdings nicht vollständig von Radek bzw. Stalin gesteuert gewesen sein, die „Kulissenthese“ ist deswegen zweifelhaft. Siehe Fayet, Karl Radek, S. 683f.

176 Gnedin, *Iz istorij otnošenii SSR*, bes. S. 22f.

Der Freispruch und das Auftreten Dimitrovs im Reichstagsbrandprozess, der in der Propaganda die Niederlage des 30. Januar teilweise vergessen ließ, wurde nun zum großartigen Sieg über den Nationalsozialismus erklärt und der vermeintlich als Triumphator aus dem Prozess hervorgehende Dimitrov später zum obersten Steuermann der Komintern auserkoren. Wie brüchig dieser Antifaschismus jedoch noch war, zeigte sich etwa daran, dass zeitgleich die Komintern weiterhin jede Boykottforderung gegenüber dem NS-System kategorisch zurückwies und einen in den USA lancierten Handelsboykott gegen Hitlerdeutschland scharf ablehnte.¹⁷⁷ Im Gegensatz dazu mobilisierte die hauptbetroffene KPD verstärkt Kräfte gegen das NS-Terrorregime, jedoch mit großer Unbedachtsamkeit und Nachlässigkeit im Aufbau illegaler Strukturen. Erst als bereits wertvolle Zeit vergangen war, intervenierte die Komintern stärker. Pjatnickij forderte ultimativ eine Stärkung der illegalen Struktur der KPD, doch zur Abwehr der NS-Terrorwelle war man nicht mehr in der Lage.

Die Züricher „Versöhnlerkonferenzen“ und die Rolle einer „loyalen“ KPD-Opposition

Im Herbst 1933 fanden in Zürich zwei als „internationale Versöhnlerkonferenzen“ in die Stigmatisierungsgeschichte der kommunistischen Opposition eingegangene Treffen statt.¹⁷⁸ Aus diesem Anlass erfolgte die Trennung Süsskinds und anderer von der deutschen Gruppe.¹⁷⁹ Der radikalere und, was die Chancen eines einheitlichen Vorgehens gegen Stalin und Hitler anging, realistischere Teil um Karl Volk spaltete sich in der Folge vom Mainstream ab.¹⁸⁰ Für die offizielle, ständig nach Sündenböcken Ausschau haltende Komintern stand fest, dass hier die sog. „Plattform der Versöhnler“ ausgearbeitet wurde. Während ein Teil der Versöhnler den Widerstand für undurchführbar hielt, sollen sich Frenzel und Westermann grundsätzlich für die illegale Arbeit mit der KPD gegen die Nazis ausgesprochen haben. Der aktive Kern bildete daraufhin die „Berliner Opposition“, die die Zeitschrift *Funke* herausgab. Sie setzte sich darüber hinaus aus einer „Reihe von leitenden Mitgliedern der Organisation in anderen Parteibezirken“ zusammen, die „Klarheit“ verlangten „über die Ursachen der Niederlage, die Fehler der Partei, die Lage, die nach dem faschistischen Umsturz

¹⁷⁷ Širinja, Komintern v 1933 gody, S. 433.

¹⁷⁸ Mündliche Auskunft von Hermann Weber nach einer Mitteilung von Eduard Wald. Humbert-Droz zufolge wurden zwei Konferenzen abgehalten, die erste in der Villa Mina Toblers, während die zweite in der Wohnung der Humbert-Droz' in der Albistraße stattgefunden haben soll.

¹⁷⁹ Siehe Jules Humbert-Droz: Dix ans de lutte antifasciste. 1931–1941. Neuchâtel: La Baconnière 1972 (Mémoires de Jules Humbert-Droz. 3). S. 88ff.

¹⁸⁰ Eine andere – allerdings unsichere – Quelle über die Züricher „Versöhnlerkonferenzen“ ist die Aussage von J. R. Becher während der bereits erwähnten inquisitorischen Sitzung der deutschen Schriftsteller in Moskau Ende 1936. Der Schriftsteller scheint 1933 in Zürich gewesen zu sein und will hier auf Kläber, Ende, Kern und auch Volk gestoßen sein (Müller, Georg Lukacs, S. 133).

entstanden war und über die Voraussetzungen des Aufbaus einer illegalen Organisation.“ (Dok. 424)

Nach dem Zusammenbruch der offiziellen Berliner Bezirksorganisation unter der Repression arbeitete diese starke Gruppe bis Mitte 1935, ohne Kontakte zum ZK, in der Stadt weiter. Auch Georg Krausz, später hochdekorierte DDR-Journalist, soll trotz Abgabe einer Reueerklärung auch nach 1933 in Berlin illegal gearbeitet und sich dabei gegen eine Zusammenarbeit der „Versöhnler“ mit Ulbricht ausgesprochen haben.¹⁸¹ In besonderer Weise beteiligte sich Herbert Wehner an der Verbreitung der schlimmsten Unterstellungen über die Zielsetzung der Konferenzen als „Komplott“, die später in das Grundraster der Beschuldigungen während des Massenterrors eingingen. Die Geschichte der „Versöhnler“ in der KPD lieferte somit einen wichtigen Teil des „Clones der Repression“.¹⁸²

„Hitler arbeitet für uns!“:

Das XIII. EKKI-Plenum und der Leichenschmaus von KPD und Komintern am Grabe der Sozialdemokratie

Die Unsicherheiten innerhalb der Komintern wurden nicht zuletzt in der Gewerkschaftspolitik deutlich. Als unmittelbare Reaktion auf die Ereignisse schien zunächst eine Rückkehr zum Prinzip der Klassengewerkschaften endlich das Ende der Spaltungspolitik der Gewerkschaften der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) einzuläuten. Am 5. Mai 1933 erfolgte eine entsprechende Resolution des Politsekretariats des EKKI zum Eintritt der RGO in die Gewerkschaften und zur Wiederherstellung von Klassengewerkschaften. Dabei wurde zwar überzogen von Massenkämpfen gegen die Nazis und einem von unten ausgehenden Massenwiderstand „ohne Verbindung mit oben“ ausgegangen, aber es wurde historisch zutreffend auf die „Wut der SPD-Arbeiter gegen den ADGB“ bzw. gegen die zur Kollaboration bereite Linie ihrer Gewerkschaftsführer hingewiesen, die zur Rettung der Strukturen eine Annäherung an die Nationalsozialisten vollzogen hatten, was sie wiederum nicht vor der Zerschlagung am 2. Mai 1933 rettete (Dok. 318). Seitens der Komintern wurden daraufhin Fragen der Gewerkschaftswahlen und -Beiträge sowie des Aufbaus illegaler Strukturen aufgeworfen (siehe Dok. 324).¹⁸³

181 Krausz wurde 1936 von den Nationalsozialisten verhaftet. Er blieb auch 1945, unter russischer Verwaltung, im Speziallager Buchenwald inhaftiert (Weber, *Die Wandlung*, II, S. 195).

182 Siehe zum Begriff „Clone der Repression“ Bernhard H. Bayerlein: „Vom Geflecht des Terrors zum Kartell des Todes? Ein erster Einblick in Mechanismen und Strukturen der Repression von Komintern und KPdSU im Kontext des stalinistischen Terrors anhand der Bestände im Moskauer Komintern-Archiv“. In: *Kommunisten verfolgen Kommunisten*. Hrsg. v. Hermann Weber, Dietrich Staritz. Berlin: Akademie Verlag 1993. S. 103–124.

183 Die ohnehin nur vorübergehende Hinwendung zum Wiederaufbau der Gewerkschaften erfolgte erst, als es ohnehin zu spät war. Die Absicht zur Übernahme der Gewerkschaften nach der Verhaftung

Dass man sich nun jedoch von Kominternseite eher den Kuchen mit den Nationalsozialisten teilen wollte, so als ob die sozialdemokratischen Arbeiter, die das Gros der Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland stellten, nicht mehr vorhanden seien, verdeutlichte Solomon Lozovskij als Sekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale. Im Juni 1933 umriss er die Aufgaben der kommunistischen Gewerkschaften dahingehend, dass nun sowohl die Faschisten als auch die Kommunisten als „Erben“ der zerschlagenen sozialdemokratischen Gewerkschaften angesehen werden müssten. Nun ginge es darum, sich das größte Stück dieser „Erbschaft“, d. h. die Massen, anzueignen (Dok. 328). Auf diese zynische Art beklatschte die Komintern die am 2. Mai 1933 verhängte Zerschlagung des ADGB, die Besetzung seiner Häuser und die Beschlagnahme seines Vermögens, wobei ihr der Kurs der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung mit Theodor Leipart an der Spitze entgegenkam, die mit den Nationalsozialisten zusammenarbeitete. Die Strategie einer NS-kontrollierten Arbeiterbewegung wurde jedenfalls dadurch erheblich erleichtert, dass man sich seitens der Komintern höchst zufrieden darüber zeigte, dass, wie man fälschlicherweise annahm, nur die Sozialdemokraten sozusagen aus ihr „entfernt“ wurden.

Vom 28. November 1933 bis zum 12. Dezember 1933 fand in Moskau das 13. Plenum des EKKI – das formell höchsten Gremium der Komintern zwischen den Weltkongressen – statt. Es war zugleich das letzte seiner Art bis zur Auflösung der Komintern im Jahre 1943 (!). Bei dieser Gelegenheit wurde die für den Aufstieg Hitlers mitverantwortliche Politik in allen Punkten gebilligt und bestätigt. Der Komintern-Vize Manuil'skij forderte zwar eine Verstärkung des Kampfes gegen den Faschismus, doch verweigerte er eine Änderung der Taktik gegenüber der Sozialdemokratie. Die geradezu selbstmörderische Handlungsperspektive blieb die unmittelbare Machteroberung zur Ablösung des Nationalsozialismus.¹⁸⁴ Kuusinen unterlegte dies auf der Sitzung der Politkommission des EKKI-Plenums ideologisch und sprach tatsächlich von einer objektiv feststellbaren Revolutionierung der Situation und forderte als Hauptaufgabe die Bekämpfung des Pessimismus der Sozialdemokratie.¹⁸⁵ Wenig später kam Lozovskij auf der Sitzung des Exekutivkomitees der Profintern erneut auf die „riesige historische Bedeutung“ dessen zu sprechen, was „in Verbindung mit der Errichtung der faschistischen Diktatur“ geschehen sei – nämlich „die Zerstörung der deutschen Sozialdemokratie“ als „unser Hauptfeind“. Zugleich beklagte er allerdings die „Abbremsung der Tätigkeit unserer Organisationen“ und forderte eine Untersuchung der Gründe (Dok. 344).¹⁸⁶

der sozialdemokratischen Führer blieb unverkennbar. In einem über Kopenhagen gesendeten chiffrierten Telegramm forderten Komintern und Exekutivkomitee der Roten Gewerkschaftsinternationale am 16.6.1933 bereits wieder dazu auf, die Propaganda zum Wiederaufbau des ADGB einzustellen (RGASPI, Moskau, 495/184/13, 206; Zit. in Širinja, Komintern v 1933 godu, S. 237).

184 Siehe Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar, S. 58ff., 68ff.

185 RGASPI, Moskau, 495/171/285, 20–25.

186 Auf der folgenden Sitzung des EKKI-Präsidiums wurde die Situation in Deutschland bereits nicht mehr diskutiert.

Antifaschistischer Widerstand, NS-Terror, Zersetzung der KPD nach innen und Verböten des Terrors (1933–1935)

Der Fall Westermann: Kriminalisierung nach innen

Die in der Behandlung der Opposition Neumanns und Remmeles sichtbaren Methoden von Komintern- und KPD-Führung, die „Versöhnergruppe“ und weitere Oppositionsgruppe zu bekämpfen (siehe auch Dok. 348 zum Ausschluss Karl Volks) bildeten einen Vorgriff auf die großen Säuberungen und die Generalisierung krimineller und terroristischer Praxis. Der Fall Hans Westermann, eines Hamburger Kommunisten, Spartakus-Mitglieds und Mitgründers der KPD, ist ein denkwürdiger Meilenstein auf diesem Weg. Der Berliner Opposition zufolge wurde Westermann durch das ZK der KPD bereits 1933 unter öffentlicher Publizierung seines Klarnamens im Widerstand in der Parteipresse denunziert (Dok. 424) und daraufhin verhaftet. Nach seiner Freilassung wurde die Denunziationstaktik seitens der eigenen politischen Führung nochmals im Jahre 1935 angewendet, was mit seiner Ermordung durch die Nationalsozialisten endete. Wilhelm Piecks Rolle in diesem Fall war zentral, abwiegend und zugleich denunzierend, noch bevor solche Praktiken zum stalinistischen Alltagsmuster wurden.¹⁸⁷

Auch die Januar-Resolution des Politbüros der KPD aus dem Jahre 1935 ließ die kommenden Säuberungen erahnen. Gefordert wurden „schärfste organisatorische Maßnahmen“ gegen die „partei-feindlichen Versuche von Versöhnern (...), die (...) durch die zersetzende Parole von der ‚Konzentration‘ aller Kräfte auf die Sprengung der unter Führung des Genossen Thälmann geschaffenen Parteiführung hinarbeiten.“¹⁸⁸ Von 1936 an wurde auch die Gangart aus Moskau verschärft, auf die Versöhner prasselte ein Trommelfeuer absurdesten Beschuldigungen nieder. So wurde die im Sommer 1936 stattfindende Verhaftungswelle von Kommunisten im Deutschen Reich von einer Verleumdungskampagne der KPD-Führung gegen eigene Mitglieder begleitet. Nicht mehr nur Einzelpersonen, die gesamte Berliner „Versöhnergruppe“ wurde in einem Artikel der *Internationale* aus dem Jahre 1937 beschuldigt,¹⁸⁹ für die Gestapo gearbeitet zu haben. Von den Nachstellungen betroffen war ebenfalls die deutsche Schriftstellergruppe in Moskau. Hier war der Versöhnlervorwurf als inkriminierendes Narrativ ständig latent vorhanden, die im harmlosesten Fall als „Salonmarxisten“ apostrophiert wurden. Die Kampagne gegen KPD-nahe deutsche Exilschriftstel-

¹⁸⁷ Karl Wolff wurde zwar posthum rehabilitiert. Sein Freund „G. J.“ wurde jedoch vom ZK der KPD öffentlich der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten beschuldigt.

¹⁸⁸ Zit. nach Horst Duhnke: Die KPD von 1933 bis 1945. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1972. S. 151.

¹⁸⁹ Die Internationale (1936). H. 6/7. S. 71–79.

ler ist diesbezüglich noch nicht hinlänglich erforscht.¹⁹⁰ Es sollen über den Künstler John Heartfield Verbindungen verlaufen sein, der seit 1929 sogar einen eigenen „Versöhnlersalon“ unterhalten haben soll. Zu den als „Versöhnler“ und Sympathisanten denunzierten Personen, die entweder bereits verhaftet oder – zumeist durch Einträge in die Personalakten der Kaderabteilung der Komintern – stigmatisiert worden waren, gehörten eine ganze Reihe von Schriftstellern, Publizisten, Kulturschaffende, Intellektuelle und ihnen nahestehende Personen, neben den bereits erwähnten Parteifunktionären auch Samuel Glesel, Karl Schmückle, Heinrich Süsskind, Gustav Brand, David Schellenberg, Paul Dietrich, Alexander Emel, Abraham Brustawitzki, Joseph Schneider, Heinz Neumann, Raoul László (Lit. Ps.: A. Rudolf, Geburtsname: Richard Lengyel), Martha Moritz, Alice Abramowitch, Kurt Nixdorf, Hedi Gutmann, Hugo Eberlein, Willy Harzheim, Hans Knodt, Erich Müller, Maria Osten, Wolfgang Weiss, Helmut Weiss, Zensl Mühsam, Carola Neher, Anatol Becker, Ernst Mansfeld, Richard Greve, Otto Unger, Kurt Sauerland, Helmut Damerius, Gertrud und Kurt Meyer, Hans Drach, Ali Weiss, Hermann Remmele, Leo Roth, Fritz Schimanski, Bruno Schmidtsdorf, Hilde Löwen, Robert Hauschild, Martha und Fritz Globig.¹⁹¹

Sowjetische Nichteinmischungspolitik: Tolerierung des NS-Terrors gegen deutsche Kommunisten und innerer Verrat im Stalinismus

Das höchste Machtorgan der Sowjetunion ließ die Unterdrückungs- und Verhaftungswelle, die mit dem Reichstagsbrand begann und mit ca. 60.000 Verhaftungen 1933/1934 in ein „Politizid“ gegen die deutschen Kommunisten und die Linke insgesamt mündete, offenbar widerspruchslös geschehen. Man blieb passiv angesichts der Zerschlagung der größten Kommunistischen Partei außerhalb der Sowjetunion und des historischen Zentrums linker Solidarität in Europa. Außer dem indirekten Zeugnis von Botschaftssekretär Vinogradov gibt es hierfür weitere empirische Hinweise aus der obersten sowjetischen Führungsriege: Noch im Sommer 1933 äußerte der Stalin-Vertraute Avel' Enukidze in Anwesenheit der stellvertretenden Außenkommissare Nikolaj Krestinskij und Lev Karachan gegenüber dem deutschen Botschafter Herbert von Dirksen, dass die „innenpolitische Gleichschaltung“ (!) der Annäherung zwischen Deutschland und der Sowjetunion nutze. Die „führenden Vertreter der Sowjetunion“ hätten – so Enukidze – „für die Entwicklung in Deutschland volles Verständnis.“¹⁹² Auch Molotovs Erklärung auf der Tagung des Moskauer Zentralen Exekutivkomitees im September 1933 ließ keinen Zweifel zu: Obwohl in Deutschland „viele Versuche im

¹⁹⁰ Grundlegend hierzu R. Müller, Georg Lukacs, S. 10 u. a.

¹⁹¹ R. Müller, Georg Lukacs, S. 10 u. a.

¹⁹² Besymenski, Stalin und Hitler, S. 69f. Enukidze soll dabei wörtlich betont haben, dass „die nationalsozialistische Umgestaltung des deutschen Staates für die deutsch-sowjetischen Beziehungen günstige Folgen haben“ könnte.

letzten Jahr gemacht wurden, die Beziehungen mit der Sowjetunion zu revidieren“, sollte, wie es auch Außenkommissar Litvinov betonte, die Politik gegenüber Deutschland nicht geändert werden: „Die ganze Welt weiß, dass wir gute Beziehungen mit kapitalistischen Staaten jeder Gattung, einschließlich der faschistischen, aufrechterhalten. Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands, ebenso wenig wie in diejenigen anderer Länder, und unsere Beziehungen zu ihm werden nicht durch seine innere, sondern durch seine Außenpolitik bestimmt.“¹⁹³

Für das oberste Machtorgan der Sowjetunion war das Problem der KPD damit entsorgt. In den Protokollen des Politbüros des ZK der VKP(b) ließ sich für die Jahre 1933 und 1934 folgerichtig nicht eine Erwähnung der KPD nachweisen. Bezeichnend ist, dass noch 1935 eine Fahnenübergabe deutscher Jungkommunisten an die Rote Armee, über die in der *Komsomol'skaja Pravda* berichtet wurde und die tatsächlich stattgefunden hatte, nach Protesten der deutschen Botschaft in Moskau vom sowjetischen Politbüro als „nicht der Realität entsprechend“ kurzerhand abgestritten wurde.¹⁹⁴ Da im Unterschied zu den 1920er Jahren und zum Beginn der 1930er Jahre in den Politbüroentscheidungen der VKP(b) jegliche Beschlüsse zur KPD fehlen, während sie für das Jahr 1932 noch vorhanden waren, gewinnt die seinerzeit von Karl Volk geäußerte These an Plausibilität, nach der die deutschen Kommunisten auf dem Altar der Stalinschen Präferenzen für gute Beziehungen mit Hitlerdeutschland geopfert worden seien. Die stalinistische Dissimulationspraxis und Auslöschung der schriftlichen Überlieferungen machen hier weitere, oftmals mühsame Forschungen zur Verifizierung notwendig.

Aufgrund der hier vorgelegten Dokumente bedarf die bisherige Sicht auf den kommunistischen Widerstand gegen Hitler ebenfalls einer Überprüfung.¹⁹⁵ In der Verfolgungs- und Widerstandsgeschichte wurde die innere Zerrissenheit der Mitglieder angesichts des „inneren Verrats“ bisher nicht ausreichend thematisiert. Dabei kann das antifaschistische Engagement der Kommunisten, großer Teile der Komintern und der Kommunistischen Parteien durch die Erkenntnisse über die verdeckten Absichten der sowjetischen Führung nicht in Zweifel gezogen werden. Der sowjetische Außenkommissar Litvinov selbst – der nicht Mitglied des Politbüros war – charakterisierte bereits 1935 die Haltung der eigenen, sowjetischen Presse gegenüber dem Nationalsozialismus als eine „geradezu tolstojanische Position der Widerstandslosigkeit gegenüber dem Bösen“ (Dok. 372). Der Opfermut und der antifaschistische Widerstand der zum „Abschaum der Erde“ (Arthur Koestler) gewordenen, größtenteils vom „Vaterland der Werktätigen“ im Stich gelassenen oder betrogenen Kommunisten in

193 Zit. in Dieter Posser: Deutsch-sowjetische Beziehungen 1917–1941. Frankfurt/M.: Stimme-Verlag 1963. S. 43f.

194 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 81.

195 Zur KPD-Widerstandsforschung vgl. Hermann Weber: Kommunistischer Widerstand gegen die Hitler-Diktatur 1933–1939. Berlin: Gedenkstätte Deutscher Widerstand 1988 (Beiträge zum Widerstand 1933–1945. 33); Hans-Rainer Sandvoß: Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945. Berlin: Lukas Verlag 2007.

Deutschland und in der Emigration, inner- und außerhalb der Gefängnisse sowie der Konzentrations- und Internierungslager in Deutschland, Italien, Spanien, Portugal, später auch in Frankreich, der Schweiz verdient gerade angesichts der Verantwortungslosigkeit der sowjetischen Politik eine noch größere Anerkennung.¹⁹⁶

Die unterschiedlichen Perzeptionen zeigen, dass es sehr lange dauerte, bis auch die Kominternverantwortlichen das ganze Ausmaß des Scheiterns der KPD rezipiert hatten. Im Rückblick auf die Jahre 1934 bis 1936 klagte Dimitrov erst spät die KPD-Führung schärfer an und bezichtigte sie der Untätigkeit und Unfähigkeit. Klarstellungen in der Widerstandsgeschichte sind notwendig, wenn der Generalsekretär der Komintern sogar die Existenz der KPD-Führung in Frage stellte. Sichtbar wird, dass der bis zum Ende der DDR aufrechterhaltene Anspruch auf eine (zudem kontinuierliche) zentrale Steuerung des kommunistischen Widerstandes vom Generalsekretär der Komintern bereits 1937 in Frage gestellt und ad absurdum geführt wurde: *„Größter Fehler der Genossen im Ausland – 1934–35–36 nicht möglich, als bekannte Genossen im Land zu leben, aber jetzt sind die Verhältnisse anders. Aber Führer im Ausland, auf Linie des geringsten Widerstandes gegangen. Keine Diskussionen darüber, das ist Tatsache. (...) Keine organisierte Sorge für Familien, diese Aufgabe wurde vernachlässigt, in den Händen von den Feinden gelassen. Das ist ein Urteil über die Parteiführung (...)“*.¹⁹⁷

Während zahlreiche KPD-Mitglieder von Hitlers Machtantritt bis zur bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 als „militante Antifaschisten“ ihr Leben ließen, trifft dies auf die Führungsriege und einige zentrale Kader, die (zumeist im sowjetischen Exil) von der NS-Repression verschont blieben, nicht zu.¹⁹⁸ Die Widerstandsgeschichte macht das ganze Debakel der oftmals noch verschärften Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion deutlich. In der Komintern verhinderten zunächst die unterschiedlichen Perzeptionen, die Realitäten zu erkennen. Die Lektüre der Dokumente Togliattis oder Dimitrovs vermitteln den Eindruck, dass sich die Verantwortlichen das Scheitern der Anleitungspraxis durch die KPD-Führung weder vorstellen, noch erklären konnten und wollten. Erst die „außergewöhnlich“ großen Verluste der KPD des Jahres 1935 schreckten die Komintern auf, nicht zuletzt durch Berichte wie der ihres Kaderbeauftragten Grigorij Smoljanskij, der in einer vergleichenden Analyse neben der mangelhaften Befolgung der Konspiration, die Struktur wie auch die Arbeitsmethoden der Parteiorganisationen sowie den Umgang mit den Kadern dafür verantwortlich machte (Dok. 376). Im Rahmen eines umfas-

¹⁹⁶ Sandvoß: Die andere Reichshauptstadt, S. 605ff. u.a.

¹⁹⁷ Wilhelm Pieck: Handschriftliche Notizen, Abschrift der Handschrift. SAPMO-BArch, Berlin. Nachlaß Pieck. NY 4036/540. S. 166–172, hier: S. 167f., 171f. Teilweise publ. in Bayerlein, Der Verräter, S. 209.

¹⁹⁸ Vgl. Manfred Wilke: Mythos Antifaschismus. Die KPD und die Durchsetzung einer „antifaschistisch-demokratischen Neuordnung“. In: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 46 (2007). Nr. 1. S. 94–102, hier: S. 94. Die Eingangsaussage „Bis zur bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht (...) waren die Kommunisten militante Antifaschisten“ ist insofern zu relativieren.

senden Forderungskatalogs wurden erstmals strenge Maßnahmen zur Verbesserung der Situation gefordert. Neben der illusorisch anmutenden ständigen Kontrolle der Konspiration durch das Politbüro betraf dies die Entfernung unsicherer Personen aus dem Apparat, eine verbesserte und auf den jeweiligen Kader abgestimmte Betreuung der geheimen Missionen ins Land, die „Versorgung der Gefangenen“ bis hin zu einer besonderen Fürsorge gegenüber den „zentralen verhafteten Kadern“ (Dok. 376). Was die KPD-Führer von dieser Fürsorgepflicht hielten, belegen negativ die seit 1939 in französische Internierungslager gesteckten Westemigranten, die von ihrer Parteiführung im Stich gelassen wurden (vgl. Dok. 482).

Der von den deutschen Kommunisten entrichtete Blutzoll war einer der bisher höchsten in der Geschichte der Arbeiterbewegung, mit Ausnahme der Abschachtung der chinesischen Kommunisten durch die Kuomintang in den Jahren 1926/1927 und der Pariser Kommune, die allerdings durch reguläre Truppen bekämpft worden waren. Hermann Weber und Andreas Herbst haben die wichtigsten operativen Gründe für das Scheitern der Abwehrstrategie angeführt, vor allem den Zentralismus in der Leitung der illegalen Arbeit und die Abkoppelung der geheimen Aktivitäten (siehe hierzu den Beitrag Hermann Webers). Als Ergebnis der Verfolgung der KPD durch das NS-Regime wurden 1933/1934 ca. 60.000 Kommunisten verhaftet und 2.000 von ihnen ermordet. Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand wurden allein auf Veranlassung von Diels 4.000 Personen aus dem linken Umkreis verhaftet, 1935 erfolgten 15.000 Festnahmen von Kommunisten. Von den 300.000 KPD-Mitgliedern aus dem Jahre 1932 befanden sich 150.000 mehr oder weniger lange in Haft.¹⁹⁹ Die Zahl der Todesopfer von 1933 bis 1945 wird auf 20.000 geschätzt.²⁰⁰

Noch vor dem definitiven Scheitern eines zentral angeleiteten KPD-Widerstandes im Jahre 1935 und der nachfolgenden Umorientierung auf kleinere Gruppen hatte das zwischenzeitlich verdrängte und in die Sowjetunion abgeschobene Politbüromitglied Remmele in entwaffnender Weise die bürokratische Haltung der Parteiführung als Hauptgrund für die Niederlage angeführt. Nicht die Parteimitglieder treffe die Schuld, „die unsere Ratschläge nicht befolgten, sondern vor allem sind wir selber schuld in der Führung, und das ohne Ausnahme, weil wir uns zu leichtfertigen Kraftmeiereien verleiten ließen, ohne jedoch eine schlagkräftige Armee geschaffen zu haben, indem wir die entscheidenden Positionen sicherten, von denen aus wir hätten zuschlagen können, und beweisen konnten, dass Deutschland nicht Italien ist.“ (Dok. 321).

199 Weber, Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 20; Andreas Herbst: *Kommunistischer Widerstand 1933–1945*. In: *Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945*. Hrsg. v. Peter Steinbach u. Johannes Tuchel. Berlin: Lukas Verlag 2004. S. 33–55. www.ddr-biografien.de/00000095890f9bc01/0000009589137ed36.html (1.9.2013).

200 Weber, Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 20. Siehe auch Herbst, *Kommunistischer Widerstand*; Graf, *Politische Polizei*, S. 222.

Scheitern des KPD-Widerstands: Der Mythos von der Anleitung durch das Politbüro

Für die Widerstandsgeschichte bedeutet das Jahr 1935 eine Zäsur, nicht nur wegen der Verhaftung der letzten noch bestehenden illegalen KPD-Bezirksleitung in Berlin (siehe Dok. 359). Denn zugleich erfolgte ein gewichtiger, von der Forschung bisher vernachlässigter Paradigmenwechsel in der KPD-Politik. Der dem zugrunde liegende Umschwung in der deutschen Politik der Komintern erfolgte vermutlich schrittweise seit einer Sitzung des EKKI-Präsidiums am 8. Juli 1934, an der neben Pieck auch Schubert und Schulte teilnahmen (siehe Dok. 349). Offenbar waren Gespräche Stalins mit Dimitrov vorausgegangen, denn auf der folgenden ZK-Tagung der KPD äußerten sich Ulbricht und Pieck erstmals kritisch über das „Sozialfaschismus“-Konzept. Die nun als linke Abweichler abqualifizierten Politbüro-Mitglieder Schubert und Schulte wurden anfangs noch vom EKKI, im Politbüro auch von Dahlem und Florin unterstützt. Beide kamen 1937 in der Sowjetunion um.

Neue Forschungen belegen, dass von 1935 an der auf kleine Gruppen beschränkte Arbeiterwiderstand von unten maßgeblich durch die Berliner „Versöhnlergruppe“ und die Zwischengruppen aufrechterhalten wurde.²⁰¹ Zwar wurden diese nun auch seitens der KPD-Führung verfolgt, zugleich erfolgte jedoch eine Wende durch die neue Verpflichtung für alle Kommunisten, in den NS-(Arbeiter-)Organisationen zu arbeiten. So führte die Krise des kommunistischen Widerstands in Deutschland zu einer (besonders von Ulbricht geforderten) Koppelung des Widerstands mit der Präsenz in den NS-Massenorganisationen, der zum „Widerstand gegen die 2000 Millionen“ wurde und nicht mehr auf das NS-System als solches abzielte (Dok. 402): „Die Erfahrung lehrt – so lautete die Begründung – dass die Organisierung von Streiks und Widerstandsbewegungen nur möglich ist, durch illegale Vorbereitung bei gleichzeitig legaler Vertretung der Arbeiter- und Angestellten-Interessen in den Massenorganisationen.“ (Dok. 363). Die von der Brüsseler Konferenz beschlossenen operativen Ziele waren einseitig auf eine neue Form der Kaderbildung im Rahmen der Arbeit in den NS-Massenorganisationen gerichtet. Dass die Komintern hiermit eine strategische Wende zu einer legalen Präsenz der Kommunisten im Hitlerreich vollzog, lässt sich aus der kryptischen Formulierung erahnen, dass die Konferenz „noch nicht die Frage nach einem neuen, aus den Tiefen der faschistischen Organisationen selbst hervorgehenden, Kadertyp aufgeworfen hatte“ (Dok. 376). Der bereits erwähnte Kominternfunktionär Smoljanskij ging noch weiter: Neben dem Übergang zu „legalen“ Leitungen (sic) forderte er die Kommandierung der aus den Konzentrationslagern entlassenen Kommunisten in die NS-Massenorganisationen (!) und ebenso der Mitglieder der aufgelösten Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO). Die bedeutungsschwere Wandlung wurde, was empirisch noch verifiziert werden muss, vom Gros der Mitglie-

²⁰¹ Vgl. ein ähnliche Einschätzung bei Sandvoß, Die andere Reichshauptstadt, S. 269.

der allein schon aus praktischen Gründen der Umsetzung nicht mitvollzogen; auch hier scheint eine Neubewertung des noch verbliebenen Widerstands erforderlich.

Das oberste Parteigremium, das den Widerstand in der alten oder der neuen Form anleiten sollte, tappte, wie anfangs auch Pieck eingestand, im Dunkeln, da es aufgrund fehlender Kommunikation keine Informationen erhielt (Dok. 378). Darauf deutete ein denkwürdiges, zentrales Dokument der Komintern „zum Bericht des Politbüros der KPD über Lage und Aufgaben der Partei“ vom März 1936 hin, in dem weder die NS-Unterdrückungspolitik, noch der Widerstand, noch der durch die Verhaftungen und Erschießungen von KPD-Mitgliedern und Funktionären erfolgte Aderlass der Partei thematisiert wurden. Selbst die Konzentrationslager blieben unerwähnt (Dok. 380). In einem (hier erstmals in deutscher Sprache publizierten) Schlüsseldokument klagte jedoch Willi Münzenberg die KPD-Führung, in erster Linie Ulbricht, wegen des nur zögerlichen und halbherzigen Widerstands gegen Hitler und die Kriegsvorbereitungen vehement an (Dok. 417).

Mit dem stalinistischen Terror gegen deutsche Kommunisten wurde seit 1937 auch die Kriminalisierung des durch die linken Zwischengruppen realiter geleisteten Widerstandes gesteigert. So denunzierte das Auslandssekretariat der KPD „Trotzkisten“, „Versöhnler“ und andere „Parteifeinde“ wegen ihrer vermeintlichen „Wühlarbeit“ u. a. m. in Deutschland, Spanien, der Tschechoslowakei und setzte sie mit der Gestapo gleich. Angeblich in diese Wühlarbeit involvierte, zumeist linke, aktiv im Widerstand stehende Personen wurden von nun an offen mit Klarnamen genannt, was ihre Verhaftung durch eben jene Gestapo erleichterte (Dok. 419). Als sich schließlich die Parteiführung im Herbst 1939, nach Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes dazu aufraffte, sich „an die Leitungen und Funktionäre der K.P.D. im Lande über die Aufgaben der Partei“ zu wenden und die Hauptaufgabe darin sah, „die Massen zu Widerstandsaktionen in den vielfältigsten Formen in Bewegung zu bringen“, wurde sie von der Moskauer Führung zurückgepiffen (Dok. 462).

Zersetzung nach innen und Gewaltfrage in der KPD: Die Zerschlagung des militärpolitischen Apparates

Die hier größtenteils bisher unveröffentlichten Dokumente über den militärpolitischen Apparat (MP) der KPD („Kippenberger-Apparat“) belegen die Zerschlagung dieses noch 1935 von der Komintern als beispielhaft herausgestellten illegalen zentralen Apparates, der unter NS-Bedingungen von existentieller Bedeutung für die Gesamtpartei war.²⁰² Die Dokumente aus dem Archiv der Bundesbeauftragten für die

²⁰² Die Begrifflichkeit ist häufig ungenau, man findet auch die Bezeichnungen „AM-Apparat“ (Weber/Herbst), „M-Apparat“ oder „Nachrichtendienst“ als pars pro toto für den MP-Bereich (Bernd Kaufmann, Eckhard Reisener, Dieter Schwips, Henri Walther (Hrsg.): Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937. Berlin: Dietz 1993).

Stasi-Unterlagen (BStU) beleuchten einerseits seine Wirkungsgeschichte und andererseits auch die besonders von Ulbricht und der Moskauer Führung angewandten Mittel und Methoden zu seiner Liquidierung, die mit dem Tod der Verantwortlichen in der Sowjetunion endete. Sie belegen, dass es sich um eine weitere Zäsur der KPD-Geschichte handelte, die den Erosionsprozess infolge des NS-Terrors verstärkte, in dem die KPD-Führung die Arbeit der Gestapo übernahm und wertvolle, verdiente Funktionäre wie Kippenberger der stalinistischen Vernichtungsmaschinerie in der Sowjetunion überantwortete.

Bezeichnend ist, dass seit 1924 und für den gesamten Zeitraum bis 1936 Berichte und Einschätzungen von Kominternverantwortlichen wie Tuure Lehén, Boris Vasil'ev und Wilhelm Zaisser über die MP-Arbeit der KPD grundsätzlich positiv waren. Auf dem VII. Weltkongress kritisierte dann Vasil'ev erstmals in dieser Form die MP-Arbeit der KPD als rückständigsten Bereich der Parteiarbeit (siehe Dok. 365). Dem vorausgegangen war eine Fundamentalkritik von interessierter KPD-Seite, besonders Ulbrichts. Dabei wurde auch auf die Verantwortung der Komintern selbst hingewiesen. So sprach Zaisser in seinem Bericht vom Dezember 1935 angesichts der mangelhaften Anleitung der MP-Arbeit durch die zuständige Abteilung sogar von einem „Bankrott“ (Dok. 373).

Zur Durchführung des „Deutschen Oktober“ im Herbst 1923 wurde mit russischer Beteiligung ein starker MP-Apparat aufgebaut, der sich während der Stalinisierungsphase – als der „Deutsche Oktober“ selbst zum Nicht-Ereignis in der Parteigeschichte deklariert wurde – vom bewaffneten Kern zum bürokratischen Apparat entwickelte. Zu dieser Form von „Sterilisierung“²⁰³ gehörte, dass die eigene Aufstandsgeschichte der KPD der Jahre 1919 bis 1923 als Geschichte einer gescheiterten Revolution unterdrückt und strikter Zensur bzw. Geheimhaltung unterworfen wurde. Selbst der „Hamburger Aufstand“ wurde mit wenigen Ausnahmen als Parteigeheimnis behandelt. Aus den Reihen der Parteimitglieder wurden kritische Fragen nicht mehr gestellt. Selbst Franz Feuchtwanger, einer der MP-Verantwortlichen befragte seinen Chef Kippenberger nicht mehr dazu. Die eigene Parteigeschichte blieb damit ein „Buch mit sieben Siegeln“, wohingegen die Geschichte der Bolschewiki seit der Illegalität in ihrer „stalinistischen Lesart“ in allen Einzelheiten zum normativen Grundwissen gehörte.

Die ersten Jahre der kommunistische Bewegung waren nicht von der Dichotomie Gewalt/Gegengewalt, sondern von theoretischen Überlegungen und praktischen Umsetzungsversuchen einer „besseren“, effektiveren Form der revolutionären Umwälzung geprägt. Statt der Gewaltfrage trat unter dem Einfluss der Bolschewiki bald das Problem der Militarisierung der Kommunistischen Parteien (Illegalität, militärischer Apparat etc.) in den Vordergrund. Die revolutionären Parteien sollten wie eine Armee organisiert werden, die gestützt auf die Arbeiterklasse das infolge des

203 Feuchtwanger: „Der Militärpolitische Apparat der KPD in den Jahren 1928–1935. Erinnerungen“. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (1981). Nr. 4. S. 485–533, hier: S. 528.

Ersten Weltkriegs geschwächte imperialistische System stürzen sollte. Dieser sich auf die russische Erfahrung und den Kriegskommunismus aufbauende, in der Dokumentation präsente Urmythos bildete einen schreienden Gegensatz zur realen Situation der KPD (und den übrigen Kominternparteien).²⁰⁴ Allerdings war die KPD insofern eine Ausnahme, als sie zwar die stärkste Sektion war, ihre hier dokumentierten zentralen militärisch-revolutionären Aktionen (1918/1919, 1921, 1923) jedoch jeweils in katastrophalen Niederlagen endeten. Diese illustrierten, dass die Bündnispartner in den übrigen gesellschaftlichen Gruppen, besonders im Militär und im Kleinbürgertum, fehlten.

Zunächst war die Gewaltfrage der revolutionären Strategie und Taktik nachgeordnet. Seit Mitte der zwanziger Jahre funktionierte die KPD-Militärpolitik zunehmend nach Vorgaben „die die russische Parteiführung nach eigenem Gutdünken traf.“²⁰⁵ Die Nationalsozialisten machten die undifferenzierte Gewalt zum Prinzip und den Militarismus zum Hauptbestandteil der Ideologie, während in der Folge auch der Stalinismus die Gesetzmäßigkeiten des sozialen Wandels auf die am wenigsten zurückgehaltenen Gesetzmäßigkeiten der Gewalt, letztlich des Krieges reduzierte.²⁰⁶ Demgegenüber blieb die Militarisierung des deutschen Marxismus²⁰⁷ – wie sie Brandler 1923 anvisierte – auf halbem Wege stecken. Als Teil des Apparats spielte die sog. T-Gruppe bzw. die Abteilung „Verschwörungen, Provokationen und individueller Terror“ und ihre zwielichtigen Akteure, wie Felix Neumann, bis 1923 eine gewisse Rolle. Die Dokumente belegen jedoch ebenfalls, dass seinerzeit derartige terroristische Vorstöße insbesondere von russischer Seite (einschließlich der OGPU-Führung) liquidiert wurden. Insofern wurden der Militarisierungsbegriff und die militaristische Sichtweise zumindest anfänglich nicht mit unspezifischer Gewalt identifiziert. Undifferenzierter Terror wurde weiterhin nicht zentrales Instrument der KPD-Politik.

Obwohl die Kommunistischen Parteien seit 1926 in das Korsett der Verteidigung der Sowjetunion bzw. der „Bekämpfung der Kriegsgefahr gegen die UdSSR“ gepresst wurden, entwickelten sie sich mit Ausnahme der KP Chinas nicht zu bewaffneten Kriegsverbänden. Die entstandene Kluft wurde dadurch überbrückt, dass die Sowjetunion mit ihren Spezialorganen der Roten Armee und des NKVD die Militärapparate der (wichtigsten) Kommunistischen Parteien unmittelbar in die Hand nahm. Diesbezüglich aufschlussreich ist eine Denkschrift des Referenten der Organisationsabteilung des EKKI, Karol Swierczewski, über die sog. Wehrkurse der Komintern in den Jahren 1931/1932 mit Einzelheiten zu Lehrkräften und Programmen, darunter Waffen-

204 Ein diesbezüglich aufschlussreiches Dokument ist der vom MP-Spezialisten Otto Steinfest in russischen Diensten erstellte Aufstandsplan für Berlin im denkwürdigen Herbst 1923. Siehe Dok. 94.

205 Feuchtwanger, *Der Militärpolitische Apparat*, S. 527.

206 Maurice Andreu: *L'Internationale Communiste contre le Capital 1919–1924. Ou comment empoigner l'adversaire capitaliste?* Paris: Puf 2003 (Actuel Marx. Confrontation. Série Histoire). S. 256f.

207 Maurice Andreu, *L'Internationale Communiste*, S. 256f.

training und Sprengstoffkursen (vgl. Dok. 371 u.a.). Auch hier wurde übrigens die MP-Struktur in Deutschland noch am besten bewertet.

Der geheime MP-Apparat: Strukturen und Tätigkeitsfelder

Der Aufbau des bis heute von Mythen umhüllten „Kippenberger-Apparates“ erfolgte erst in der Stagnationsphase der Revolution, während der „relativen Stabilisierung“ des kapitalistischen Weltsystems und des globalen Nachkriegssystems sowie des „Sozialismus in einem Lande“. Die 1928/1929 unter der Leitung von Kippenberger neu konstituierte militärpolitische Abteilung (auch Abteilung Militärpolitik/AM) wurde als neuer Spezialapparat des ZK schlicht „der Apparat“ genannt. Nach den hier vorgelegten Dokumenten seines Leiters war dieser laut Angaben für 1932/1933 in vier zentrale Aufgabenbereiche gegliedert: die *Anti(militärische)arbeit*, die *Abwehr* (Spitzelentlarvung, auch „Rachedienst“), die *Nachrichtenarbeit* mit der „BB-Arbeit“ (Betriebsberichterstattung) als besonderem Sektor und der *Schulungsarbeit* mit Spezialkursen und -schulen.²⁰⁸ Die *Antiarbeit* untergliederte sich noch einmal in die Tätigkeitsbereiche „Reichswehr-Antiarbeit“, d. i. die antimilitärische Arbeit in der Armee (Heer und Flotte) (1), die entsprechende Tätigkeit in den militarisierten Polizeitruppen („Schupo-Antiarbeit“) (2) und schließlich die *Antiarbeit* („C-Arbeit“) in den faschistischen u. a. „militarisierten Formationen der Bourgeoisie“ (SA – SS – Stahlhelm), aber auch dem sozialdemokratischen Reichsbanner (3).

Die *Abwehrarbeit* umfasste die gezielte Nachrichtenarbeit und den „organisierten *Rachedienst*“, was alle Handlungsebenen der Bourgeoisie, sowohl „Spitzenverbindungen“ als auch „Betriebs- und Stimmungsberichte“ und besonders die Kontaktherstellung zu den gegnerischen Spitzeldiensten anging („offensive Abwehr“). Zum *Nachrichtendienst* gehörte die unter ausschließlicher russischer Kontrolle abgewinkelte spezielle Betriebsberichterstattung („BB-Arbeit“),²⁰⁹ die systematisch technische, wissenschaftliche oder ökonomische Daten aus den Betrieben beschaffte. Diese seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre und besonders im Stalinismus verstärkte Form und Methodologie der Spionage wurde offiziell mit der Notwendigkeit einer „Entlarvung der technischen und industriellen Kriegsvorbereitungen (Rüstungen) der Bourgeoisie“ und der notwendigen „Unterstützung des Aufbaues des Sozialismus in der SU“ begründet (Dok. 375A).²¹⁰

²⁰⁸ Die von Kaufmann u. a. angegebene Ressortaufteilung weicht von der Kippenbergers ab (Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 179ff.).

²⁰⁹ Zur BB-Arbeit siehe Grundmann, Der Geheimapparat der KPD.

²¹⁰ Zur ersten von der sowjetischen Militärspionage über die KPD-Zelle bei AEG in Berlin organisierten Industriespionage seit 1924/1925 siehe Sergej Shurawl'jow: Ich bitte um Arbeit in der Sowjetunion. Das Schicksal deutscher Facharbeiter im Moskau der 30er Jahre. Aus dem Russischen von Olha Kouvchinnikova u. Ingolf Hoppmann. Berlin: Ch. Links 2003. S. 12f.

Die militärpolitische Schulungsarbeit in der Gesamtpartei rundete in Form von MP-Kursen und Spezialschulen für die Funktionäre des Roten Frontkämpfer-Bunds (RFB) und der Antifa die Apparatestruktur ab. Leiter der betreffenden Ressorts unter Kippenberger, die in den Dokumenten der Kaderabteilung der Komintern beurteilt werden, waren Lucian Iltis („Willi“), Artur Heimbürger („Arthur“), Franz Feuchtwanger („Schorsch“), Wilhelm Bahník („Bernhardt“) sowie Leo Roth („Victor“) und Franz Schubert („Erwin“) (Dok. 375A). Trotz der insgesamt positiven Einschätzung durch die Komintern hielt ihn Feuchtwanger als verantwortlicher Funktionär eher für schwach – wenn der russischen Seite daran gelegen wäre, hätte Sie den Aufbau stärker unterstützt.²¹¹ Auch diesbezügliche Berichte des MP-Verantwortlichen der Komintern, Tuure Lehén, lassen dies als plausibel erscheinen (siehe Dok. 371). Was die Diversions- und Kadertätigkeit anging, lag die Kontrolle ohnehin bei Berzin als oberstem Leiter der sowjetischen Militäraufklärung (GRU). Weniger gut war man über die Aufklärungs- und Zersetzungstätigkeit informiert, wie auch über den RFB (Dok. 250 u.a.). 1932 beschwerte sich Lehén sogar über die Einmischung der OGPU in deutsche Parteiangelegenheiten (Dok. 300).

Was den russischen Einfluss anging, widersprechen sich die Erinnerungen der Protagonisten und Zeitzeugen. Während sich für Wollenberg der Apparat als Instrument der Sowjets seit 1928 „in immer stärkerem Maße“ in „bloße Auslandsabteilungen des sowjetischen Geheimdienstes der Roten Armee und der GPU“ verwandelt und „ausschließlich den Zielen des Sowjetstaates“ gedient habe,²¹² ließ Feuchtwanger dies nur für den Bereich der Industriespionage gelten. Die Antikriegs- und Nachrichtenarbeit bei der Reichswehr und dem Rüstungskomplex soll seit ca. 1928 unter Umgehung der KPD in direkter Zusammenarbeit zwischen dem sowjetischen Geheimdienst und dem von Bahník geleiteten BB-Ressort erledigt worden sein.²¹³ Auch „die getarnte Aufrüstung der Reichswehr sei (...) angesichts der von der Roten Armee geleisteten Mithilfe praktisch zum Tabu erklärt worden.“²¹⁴ So trug die russische Seite einerseits zum Aufbau der Reichswehr bei und kontrollierte andererseits die Tätigkeit der KPD in der Reichswehr. Die grundsätzliche, vom VI. Weltkongress der Komintern am 28. August 1928 angenommene „Instruktion zur Arbeit in der Armee“, die von der Militärkommission als Addendum zur Geheimresolution über die antiimperialistische Arbeit der Kommunistischen Parteien angenommen worden war, betonte zwar die Unverzichtbarkeit dieser Arbeit und legte eine Reihe organisatorischer Maßnahmen fest, sie dürfte für die KPD jedoch nur partiell gegolten haben.²¹⁵

211 Feuchtwanger, *Der Militärpolitische Apparat*, S. 531.

212 Erich Wollenberg: *Der Apparat. Stalins Fünfte Kolonne*. Hrsg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1952. S. 14.

213 Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, *Der Nachrichtendienst der KPD*, S. 352f.

214 Feuchtwanger, *Der Militärpolitische Apparat*, S. 532.

215 RGASPI, Moskau, 493/1/531, 148–168. Die militärpolitischen Aktivitäten zielten, einer DDR-offiziellen Darstellung zufolge, dagegen „entsprechend der Beschlüsse der Parteikonferenzen von Brüssel und Bern in der Hauptsache darauf (...), in der Wehrmacht ein Gegengewicht gegen die Naziführung

Zusätzlich wurde in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre der Aktionsrahmen des Apparates als „Parteipolizei“ auf den Kampf gegen Oppositionen und Abweichler ausgedehnt und angeblich bis Ende 1929 weitgehend „gelöst“. Tatsächlich war die MP-Arbeit bis dahin stärker mit der allgemeinen Parteiarbeit verzahnt, die „Verflechtung von legalen und illegalen Aktivitäten (...) reichte ursprünglich bis in die unteren Organisationseinheiten“. ²¹⁶ Erst mit der Stalinisierungsphase ergaben sich weitere Aufsplitterungen und Verselbstständigungen. Gerade leitende Teile der Apparate verzichteten darauf, sich in taktischen Fragen ein eigenes Bild von der Lage und der notwendigen Konsequenzen zu machen. Die damit einhergehende „Selbstisolierung des Apparats“ führte zusätzlich zu einer „Distanzierung gegenüber den Peripherorganisationen der Partei“ (RFB, IAH als „Münzenbergladen“ u. a.). ²¹⁷

Einübung des individuellen Terrors? Erich Mielke und das Bülowplatz-Attentat

Zu den nicht völlig geklärten Themen gehört sicherlich auch die These von einer terroristischen Entartung der KPD Anfang der dreißiger Jahre. Nach meinen Recherchen lässt sich zumindest bis 1936 eine Übertragung des Paradigmas einer individuellen terroristischen Gewalt als Handlungsmaxime des MP-Apparats der KPD allerdings nicht feststellen. Dies gilt auch für die angebliche Anweisung zum Polizistenmord auf dem Berliner Bülowplatz am 9. August 1931, in den Erich Mielke verwickelt war. Eine verbreitete These lautet, dass Mielke, der zusammen mit Erich Ziemer zwei Polizisten erschoss, vom Kippenberger-Apparat mit dem Mord beauftragt worden sei. Noch im Jahre 1992 (!) gab der ehemalige Stasi-Chef der DDR in seinem Prozess die Schuld an den von Ulbricht verratenen und auf Geheiß Stalins umgebrachten Hans Kippenberger weiter. ²¹⁸ In dessen hier publizierten Bericht über den Parteiselbstschutz (PSS) vom 8. Februar 1936 werden Feuerüberfälle und andere terroristisch unterlegte Aktionen als „fraktionistische Machenschaften“ der „Neumann’schen Klausen/Quand-

und die hitlerhörigen Kräfte innerhalb der Streitkräfte selbst zu schaffen, die Soldatenmassen für den Kampf gegen den Krieg und für eine neue demokratische Republik an der Seite der Arbeiterklasse zu gewinnen.“ (Paul Heider (Hrsg.): Geschichte der Militärpolitik der KPD 1918–1945. Berlin (Ost): Militärverlag der DDR 1987. S. 334).

216 Feuchtwanger, Der Militärpolitische Apparat, S. 529.

217 Feuchtwanger, Der Militärpolitische Apparat, S. 533.

218 Siehe bsw. Jens Inti Habermann: Doppelmord im Namen einer großen Sache, <http://www.dokumenproduktion.de/Texte/Mielke.htm> (15.8.2013). Auch der Spiegel übernahm solche Narrative: „Und Deutschlands KP-Führung machte mit. Die Kommunistische Partei war, wie Lenin sich das einst gewünscht hatte, eine Agentenorganisation. Ihren militärischen Geheimapparat („M-Apparat“) leitete Hans Kippenberger, der beispielsweise den Mord an zwei Polizisten auf dem Berliner Bülow-Platz arrangiert hatte.“ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682818.html> (1.9.2013).

Klique“ dargestellt, die von Parteiführer Thälmann zurückgewiesen worden seien.²¹⁹ Die Anweisung zum Berliner Polizistenmord dürfte allerdings weder von Kippenberger, noch von Neumann ausgegangen sein. Wegen terroraffiner Vorkommnisse war der Berliner Parteiselbstschutz bereits Anfang 1932 „als einheitliche Organisation“ liquidiert worden (Dok. 376A). Doch während die Verantwortlichen des MP-Apparats im großen Terror ermordet wurden, blieben Mielke und Ziemer in Moskau unbehelligt.²²⁰

Seitens der Komintern als auch der KPD lagen Grundsatzbeschlüsse gegen den Gebrauch des individuellen Terrorismus vor.²²¹ Gegen solche individuellen Anwendungen durch KPD-Mitglieder, wurde am 10. November 1931 sogar ein neuer, allgemeiner Beschluss des ZK herbeigeführt.²²² Das Verbot eines undifferenzierten Gewaltgebrauchs durch die stalinisierten Kommunistischen Parteien wurde umfassend erst im Zweiten Weltkrieg und der Proklamierung des „Grossen Vaterländischen Krieges“ durchbrochen.

Die historische Niederlage und die Folgen: Schuldzuweisungen an den Apparat

Die Dokumente widerlegen ebenfalls die in der Historiographie gängige These einer Zerschlagung des MP-Apparates durch die Gestapo im Jahre 1933, trotz der haarsträubenden Fehler und Verzögerungen besonders beim Übergang der Gesamtpartei in die Illegalität (Verhaftung Thälmanns u. a.). Vielmehr dürfte es gerade ein Verdienst Kippenbergers gewesen sein, die Existenz des zentralen Apparates der KPD überhaupt gerettet zu haben. Trotz einiger Einbrüche erfolgte die Zerschlagung erst 1935/1936 und zwar maßgeblich von innen heraus und angetrieben von Ulbricht. Zur Aufklärung der Verhaftung Thälmanns und der faktischen Lahmlegung der Parteiführung im Februar/März 1933 kommt der Berliner Historiker Ronald Sassning zu einem eben-

219 Der bei der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin angestellte Michael Klause leitete den Parteiselbstschutz in Berlin. Er wurde 1934 wegen des Polizistenmords vom 9.8.1931 zum Tode verurteilt. Nach „umfangreichen Aussagen“ wurde das Urteil in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt (Weber, Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 451).

220 Der Erstgenannte musste lediglich eine routinemäßige „Aussprache“ im Rahmen der Partei durchstehen. Neben Überheblichkeit warf man ihm „antisemitische Scherze“ vor (S. 53), was unter Stalin als läßliche Sünde galt, <http://www.glasnost.de/autoren/behrend/rezen-mielke.html> (15.8.2013).

221 Siehe Programm der Kommunistischen Internationale. Angenommen vom VI. Weltkongress am 1. September 1928 in Moskau. Anhang: Statuten der Kommunistischen Internationale. Hamburg/Berlin: Verlag Carl Hoyman Nachf. 1928. Abs. VI.1.

222 „Die KPD gegen den individuellen Terror, für den revolutionären Massenkampf. Beschluß des ZK der KPD vom 10. November 1931.“ In: Die Rote Fahne (13.11.1931). Zum Fall Mielke und dem Terrorismusproblem vgl.: Wilfriede Otto: Erich Mielke. Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten. Berlin: Dietz 2000. S. 27.

falls den Apparat exkulpierten Schluss: „Als entscheidender Faktor für den Erfolg der Polizei gegen die Führungszentrale der KPD erwiesen sich die Pannen im Sicherheitssystem der Partei, so dass man von seinem totalen Versagen am 3. März 1933 sprechen muss. Die (...) Schwachstelle war das Nebeneinander und die mangelnde Koordinierung zwischen dem illegalen Verbindungswesen Herbert Wehners (...) und dem Nachrichtendienst unter Hans Kippenberger (...) So kam es, dass ausgerechnet am 3. März für das Stabsquartier Thälmanns kein Objekt- und Personenschutz gegeben war, auch nicht das einfachste Warn- und Fluchtsystem.“²²³ 1933 bedeutet nicht primär ein Versagen des Apparates, sondern ein Versagen der Gesamtpartei, das auf die vorgegebene Parteilinie und ihre Umsetzung durch Thälmann und seine Gefolgsleute zurückgeführt werden muss.

Im April 1935 wurde seitens der KPD-Führung die offensive Bearbeitung der Gestapo zugunsten einer stärkeren Kontrolle der eigenen Kader aufgegeben. In Zukunft sollte das Schwergewicht auf die Kontrolle der Abwehrarbeit und die Überwachung der Partei gelegt werden. Damit vollzog der Apparat weitere Maßnahmen zur Überwachung und Abschottung der Partei, die mit der Repressionspolitik Stalins und schließlich ihrem weitgehenden Verschwinden endete.²²⁴ In der hier abgedruckten geheimen militärpolitischen Resolution des VII. Kongresses der Komintern wurde es (im August 1935) jedem Kommunisten zur Pflicht gemacht, „(...) in allen militärischen und halb-militärischen faschistischen Organisationen zu arbeiten und zu dieser Arbeit alle Kriegsgegner heranzuziehen, um die Mitglieder dieser Organisationen in den Kampf für den Frieden und gegen den Krieg miteinzubeziehen“ (siehe Dok. 366). Der Aufbau illegaler Zellen schloss nicht nur die Arbeit in den Armeen, sondern nun auch in den faschistischen militärischen Organisationen wie der SA ein, was bisher nicht der Parteilinie entsprochen hatte. Die Dokumente belegen auch, dass die Komintern offenbar nicht rechtzeitig über die Verdrängung Kippenbergers und die unmittelbar nach dem VII. Weltkongress einsetzende Zerschlagung des Apparates informiert wurde. Zwar wurde in der Kongressrede Vasil'evs vom 19. August 1935 die MP-Politik der KPD kritisiert, in einer Denkschrift seitens der Organisationsabteilung des EKKI „Zur Frage der Hilfe bei der militärischen Arbeit der Sektionen der KI“ vom Dezember 1935 wurde die KPD aber wiederum als einzige Partei positiv hervorgehoben. Sie habe nicht nur die Propaganda des bewaffneten Aufstandes vorangetrieben (Dok. 371). Der

223 Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der „Fall Kattner“. Hintergründe, Verlauf, Folgen. Teil I u. II. Berlin: Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur 1998 (Pankower Vorträge, 11/1–2). S. 43ff. Das Zitat ebenfalls in: http://lexi-tv.de/themen/neuere_geschichte/widerstand/opfer_des_eigenen_mythos/2. Der Kippenberger-Bericht über die Verhaftung Thälmanns vom 22.2.1935 siehe digital: <http://www.thaelmannreport.de/fileadmin/thaelmann/documents/zur-verhaftung.pdf>.

224 Kippenberger führte im späteren Bericht an das EKKI vom Februar 1936 aus, dass die Bearbeitung der politischen Polizei (später der Gestapo) nur ungenügend erfolgt sei (SAPMO Barch, Berlin. ZPA I 2/3/18, I 2/705/4). Siehe auch Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 340f.

Häuserkampf-Experte, Komintern MP-Spezialist und spätere kommunistische Innenminister Finnlands, Lehén, bescheinigte in seinem Fazit über die „Militärarbeit“ der Komintern-Sektionen der vergangenen Jahre der KPD eine erfolgreiche und im Unterschied zu den meisten der übrigen Kominternsektionen eine „vielseitigere“ MP-Tätigkeit: *„Nicht nur die Arbeit in Armee, Polizei, Flotte, den faschistischen Organisationen, sondern auch die Nachrichtenarbeit in der s[ozial]-d[emokratischen] Partei, in den Betrieben, und sogar die ‚Abwehr‘, d. h. der Kampf gegen Provokationen“* wurden hervorgehoben. Dass dies ohne operative und logistische Unterstützung der Komintern geleistet wurde, geht indirekt aus der Selbstkritik hervor, dass die zuständige Militärabteilung der Komintern gescheitert sei. Sie habe sich „im Grunde genommen auf die Organisation und Führung der Erziehungsarbeit in Moskau beschränkt“ und „keine lebendige Verbindung mit den Arbeiten der einzelnen Sektionen“ hergestellt.²²⁵ Frappierend ist, dass einen Monat nach Abfassung dieser Bilanz aufgrund des Berichts der nicht fachbezogenen Kaderabteilung der Komintern die Demontage dieses für die Weltorganisation vorbildlichen Apparates erfolgte (Dok. 375).

Auch die hier erstmals publizierte, allgemeiner gehaltene und für alle Kommunistischen Parteien geltende Denkschrift Wilhelm Zaisers über die wehrpolitischen Aufgaben der Kommunistischen Parteien, die er in seiner Funktion als Referent des EKKI für die Antikriegsarbeit verfasste, wertet die KPD nicht per se negativ (Dok. 373). Der später nach Spanien geschickte und sich dort durch Konsequenz und Tapferkeit auszeichnende Zaiser hob darin ausdrücklich hervor, dass für die vier zentralen Aufgabenbereiche der antimilitaristischen Arbeit, die nach faschistischen und demokratischen Ländern zu differenzieren seien, nicht ein Apparat, sondern die gesamte Partei zuständig sein müsse.²²⁶ Die neue vorgenommene Einteilung der Tätigkeitsfelder der MP-Arbeit beinhaltete neben der antimilitaristischen Tätigkeit in Armee und Polizei, dem bewaffneten Kampf gegen Faschismus und Kapital (Kampfbünde, Waffen etc.) und der Beschaffung von Informationen als vierten Sektor auch die Erziehungs- und Bildungsarbeit.

225 Weiter führt Zaiser Vorschläge zur Verbesserung der militärpolitischen Arbeit an, wie bessere Untersuchung der Arbeitsbedingungen in den einzelnen Ländern, Ausbau der Moskauer Kurse, Verarbeitung der Erfahrungen einzelner Sektionen sowie Schaffung eines Archivs entsprechender Literatur (Flugblätter, Zeitungen, Broschüren etc.).

226 Siehe hierzu Helmut Müller-Enbergs, Wilfriede Otto: Wilhelm Zaiser: Spanienkämpfer. MfS-Chef. Unperson. Berlin: Dietz (bisher nicht erschienen, Teile des Manuskripts wurden dem Autor von Wilfriede Otto zur Verfügung gestellt).

„Verhängnisvoller Kulminationspunkt“ für das Schicksal Thälmanns: Moskau stoppt Befreiungsaktion aus NS-Haft und schränkt das Asylrecht ein

Auch die Solidaritäts- und Befreiungskampagne der Komintern für Thälmann stand unter keinem guten Stern. Angeblich wurde sie bereits am 5. März 1933 gebilligt (Dok. 349), aber am 8. Juli 1934 folgten neue Direktiven an die Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien, diesmal mit der klar formulierten Aufforderung, sich ohne Vorbedingungen mit Angeboten an die sozialdemokratischen Parteien zur Herstellung der Aktionseinheit zu richten. Mit Ausnahme der KP Frankreichs blieben diese Vorstöße erfolglos (Dok. 349). Nicht nur die regionalen Parteigliederungen, auch den Apparat trafen 1935 entscheidende Niederlagen. „Verhängnisvollster Kulminationspunkt“ für das Schicksal E. Thälmanns war der Abbruch in diesem Jahr seiner logistisch gut vorbereiteten Flucht aus der NS-Haft.²²⁷ Im gleichen Jahr wurden ca. 70 sog. „Betriebspione“ der KPD verhaftet, womit der Gestapo ein zentraler Einbruch in den unter russischer Kontrolle arbeitenden „BB-Apparat“ gelang.

Nach umfassender Vorbereitung durch den KPD-Nachrichtendienst erfolgte im März 1935 „ein schroffes ‚Nein‘ aus Moskau“, unter einem fadenscheinigen Vorwand.²²⁸ Bereits im Laufe des Jahres 1934 hatte Franz Schubert zusammen mit Ernst Scholz und Wilhelm Tebarth einen operativen Befreiungsplan vorbereitet, der die anschließende Verbringung Thälmanns ins Ausland vorsah. Anfang 1935 wurde um Genehmigung in Moskau ersucht, nach mehrfacher Verschiebung der Aktion folgte im März 1935 ein Nein mit der Begründung, es bestünde ein zu hohes Sicherheitsrisiko, da bereits zu viele Personen in die Aktion eingeweiht seien. Moskau verhinderte damit die Flucht Thälmanns, möglicherweise auch auf Druck Stalins und/oder deutscher Politbüro-Mitglieder.²²⁹ Wohl keineswegs zufällig erfolgte parallel zur Absage seiner Befreiung eine Neubelebung der internationalen Befreiungskampagne für Thälmann. Mit einem Beschluss der Politkommission des EKKI vom 21. März 1935, der zugleich das bisher existierende Thälmannkomitee als „in seiner bisherigen Zusammensetzung tatsächlich arbeitsunfähig“ abqualifizierte, schien man angesichts der neuen Dimension der NS-Terrorwelle gegen Kommunisten und Sozialdemokraten in Deutschland, diese Aufgabe endlich ernst zu nehmen. Zunächst sollte der bisherige Sekretär Gollmick abgelöst und die Leitung durch je einen Vertreter von IRH (Reul), der IAH (Münzenberg), der RGI (Deter),²³⁰ des Weltkomitees (Bernard, d. i. Alfred

²²⁷ Ronald Sassning: Rückblicke auf Ernst Thälmann. Der Umgang mit dem KPD-Führer im Widerstreit der Meinungen. Jena: Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen 2006. S. 90f.

²²⁸ Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 327ff.

²²⁹ Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 329.

²³⁰ Adolf Deter (1900–1969) war Sekretär der Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter in Paris.

Kurella)²³¹ sowie der KPD (Daub)²³² ersetzt werden. Unter Beibehaltung seiner „formellen Selbständigkeit nach außen“ sollte das Komitee beim Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus in Paris angesiedelt werden. Eine Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Solidaritätsaktionen wurde vorbereitet, darunter die Entsendung einer Delegation aus den USA, die als Reaktion auf die Äußerung Hitlers, dass es in Deutschland keinen Terror gebe, Thälmann, Carlo Mierendorff und Carl von Ossietzki im Gefängnis bzw. KZ besuchen sollte (Dok. 360).

Fast ein dreiviertel Jahr nach der Absage der Befreiung Thälmanns wurde seitens der Kaderabteilung der Komintern eine „Begründung“ zu dem nun dritten Befreiungsplan (1933, 1934/1935 und 1936) vorgelegt. Der entsprechende Bericht von Grete Wilde („Mertens“) wird hier erstmals publiziert (Dok. 375). Das Dokument sollte augenscheinlich vor allem Kippenberger und dem MP-Apparat die Verantwortung für das Scheitern übertragen. Tatsächlich besaß die Gestapo jedoch, im Gegensatz zu den Mutmaßungen der Kaderabteilung der Komintern, keine konkreten Informationen über den Plan. Auch nach der Auflösung des militärpolitischen Apparates setzte der Abwehrapparat die Planungen zur Befreiung fort. So habe Walter Trautzsch sich u.a. mit Harro Schulze-Boysen und KPD-Abwehrchef Nuding abgesprochen, um das Anliegen direkt an Stalin heranzutragen. Trotz mehrfacher Nachfragen Thälmanns, der sich immer wieder als persönlicher Freund Stalins darstellte, habe man vier bis sechs Wochen später kommentarlos die Antwort erhalten, dass dieses Unterfangen nicht möglich sei.²³³ In diesen Zusammenhang passt, dass die mit der Betreuung Thälmanns und der Organisierung der Befreiungsversuche befassten KPD-Mitglieder später in der Sowjetunion den Säuberungen zum Opfer fielen.

Die stalinistische Sowjetunion schloss vorsorglich ihre Grenzen und schränkte die Aufnahme deutscher Kommunisten und anderer Hitlergegner ein. Das sowjetische Politbüro handelte damit ausdrücklich gegen das in der sowjetischen Verfassung von 1918 verankerte Recht auf Asyl bei politischer Verfolgung.²³⁴ Noch verbliebene Kanäle für die Solidaritätsarbeit gegen politische Unterdrückung waren die Massen-, Hilfs- und Solidaritätsorganisationen der Komintern, wie die von der ehemaligen Sekretärin des ZK und Deutschlandkennerin Elena D. Stasova geleitete Internationale Rote Hilfe (IRH/MOPR). Bei über 100.000 Verfolgten fanden jedoch nur einige Tausend Kommunisten und sympathisierende Emigranten Aufnahme im „Vaterland der Werktätigen“. Die Zahl der seit dem Ersten Fünfjahrplan in die Sowjetunion gekommenen Spezialisten und Facharbeiter (5–6.000) überstieg bei weitem die Anzahl der aufgenommenen Kommunisten. Auf diesem Hintergrund publizierte bereits im Juni 1933 die „Neue

231 „Bernard“: Vermutlich Alfred Kurella, zu dieser Zeit rechte Hand von Henri Barbusse im Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus (Siehe Dok. 392).

232 Philipp Daub war 1935 Abschnittsleiter West der KPD in Amsterdam.

233 Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 331.

234 Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Bestimmungen des 5. Allrussischen Sowjetkongresses. Angenommen in der Tagung vom 10. Juli 1918. Berlin-Wilmersdorf: Verlag der Wochenschrift „Die Aktion“ 1918. S. 8.

Weltbühne“ im Exil einen Aufruf, der „im Namen des Ansehens und der Würde der Republik der Bauern, Arbeiter und Soldaten“ die Gewährung des Asylrechts einforderte.²³⁵ Eine zeitweise Lockerung der restriktiven Praxis, bevor im stalinistischen Terror ohnehin das Gros der deutschen Kommunisten als „Schädlinge“ „gesäubert“ wurde, erfolgte ab März/April 1934 gegenüber den österreichischen „Schutzbündlern“ nach der Niederschlagung der Februarkämpfe in Wien – sowie Anfang 1935 zugunsten der (vor allem sozialistischen) Verfolgten nach dem gewaltsam niedergeschlagenen Bergarbeiteraufstand im nordspanischen Asturien im Herbst 1934.²³⁶

„Doppelter Verrat“: Die Zerschlagung des „Kippenberger-Apparates“ als Sündenbock

Die Untersuchung durch die Kaderabteilung der Komintern bedeutete das definitive Aus für Kippenberger und seinen Apparat. Als Endpunkt des Kesseltreibens von Seiten Ulbrichts wurde dem MP-Apparat Verantwortungslosigkeit und ein zu weites Ausgreifen auf die Spionagearbeit zum Schaden der Parteiaktivität vorgeworfen.²³⁷ Es wurde nicht darauf hingewiesen, dass es in erster Linie die Komintern und später vor allem der sowjetische Militäргеheimdienst waren, die die deutschen Kommunisten unter der Flagge des ‚Internationalismus‘ zur Militär- und Rüstungsspionage anstifteten, derartige Spionageaktivitäten nach 1933 noch forcierten und sie schließlich weitgehend in eigene Regie übernahmen.“²³⁸ Die Auflösung des international stärksten und schlagkräftigsten illegalen Apparats einer kommunistischen Partei außerhalb der Sowjetunion, wurde durch einen Beschluss des Politbüros der KPD vom 17. März 1936 zum *fait accompli*, der seine „restlose Liquidierung“ vorsah. Nur eine geringe Anzahl der früheren Mitarbeiter wurde in die neu formierte Abwehrabteilung aufgenommen.²³⁹ Auch der fortbestehende Abwehrapparat wurde 1937, ebenfalls auf Initiative Ulbrichts, aufgelöst und durch Kaderorgane ersetzt, die die „Reinheit und Geschlossenheit“ der Partei darstellen sollten, de facto jedoch die „Vorherrschaft eines kleinen Führungszirkels (im Exil) abzusichern hatten“, auf den die KPD zusammengeschrumpft war.²⁴⁰ Die Dokumente untermauern die von Kaufmann u. a. geäußerte These, nach der der „Geheimapparat (...) auf Betreiben Ulbrichts, dem sich Pieck anschloss, in Zusammenarbeit mit der Kaderabteilung der Komintern

²³⁵ Hierzu Hans Schafranek: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941. Frankfurt/M.: ISP 1990. S. 10f.

²³⁶ Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo, S. 12ff.

²³⁷ Siehe den Bericht der Kaderabteilung (Dok. 375).

²³⁸ Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 359.

²³⁹ Reinhard Müller: Herbert Wehner. Moskau 1937. Hamburg: Hamburger Edition 2004. S. 298.

²⁴⁰ Grundmann, Der Geheimapparat, S. 438.

aufgelöst [wurde]“.²⁴¹ Der Wissenschaftshistoriker Grundmann bezeichnet den hier veröffentlichten „Bericht über die Untersuchung des mil. Pol. Apparats der KPD“ der Kaderabteilung der Komintern (siehe Dok. 376B) nicht nur als „heuchlerisch und zynisch, sondern geradezu [als] infam“.²⁴² Die Komintern habe den MP-Apparat als Sündenbock für „die vor, während und nach dem Machtantritt Hitlers verheerende Deutschlandpolitik der Komintern und der Sowjetunion, die von der KPD-Führung kritiklos übernommen wurde“, vorgeschoben.²⁴³ Man habe Kippenberger und seine Leute zu „doppelt verratenen Landesverrättern“ gemacht.²⁴⁴ „Die dort gezogene Bilanz der Arbeit des AM-Apparates, darunter auch von BB, war eine vernichtende. Eben jene Parteiführung [präziser: die 1936 von Ulbricht, Pieck und Co. geprägte Parteiführung], die mit einer verantwortungslosen Politik den Machtantritt der Nazis begünstigt und danach konzeptions- und schutzlos Hunderte Kommunisten preisgegeben hatte, unterstellte dem M-Apparat nun ‚direkt verantwortungslos‘ gehandelt zu haben (...)“.²⁴⁵

Ulbrichts schmutzige Arbeit, der Verrat an seinen Leuten, der im Schatten des noch größeren Verrats Stalins erfolgte, kann dabei zugleich als ein weiterer Schritt zur Liquidierung der Parteilinken angesehen werden, aus der sich ein Gros der Mitarbeiter rekrutierte. Er erleichterte nicht nur der Gestapo ihr Werk, sondern auch den terroristischen Zugriff des Stalinismus auf die deutsche kommunistische Emigration in der Sowjetunion und weltweit. Kippenberger, Leo Roth u. a. wurden so an Stalin ausgeliefert. Trotz des für sie tödlichen fatalen Glaubens an den Stalinismus, in dem sie eine neue Welt zu erkennen glaubten, gehörten Kippenberger, wie auch Willi Münzenberg, Heinz Neumann und Hermann Remmele, die auf ihre Weise für ihre Überzeugung eintraten, zu den fähigsten Organisatoren und Propagandisten des deutschen Kommunismus, im Unterschied zur „Thälmannschen“ Parteiführung um Ulbricht, Pieck u. a. m., die später die Parteispitze der DDR bilden sollten.

241 Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 9.

242 Grundmann, Der Geheimapparat, S. 470; Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 358f.

243 Grundmann, Der Geheimapparat, S. 359.

244 Volker Müller: Doppelt verratene Hochverräter. In: Berliner Zeitung (10.2.2009).

245 Grundmann, Der Geheimapparat, S. 470.

Volksfronten und Terror 1934–1936: Verborgene Logiken des Antifaschismus der Komintern

Wege zur Volksfront: Multipler transnationaler Veränderungsdruck

Erst fast zwei Jahre nach der „Machtergreifung“ in Deutschland wurde seitens der Komintern die offizielle Antikriegs- und Antiimperialismus-Ideologie verstärkt und der Antifaschismus wieder hervorgeholt. Die Sowjetunion präsentierte sich weiterhin offiziell als neutral, als antifaschistisch bezeichnete sie sich nicht.²⁴⁶ Taktische Veränderungen der sowjetischen Politik im Verhältnis zu Deutschland seit Dezember 1934 und der Handlungsdruck seitens der kommunistischen und sozialistischen Parteien und ihrer Mitglieder weltweit (besonders in Frankreich und Spanien) führten zur Abkehr der Komintern vom „Sozialfaschismus“. Den Parteien wurde nunmehr erlaubt, Allianzen mit allen antifaschistischen politischen Parteien und Strömungen einzugehen. Während die antifaschistische Grundhaltung der Komintern klar ersichtlich war, stellte das neue Konzept der „Volksfronten“ im Verhältnis zur sowjetischen Politik nicht zuletzt einen wichtigen Schritt in Richtung auf die „Nationalisierung“ der Kommunistischen Parteien dar. In diesem Sinne symbolisierte es weniger ein Werkzeug des Antifaschismus, als vielmehr die formale Anerkennung der westlichen Demokratien und der Diversifizierung nationaler Bündnisperspektiven.

So entstand die neuartige, heute generell als authentisch angesehene Ausdrucksform eines charismatischen und über eine Massenpropaganda vermittelten Antifaschismus in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre in Europa, den USA und Lateinamerika als verspätete Reaktion auf die NS-Herrschaft in Deutschland und weiterer Herausforderungen durch nationalistisch-chauvinistische, ultrarechte Kräfte in Österreich, Spanien und Frankreich in den Jahren 1934/1935. Wie die vorgelegten Dokumente belegen, propagierten zunächst nur besonders engagierte Kreise in der Komintern den Antifaschismus als Leitlinie – besonders der Münzenberg-Kreis, in dessen Pariser Verlag das „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror“ erschien, Henri Barbusse oder auch Romain Rolland, auf dessen Initiative die *Amsterdam-Pleyel-Bewegung* zurückging. Erstmals überhaupt vollzog das sowjetische Politbüro Mitte 1935 einen Schritt in dieser Richtung. Auf den 21. Juni 1935 datiert ist der bisher einzige derartige in den Archiven eruierte Beschluss, für die Internationale Arbeiterhilfe (IAH/Mežrabpom) eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 10.000 Goldrubel zu bewil-

²⁴⁶ Der Begriff „Antifaschismus“ wurde Anfang der 1920er Jahre zur Bezeichnung der linken und republikanischen Gegner von Mussolinis „Kampfbünden“ geprägt. Nach dem Marsch auf Rom 1922 wurde er vor allem durch die Komintern mehrsprachig auf die neu entstehenden ultranationalistischen oder korporatistisch-autoritären Bewegungen in Europa übertragen, darunter auch auf den Nationalsozialismus. Im Rahmen dieses Repertoires wurden bereits 1923 transnationale antifaschistische Organisationen wie die „Antifaschistische Weltliga“ gegründet.

ligen – auch hier allerdings nicht für antifaschistische Aktivitäten, sondern nach der herrschenden Sprachregelung zur Publikation von Antikriegsliteratur.²⁴⁷

Um Jahre verspätet wurden seit Ende 1934, insbesondere in Frankreich und Spanien, die Kominternsektionen auf die Herstellung von Einheits- und Volksfrontbündnissen ausgerichtet, nachdem vornehmlich auf Betreiben linkssozialistischer und trotzkistischer Organisationen erste institutionalisierte Formen von Aktionseinheiten und Einheitsfrontbündnissen realisiert wurden; in Spanien bsw. die anfänglich noch schärfstens von der Kommunistischen Partei bekämpften „Alianzas Obreras“ (Arbeiterallianzen) einige Tage vor dem Bergarbeiteraufstand in Asturien im Herbst 1934.²⁴⁸ Am 10. Oktober 1934 war der Aufstand Thema im Politbüro der KP der Sowjetunion. Beschlossen wurde, den Aufruf der Komintern, der die Solidarität mit der spanischen Arbeiterklasse einforderte, zu billigen.²⁴⁹ Ebenfalls nach einem Politbürobeschluss wurde in der Folge ein Aufruf der Roten Hilfe Spaniens zur Unterstützung der nach der Niederschlagung im nordspanischen Bergbaugebiet Verfolgten in den sowjetischen Zeitungen veröffentlicht und Geldsammlungen für die „Opfer der spanischen Bourgeoisie“ durchgeführt.²⁵⁰ Die sich daran anschließende Hilfskampagne machte den Paradigmenwechsel deutlich.

Die neue antifaschistische Orientierung der Komintern ließ sich zwar in die partielle Öffnung der Sowjetunion gegenüber Frankreich und England einpassen. Der neue Kurs war gleichwohl dem Handlungsdruck der sich transnational im antifaschistischen Sinne radikalisierten Arbeiterbewegung und nicht zuletzt der kommunistischen Parteibasis zu verdanken, die von ihren Führungen und der Komintern *verstärkt* einforderte, angesichts von Faschismus und Terror für die Einheit der Linken zu wirken. So ging auch das sowjetische Politbüro auf Hilfsangebote ein. Jeweils Ende März und Anfang Mai 1934 gab man grünes Licht für die Einreise von insgesamt 400 verfolgten österreichischen „Schutzbündlern“ in die UdSSR²⁵¹ – allerdings mit der deklarierten Absicht, sie „im Geiste des Kommunismus“ umzuerziehen.²⁵² Im Dezember 1934 wurde die Bereitstellung von Hilfgeldern an die Verfolgten der „Comuna de Asturias“ beschlossen.²⁵³ In diese Zeit fiel nicht nur der Beschluss der Komintern zur Wiederauflage der Kampagne zur Befreiung Thälmanns (März 1935, Dok. 360),²⁵⁴

²⁴⁷ RGASPI, Moskau, 17/162/18, 61. Publ. in Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 721.

²⁴⁸ Siehe Bernhard H. Bayerlein: „El Significado internacional de Octubre de 1934 en Asturias. La Comuna Asturiana y el Komintern“. In: Octubre 1934. Cincuenta años para la reflexión. Hrsg. v. G. Jackson, P. Broué [u. a.]. Madrid: Siglo Veintiuno 1985. S. 19–40.

²⁴⁹ RGASPI, Moskau, 17/162/17, 57. Publ. in Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 713.

²⁵⁰ RGASPI, Moskau, 17/162/17, 86.

²⁵¹ RGASPI, Moskau, 17/162/16, 29, 50.

²⁵² RGASPI, Moskau, 17/162/16, 57, 60.

²⁵³ RGASPI, Moskau, 17/162/17, 86.

²⁵⁴ Zur Begründung hieß es, dass das Thälmannkomitee beim Weltkongress gegen Krieg und Faschismus bisher arbeitsunfähig gewesen sei. Siehe Komolova [u. a.], Komintern protiv fašizma, S. 386–388.

sondern auch der Abbruch der von KPD-Seite operativ vorbereiteten Flucht Thälmanns aus dem Gefängnis (Dok. 375).²⁵⁵ Nachdem sich die Sowjetunion zumindest formell für ein kollektives europäisches Sicherheitssystem ausgesprochen hatte, das jedoch prinzipiell NS-Deutschland einschließen sollte – dass sie sich weiter darum bemühte, die Verbindungen zum Hitlerreich zu pflegen, drang kaum an die Öffentlichkeit –, wurde im Juli 1935 der Antifaschismus mit dem Aufruf des VII. Weltkongresses zur Gründung „antifaschistischer Volksfronten“ zum neuen offiziellen Paradigma der *Komintern*.

Vom VII. Weltkongress der Komintern zur Brüsseler Konferenz: KPD, Volksfront und bürokratisches Ende des Gruppenkampfes

In seiner Rede auf der Sitzung der Kommission zur Vorbereitung zum 1. Tagesordnungspunkt des VII. Kongresses der Komintern waren von Manuil'skij im Juni 1934 erste (selbst-) kritische Töne zu hören gewesen (Dok. 347). Ein Hauptgrund für die als erstaunlich hervorgehobene Tatsache, dass die Faschisten die Arbeiter anführten und nicht die Kommunisten, sei in der Abstraktheit und dem Mangel an konkreten Lösungen der KPD zu finden. Zu spät sei man zu der Erkenntnis gekommen, dass der Faschismus nicht etwa die Sozialdemokratie unterstütze, sondern sie zerstöre. Nicht zuletzt aufgrund der Zerschlagung der KPD setzte die Komintern nun stärker auf Frankreich und Spanien, darauf, dass die endgültige Entscheidung darüber, ob sich der Faschismus in Europa durchsetzen würde, in Frankreich und England fallen würde.

Noch vor dem VII. Weltkongress begann am 3. Januar 1935 im EKKI eine heftige Debatte über die KPD-Führung, zunächst mit scharfen Anklagen seitens der Kominternverantwortlichen. Das Politbüro sei gespalten, der KPD drohe Unfähigkeit gegenüber dem Faschismus, die Partei wehre sich nicht entschieden genug gegen Sektierertum und Dogmatismus, meinte bsw. Knorin. Togliatti warf der Partei „Emigrationsgeist“ vor.²⁵⁶ Mit einer Resolution des Politsekretariats des EKKI über die „sektiererischen Fehler“ der Partei im Januar 1935 (die das Präsidium bestätigte) wurde zugleich der Kurswechsel der KPD zur antifaschistischen Volksfront, für die Volksrevolution sowie den Kampf gegen das Sektierertum und das sog. „linke Doktrinärstum“ der Mehrheit des Politbüros der KPD (Richter u. a.) auch formell eingeleitet (Dok. 359). Einerseits hätten die „rechten Opportunisten“ („Versöhnler“) versucht, die Fehler führender Parteigenossen für ihre „parteifeindlichen“ Zwecke auszunutzen, nun herrschten günstige Bedingungen für eine breite antifaschistische Volksbewe-

²⁵⁵ Laut Kaderabteilung der Komintern wegen „Mängel in der Erledigung des Auftrages Thälmann“ (siehe Dok. 375).

²⁵⁶ Hierzu auch Heinz Kühnrich: „Unbekannte Dokumente zur Komintern-Debatte über Gruppenkampf und Sektierertum in der KPD Anfang 1935.“ In: Neues Deutschland (7./8.8.1993).

gung gegen die faschistische Diktatur. Andererseits hätten sich seit den Ereignissen des 30. Juni 1934 und der „Enthauptung“ der SA, die als Erschütterung der Diktatur interpretiert wurden die Forderungen nach Einheitsfront und Wiederherstellung der freien Gewerkschaften verstärkt. Der Kurswechsel bedeutete auch, dass von nun an die Kommunisten in allen NS-Massenorganisationen tätig sein mussten, in denen Arbeiter vorhanden waren. Weitere Beschlüsse galten der Neuordnung der Emigration. Der dezimierte und führungslose, auch ohne Parteibefehl fortgesetzte Widerstand der Kommunisten im Reich richtete sich kaum nach den neuen Richtlinien.

Als Folge der Moskauer Januarsitzungen zur deutschen Frage wurde im April 1935 im Mitteleuropäischen Ländersekretariat (MELS) ausgehend von den Bezirken und Zellen und nicht zuletzt zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses eine ausführliche Bestandsanalyse der Partei vorgenommen. Dabei wurde erstmals ungeschminkt die verzweifelte, ja ausweglose Situation der KPD verbalisiert und das Fehlen jeglicher Initiative für eine Massenarbeit seitens der Basisorgane konstatiert. Die Genossen dort seien „kaputt“ und die übrig gebliebenen „werden auch [noch] kaputt gehen“, meinte „Gen. Hermann“ (d. i. Hermann Schubert) und stellte fest, dass infolge der Nichtveränderung der Arbeitsmethoden gegenüber der ersten Zeit der Illegalität die Partei „praktisch am Ende unserer alten Funktionärskader“ angekommen sei (Dok. 361). Pieck musste eingestehen, dass „seit März-April des Jahres 1933 keine entscheidende selbständige Stellungnahme der Bezirksleitungen in Deutschland zu irgendwelchen politischen Fragen“ erfolgt sei..

Unter solchen Vorzeichen nahm eine starke KPD-Delegation, die propagandistisch als Arbeiterdelegation aus den Betrieben aufgebauscht wurde, am VII. Weltkongress teil, der schließlich nach mehreren Verschiebungen vom 25. Juli bis 20. August 1935 in Moskau einberufen wurde.²⁵⁷ Der Kongress war zugleich die Gelegenheit für eine große Abrechnung mit den noch verbliebenen Angehörigen des linken Flügels in der Komintern und den Kommunistischen Parteien, die doch die letzten Jahre über treu zur Moskauer Führung gestanden hatten und die nun die Rolle des Opferlamms spielen mussten. Neumann und Remmele waren bereits marginalisiert, für Béla Kun und Knorin war der Kongress die letzte Tribüne, bevor auch sie „gesäubert“ wurden. In seiner Rede auf der Sitzung der EKKI-Kommission zur Vorbereitung des ersten Tagesordnungspunktes des Kongresses argumentierte Kun noch vehement gegen ein Abrücken von der revolutionären Perspektive und stellte sich gegen die von ihm unterschwellig als „Mainstream“ entlarvte Auffassung von einem neuen Zeitalter des Faschismus (!). Die vorgelegten Thesen der Komintern kritisierte er als unannehmbar, vor allem wegen des definitiven Abrückens von einer revolutionären Perspektive sowie des Fehlens einer differenzierten Analyse der internationalen Kräfteverhältnisse (Dok. 350). Auch die Rede Knorins auf der Sitzung der Kommission des EKKI zur

²⁵⁷ Qua Beschluss vom 4.9.1934 wurde der ursprünglich für 1934 geplante VII. Weltkongress der Komintern auf März 1935 verschoben. RGASPI, Moskau, 17/162/17, 29, 33; Weitere Verschiebungen bewirkten, dass der Kongress letztendlich im Juli und August 1935 stattfand.

Vorbereitung des ersten Punktes der Tagesordnung ist in dieser Hinsicht ein wichtiges Zeitdokument (Dok. 352). Auch er verteidigte das Konzept einer revolutionären Offensive genauso wie selbstständige Klassenkämpfe und beklagte das Abrücken von dieser Position in den Thesen. Ein bemerkenswertes Novum stellte seine Forderung dar, eine praktische Solidarität mit allen vom Faschismus bedrohten Arbeiterorganisationen zu realisieren.

Kurz vorher, am 10. August 1935, hatte Molotov der Empfehlung Stalins zugestimmt, Georgij Dimitrov zum neuen Generalsekretär der Komintern zu ernennen. Dieser habe „revolutionäres Interesse“ an der Durchführung der Einheitsfronttaktik, die er mit Hilfe der russischen Kommunisten durchführen sollte (Dok. 364). Zugleich schuf das sowjetische Politbüro Fakten und strukturierte die Komintern um. Das Politsekretariat des EKKI wurde liquidiert und die *éminence grise* der Komintern, Osip Pjatnickij, aus der Führung entfernt. Maßgebliche Kaderpositionen wurden neu bestimmt: Das EKKI-Sekretariat wurde mit Dimitrov, Togliatti, Manuil'skij, Pieck, Marty, Kuusinen und Gottwald als Vollmitglieder sowie Trilisser, Florin und Wan Min als Kandidaten neu zusammengesetzt. Seitens der VKP(b) sollten Manuil'skij, Stalin und NKVD-Trilisser in das Präsidium des EKKI eingeführt werden. Die Zusammensetzung des EKKI selbst wurde seitens der VKP(b) durch Stalin, Manuil'skij, Ždanov sowie die hohen NKVD-Funktionäre Ežov und Trilisser ergänzt, nicht zuletzt als personelle Reserve für die kommenden Säuberungen, die freilich auf dem Kongress kaum jemand vorhersah.²⁵⁸ Von zahlreichen Zeitzeugen wurde der Kongress vielmehr als Rückkehr zu den Wurzeln der Einheitsfrontpolitik der 1920er Jahre oder auch als langweilige Fassadenveranstaltung bewertet. Im Oktober 1935 erfolgten unter der Ägide Dimitrovs weitreichende personelle Umstrukturierungen des Komintern-Apparats. Es ging dabei zunächst um die Abschaffung des Politsekretariats zugunsten einer Politikkommission, die Reduzierung der Tätigkeit und Selbstständigkeit der Ländersekretariate und die Ausweitung der Kompetenz der Propagandaabteilung (Dok. 355).

Der überwiegend mit der Proklamierung der Volksfront- und der definitiven Beendigung der „Sozialfaschismus“-Politik konnotierte Kongress hatte für die deutschen Kommunisten eine bisher in der Forschung nicht ausreichend herausgestellte Neuorientierung zur Folge. Vor allem ging es um das neue Postulat, dass der „Kampf gegen die faschistische Diktatur von aussen“ mit „dem Kampf um die Sprengung von innen, von den faschistischen Massenorganisationen aus“ verbunden werden sollte. Für diese neue Programmatik fand man den Begriff des „Trojanischen Pferdes“, der auf Dimitrov zurückging (Dok. 363).²⁵⁹ Die Umsetzung der Volksfront für Deutschland und die sog. Überwindung des Sektierertums in der KPD waren demnach für Deutschland ursächlich mit einer Hinwendung zu den NS-Massenorganisationen verbunden.

²⁵⁸ RGASPI, Moskau, 17/162/18, 110. Publ. in Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 722f.

²⁵⁹ Ulbricht sagte auf dem Kongress: „Genosse Dimitrov hat die entscheidende Methode unserer Massenarbeit im Beispiel mit dem Pferd von Troja erläutert.“ (Dok. 363).

Die Kommunisten sollten fortan sowohl in der Deutschen Arbeitsfront (DAF), als auch in der Hitlerjugend, den NS-Sportorganisationen, der „Kraft durch Freude“ (KdF) als NS-Freizeitorganisation oder auch in katholischen Vereinigungen, wie der katholischen Jugend, arbeiten. Der Weg zum Sturz der faschistischen Diktatur in Deutschland sollte im Bündnis mit allen antifaschistischen Kräften dahingehend verlaufen, dass auch für die kleinsten Belange der Werktätigen der Weg über die faschistischen Massenorganisationen erfolgen und so die „Volksregierung“ erkämpft werden müsse. Mit dieser in der Zukunft vom Volksfrontmythos übertönten Defensivstrategie läutete die Komintern definitiv das „Zeitalter des Faschismus“ ein.

Nach mehreren Verschiebungen seit Ende 1934, die vermutlich auf die Diskussionen im sowjetischen Politbüro zurückzuführen waren, legte der schließlich im Juli 1935 einberufene Kongress²⁶⁰ die notorisch instrumentelle Definition des Faschismus als „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ vor, ohne dies jedoch weiter theoretisch zu vertiefen.²⁶¹ Nicht unbedingt die offizielle Sowjetunion, sondern in erster Linie die Komintern wurde auf den Kampf gegen Krieg und Faschismus eingeschworen. Die KPD interpretierte dies auf ihrer sog. „Brüsseler Konferenz“ (3.–15.10.1935) als einen „neuen Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen für den Sturz der Hitlerdiktatur“ (Dok. 370). Dass die KPD abgesehen vom Aspekt eines möglichen Zusammengehens mit der SPD die Volksfrontpolitik übernommen habe – „von unten“ oder „von oben“ – kann aufgrund der vorgelegten Dokumente so in Zweifel gezogen werden. „Von unten“ zeigt der „Offene Brief der Berliner Opposition“, dass die Volksfrontpolitik höchst kritisch gesehen und in Deutschland von den noch aktiven KPD-Mitgliedern nicht umgesetzt wurde, „von oben“ trug Ulbricht selbst maßgeblich gerade zur Zersetzung des deutschen Volksfrontausschusses bei, der zumindest im Exil für die Volksfrontidee stand. Ein Jahr später, 1937, wurde ihr trauriges Schicksal insgesamt besiegelt, als im Sinne des neuen Konzepts der „Volksdemokratie“ Dimitroff die Volksfrontpolitik als ungeeignet für Deutschland verwarf.

Trotz der Vereinnahmung durch den Stalinismus und ungeachtet der Niederlage im Spanischen Bürgerkrieg wurde der Antifaschismus allerdings zu einer Leitideologie, ja zum „kulturellen Code“ einer sich weitgehend spontan konstituierenden transnationalen Massenbewegung.²⁶² Als Besonderheit dieser Bewegung erwies sich dabei allerdings die Blockade der sozialistischen und kommunistischen Internationale, sodass von einer effektiven revolutionären und internationalen Transformation kaum mehr etwas übrig blieb und kritische Stimmen in dieser historischen Welle kaum

²⁶⁰ Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 721.

²⁶¹ Dimitroff, Ausgewählte Werke, II, S. 525.

²⁶² Vgl. Shmuel N. Eisenstadt, Bernd Giesen, The Construction of Collective Identity. In: Archives européennes de sociologie. 36 (1995). S. 72–102. Siehe auch für das Folgende meinen Aufsatz: Abschied von einem Mythos. Die UdSSR, die Komintern und der Antifaschismus. In: Osteuropa LIX (2009). Nr. 7–8. S. 125–148.

mehr zur Geltung kamen. Hellsichtig hatte Walter Benjamin bereits 1936 das Ausgreifen nach rechts und nicht den Antifaschismus als Quintessenz der Volksfrontpolitik kritisiert.²⁶³ Erst neuerdings wird in der Forschung, auch seitens russischer Historiker, die These wieder aufgegriffen, dass es sich bei der Volksfront um ein „Top-Down-Konzept“ und zu einem gewissen Teil auch um ein instrumentelles Täuschungsmanöver gehandelt habe, eine Scheinöffnung und Scheinanpassung an westliche Standards, entsprechend der ungefähr gleichzeitig als demokratisches (Schein-) Modell gegenüber dem Westen präsentierten neuen sowjetischen Verfassung. Parallel zur Volksfrontpolitik der Komintern und zu den „großen Säuberungen“ hatte Stalin bis Juni 1936 die „demokratischste Verfassung der Welt“ ausarbeiten lassen, die als „Fassade“ vor allem den Westen beeindrucken sollte.²⁶⁴ Durch die Komintern – so die Instruktionen Dimitrovs – sollte die Annahme der Verfassung durch den Sowjetkongress als „historisches Ereignis“ herausgestellt werden, das „so breit und geschickt ausgenutzt werden“ sollte, „dass die gesamte wildgewordene antisowjetische Kampagne tatsächlich auf Null reduziert wird.“ (Dok. 394). Eine umfassende Analyse steht hier noch aus.

Duplizität versus Dualismus? Sowjetunion und Komintern zwischen kollektiver Sicherheit und Avancen an Hitler (1934–1936)

Es verwundert nicht, dass in der Forschung Hintergründe und Tragweite des Umschwungs in Komintern und sowjetischer Politik Mitte der dreißiger Jahre noch umstritten sind.²⁶⁵ Neue Dokumente enthüllen Ambivalenzen und bestätigen die

263 Die neu entstehende Kontingenz im Rahmen einer transnationalen sozialen Bewegung und Neubelebung der Arbeiterbewegung wurde jedoch strukturell seitens der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der Kommunistischen Internationale blockiert. Siehe hierzu Gerd-Rainer Horn: *European socialists respond to fascism. ideology, activism and contingency in the 1930s*. New York/Oxford: Oxford University Press 1996; Broué, *Historie de l'Internationale Communiste*, S. 626ff. Zum Begriff des kulturellen Codes siehe Shmuel N. Eisenstadt, Bernd Giesen: *The Construction of Collective Identity*. In: *Archives européennes de sociologie* 36 (1995). S. 72–102; Vgl. für das Folgende auch meinen Aufsatz: *Abschied von einem Mythos*, S. 125–148.

264 Zum Zusammenhang zwischen Stalinscher Verfassung und Volksfront, wonach die Verfassung als eine besonders für westliche Intellektuelle „gewohnte“ Fassade installiert wurde, siehe Aleksandr V. Šubin: *Narodnyj front. Izmenenie v strategii Stalina*. In: *Rossija i mir glazami drug druga. Iz istorii vzaimootnošenij*. Vypusk četvertij. Hrsg. v. A. V. Golubev. Moskva 2007. S. 106–126. Dagegen die positivere Wertung der Verfassungskampagne bei Karl Schlögel: *Terror und Traum*. Moskau 1937. München: Carl Hanser 2008. S. 153ff.

265 Was die Interpretationslinien angeht, stehen in Russland selbst Anhänger der „Appeasement-These“ einer langfristigen Orientierung auf ein Bündnis mit Hitler, wie Sluč, Narinskij u. a., den Verfechtern der „Antifaschismus-These“, also einer frühen Wende der sowjetischen Außenpolitik im Sinne des Antifaschismus (Mel'tjuchov u. a.) gegenüber.

Zweifel sowohl am fundamentalen Charakter der taktischen Wende der sowjetischen Politik, als auch der Volksfrontpolitik der Komintern, der im Herbst/Winter 1934 seitens des Politbüros der VKP(b) und den Leitungsgremien der Komintern vollzogen wurde. Ob es sich bereits „im November 1933“ um einen Umschwung des Politbüros als „Grundsatzbeschuß für eine Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik von Deutschland auf Frankreich“ handelte, muss bezweifelt werden.²⁶⁶ Sicher ist, dass es dabei um eine (allerdings unterschiedlich gewichtete) Synchronisierung von sowjetischer Außen- und Kominternpolitik ging. Die Volksfrontpolitik entsprach insofern einem Sekundäreffekt des Kurswechsels der sowjetischen Politik, der durch die aggressivere Politik der Nationalsozialisten sowie den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom Januar 1934 beschleunigt wurde und zum Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund im September 1934 sowie zum Abkommen mit Frankreich und der Tschechoslowakei 1935 führte. Die sowjetisch-deutschen Beziehungen waren 1934/1935 in die erste ernsthaftere Krise geraten. Ursache war Hitlers Weigerung, die Beziehungen des Deutschen Reichs zur UdSSR zu verbessern.²⁶⁷ Ob jedoch die Sowjetunion tatsächlich auf eine konsequente, gegen die Expansionsabsichten des faschistischen Italiens und NS-Deutschlands gerichtete Politik der kollektiven Sicherheit umgeschwenkt war, wie es große Teile der Forschung bisher angenommen haben, muss bezweifelt werden. Die Beschlüsse des sowjetischen Politbüros weisen nicht auf eine eindeutige Orientierung auf die westlichen Demokratien und auf ein neues System kollektiver Sicherheit hin.

Gerade für den Zeitraum von Herbst 1934 bis Frühjahr 1935 bringt hier die vergleichende Sicht von VKP(b) und Komintern neue Aufschlüsse. Am 31. August 1934 beschloss das Politbüro die Durchführung einer Reise des bevollmächtigten Vertreters Jakov Suric nach Deutschland und verschob zugleich den VII. Weltkongress der Komintern auf März 1935 (Politbüro VKP(b), 31.8.1934).²⁶⁸ Im Dezember 1934 und erneut von Dezember 1936 bis Dezember 1937 setzte Stalin seinen Vertrauten David Kandelaki als bevollmächtigten Emissär für eine bedeutende Mission in Deutschland ein, bei der es „als Unterpfand für das Aufblühen beider Staaten“²⁶⁹ um eine Vereinbarung über längerfristige Importkredite und Warenwerte von mehreren Hundert Millionen Mark zum Einkauf im NS-Staat ging.²⁷⁰ Als dieses Anklopfen erfolglos

266 So Victor Iščenko: Vertrag über den gegenseitigen Beistand zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Republik Frankreich, 2. Mai 1935. In: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte, http://www.1000dokumente.de/index.html?c=1000_dokumente_ru (15.8.2013).

267 Slutsch, Stalin und Hitler, S. 61.

268 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 29, 33.

269 So Hjalmar Schacht, siehe Dokumenty vnešnej politiki. Bd. 18. Moskva: MID SSSR 1973. S. 63, 47; Zit. in Besymenski, Stalin und Hitler, S. 72.

270 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 88–89, 157.

blieb²⁷¹ und nachdem Deutschland die Teilnahme an einem von sowjetischer Seite bevorzugten „Ostpakt“, einem multilateralen Regionalpakt zur Verhinderung einer gegenseitigen Aggression unter Einschluss des Deutschen Reiches, abgelehnt hatte, machte die Sowjetunion Vorstöße in Richtung Frankreich und seiner Verbündeten.²⁷² Etwa gleichzeitig mit einem neuen Beschluss des Politbüros, Deutschland wegen der Ablehnung des vorgeschlagenen Handelsvolumens für 1936 mit Sanktionen zu belegen,²⁷³ wurde der Weltkongress im März 1935 erneut, nun auf den 15. Juli 1935, verschoben (Politbüro VKP(b), 5.3.1935).²⁷⁴

Stalin und der Antifaschismus: Krise oder Wende in den sowjetisch-deutschen Beziehungen?

Der russische Historiker und Politikwissenschaftler Michail Narinskij ist der Auffassung, dass sich die Sowjetführung dabei nicht von antifaschistischem Denken leiten ließ und auch nicht aus Loyalität zur Idee der kollektiven Sicherheit handelte. Sie habe damit alleine die staatlichen Interessen der UdSSR verfolgt.²⁷⁵ Die positive Erwartungshaltung gegenüber Deutschland blieb erhalten, während die Komintern den Antifaschismus praktizierte.

Wie kritisch dies intern auch in den sowjetischen Eliten gesehen wurde, zeigte Nikolaj Bucharin, der doch so häufig vor dem Diktator Stalin eingeknickt war, in einem hier erstmals veröffentlichten Dokument vom März 1936, in dem er mit dem offiziellen Antifaschismus abrechnete. Was Trotzki als Ambivalenzen und „intimere“ Zwischentöne bezeichnete,²⁷⁶ entschlüsselte Bucharin sogar als schleichende Anpassung an den Faschismus. In einem Brief an Stalin forderte er einen „entscheidenden Bruch“, ein neues Denken über den Faschismus. Vor allem die Rassenideologie und das System der Konzentrationslager sollten endlich ernstgenommen und sogar als weitaus schrecklicher erkannt werden – so Bucharin – als die Verbannungen im russischen Zarenreich (Dok. 379). In Stalins mentaler Prädisposition hatte sich der zwei Jahre später zum Tode verurteilte ehemalige „Liebling der Partei“ damit wohl definitiv in die Reihe der Schwächlinge und Panikmacher gestellt. Überhaupt ent-

²⁷¹ Besymenski, Stalin und Hitler, S. 71ff.; Siehe auch Sergej Sluč: Der Weg in die Sackgasse. Die UdSSR und der Molotov-Ribbentrop-Pakt. In: Osteuropa LIX (2009). H. 7/8. S. 75–96.

²⁷² Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 318–327.

²⁷³ RGASPI, Moskau, 17/162/17, 136–137.

²⁷⁴ Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 719f.

²⁷⁵ Natal'ja Lebedeva, Michail Narinskij (Hrsg.): Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I. Moskva: Pamjatniki istoričeskoj mysli 1994. S. 299.

²⁷⁶ Leo Trotzki: Rätsel UdSSR, Coyoacán, 21.6.1939. In: Ders.: Schriften. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur. I, 2: 1936–1940. Hrsg. v. Helmut Dahmer, Rudolf Segall u. Reiner Tosstorff. Hamburg 1988. S. 1209–1223, hier: S. 1214f.; Digital: <http://www.mlwerke.de/tr/1939/390621a.htm> (15.8.2013).

schlüsselt der Brief Bucharins einen unterschwellig dem Verhältnis von Stalinismus und Faschismus zugrunde liegenden Topos. In Stalins Imaginarium wurde eine ungeschminkte Analyse und Darstellung der NS-Barbarei mit einer von Angst getriebenen Überbewertung des Faschismus gleichgesetzt, woraus sich möglicherweise auch der erstaunliche Verzicht der Komintern auf eine konsistente theoretische Faschismus-analyse erklären lässt.

Gerade weil auf dieser Ebene Mitschriften in der Überlieferung selten sind, ist das hier erstmals abgedruckte Gesprächsprotokoll Stalins mit Lion Feuchtwanger vom 8. Januar 1937 höchst aufschlussreich. Stalins vertrauensvolle Botschaft an den Schriftsteller, der zusammen mit Heinrich Mann Aushängeschild des deutschen Antifaschismus war, lautete, dass der Faschismus „Quatsch“ und nur eine „zeitweilige Erscheinung“ sei und nur Trotzlisten und Oppositionelle von Angst und Panik vor ihm ergriffen seien. Theoretische Durchdringung und umfassende antifaschistische Praxis passten insofern nicht in Stalins Horizont. Neben den linken oppositionellen Zwischengruppen hatte Willi Münzenberg in seiner gerade auch theoretisch zu Unrecht unbeachteten Abhandlung „Propaganda als Waffe“, die er aus gutem Grunde nicht mit der KPD-Führung abgestimmt hatte, methodisch Formen und Inhalte von Massenpropaganda als Axiome für einen erfolgreichen Kampf gegen Hitlers System und damit zur Verhinderung des Zweiten Weltkrieges dargelegt.²⁷⁷ So dekuivrieren die Dokumente eine Dimension des Stalinismus als letztlich selbst nationalistische Grundüberzeugung, die eine konsequente Bekämpfung des Nationalsozialismus verhinderte. Diese besondere Form einer nicht zuletzt von machohaften Elementen durchsetzten Zurückweisung und Sublimierung, den Faschismus ernst zu nehmen, führte schließlich zur Unterschätzung der Gefahr und zum von Münzenberg auch theoretisch hergeleiteten Verzicht auf eine „Propaganda als Waffe“.

In den Jahren 1934/1935 holte Stalin die Karte der „kollektiven Sicherheit“ hervor, verlor dabei das Ziel verbindlicher Abmachungen mit Hitlerdeutschland jedoch nicht aus den Augen.²⁷⁸ Sein Helfer Radek hatte bereits im Januar 1934 trotz seiner eigenen Analyse, nach der die Wiederbewaffnung Deutschlands nur gegen die Sowjetunion gerichtet sein konnte, versichert, dass die Sowjetunion nichts unternehmen würde, was die Rückkehr zu einer gemeinsamen Politik mit Deutschland ausschließen würde.²⁷⁹ Zunächst wollte man jedoch von sowjetischer Seite aus Deutschland mit einem sog. „Ostpakt“ einschließen, der sowohl seine West- also auch Ostgrenze festschreiben sollte. Hitler wollte jedoch zunächst die nach dem Ersten Weltkrieg verlorenen westlichen und östlichen Territorien Deutschlands sowie die ehemals

²⁷⁷ Willi Münzenberg: *Propaganda als Waffe*. Paris: Editions du Carrefour 1937, ebenfalls Basel: Universum-Buchgemeinschaft 1937. Neuaufl. siehe *Ausgewählte Schriften 1919–1940*. Hrsg. v. Til Schulz. Frankfurt/M.: März 1977.

²⁷⁸ Lebedeva, Narinskij, *Komintern i Vtoraja mirovoja vojna*, I, S. 303.

²⁷⁹ Der Botschafter in Moskau R. Nadolny an das Auswärtige Amt, Moskau, 10.1.1934. In: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945*. Serie C: 1933–1937. Bd. I, 1: 14. Oktober 1933 bis 31. Januar 1934. Göttingen 1973. S. 325f.

österreichischen Gebiete mit deutscher Bevölkerungsmehrheit zurückerobern und auch die zwischenzeitlich ventilierte Perspektive, zwei getrennte „Ostpakte“ abzuschließen, wurde von deutscher Seite im Herbst 1934 abgelehnt. Stalin verstand dies immer noch nicht als kategorische Absage Hitlers. Vielmehr gab er sich sicher, dass Deutschland eines Tages in das gemeinsame Boot zurückkommen würde und spielte auf Zeit. Die Deutschen versuchten zwar – so Stalin – „die Karten in Europa neu zu mischen“, doch sie würden „vor uns nicht weglaufen“, da sie einen „Vertrag mit uns“ mehr bräuchten als die Sowjetunion.²⁸⁰

An die Adresse des Politbüros empfahl Stalin am 14. September 1934, die Deutschen nun für eine Weile im Ungewissen zu lassen und ihre Versuche, Misstrauen zwischen der Sowjetunion und Frankreich zu säen, zu konterkarieren. Nach den beiden Handelsverträgen mit Frankreich und Großbritannien im Jahre 1933 und am 18. September 1934 kam es am 2. Mai 1934 zum Vertragsabschluss über den gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und dem früheren Gegner Frankreich. Am 18. September 1934 folgte der Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund. Die Ausrichtung auf ein kollektives Sicherheitssystem in Europa war taktischer Natur, einem fundamentalen Umschwung der sowjetischen Außenpolitik entsprach dies nicht, es ging eher um eine andere Akzentsetzung. Stalin legte nun eine Pause im Schönwettermachen mit Deutschland ein, wobei auch landwirtschaftliche Konzessionen des *Krupp*-Konzerns in der Sowjetunion nicht verlängert wurden.²⁸¹ Am 2. November 1934 beschloss das sowjetische Politbüro, die Vereinbarung über den „Ostpakt“ auch ohne Beteiligung Deutschlands und Polens zu unterzeichnen.²⁸²

Das Außenkommissariat unter Litvinov setzte unterdessen den Grabenkampf gegen eine zumindest neutrale Grundausrichtung Stalins und seiner Gruppe im Politbüro gegenüber NS-Deutschland fort, allerdings ohne Erfolg. Den Vorschlag einer Protestnote gegen eine antisowjetische Hetzrede von Rudolf Heß vom 14. Mai 1935 lehnte das Politbüro ausdrücklich ab.²⁸³ Heß hatte unter Verweis darauf, dass „Deutschland (...) näher am Bolschewismus [war], als die übrige Welt es ahnt oder wahrhaben will“, vor der Deutsch-Schwedischen Gesellschaft in Stockholm nicht nur über „bedrohliche“ Wahlergebnisse der KPD referiert, sondern auch über „das Material“ gesprochen, welches im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin nach der Machtergreifung in geheimen Kellern und Gängen vorgefunden worden sei, – ein „Propagandamaterial ungeheuerlichster Art, bereits in mehrere Sprachen übersetzt, um sofort nach der Aufrichtung des bolschewistischen Staates in Deutschland die intensive Bearbeitung anderer Staaten Europas von Deutschland aus vornehmen zu können.“²⁸⁴ Heß sprach

280 Telegramm Stalins an das ZK der VKP(b) zum Handelsvertrag mit den Deutschen, 14.9.1934; RGASPI, Moskau, 17/162/17, 49.

281 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 55.

282 Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic (u. a.) (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 318–319.

283 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 1.

284 Rudolf Heß: Reden. München: Zentralverlag der NSDAP 1940. S. 99–119, hier: S. 105.

dabei von „detaillierten Anweisungen (...), wie die letzten Widerstände in Deutschland durch rücksichtslosen Terror gebrochen werden müssten, antibolschewistische Dörfer niederzubrennen und nichtgefüge Städte auszuhungern seien.“²⁸⁵ Die Ablehnung einer Reaktion seitens des sowjetischen Politbüros erfolgte trotz der als dringend eingestuften Anfrage Litvinovs für das sowjetische Außenkommissariat.

Sowjetische Außenpolitik und Komintern: Der Stalinismus als antirevolutionärer Nexus und die neue Zweigleisigkeit.

Die äußerst vorsichtige, passive Haltung der Sowjetunion zur brutalen kolonialen Aggression Mussolinis gegen Abessinien im Oktober 1935, die mit der definitiven Annexion des Landes im Mai 1936 endete, markierte zugleich das Ende einer prinzipiell antikolonialen und anti-imperialistischen Ausrichtung der Sowjetunion. Diese Transition war das bisher deutlichste Indiz für den neuen Typus der Zweigleisigkeit globaler kommunistischer Politik. Der italienische bewaffnete Überfall steht so für die Preisgabe des Antikolonialismus durch die Sowjetunion. Auf der Ebene der Komintern und der Massenorganisationen wurde dieser Prozess begleitet von der finanziellen und organisatorischen Austrocknung der von Münzenberg gegründeten „Liga gegen Imperialismus und für nationale Selbstbestimmung“, der wichtigsten internationalen antikolonialen und antiimperialistischen Organisation der Zwischenkriegszeit, die 1937 aufgelöst wurde.²⁸⁶ Die hier vorgelegten Dokumente belegen diesen Zusammenhang für die antifaschistischen und auch antikolonialistischen internationalen Solidaritätskampagnen der Komintern seit 1934, die sich jedoch unter den gegebenen Bedingungen nicht der sowjetischen Außenpolitik anschließen konnte. Im Folgejahr öffnete sich die Schere zwischen Komintern und sowjetischer Staats- und Realpolitik noch weiter, als Giftgasangriffe und Massaker der italienischen Truppen eine Welle internationaler Proteste hervorriefen, denen sich auch der Völkerbund anschloss. Mit der Begründung, man habe nicht genug Waffen und Instrukteure, wandte sich hingegen Stalin im Politbüro kategorisch gegen jede Hilfe und lehnte nicht nur die vom Roten Kreuz angemahnten Hilfslieferungen an die Bevölkerung,²⁸⁷ sondern auch einen Handelsboykott gegen Italien ab, der im Völkerbund diskutiert und zunächst auch vom Außenkommissariat unter Litvinov intern unterstützt wurde.²⁸⁸ Die Sowjetunion deckte in diesem Zeitraum ca. 40 % des italienischen Bedarfs an Erdöl. Mus-

²⁸⁵ Rudolf Heß, Reden, S. 106.

²⁸⁶ Siehe hierzu neuerdings Fredrik Petersson: „We Are Neither Visionaries Nor Utopian Dreamers“. Willi Münzenberg, the League against Imperialism, and the Comintern, 1925–1933. Doctoral Thesis. General History Division for Arts, Education and Theology, History Department: Åbo Akademi 2013, http://doria17-kk.lib.helsinki.fi/bitstream/handle/10024/90023/petersson_fredrik.pdf?sequence=2 (15.9.2013).

²⁸⁷ RGASPI, Moskau, 17/162/19, 13.

²⁸⁸ RGASPI, Moskau, 17/162/18, 183, 188.

solini selbst sagte später, dass sich die italienischen Truppen bei einem Boykottabschluss durch den Völkerbund nur noch acht Tage halten können, was den Rückzug aus Abessinien bedeutet hätte.²⁸⁹

Wie die „abessinische“, etwas später auch die „spanische Frage“ und nicht zuletzt das Appeasement gegenüber NS-Deutschland, müssen Phänomene wie der Terror als Ausrottung der Revolutionäre und dezidierte Kommunisten, die Zerschlagung der internationalen Kommunikationsinstrumente der Komintern und die Liquidierung der internationalen Kultur- und Solidaritätsorganisationen als fundamentale transnationale Markierungen und Transitionen verstanden werden. Dazu gehört auch das jüngst aufgearbeitete Ende der „Cultural Diplomacy“ zugunsten einer imaginierten „across-the-board Soviet superiority“.²⁹⁰ All diese nun empirisch nachweisbaren strategischen Weichenstellungen verweisen auf den Paradigmenwechsel sowjetischer Politik und den fundamentalen antirevolutionären Systemwandel des Stalinismus, wie er besonders für die Sowjetunion bereits seit den 1960er Jahren vielfach von Robert C. Tucker, Moshe Lewin, Stephen F. Cohen oder auch Heller und Nekrich methodisch herausgearbeitet wurde.²⁹¹ Dass bisweilen weiterhin in Frage gestellt wird und immer noch umstritten ist, ob Stalin (und seine Nachfolger) an einer weltrevolutionären Politik festhielten oder nicht,²⁹² zeigt, dass die zahlreichen Geschichtsmymen, die das Verhältnis von Stalin zur Revolution tausendfach im umgekehrten Sinne heroisieren sollten, nicht vollends dekonstruiert wurden. Dies lässt sich nicht zuletzt darauf zurückführen, dass viele der genannten (und ungenannten) Historiker die Geschichte der Komintern nicht intensiv erforscht oder sie nicht ausreichend mit der Geschichte der Sowjetunion korreliert haben. Ausnahmen wie Franz Borkenau und später Pierre Broué sowie Fernando Claudín wurden von der Sowjetunionforschung kaum rezipiert.²⁹³ Jedenfalls trägt der anhaltende Disput zur Verwirrung in der Zeitgeschichtsforschung des 20. Jahrhunderts bei.

289 Siehe hierzu Aleksandr V. Šubin: *Mir na kraju bezdny: Ot global'noj katastrofy k mirovoj vojnje, 1929–1941 gody*. Moskva: Veče 2004. S. 188.

290 Zu letzterem siehe Michael David-Fox: *Showcasing the Great Experiment. Cultural Diplomacy and Western Visitors to the Soviet Union, 1921–1941*, Oxford [u.a.]: Oxford University Press 2011.

291 Robert C. Tucker, Moshe Lewin, Stephen F. Cohen: *Bolshevism and Stalinism*. In: *Stalinism. Essays in Historical Interpretation*. Hrsg. v. Robert C. Tucker. New York: Princeton University Press 1977. S. 3–29; „Stalin had no need for revolution, nor was he interested in such things as ‘the emancipation of the working class!’“ (Heller, Nekrich: *Utopia in Power*. New York: Summit 1986. S. 311).

292 Teilweise wird auch noch für die Periode nach 1945 eine weltrevolutionäre Perspektive des Stalinismus angenommen. Siehe: Andreas Hilger (Hrsg.): *Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945–1991*. München: Oldenbourg 2009. S. 7 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 99).

293 Borkenau, *European Socialism*. Zum spanischen Fall legte Broué eine Fallstudie vor, siehe Pierre Broué: *Staline et la Révolution. Le cas espagnol (1936–1939)*. Paris: Fayard 1993; Vgl. Fernando Claudín: *The Communist Movement. From Comintern to Cominform*. 2 Bde. New York [u. a.]: Monthly Review Press 1975.

Im Gefolge der Ereignisse ließen sich die Widersprüche zwischen sowjetischer Außenpolitik und der Komintern nicht mehr verdecken. Im Gegensatz zur VKP(b) mobilisierte die Komintern die Kommunistischen Parteien gegen die italienische Aggression. Die neue Zweigleisigkeit dürfte im Kreml solange nicht als besonders störend empfunden worden sein, als die Komintern sich auf pazifistische und humanitäre Maßnahmen beschränkte und die Sowjetunion selbst nicht kritisierte. Das Auseinanderklaffen von Komintern und sowjetischer Staats- und Außenpolitik war als notwendige Folge des „Sozialismus in einem Lande“ ein in der Geschichte des internationalen Kommunismus nicht mehr zu verhinderndes, signifikantes Phänomen. In seiner schematischen Übernahme der Leninschen Maxime eines negativen Gleichgewichts im Hinblick auf die sowjetische Außenpolitik ging Stalin grundsätzlich von der Notwendigkeit aus, die „feindlichen“ Lager gegen- und aufeinander hetzen zu müssen – zum Wohle der Sowjetunion. 1935 wählte er eine Variante dieses Schemas, als er glaubte, von einem gegenseitigen Vernichtungskampf zwischen zwei Lagern einer neuen Entente – der Entente Italien/Frankreich gegen die Entente England/Deutschland – profitieren zu können. Im Interesse der Sowjetunion sollte dieser nun in die Länge gezogen werden.²⁹⁴ Da die Sowjetunion offiziell eine neutrale Haltung einnahm, ist es gut möglich, dass auch aus diesem Grund nicht nur eine Kritik von Mussolinis Gewaltakt gegen Abessinien, sondern auch eine Reaktion auf die zunehmende antibolschewistische und antisemitische NS-Propaganda seitens des Politbüros abgelehnt wurde. Die sowjetische Zensur filterte sogar die Informationen aus Deutschland gegenüber der sowjetischen Bevölkerung.

Auf dem NSDAP-Parteitag im September 1935, der die „Rassengesetze“ beschloss, erreichte die antibolschewistische Hetze des NS-Regimes ihren bisherigen Höhepunkt. Hitler sprach von der „Völkerverhetzung“ durch „jüdische Elemente“ der „bolschewistischen Internationale“. Goebbels sekundierte ihm mit antikommunistischen Hetzparolen und Rosenberg mit seinen Lebensraumspekulationen im Osten. Molotov gab die Informationen über die Parteitagsreden an den Generalsekretär weiter, verbunden mit grassierenden Gerüchten über einen Bruch Deutschlands mit der Sowjetunion. In einem nicht für die Presse bestimmten TASS-Bulletin vom 13. September 1935 wurde die Rosenberg-Rede referiert, die ein Amalgam zwischen Marxismus, Judentum und Bolschewismus konstruierte; dabei verstieg Rosenberg sich in die Behauptung, dass diejenigen Kommunisten, die nicht Juden seien, nicht den Familien der europäischen Völker angehörten, „sondern Kinder der Steppe [seien], wie Lenin“, „von den Juden, Kranken oder Halbverrückten angesteckt.“²⁹⁵

Daraufhin mit der Notwendigkeit einer Stellungnahme konfrontiert, sah Stalin nicht nur keinen Anlass für einen Protest, sondern zeigte sogar ein gewisses Verständnis für die Hetze, für die er die Komintern verantwortlich machte. Die sowjetische Presse solle deswegen keinen „hysterischen Lärm (...) veranstalten“, denn „Nürnberg

²⁹⁴ Chlevnjuk, Stalin i Kaganovič, S. 545.

²⁹⁵ RGASPI, Moskau, 558/11/89, 127.

ist die Antwort auf den Kongress der KI. Die Hitleristen können nicht anders, als sich in Beleidigungen ergehen, wenn man bedenkt, daß der Kongress der KI sie mit Unrat bedeckt und durch den Schlamm gezogen hat.“, konstatierte Stalin.²⁹⁶ Solche und ähnliche exkulpierende oder zumindest verharmlosende Äußerungen und Einschätzungen des NS-Systems und die (eigentlich viel zu spät erfolgte) Wende der Komintern zum Antifaschismus durch Stalin lassen auch die nächstfolgende Terrorperiode in neuem Licht erscheinen.

Volksfront als Hebel zur „Nationalisierung“ und Diversifizierung der internationalen kommunistischen Bewegung (1935–1938).

Mit Ausnahme des Spanischen Bürgerkrieges, in dem sich auch die Sowjetunion antifaschistisch engagierte, wenn auch in begrenzter und nicht ausreichender Weise, blieb der Kampf gegen den Faschismus eine Domäne der Komintern und wurde nicht zum Bestandteil sowjetischer Staatspolitik. Während von 1936 an ein Großteil der alten diplomatischen Garde des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten, die die antifaschistische Taktik ernsthaft umsetzen wollte, den „großen Säuberungen“ zum Opfer fiel, verfolgten die Hardliner um Stalin und Kaganovič, wie die neuen Dokumente zeigen, ihren den Nationalstaat hypertrophierenden Kurs weiter, einschließlich der prodeutschen Erwartung, nach der Hitler an die Seite Russlands „zurückkehren“ würde. Für den taktischen Wandel kann jedenfalls die Gewissheit über die Kriegsabsichten Hitlers nicht als alleiniger Grund gesehen werden. Zusätzlich sollte der internationale Charakter der kommunistischen Bewegungen berücksichtigt und auf globale, transnationale Erklärungsversuche zurückgegriffen werden.

So kann aufgrund der in der Forschung (besonders von Bianca Pietrow-Ennker) nachgewiesenen inneren Dynamik²⁹⁷ die 1934/1935 erfolgte Implementierung der Volksfronttaktik auch als Hebel zur Synchronisierung der verschiedenen Kommunikationskanäle und Netzwerke kommunistischer Politik gesehen werden. Parallel zur Affirmation des Nationalismus in der sowjetischen Politik fiel die alte und internationalistische Tradition verkörpernde Elite ebenfalls den Säuberungen zum Opfer. Auf der Ebene der Komintern entsprach dies einer zumindest ansatzweisen „Nationalisierung“ der Kommunistischen Parteien (im Rahmen der Bedürfnisse des stalinistischen Systems), die eine größere Flexibilität und Anpassungsfähigkeit bei der Bildung nationaler Bündnisse „von unten“ wie auch „von oben“, nicht nur mit Sozialisten, sondern auch mit bürgerlich-liberalen Koalitionspartnern ermöglichen sollte. Der Pfad wurde geöffnet, um die Kommunistischen Parteien in Zukunft unmittelbar als Werkzeug zur Eroberung der nationalen Staatsapparate einzusetzen. Die Parteien stellten damit erstmals in diesem Rahmen einen ernstzunehmenden Faktor in der

²⁹⁶ Chlevnjuk, Stalin i Kaganovič, S. 569.

²⁹⁷ Pietrow, Stalinismus, Sicherheit, Offensive.

jeweiligen nationalen Koalitionspolitik dar, wie die Beispiele Frankreich, Spanien und Chile zeigten.²⁹⁸

Die formelle „Parlamentarisierung“ der Kommunistischen Parteien unter nationalen Vorzeichen in den demokratisch regierten Ländern diente gleichzeitig als Prophylaxe gegen linke Strömungen in der Sowjetunion und im internationalen Maßstab, die weiterhin eine revolutionäre und internationalistische Lösung einforderten.²⁹⁹ Insofern hatte Stalin auch den Antifaschismus, sozusagen als taktisches Mittel vorübergehend akzeptiert, doch nur bezogen auf die Aktivitäten der Komintern und nicht als Partei- bzw. sowjetische Staatspolitik. Volksfront- und Volksdemokratiekonzepte förderten die spätere Umwandlung in die sog. „Nationalen Fronten“ während des Zweiten Weltkriegs, wie es exemplarisch der Aufruf von Maurice Thorez für eine „Französische Front“ (Front des français) belegt.³⁰⁰

Die Neuorientierung der KPD als taktischer Rückzug oder Anpassung an die NS-Strukturen?

In den autoritären und totalitären Staaten führte die „Nationalisierung“ kommunistischer Politik zu einer stärkeren Anbindung der Parteien an die jeweilig herrschenden nationalen, korporatistischen oder totalitären Strukturen. Für die KPD erfolgte die Absegnung der neuen Linie auf der sog. Brüsseler Parteikonferenz im Oktober 1935. In dem von ihr verabschiedeten Manifest „An das deutsche Volk!“³⁰¹ wurde ein „Kampfprogramm gegen die faschistische Diktatur“ dargelegt, in dem zwar die Einheitsfront mit der SPD und der einheitliche Wiederaufbau der freien Gewerkschaften, gleichzeitig jedoch die „breiteste Volksfront“ gefordert wurde, also nicht nur mit der SPD, sondern auch „mit der Zentrumspartei, den Demokraten und mit allen Organisationen des werktätigen Volkes“ (Dok. 370). Bis zur Wortwahl wird die Angleichung der Narrative an den NS-Diskurs deutlich sowie die Tendenz zur Verwischung der Fronten am Schluss des Manifests, wo es heißt: „Werktätiges deutsches Volk! Wir rufen Dich auf! Nimm in allen Deinen Schichten Stellung zu diesem Programm gegen die Hitlerdikta-

²⁹⁸ Fernando Claudín: *The Communist Movement. From Comintern to Cominform*. 2 Bde. New York [u. a.]: Monthly Review Press 1975; Serge Wolikow: *Le Front populaire en France*. Bruxelles: Editions Complexe 1996; Serge Wolikow, Annie Bleton-Ruget (Hrsg.): *Antifascisme et Nation. Les Gauches européennes au temps du front populaire*. Dijon: EUD 1998.

²⁹⁹ Aleksandr V. Šubin: *Mir na kraju bezdny. Ot global'noj katastrofy k mirovoj vojnje, 1929–1941 gody*. Moskva: Veče 2004. S. 209f.

³⁰⁰ Langkau-Alex, *Deutsche Volksfront*.

³⁰¹ Das Manifest war neben der Resolution das zentrale Abschlussdokument der Brüsseler Konferenz. Die Resolution siehe *Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur. Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935*. In: Wilhelm Pieck: *Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf. Referat und Schlusswort auf der Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands*. Strasbourg: Editions Prométhée 1935. S. 87–103; *Manifest der Brüsseler Parteikonferenz der KP Deutschlands*. In: Pieck, *Der neue Weg*, S. 104–108.

tur! Verständigen wir uns im Betrieb, in der Deutschen Arbeitsfront, in der NS-Hago,³⁰² in den Handwerker-Innungen, in den Organisationen des Reichsnährstandes,³⁰³ in der NS-Volkswohlfahrt, im Deutschen Schriftstellerverband,³⁰⁴ in allen übrigen Massenorganisationen über gemeinsame Kampfkationen!“

Derweil wurden in Moskau die Diskussionen über die Situation in Deutschland fortgesetzt, ohne dass dies vorzeigbare praktische Folgen gezeitigt hätte. Trotz der Lage im Lande sei er kein Pessimist, meinte Pieck Anfang 1936, der „grosse Möglichkeiten der Auslösung sogar breiter Massenaktion im Lande trotz des Terrors“ attestierte (Dok. 378). Zugleich musste er in entwaffnender Offenheit eingestehen: „es kommt darauf an, festzustellen, was tatsächlich im Lande ist. Das kann man aber nur durch Genossen, die aus dem Lande kommen, und die uns etwas Näheres über die Dinge sagen. Wir tapen leider hier etwas im Dunkeln“

Dass KPD- und Kominternführung nicht nur die praktischen, sondern auch die theoretischen Mittel fehlten, um typische Phänomene des Nationalsozialismus, wie die „innere Kolonialisierung“, die Bindung der qualifizierten Arbeiter an das Regime, die Organisation eines Netzwerks unterschiedlicher Hierarchien bis in die Organisation des Alltags hinein und nicht zuletzt die Rassenideologie, zu berücksichtigen und einzuordnen, kann zu einem Gutteil – wie es Bucharin aufzeigte – auf das Desinteresse und die Ambivalenzen im Stalinismus zurückgeführt werden. Im März 1936 lieferte der in der Sowjetunion bereits seit langem isolierte ehemalige Leiter der Komintern und „Liebling der Partei“ in seinem bisher unveröffentlichten Brief an Stalin aus Paris³⁰⁵ ernüchternde Einblicke in das ideologische Elend der deutschen KP-Emigration und kritisierte die nur unzureichende Bekämpfung Hitlers und des deutschen Nationalsozialismus in der Sowjet- und Kominternpropaganda (Dok. 379). Man habe sich nicht nur sprachlich durch „altes Denken“ dem Nationalsozialismus angepasst.

Bucharin war zum Ankauf des Marx-Engels-Nachlasses, der sich im Besitz des Exilvorstandes der SPD (Sopade) befand, zusammen mit Adorackij und Arosev abkommandiert worden. Sein Eindruck über die Lage in Westeuropa war vernichtend. In durchaus ähnlicher Form wie Münzenberg schrieb er – ausgerechnet – an Stalin, dass ein „entscheidender Bruch“, ein neues Denken erforderlich sei, welches die Rassenideologie und eine konkrete Situationsanalyse nicht außer Acht lassen dürfe (Dok. 379). Am Beispiel der kommunistischen Jugend in der Prager Emigration beschrieb

302 „Hago“: Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS-Hago), seit 1933 NSDAP-Organisation für den gewerblichen Mittelstand.

303 Der Reichsnährstand war der 1933/1934 geschaffene Zwangsverband aller landwirtschaftlichen Organisationen. Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) sollte als Parteiorganisation 1932 und 1933 die Arbeiterwohlfahrt und freien Wohlfahrtsverbände zurückdrängen.

304 Deutscher Schriftstellerverband: Es handelt sich um den 1933 gegründeten „Reichsverband Deutscher Schriftsteller“ innerhalb der Reichskulturkammer als neuer Zwangsorganisation nach Gleichschaltung des seit den 1920er Jahren bestehenden Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller (SDS).

305 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 27, 45, 138.

er einen Prozess sprachlicher und mentaler Anpassung an den Nationalsozialismus. „Die Hitlerleute“ – so Bucharin – hätten diesen beigebracht, „sich des Denkens zu entwöhnen und sich auf kurze Sprüche, Emotionen etc. zu beschränken.“ Die neuen internen und streng geheimen Dokumente von Bucharin, Münzenberg, teilweise auch von Radek weisen auf eine starke Gegenströmung zu Stalins Deutschlandpolitik hin, deren Wirkungskraft größtenteils im Terror unschädlich gemacht wurde.

Keine „Propaganda als Waffe“: Volksfront, Nationale Versöhnung und Volksdemokratie für Deutschland (1936–1939)

Die Münzenberg-Korrespondenz als Seismograph: Neues versus altes Denken über den Faschismus

Als Beitrag zur Historisierung des „Falles Münzenberg“³⁰⁶ werden im Band einige neue Materialien und Korrespondenzen publiziert. Von herausragender Bedeutung ist dabei ein Brief Münzenbergs an Stalin vom Juli 1937 (Dok. 417) sowie ein 26-seitiges Rekurschreiben an die Komintern zu Händen ihres Generalsekretärs Dimitrov vom August 1938, in dem er minutiös die Machenschaften rekonstruierte, die zu seinem Ausschluss aus der KPD führten und dagegen Rekurs einlegte (Dok. 442A). Die Münzenberg-Korrespondenz beleuchtet die KPD-Politik in einem weiten Spannungsbogen von 1933 bis 1939, der von der Machtergreifung über die Beschlüsse des VII. Kongresses der Komintern, die Volksfrontpolitik – speziell die Deutsche Volksfront – und den Spanischen Bürgerkrieg bis hin zum Stalin-Hitler-Pakt, der offiziellen Freundschaft zwischen Hitlerdeutschland und der Stalinschen Sowjetunion und dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs reicht.

Der „Fall Münzenberg“ lässt sich chronologisch in zwei Abschnitte aufteilen, deren erster seinen Austritt bzw. Ausschluss aus der KPD im März 1939 einschließt. Er umfasst die Demontage des Pariser Volksfrontausschusses im Jahre 1937 durch Ulbricht mit Hilfe von – so die Anklage Münzenbergs – Polizeispitzeln und politisch dubiosen Elementen gegen honorable und wertvolle KPD-Genossen. Den zweiten Abschnitt bilden die laufend verzögerten, sich bis in den Sommer des Jahres 1939 hinziehenden Untersuchungen der Internationalen Kontrollkommission der Komintern zum „Fall Münzenberg“. Wie es die Dimitrov-Tagebücher enthüllten, wurde sein in Moskau bereits besiegeltes Schicksal nur noch pro forma verhandelt. Über ihn war bereits das Todesurteil gesprochen, spätestens im November 1937, als Stalin Dimitrov

306 Siehe zuletzt Langkau-Alex, Deutsche Volksfront.

aufforderte, ihn nach Moskau „zu locken“, um ihn unverzüglich verhaften zu lassen. Eine Einladung, der Münzenberg wohlweislich nicht nachkam.

Aufgrund eines schroffen Briefes von Dimitrov wies Münzenberg in einer zornigen telegraphischen Antwort auf sein Lebenswerk in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung hin (Dok. 425) („einzige Richtschnur Politik seit 1914 unwandelbare Treue Gruppe Lenin Stalin und gerade letzte Zeit an entscheidenden Stellen gewirkt stop mein einziger Stolz und Kraft gegen Jahrzehnte Hetze in und ausserhalb Partei restloses Vertrauen dortiger Freunde stop“). Für den Fall, dass Dimitrov jedoch seine Vorwürfe aufrechterhalten sollte, kündigte er die weitere Zusammenarbeit auf. Zu diesem Zeitpunkt hatte er wohl aufgrund der Nachrichten aus Moskau, seine Entscheidung, nicht zu fahren, längst getroffen.

Die Marginalisierung und Verdrängung des Meisters der antifaschistischen Massenpropaganda betraf zunächst die Demontage des weitgehend auf seine persönliche Initiative entstandenen Pariser Volksfrontausschusses. Sie vollzog sich vor dem Hintergrund der neuen nationalen Versöhnungsrhetorik der KPD und der „Politik des Trojanischen Pferdes“, einer schleichenden „volksdemokratischen“ Wandlung der KPD und schließlich der Kontrolle und Zerschlagung der internationalen antifaschistischen, antikolonialen und kulturellen Peripherorganisationen von innen heraus, durch die Komintern bzw. die KPD selbst. Im Frühjahr 1938 kolportierte die sozialdemokratische und linkskommunistische Presse eine Meldung, der zufolge Münzenberg dem Schweizer Arzt und Menschenrechtsaktivisten Brupbacher gegenüber im März d. J. nicht nur seine Kritik an den Moskauer Prozessen, sondern auch bedeutsame Veränderungen über seine formelle Zugehörigkeit weitergegeben habe, was auf einen Bruch mit der Komintern hinauslief.³⁰⁷ Daraufhin wandte sich Ulbricht mit diesen Informationen an die Komintern, um den Ausschluss perfekt zu machen.

Nationalistische Versöhnungsrhetorik der KPD und „Politik des Trojanischen Pferdes“

In der Zwischenzeit wurde auf Betreiben der Komintern die Stoßrichtung der Einheits- und Volksfrontpolitik in Richtung auf die „Einheit und Versöhnung des Volkes“, d. h. auf die Gemeinsamkeit mit den „nationalsozialistischen Massen“ verstärkt.³⁰⁸ In der Folge des Nürnberger Parteitages der NSDAP, nach vierjähriger NS-Herrschaft, ging es der KPD nicht mehr in erster Linie um den Kampf gegen Hitler, sondern um eine breite Bewegung auf dem Boden der NS-Massenorganisationen zur Versöhnung des Volkes und der Erhaltung des Friedens. Die Orientierung der KPD auf die nationalistischen, nationalsozialistischen oder faschistischen Massenbewegungen kulminierte

³⁰⁷ „Contre-procès en Suisse. Münzenberg, homme d'affaire de Staline, avoue les faux des Procès de Moscou.“ In: Archives de Jules Humbert-Droz, IV, S. 253–255.

³⁰⁸ Auf der Sitzung des KPD-Politbüros vom 23.4.1936.

zu Beginn des Jahre 1936 im sog. „Versöhnungsaufwurf“ an die NS-„Volksgenossen“, den Ulbricht als Reaktion auf den Nürnberger Parteitag verfasst hatte.³⁰⁹ In der Propaganda trat das NS-System als Hauptfeind zurück, der Kampf der KPD richtete sich fortan „gegen die 3.000 Millionäre“ (Dok. 402 u. a.). Es erfolgte nun die Umsetzung der Moskauer Instruktionen vom März 1936, nachdem das Kominternsekretariat große Mängel in der Kaderpolitik der KPD, „ungenügende Wachsamkeit gegenüber feindlichen Elementen“ sowie Sektierertum festgestellt und das Eindringen in die nazistischen Massenorganisationen als zentrale Aufgabe festgelegt hatte. Nur solche Verantwortlichen sollten fortan die neuen Leitungen im Land bilden, die „von der Notwendigkeit einer solchen Arbeitsmethode [überzeugt] und fähig sind, legale Funktionen in den faschistischen Massenorganisationen zu erzielen.“ (Dok. 380). Im hierzu verabschiedeten Dokument wurde weder der durch die Unterdrückungspolitik des Nationalsozialismus, noch den antifaschistischen Widerstand, noch der durch die Verhaftungen, Konzentrationslager und Erschießungen von KPD-Mitgliedern und Funktionären erfolgte Aderlass der Partei thematisiert.

Pieck monierte im April im Präsidium des EKKI, man habe sich bisher zu sehr auf die innere Situation des sich festigenden Regimes, den Terror etc. konzentriert und zu wenig auf die Außenpolitik und die Kriegsvorbereitungen (Dok. 381). Auch diesbezüglich erfolgte nun eine Umstellung der Linie und zunehmend trat die außenpolitische Linie Hitlers in den Fokus. Angesichts dieses Kurswechsels, der mehr einer Inszenierung glich, ging es nur noch vordergründig um die Volksfront, tatsächlich jedoch um die Grundausrichtung und den Widerstand der KPD und ihr Verhältnis zum Hitlerregime. Funktionen und Ausrichtungen Kommunistischer Parteien in autoritären bzw. totalitären Regimen wurden neu bestimmt. Neben dem von Ulbricht verfassten

309 In diesem Appell wird der Kampf gegen Hitler und das NS-Regime nicht mehr verbalisiert. Stattdessen konnte man bsw. lesen: „Wollen wir uns alle wieder versöhnen, damit des Volkes Wille oberstes Gesetz ist und nicht der Egoismus von 3.000 Millionären. Du, Nationalsozialist, Du, Sozialdemokrat, Du, Katholik, Du, Kommunist, Du, Arbeiter, Du, Bauer, Du, Handwerker, Du, Wissenschaftler – haben wir alle, Söhne des deutschen Volkes, nicht die gleiche Sehnsucht, nach einem Leben in Friede, Freude und Wohlstand? Haben wir heute nicht alle die gleichen Nöte? Schliessen wir treue Kameradschaft zur Verteidigung unserer Lebensinteressen und des Friedens, zur Verteidigung Deutschlands gegen die raffende Oberschicht von 3.000 Millionären!“ (Walter Ulbricht: „Für die Versöhnung des deutschen Volkes“. In: Deutsche Volkszeitung (18.10.1936). Prag); Siehe dazu Jörn Schütrumpf: Versöhnung der antifaschistischen und nationalsozialistischen Massen. In: Utopie kreativ (1996). H. 71. S. 28–42 (enthält: Walter Ulbricht: Für die Versöhnung des deutschen Volkes. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands: Für Deutschland, für unser Volk. Ein bedeutsamer Aufruf des ZK der KPD. Berlin Oktober 1936 (sic)). Wohlweislich wurden diese Texte in der Ausgabe der Schriften Walter Ulbrichts nicht aufgenommen, siehe Walter Ulbricht: Ausgewählte Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Berlin: Dietz 1979; Ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Bd. 1: 1918–1933. Berlin: Dietz 1953; Bd. 2: 1933–1946. Zusatzbd. Berlin: Dietz 1966; Bd. 2, 2. Zusatzbd. Berlin: Dietz 1968 (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung/ Autorenkollektiv Walter Ulbricht, Horst Bartel, Lothar Berthold u. a.).

Aufruf des ZK der KPD zur „Versöhnung des deutschen Volkes“ betraf dies die Aufforderung an die KPD-Mitglieder, statt des Kampfes für unabhängige Gewerkschaften, der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront (DAF) beizutreten. Die sprachliche Annäherung an die Nationalsozialisten und die Wendung zu den NS-Massenorganisationen waren nicht nur politisch bedenklich, sondern auch, wie in einem Stimmungsbericht aus dem Reich geschildert wurde, durchweg unglaublich. Stimmen aus dem Land besagten, dass die KPD-Mitglieder „bis zuletzt die Parolen der Partei befolgt und (...) nicht in die faschistischen Organisationen gegangen [seien], während die anderen schon lange drin waren.“ (Dok. 433).

Während in Spanien Republikaner und Internationale Brigaden erstmals seit ihrer Gründung als eine ‚bewaffnete Komintern‘ gegen Franco und die Falange, die spanische Form des Faschismus, kämpften, gab mithin eben diese Komintern der KPD das Ziel einer „Versöhnung des deutschen Volkes“ vor. Die Hypothese, nach der Moskau seine Annäherungsversuche an Hitler-Deutschland mit einer entsprechenden *Komintern*-Politik zu flankieren suchte, scheint hier nicht völlig aus der Luft gegriffen zu sein. Wie es Materialien zur deutschen Frage, die vom zuständigen Sekretär Togliatti für seine Kollegen, wie den für die Verbindungen zum NKVD zuständigen Moskvin, zusammengestellt wurden, nahelegen, ging es nicht mehr nur um das NS-Regime, sondern um die Entfaltung einer breiten Bewegung innerhalb der NS-Strukturen, um eine Verlagerung der Aktionsfelder kommunistischer Politik in die faschistischen Massenorganisationen zur „Versöhnung des deutschen Volkes“ und der Erhaltung des Friedens gegen die „3.000 Millionäre“. Gerade die Linie des „Trojanischen Pferdes“ wurde ab Mitte 1936 verstärkt propagiert (Dok 383).³¹⁰ Nicht aufgrund einer Einzelinitiative Ulbrichts, sondern qua Beschluss der Komintern wurde Mitte Oktober 1936 ein (maßgeblich von Ulbricht verfasster) Aufruf der Auslandsleitung der KPD mit der neuen Versöhnungsbotschaft aus der stalinistischen Hexenküche veröffentlicht.³¹¹ Die „Volksgenossen“ (sic) wurden hierin zur „Ordnung und Sauberkeit in diesem Lande“ und zur „*Versöhnung des Volkes* gegen die Macht der dreitausend Millionäre, gegen die Herrschaft der oberen Zehntausend!“ aufgerufen.

Anfang 1937 versuchte die Kominternführung dann wieder, ein Stück zurückzurudern, nicht zuletzt aufgrund der Opposition aus der KPD. Das EKKI-Sekretariat warnte nun davor, „die Versöhnung des deutschen Volkes“ als „Versöhnung mit der Nazi-Partei“ zu verstehen.³¹² Pieck kritisierte den Versöhnungsaufruf scharf, in dem „kein Wort vom Kampf gegen Hitler“ stünde (Dok. 403D). Dass es sich jedoch nicht um eine Eintagsfliege handelte, zeigt das italienische Beispiel. In Deutschland gip-

310 Walter Ulbricht: „Die Taktik des trojanischen Pferdes“. In: Die Internationale (1936). Nr. 6/7. S. 31–36.

311 „Versöhnung des deutschen Volkes für Frieden, Freiheit und Wohlstand, gegen die 3000 Millionäre!“ In: Deutsche Volks-Zeitung (18.10.1936). Nr. 31; Siehe auch Schütrumpf, Versöhnung der antifaschistischen und nationalsozialistischen Massen; Vgl. Langkau-Alex, Deutsche Volksfront, III, S. 155–163.

312 Komolova, Komintern protiv fascisma, S. 438–444.

felte die laut Münzenberg „verbrecherische“ Politik Ulbrichts in einer Erklärung des ZK vom Sommer 1937 darin, jeden aus der Partei zu entfernen, der Informationen über militärische Geschehnisse in Deutschland verbreite, da dies Hitler die Möglichkeit gebe, die KPD als antinational darzustellen.³¹³ Ulbricht habe überhaupt „durch offene Denunziationen versucht, eingeleitete Arbeiten zur Schwächung der Kriegsmaschine und der Wiederaufrüstung Hitlers zu durchkreuzen.“

Statt antifaschistischer Volksfront: Versöhnung mit den nationalsozialistischen Massen

In dem Maße, in dem die KPD in das Fadenkreuz des Terrors geriet, ließ sich auch Dimitrov nicht mehr von den Pieckschen Beschwichtigungen abspesen. Am Beispiel Togliattis wird deutlich, dass auch seitens der Kominternführung die „Versöhnungspolitik“ gegen die „3.000 Millionäre“ auf Widerstand stieß (Dok. 403C). Dass Ulbricht sich damit nicht vollständig durchsetzen konnte, änderte nichts an einer grundsätzlichen Verlagerung der Taktik in die NS-Organisationen in Deutschland. Ein aus globaler Sicht klares Zeichen für Diversifikation und „Nationalisierung“ seitens der Komintern war die Übernahme unterschiedlicher und von der Volksfront abweichender Taktiken für faschistische, korporatistische und demokratische Systeme. Die Volksfront war kein normatives und universell gültiges Schema, für totalitäre und autoritäre Staaten wurde sie sogar als ungeeignet eingeschätzt, in denen ein Bündnis mit Sozialisten und Liberalen unattraktiv schien. Deshalb rieten Togliatti und Ulbricht zu einer speziellen Form der Einbeziehung der Faschisten.

Das nationalsozialistische Deutschland, das faschistische Italien und das autoritäre, korporatistische Portugal veranschaulichten die Archetypen einer solchen nationalen „Adaption“ der internationalen kommunistischen Bewegung. Bereits im Februar 1937 kam laut Dimitrov eine antifaschistische Volksfront für die deutschen Kommunisten nicht mehr in Frage (Dok. 403E). Insofern führte die Übernahme der Volksfronttaktik für Deutschland, Italien, Portugal und andere Länder über die Linie des „Trojanischen Pferdes“.³¹⁴ Während 1933, nach Hitlers Machtübernahme, dies seitens der Kominternführung noch als Notwendigkeit eines „maximalen Eindringen[s] revolutionärer Arbeiter in die legalen Massenorganisationen“ im Namen einer bevorstehenden proletarischen Revolution definiert worden war (Dok. 316), markierten die späteren Veränderungen eine weitergehende Modifizierung. Im Namen der sozialen Gerechtigkeit, der Eindämmung der unmittelbaren Kriegsgefahr (bei erstmaliger Anerkennung des Prinzips der nationalen Verteidigung) und der

³¹³ Willi Münzenberg: Auszüge aus dem Brief an das Sekretariat der Kommunistischen Internationale z. Hd. des Genossen Dimitroff, 30.8.1938. Streng vertraulich RGASPI, Moskau 495/205/7000(3), 179. Münzenberg zufolge wurde dieser „verbrecherische Kurs (...)“ glücklicherweise liquidiert“.

³¹⁴ Ulbricht, Die Taktik des trojanischen Pferdes, S. 31–36.

„Einheit und Versöhnung der Völker“ wurde intendiert, eine gemeinsame Basis nach volksdemokratischen Vorstellungen mit den „nationalsozialistischen Massen“ zu finden. Dieser Pfad der Nationalisierung bedeutete einen schweren Schlag gegen den Antifaschismus, wie bereits 1931 das „Programm der nationalen und sozialen Befreiung“ der KPD oder das Konzept einer „Volksrevolution“ (1932) unter der Führung Thälmanns.

Was in Deutschland gemäß der neuen Taktik die „nationalsozialistischen Massen“ und die „Söhne des deutschen Volkes“ waren, stellten in Italien die „Brüder in den schwarzen Hemden“ (italienisch: „Fratelli in camicia nera“) dar, die in nationalistischen Sprachpirouetten zum gemeinsamen Kampf mit den italienischen Kommunisten zur Verwirklichung des faschistischen Programms von 1919 aufgerufen wurden (!).³¹⁵

In der Forschung wurde bisher zu wenig beachtet, dass es sich nicht um spezifisch nationale Narrative als Sonderwege, sondern um eine allgemeine transnationale Taktik handelte, die der nationalistischen Anpassung als einer Art Synchronisierung zwischen der Komintern und der sowjetischen Realpolitik dienen sollte (selbst wenn diese von den unteren kommunistischen Kadern und Mitgliedern nur teilweise oder überhaupt nicht akzeptiert wurde). Eine Harmonisierung mit nationalen Strukturen beinhaltete des Weiteren die definitive Abkehr von unabhängigen (illegalen) Gewerkschaften, wie es noch 1933 von der KPD gefordert wurde (siehe Dok. 324). Im portugiesischen Fall sollten die Kommunisten unter den Bedingungen der Diktatur Salazars in den sog. nationalen Syndikaten, den korporatistischen Staatsgewerkschaften (*Sindicatos Nacionais*) für die Wahl „ehrenhafter Führungen“ (portugiesisch: *direcções honradas*) kämpfen, die die Interessen der Arbeiter „auf ehrliche Weise“ vertraten.³¹⁶ Noch deutlicher hatte sich nach der italienischen Annexion Abessinien die KP Italiens im August 1936 dazu bereit erklärt, „Hand in Hand mit allen Faschisten“ zu marschieren, „welchen Rang sie auch in der Hierarchie der Partei und des Staates einnehmen“. Die konkretere Umsetzung des deutschen Parallelmodells scheint am Versagen

315 „Appello ai fratelli in camicia nera“, August 1936. „Kämpfen wir für die Verwirklichung dieses Programms (...) Faschisten der alten Schule! Jugendliche Faschisten! Wir erklären hiermit, daß wir dazu bereit sind, mit Euch gemeinsam zu kämpfen (...).“ „I comunisti fanno proprio il programma fascista del 1919, che è un programma di pace, di libertà, di difesa degli interessi dei lavoratori (...). Lottiamo uniti per la realizzazione di questo programma (...) Fascisti della vecchia guardia! Giovani fascisti! Noi proclamiamo che siamo disposti a combattere assieme a voi.“, <http://www.alessandra-colla.net/?p=105> (15.7.2013). Siehe auch Pietro Neglie: *Fratelli in camicia nera. Comunisti e fascisti dal corporativismo alla CGIL. 1928–1948*. Bologna: Il Mulino 1996. S. 256.

316 Zum analogen portugiesischen Fall siehe Bernhard H. Bayerlein: *O Movimento Sindical em Portugal 1920–1974. Uma tentativa de sistematização dos seus condicionamentos*. Working-Paper, IIIrd International Meeting on Modern Portugal. Conference Group on Modern Portugal. University of New Hampshire: Durham N. H. 1984; Bernhard H. Bayerlein, Marcel van der Linden: *Revolutionary Syndicalism in Portugal*. In: *Revolutionary Syndicalism. An International Perspective*. Hrsg. v. Marcel van der Linden u. Wayne Thorpe. Aldershot [u. a.]: Scolar Press [u. a.] 1990. S. 155–166; Vgl. Fátima Patriarca: *Sindicatos contra Salazar, 1930–1947*. Lisboa: Imprensa de Ciências Sociais 2000.

einer Inlandsleitung und nicht zuletzt an der Resistenz der noch verbliebenen aktiven KPD-Mitglieder gescheitert zu sein, was jedoch von der Widerstandsforschung empirisch aufzuarbeiten wäre.

Die national gewendeten Inhalte fanden ihr Pendant in der Implementierung einer Reihe neuer organisatorischer und regulatorischer Grundsätze durch eine Restrukturierung der Komintern. So wurden die Ländersekretariate, die bisher als relativ autonome Think-tanks gearbeitet hatten, liquidiert und durch die unmittelbar einem EKKI-Sekretär unterstehenden sog. „Personalsekretariate“ ersetzt. Dies bedeutete zugleich das Ende einer seit über zehn Jahren bestehenden, regional bzw. geographisch orientierten Kominternstruktur und die definitive Durchsetzung des Prinzips „persönlicher Herrschaft“.

Die „Ulbricht-Verschörung“: Demontage der „Deutschen Volksfront“ und Ausgreifen nach rechts

Die Politik des „Trojanischen Pferdes“, die bisher in der Forschung nicht entsprechend ihrer Bedeutung aufgearbeitet wurde, erfolgte in etwa zeitgleich mit der Lahmlegung des Ausschusses der deutschen Volksfront in Paris und der bürokratischen Zerschlagung des „Münzenberg-Imperiums“ vor allem da, wo es der Komintern nicht gelang, die personellen und institutionellen Netzwerke unter ihre Kontrolle zu bringen. Ulbrichts Interventionen im Pariser Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront sind in der Forschung weitgehend aufgearbeitet.³¹⁷ Sie führten dazu, dass der bisher hoffnungsvollste Ansatz einer Volksfront im Exil, der u. a. von Heinrich Mann und zentralen Persönlichkeiten der SPD unterstützt wurde, im Sommer/Herbst 1937 auseinanderbrach. Als Stalins Handlanger in Deutschland hatte Ulbricht gegen Münzenberg die Führung an sich gerissen.³¹⁸ In den hier erstmals dem deutschen Leser vorgelegten Dokumenten über diese bisher in der Forschung kaum wahrgenommene „Ulbricht-Verschörung“ aus den Jahren 1936 bis 1938 ging es Münzenberg, der sich damit fatalerweise noch vertrauensvoll an Stalin und Dimitrov wandte, darum den de facto neuen Generalsekretär der KPD eines verschwörerischen Komplotts von der Spitze aus zu überführen, genauso wie der Aufgabe des Antifaschismus in Theorie und Praxis. Zu Ulbrichts Helfern zählten neben dem stellvertretenden Chefredakteur

317 Grundlegend dazu Langkau-Alex, *Deutsche Volksfront*, II; Neuerdings Dirk Kemper: Heinrich Mann und Walter Ulbricht. Das Scheitern der Volksfront, Briefwechsel und Materialien. München: Wilhelm Fink 2012.

318 Bei Langkau-Alex wird die Charakterisierung Ulbrichts als „deutscher Stalin“ abgelehnt: „Bis zum Beweis des Gegenteils bezweifle ich jedoch, dass Ulbricht damals ein spezieller ‚Vertrauter‘ Stalins war, wie eine Reihe von Forschern meint, mindestens suggeriert. Wohl aber erscheint er, im Rahmen des als Exilant machtpolitisch außerordentlich beschränkten, vom EKKI und der IKK und wohl auch vom NKWD überwachten Möglichkeiten, Stalin adäquat.“ (Langkau-Alex, *Deutsche Volksfront*, II, S. 349).

der Pariser Tageszeitung, Kurt Caro,³¹⁹ und dem österreichischen Schriftsteller Bruno Frei³²⁰ auch Franz Dahlem, Paul Merker und Herbert Wehner als Mitglieder der Parteiführung.

Die angenommene „Verschwörung“, zu der Münzenberg eine Vielzahl von Indizien lieferte und dabei mit politisch-kriminalistischem Gespür versuchte, das gegen ihn gestrickte personelle Netzwerk zu rekonstruieren, wurde bisher empirisch nicht aufgearbeitet. Ähnlich dem „Thälmann-Skandal“ aus dem Jahre 1928 stellt er gleichwohl ein entscheidendes Kapitel der Parteigeschichte, ja einen weiteren Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Kommunismus dar. Trotz sensationell anmutender Beweisführung gegen konkrete Personen blieb die Hauptmotivation eine politische: Münzenberg, der auch Rudolf Breitscheid für den Volksfrontausschuss gewonnen hatte, sammelte Belege dafür, dass die KPD von der Grundidee einer Einheitsfront mit den Sozialdemokraten, als einzig realistischer Perspektive gegen Hitler, abgegangen war. Die Angriffe Ulbrichts erweisen sich tatsächlich als frontale Attacke gegen das Münzenbergsche Idearium eines gemeinsamen Vorgehens mit den Sozialdemokraten als Keimzelle einer künftigen Einheitsfront und weiterer, daraus erwachsenden Bündnisperspektiven.

Bereits seit Anfang 1936 hatte die operative Leitung des Politbüros der KPD unter Federführung Ulbrichts das Pariser Volksfrontabkommen als verfrüht und inkorrekt kritisiert, u. a. mit der Begründung, dass das Zentrum als dritte „der in Deutschland tätigen Organisationen“ nicht in ihr vertreten sei.³²¹ Münzenberg attackierte Ulbricht umso schärfer, als dieser nach durchaus verheißungsvollen Anfänge im Rahmen des Pariser Volksfrontausschusses versuchte, mit Hilfe der sog. „Freundeskreise der deutschen Volksfont“ eine politisch von ihm kontrollierte Organisation aufzubauen, besetzt mit eigenen „politisch und in jeder Beziehung ungeeignetsten“ Leuten (Dok. 442A). Dass dabei Unsicherheiten über die sowjetische Außenpolitik die Vertrauensbasis innerhalb der Volksfront schwächten, geht aus Äußerungen des Chefredakteurs der *Pariser Tageszeitung*, Georg Bernhard, hervor (siehe Dok. 446). Ulbricht arbeitete seinerseits mit spektakulären „Enthüllungen“, um Münzenberg mit dem Trotzismus-Vorwurf zu überziehen. Der innerparteiliche Kampf endete mit der de-facto Auflö-

319 Kurt Cuno, „wichtigste prägende Persönlichkeit“ des Pariser Tageblatts/der Pariser Tageszeitung (L. Maas), war bereits maßgeblich an der Intrige beteiligt, die zum Rücktritt Wladimir Poljakows, dem ersten Besitzer der Zeitung, führte.

320 Der antifaschistische Autor und Journalist Bruno Frei, ursprünglicher Name: Benedikt Freistadt, („Die Männer von Vernet“ (1944), „Carl von Ossietzki“ (1966)) war unter Münzenberg Herausgeber der „Welt am Morgen“ und Anhänger bzw. Bewunderer Stalins. Noch in den siebziger Jahren wurde – besonders von anarchistischer Seite – der diffamierende Charakter zahlreicher Äußerungen bzw. Schriften Freis öffentlich kritisiert; Siehe Hans-Peter Duerr, Augustin Souchy: Stalinismus und Anarchismus in der spanischen Revolution oder Bruno Frei und die Methode der Denunziation. Berlin: Karin Kramer Verlag 1973.

321 Klaus Kinner, Elke Reuter: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. II: Gegen Faschismus und Krieg, 1933 bis 1939. Berlin: Dietz 2005 (Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus. 5). S. 191f.

sung der deutschen Volksfront und dem Ausschluss Münzenbergs nach einer eigentlich im Sande verlaufenen „Untersuchung“ seines „Falles“ durch die Internationale Kontrollkommission der Komintern.

Den zweiten Abschnitt der „Münzenberg-Saga“ bilden die sich bis in den Sommer des Jahres 1939 hinziehenden Untersuchungen der Internationalen Kontrollkommission der Komintern über den „Fall Münzenberg“. In einem Beschluss vom 5. Juli 1939, der als letztes Dokument das hier veröffentlichte „Münzenberg-Dossier“ abschließt, wurde Ulbricht von den Vorwürfen reingewaschen. Nur wenige Monate, bevor Stalin im August 1939 tatsächlich gemeinsame Sache mit Hitler machte, wurden dessen Vorstöße mit dem formellen Ausschluss Münzenbergs aus der KPD von Erfolg gekrönt. Nach den Enthüllungen der Dimitrov-Tagebücher war sein Schicksal bereits besiegelt, die Verhandlungen nur noch eine Formalie. Über Münzenberg war das Todesurteil gesprochen – spätestens im November 1937, als Stalin Dimitrov aufforderte, ihn nach Moskau „zu locken“, um ihn unverzüglich verhaften zu lassen. Einer „Einladung“, der er wohlweislich nicht nachkam.

Die neu erschlossenen Dokumente gestatten es, das von Hermann Weber für die 1920er Jahre exemplifizierte Stalinisierungskonzept als fortlaufenden Prozess auch auf die 1930er Jahre anzuwenden. Vor allem lässt sich die innere Zersetzung der antifaschistischen Kräftezentren der Komintern und ihrer internationalen Netzwerke, besonders des „Münzenberg-Imperiums“, im Schatten der Volksfront genauer nachvollziehen. Die Volksfront sollte dabei, wie es neuerdings auch Recherchen russischer Historiker nahelegen, der von den linken oppositionellen Strömungen kommunistischer oder linkssozialistischer Prägung ausgehenden Kontaminationsgefahr entgegenwirken.³²² Auch die bereits von Alexander Nekrich formulierte These, es könnte sich bei der Volksfrontpolitik um eine Art Rückzugssposition oder einen „Plan B“ des Diktators für den Fall einer gegen die Sowjetunion gerichteten außenpolitischen Wende NS-Deutschlands gehandelt haben, – die nationalsozialistische Ideologie und Praxis selbst beunruhigte Stalin weniger – wird nun empirisch gestützt.³²³

Terror und antifaschistischer Leitdiskurs verdeckten dabei, dass die Volksfrontkonzeption gleichzeitig grundlegend modifiziert wurde. Spätestens seit 1937 wurde sie mit dem Konzept der „Volksdemokratie“ als neuem strategischen Ordnungsrahmen verbunden, der im Spanischen Bürgerkrieg erprobt wurde und grundsätzlich gegen eine offensive Verknüpfung von Krieg und Revolution gerichtet war. Besonders die Hitlerregierung sowie die Mitglieder des Londoner Nicht-Interventionskomitees dürften diese Wandlung mit großem Interesse verfolgt haben. Während Stalin insgeheim weiter seine Fühler nach Deutschland ausstreckte³²⁴ und die wichtigsten Generale der Roten Armee – zumeist wegen angeblicher Konspiration mit Deutschland (!) – exekutieren ließ, dazu 70 % der deutschen Kommunisten in der Sowjetunion

322 Šubin, *Mir na kraju bezdny*, S. 209f.

323 Heller, Nekrich, *Utopia in Power*, S. 254ff. u. a.

324 Besymenski, *Hitler und Stalin*, S. 99f.

umkamen und deutsche Arbeiter, Spezialisten und Russlanddeutsche deportiert sowie gefangene Antifaschisten der Gestapo übergeben wurden,³²⁵ stufte Dimitrov als Generalsekretär der Komintern die „Volksfront als eine für Deutschland ungeeignete Form“ ein (Dok. 409).³²⁶

Spanischer Bürgerkrieg und Internationale Brigaden: Befreiungsmoment vom stalinistischen Terror

Mit dem Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs ergaben sich für die Kreml-Führung Entwicklungen, die nicht mehr völlig planbar waren. Neue Handlungszwänge entstanden, da die negative Balancepolitik der Sowjetunion und vor allem die Annäherung an Deutschland durch die Konfrontation und nicht zuletzt die aufkeimende soziale Revolution in Spanien gefährdet waren. Es ist kaum verwunderlich, dass sich die Sowjetunion trotz ihres späteren Engagements in der entscheidenden ersten Phase des Bürgerkriegs keineswegs konsequent antifaschistisch, sondern eher defensiv verhielt und sich als Mitglied des Londoner Komitees der beschämenden Nicht-Interventionspolitik der westlichen Demokratien, Frankreichs und Großbritanniens, anschloss. Erst nach einem Politbürobeschluss vom 29. September 1936, in dem die Bereitstellung von Waffen und Personal für Spanien gebilligt wurde, erfolgten auf Beschluss des EKKI neben Material- und Waffenlieferungen die Entsendung von Freiwilligen nach Spanien und am 10. Oktober 1936 die Vorlage eines operativen Gesamtplans durch André Marty, woraus später, nach Verhandlungen mit der spanischen Regierung Largo Caballero, die Bildung der „Internationalen Brigaden“ hervorging.³²⁷

Einträge in den Dimitrov-Tagebüchern lassen den Schluss zu, dass Stalin entweder zentrale Einwände gegen den Spanieneinsatz hatte oder ihn verkleinern und rasch wieder beenden wollte.³²⁸ Die bisher weitgehendste antifaschistische Intervention, die von der bisherigen eher zurückhaltenden Politik abwich, – die ersten Waffen gelangten (erst) Mitte Oktober 1936 nach Spanien – war nicht zuletzt auf den innerparteilichen Druck in der mittleren und oberen Führungsebene der VKP(b) und der

325 Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo, S. 25–53; Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil. 1933 bis 1945. Münster: Lit Verlag 1996 (Arbeiten zur Geschichte Osteuropas. 3). S. 126f.

326 Exemplarisch für den antideutschen und gegen deutsche Kommunisten gerichteten Terror war der „Operative NKVD-Befehl Nr. 00439“ über sog. Spionage- und Diversionstätigkeit seitens des deutschen Generalstabs und der Gestapo in der Sowjetunion (Dok. 418), abgedruckt in Hermann Weber, Ulrich Mählert (Hrsg.): Terror: Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. Paderborn: Schöningh 1998. S. 165f.

327 Zur Geschichte der Internationalen Brigaden unter Heranziehung neuer Moskauer und spanischer Dokumente siehe Rémi Skoutelsky: 'Espoir guidait leurs pas. Les volontaire français dans les Brigades internationales. Préface d'Antoine Prost. Paris: Grasset 1998; Broué, Histoire de l'Internationale Communiste, S. 674–706.

328 Dimitroff, Tagebücher, S. 144, 154 u. a.

Komintern – etwa auch von Radek – zurückzuführen. Fast gleichzeitig mit der Intervention in Spanien fasste das sowjetische Politbüro den Beschluss, den in Hamburg zum Tode verurteilten Kommunisten Etgar André gegen in der UdSSR inhaftierte Deutsche auszutauschen. Dabei handelte es sich um den ersten und einzigen in den Archiven bisher nachweisbaren Beschluss des obersten Gremiums der Sowjetunion zum Schicksal eines inhaftierten KPD-Mitglieds seit dem Machtantritt Hitlers, der zugleich Fragen aufwirft, weil er nicht in das Schema der strikten Nichteinmischung passte (Politbüro VKP(b), 21.8.1936).³²⁹

Einige der Dokumente beleuchten den angedeutete Aspekt des Kampfes in Spanien als einen Gegensatz zum stalinschen Terror. Hierfür stehen die Emigranten, die sich durch die Abreise nach Spanien und ihre Inkorporierung in die Internationalen Brigaden den NKVD-Schergen, vor allem in der Sowjetunion, entziehen konnten.³³⁰

Im Oktober 1936 wurde die Schwächung der antifaschistischen Volksfront von innen heraus fortgesetzt. Im Auftrag der Komintern wurde damit begonnen, das von Willi Münzenberg errichtete antifaschistische Netzwerk der *Internationalen Arbeiterhilfe*, vor allem die antifaschistischen, antikolonialistischen und kulturellen Netzwerke, Massenorganisationen, Komitees und Exilverlage von innen heraus zu zersetzen und aufzulösen.

In der Deutschlandpolitik wiederholten sich im Moskauer Politbüro 1936 die Entwicklungen des Vorjahres. Erneut wurden die Vorschläge von Litvinov und Suric, die Sowjetunion solle die wirtschaftlichen Beziehungen mit Hitler-Deutschland einschränken, gegen die antisowjetische Hetze des Nürnberger NSDAP-Parteitags protestieren und in der Presse „mit regelmäßiger Konterpropaganda gegen den deutschen Faschismus“ beginnen, abgeschmettert.³³¹ Auch Hinweise Litvinovs, dass eine „starke Antwort die Zustimmung in einer Reihe von Staaten hervorrufen würde“, blieben unbeachtet.³³² Tatsächlich hätte ein solcher Schritt – so der russische Journalist und Historiker Besymenskij – „Stalins Schachzüge durchkreuzt.“ In diese Kontinuität

329 Martin Schumacher (Hrsg.): M.d.R.: Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf: Droste 1994. S. 517; Möglicherweise gab es einen Bezug zu den von Botschafter Werner von der Schulenburg im Herbst 1936 geführten inoffiziellen Verhandlungen mit der Sowjetunion über einen Austausch des deutschen Ingenieurs Stickling. Im Falle Andrés soll trotz einer internationalen Kampagne zu seiner Freilassung Hitler persönlich auf die Vollstreckung des Todesurteils gedrängt haben. Die Hinrichtung erfolgte am 4.11.1936 in Hamburg.

330 Siehe entsprechende Hinweise im Memorandum von Dietrich (Paul Jäkel): „Bald wird kein KPD-Mitglied in Moskau übrigbleiben (...)“ (Dok. 439); Siehe auch Anne Hartmann: Traum und Trauma Sowjetunion. Deutsche Autoren über ihr Leben im sowjetischen Exil. In: Traum und Trauma. Russen und Deutsche im 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Dagmar Herrmann und Astrid Volpert. München: Wilhelm Fink 2003. S. 143–200.

331 Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 341f.

332 Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 341; Besymenskij, Stalin und Hitler, S. 78.

passt, dass nur vier Tage später Litvinov wegen seiner Vorschläge im Völkerbund zur Verteidigung Äthiopiens zusammengestaucht wurde. Er habe – so Stalin – entgegen der Instruktionen „für den Kampf um die Mandate der Delegierten des faktisch nicht existenten abessinischen Staates“ Partei ergriffen.³³³

So kam es, dass, noch während deutsche Bomben auf Madrid fielen, das sowjetische Politbüro eine Einladung für ein Treffen am 14. Dezember 1936 von Botschafter Suric mit Luftwaffenminister Göring annahm. Letzterer soll sich bei dieser Gelegenheit damit gebrüstet haben, seit der Machtergreifung auf jegliche Angriffe auf die UdSSR und „ihre Führer“ verzichtet zu haben. Dabei habe er auf die guten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Russland unter Bismarck verwiesen. Es sei gerade der Fehler Wilhelms II. gewesen, von diesem Vermächtnis abgerückt zu sein.³³⁴ Nur einige Tage später, am 21. Dezember 1936, wandte sich Stalin demonstrativ an den spanischen sozialistischen Regierungschef Largo Caballero mit dem „Ratschlag“, die revolutionären Umwälzungen der Besitzverhältnisse in Spanien zu beenden, da dies den Sieg der republikanischen Seite gefährden könnte.³³⁵ Nicht nur die Position der Internationalen Brigaden wurde dadurch erschwert. Die ohnehin eher als ein – wenn auch starkes – Symbol für den „Solidaritätsbeitrag der internationalen Demokratie“ konzipierten Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg konnten diesen Sieg nicht erbringen. In der Komintern galt bezeichnenderweise die Sprachregelung, dass es nicht Aufgabe der Brigaden sei, den Sieg zu erkämpfen.³³⁶

Volksfront ungeeignet für Deutschland: Ursprünge der Volksdemokratie als ‚Demokratie neuen Typs‘

Die Briefe Münzenbergs dokumentieren ein konzeptionell grundsätzlich unterschiedliches Verständnis des Inhalts der Volksfrontpolitik seitens der beiden zentralen Protagonisten. Münzenbergs Konzept entsprach nicht der Kominterndefinition einer Ausdehnung des Bündnisses auf liberal-bürgerliche Kreise und Parteien, ihm war vielmehr das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten (die „Einheitsfront“, wie er sie selbst nannte) als Lehre aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung vorrangig. Die (breitere) Volksfront stellte in diesem Konzept ein der Einheitsachse nachgeordnetes Ziel im Rahmen einer globalen und wirkungsvollen antifaschistischen Strategie unter Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiter dar. Ulbrichts Angriffe gegen Münzenberg speisten sich hingegen aus einer nach der offi-

³³³ Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 341; Dazu auch Chlevnjuk, Stalin i Kaganovič, S. 682.

³³⁴ Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 346f.

³³⁵ Broué, Histoire de l'Internationale, S. 870.

³³⁶ Entsprechend wurde es in einem in Moskau vorgelegten Memorandum von „Raymond“ (d. i. Raymond Guyot) vom 21.12.1936 über die spanischen Fragen formuliert; RGASPI, Moskau, 495/20/270, 147–159.

ziellen Lesart zu engen und damit falschen Vorstellung der Volksfront im Rahmen des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie gegen den Nationalsozialismus. So hatte bereits Anfang 1936 die operative Leitung des Politbüros der KPD unter Federführung Ulbrichts das Pariser Volksfrontabkommen als verfrüht und unkorrekt kritisiert, u. a. weil das katholische Zentrum als dritte „der in Deutschland tätigen Organisationen“ nicht vertreten gewesen sei.³³⁷ Münzenberg war der Auffassung, dass Ulbricht die Taktik in der Einheits- und Volksfront vollständig geändert und damit die früher erzielten Erfolge zerschlagen habe. In seinen Briefen an Stalin und Dimitrov führte er Beispiele aus der Parteipraxis dafür an, wie Ulbricht mit seinen Helfern die „theoretische Arbeit der Partei auf den Hund gebracht haben, ihre politische Stoßkraft auf das schwerste geschwächt, und das Ansehen und die Autorität auf unüberbietbare Weise geschädigt haben.“ (siehe Dok. 442A).³³⁸

Doch er erkannte zu spät, dass die vom VII. Weltkongress verabschiedete Volksfrontpolitik in eine schleichende, in Spanien erprobte, volksdemokratische Entwicklung mündete, deren Ziel weder eine demokratische, noch eine sozialistische Republik nach dem Sturz Hitlers war. „Die Massen sollen wissen, in der nächsten Etappe steht nicht die Aufgabe der Errichtung der proletarischen Diktatur und unmittelbare Verwirklichung des Sozialismus [an], sondern das muss man an dem Beispiel von Spanien zeigen – andere Aufgaben – so empfahl es Dimitrov der KPD (Dok. 410). Wie das zu verstehen war, mag aus einem Referat Dimitrovs im EKKI-Sekretariat vom 18. September 1936 hervorgehen, in dem es hieß: „Die Spanische Demokratische Republik, für deren Sieg das Volk kämpft, wird nicht die alte demokratische Republik sein, sondern ein besonderer Staat mit einer wahren Volksdemokratie, in dem die Volksfront entscheidenden Einfluß hat.“³³⁹ Semantik und Strategie der Volksdemokratie und die Politik des „Trojanischen Pferdes“ als ihr Pendant finden sich hier klar vorformuliert, auch andere Wendungen wie „demokratische antifaschistische Republik“ oder „neue demokratische Republik“, lassen die neue Stoßrichtung erkennen, die grosso modo gegen eine Perspektive der sozialistischen Umwälzung gerichtet war.³⁴⁰

Die konkurrierenden Konzeptionen stießen auf der Volksfrontkonferenz im April 1937 offen gegeneinander. Ulbrichts Konzept, entsprechend der Kominternlinie einer

337 Kinner, Reuter, *Der deutsche Kommunismus*, II, S. 191f.

338 Den 26-seitigen Brief an das Sekretariat der Komintern vom 30.8.1938 verfasste Münzenberg nach der vom ZK der KPD lancierten und bewusst irreführenden Veröffentlichung über seinen angeblichen Ausschluss aus der KPD in der Deutschen Volkszeitung und der Pariser Tageszeitung.

339 Die Dimitrov-Rede im Sekretariat des EKKI vom 18.9.1936 wird nach der Zeitschrift *Voprosy istorii KPSS*, Nr. 3, Moskau 1969, S. 13 zit. in Ernstgert Kalbe: *Streit um Georgi Dimitroff*. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2001, S. 58 (Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, 8).

340 Siehe die Überblicksdarstellung von Hermann Weber in diesem Band. Vgl. die Resolution der „Berner Konferenz“ der KPD im Januar/Februar 1939: *Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik*. Resolution der Berner Konferenz der KPD (30. Januar bis 1. Februar 1939). Paris: Imprimerie Coopérative Etoile 1939; Gekürzt in Weber, *Der Deutsche Kommunismus*, S. 331–338.

Volksfront von links bis ganz rechts (einschl. Strasser), war mit dem Münzenbergs nicht mehr kompatibel, dem es zunächst um eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten zur strategischen Zusammenarbeit und Teilung der Macht im Falle eines Sturzes Hitlers vor Kriegsbeginn und erst in zweiter Hinsicht um eine Verbreiterung ging. Seitens der KPD-Führung war (im Unterschied zu Münzenbergs Position) von der Perspektive eines Sturzes des Hitlerregimes keine Rede mehr. Münzenberg hingegen schätzte angesichts der strategischen Rolle Deutschlands in der internationalen Politik die Bedeutung der KPD, trotz ihres offensichtlichen Scheiterns seit 1933 und ihrer momentanen Schwäche, immer noch als beträchtlich ein.

Auf den im Februar 1937 einberufenen Moskauer Sitzungen der deutschen Kommission der Komintern wurde der schleichende Transformationsprozess der Volksfrontpolitik deutlich. Worauf Bucharin bereits 1936 hingewiesen hatte und wie es linke Sozialdemokraten wie Otto Bauer befürchteten, wurde unter der Ägide Dimitrovs eine Revision der Volksfrontpolitik eingeleitet. Sich gegen den Schematismus der Deutschen wendend, verbalisierte Dimitrov in staunenswerten Redebeiträgen tatsächlich die Inkompatibilität der Volksfront für die deutschen Verhältnisse (Dok. 408, 410). Die politische Positionsbestimmung in Form einer Resolution des Sekretariats des EKKI definierte das Hauptziel der KPD als den Kampf gegen Faschismus und den Trotzismus als „Hauptkriegstreiber“ (!) und machte erneut die Arbeit in den NS-Organisationen zum Schwerpunkt (Dok. 410).

Zentrales Dokument der Anklage gegen Ulbricht und zur Analyse der KPD-Politik seit 1933 ist der dem deutschen Leser hier erstmals vorgelegte Brief Münzenbergs vom Juli 1937. In diesem (ausgerechnet an Stalin) gesandten Hilfsappell, fast ein Schrei um Aufmerksamkeit, stellte er seiner Partei ein Zeugnis des zögerlichen und nur halbherzigen antifaschistischen Widerstands aus (Dok. 417). Auf ca. 15 Seiten zählte er deswegen die Indizien dafür auf, dass in den letzten Jahren gegen die Volksfront- und Antikriegsbemühungen in der KPD Politik gemacht worden war. Er hob die entscheidende weltpolitische Notwendigkeit hervor, alles zu tun, um die Kriegspläne Hitlers zu verhindern und wies auf die Verantwortung „seiner“ KPD hin. Er attestierte ihr ein Abrücken (unter Anleitung Ulbrichts) von den ursprünglichen Zielen des Antifaschismus und bekräftigte als wichtigste Aufgabe im In- und Ausland, Hitlers Ausweg des Krieges mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Sollte sich dies als nicht ausreichend erweisen, müsste innerhalb kürzester Zeit und unter äußerster Entfaltung aller Anti-Hitler-Kräfte nach einem Kriegsbeginn eine einheitliche revolutionäre Bewegung geschaffen werden, um das Hitler-Regime zu stürzen. In diesem Sinne sei jedoch nicht nur nichts unternommen, sondern sei dem entgegengehandelt worden. „Dieser Brief muß ein Appell zur Hilfe sein, ein Schrei um Ihre Aufmerksamkeit auf die Gefahr zu lenken (...) Um das zu erreichen, was ich von Ulbricht nicht erhielt: Die Tatsachen und Gründe für die verschiedenen persönlichen Divergenzen, die durch sichere und objektive Genossen festgestellt werden müssen.“ (Dok. 417).

Der Appell an Stalin blieb nicht nur ungehört, sondern in Moskau wurden daraufhin Vorbereitungen für seine Verhaftung getroffen. Man kann sich die traumati-

sche Enttäuschung Münzenbergs vorstellen, als Hitler den Zweiten Weltkrieg mit der Rückendeckung Stalins auslöste. Der „Fall Münzenberg“ ist ein weiteres Indiz für den schleichenden, verdeckten Übergangsprozess der sowjetischen Politik zum Pakt mit Hitler.

Demontage und Kontrolle nach innen: Die Zerschlagung des antifaschistischen Münzenberg-Imperiums

Eines der wichtigsten Signale, die Stalin zu dieser Zeit aussandte, um die Welt von der Ernsthaftigkeit seiner national orientierten und an der Auslösung und Unterstützung revolutionärer Prozesse desinteressierten Politik zu überzeugen, betraf neben dem Terror gegen Ausländer und Politemigranten in der Sowjetunion die von Münzenberg inspirierten „überparteilichen“ antifaschistischen Massenorganisationen, Komitees, Emigrationsverlage u. a. m. im Umkreis der Komintern. Diese versuchte nun, das „Münzenberg-Imperium“ unter ihre unmittelbare Kontrolle zu bekommen. Dabei ging es nicht alleine darum, Münzenberg das Imperium zu entreißen, sondern im Zuge von Terror und Renationalisierung zugleich die internationalen Organisationen offeneren Typus im Umkreis der Komintern weitgehend zu beseitigen. Tatsächlich wurden die Massen- und sympathisierenden Organisationen wie die Internationale Arbeiterhilfe mit ihren weitverzweigten kulturellen Aktivitäten weitgehend liquidiert, darunter neben der Internationalen Arbeiterhilfe, die Seeleute-Internationale sowie zahlreiche transnationale antikolonialistische und kulturell ausgerichtete Netzwerke.

Im Dezember 1936 wurde der aus der tschechischen Sozialdemokratie stammende und zum gefügigen Bürokraten gewordene Bohumír Šmeral im Auftrag der Komintern nach Paris geschickt, um dort die betreffenden Organisationen, Initiativen, Komitees und Verlage zu evaluieren, die nach Hitlers Machtantritt den Umzug von Berlin überstanden hatten (Dok. 396).³⁴¹ So wurde den Editions du Carrefour, die sich unter Münzenbergs Leitung zum wichtigsten deutschen Exilverlag entwickelt hatten, die finanzielle Unterstützung durch die Komintern entzogen, was ihr Ende bedeutete.³⁴² Dort wurde nicht nur das Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror publiziert,³⁴³ sondern auch die Schriften des Welthilfskomitees für die Opfer des Faschismus, des Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus sowie des Internati-

341 Einen weiteren Bericht Šmerals siehe in Reinhard Müller: Bericht des Komintern-Emissärs Bohumír Šmeral über seinen Pariser Aufenthalt 1937. In: *Exilforschung* 9 (1991). S. 236–261; Französisch in Stéfane Courtois: „Dossier Willi Münzenberg“. In: *Communisme* (1994). Nr. 38/39. S. 66ff.

342 Vgl. Simone Barck, Silvia Schlenstedt, Tanja Bürgel, Volker Giel, Dieter Schiller (Hrsg.): *Lexikon sozialistischer Literatur: Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945*. Unter Mitarbeit von Reinhard Hillich. Stuttgart/Weimar: Metzler 1994. S. 124–126.

343 Siehe Klaus Sohl: Entstehung und Verbreitung des Braunbuchs über Reichstagsbrand und Hitlerterror 1933/34. Mit drei bibliographischen Übersichten. In: *Jahrbuch für Geschichte* 21 (1980). S. 289–327.

onalen Antifaschistischen Archivs verlegt. Dass dadurch die Herausgabe der gesamten deutschen antifaschistischen Literatur gefährdet wurde, geht exemplarisch aus einem Brief Johannes R. Bechers und des (gleichfalls einflussreichen) ungarischen, im Rahmen der KPD-Strukturen arbeitenden Schriftstellers Sándor (Alexander) Barta an den Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbandes hervor (Dok. 398).

Begleitet war der Terror von einer Abschottung und Verpuppung der Komintern, die ihr letztes Stadium einleitete. Mit bürokratischem Eifer erfolgte die partielle Liquidierung bzw. Umorientierung der internationalen antifaschistischen Netzwerke. Im März 1938 war dies jedoch noch nicht abgeschlossen, wie die hier erstmals abgedruckten Anweisungen Dimitrovs und Gottwalds deutlich machen (Dok. 435). Laut den Instruktionen sollte sich Šmeral zunächst vor seiner Abreise mit den deutschen Genossen abstimmen, um die eventuellen Schäden der „Liquidierung der Münzenberg-Frage“ so gering wie möglich zu halten (siehe Dok. 396). Als Begleitmaßnahmen zur Zerschlagung der Peripherorganisationen schlug Šmeral u. a. vor, über die Vermittlung Aleksej Tolstoj Heinrich Mann einen Daueraufenthalt (in Paris?) zu ermöglichen sowie monatlich bis zu 20.000 französische Francs in Valuta zur Verfügung zu stellen, damit „denjenigen deutschen antifaschistischen Schriftstellern, die an größeren Werken arbeiten, eine regelmäßige Monatshilfe bis zu 2.000 Fr. gegeben werden könnte“.³⁴⁴

Als „Kaderfragen“ deklariert, wurde mit großer Präzision über das Schicksal zentraler, transnationaler Institutionen wie der Editions du Carrefour, der „Deutschen Informationen“ und des „Deutschen Archivs“, der verschiedenen antifaschistischen Komitees und der RUP-Bewegung entschieden und darüber hinaus der „internationalen Zentren für Negerarbeit, für Studentenarbeit“, Jugendarbeit, der Gottlosenbewegung, des Europäischen Agrarinstituts, der Internationale der Seeleute oder der Solidaritätsarbeit mit China (Dok. 435).

Dass dabei Reibungsverluste eingeplant waren, zeigt ein Hinweis darauf, darüber mit zentralen Partnern wie Breitscheid, Gabrielle Duchêne und „Luis“ (vermutlich der Argentinier Victorio Codovilla, der sich besonders der ebenfalls 1937 aufgelösten Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit „annahm“) zu sprechen. Münzenberg wurde zum künstlichen Feindbild – schlimmer als Trotzki, wie Pieck meinte – um die transnationalen Netzwerke zu zerschlagen.³⁴⁵ Der Generalsekretär der KP Frankreichs, Maurice Thorez, sollte Heinrich Mann, Leon Feuchtwanger, Paul Langevin, Francis Jourdan und evtl. auch Pierre Cot kontaktieren, „um sie über die Lage von Münzenberg zu informieren und sie in entsprechender Weise zu beeinflus-

³⁴⁴ Šmeral an Dimitrov, 13.6.1939; RGASPI, Moskau, 495/73/70, 94.

³⁴⁵ Kasper Braskén: „Hauptgefahr jetzt nicht Troztkismus, sondern Münzenberg“. East German Uses of Remembrance and the Contentious Case of Willi Münzenberg, CoWoPa. Comintern Working Paper 22/2011, Åbo Akademi University, <https://www.abo.fi/sitebuilder/media/7957/cowopa22brasken.pdf> (15.8.2013).

sen, damit die Liquidierung der Frage Münzenberg (...) keine, oder möglichst geringe Reibungen hervorruft.“

Den übergreifenden Charakter dieser Maßnahmen unterlegt ein Beschluss des sowjetischen Politbüros vom 26. März 1938, der die Existenz der Internationalen Lenin-Schule der Komintern beendete, die in zehn Jahren bereits zu einem Mythos geworden war. Alle Schüler sollten bis zum 1. Juni abgeschoben werden. Begründet wurde diese Zerlegung der Komintern als Renationalisierungs- und De-Internationalisierungsprozess damit, dass die Kader auch in ihren Heimatländern vorbereitet werden könnten.³⁴⁶

Inzwischen war auch der Mordbefehl Stalins bzw. die mündliche Anweisung an Dimitrov erteilt.³⁴⁷ Zu seinem eigenen Glück entzog sich Münzenberg jedoch der „freundlichen“ Einladung nach Moskau. Am 11. Oktober 1937 schickte Dimitrov eine Direktive an Šmeral in Paris, nach der „allmählich alle mit W[illi Münzenberg] verbundenen Elemente entfernt werden“ sollten.³⁴⁸ Was der in der Literatur auch als „red millionaire“ und zwielichtige, ja teuflische Gestalt dargestellte Münzenberg häufig im Alleingang und gegen die Parteibürokratie aufgebaut hatte, wurde nun bürokratisch inspiziert und seziert. Im März 1938 beauftragte Dimitrov den Tschechen Šmeral, der bereits vorher eine Rolle als „Auge Moskaus“ im Münzenberg-Imperium gespielt hatte, damit, Strukturen, Kompetenzen und Kontakte neu zu ordnen.

Netzwerkanalytisch war die Auflösung des antifaschistischen und antikolonialistischen „Münzenberg-Imperiums“ ein Muster für die Einschränkung der „Spaces of flows“ (Manuel Castells).³⁴⁹ Der ausländerfeindliche Terror und die abenteuerlichen Anklagen der Moskauer Prozesse waren radikale Mittel, um transnationale Knoten im Netzwerk der Komintern zu „kappen“ oder in vertikale (und vollkommen autoritär strukturierte), eher nationale bzw. bilaterale, doch vor allem allein von der Sowjetunion kontrollierte Netze zu überführen. Während in den Jahren 1933 bis 1936 die Sowjetunion den NS-Terror und die Unterdrückung der deutschen Kommunisten weitgehend ohne Proteste hinnahm, übernahm sie es im „Großen Terror“ ab 1936/1937 sozusagen selbst, die sich auf sowjetischem Territorium im Exil befindlichen KPD-Mitglieder mit Repressionen zu überziehen (ca. 70 % wurden zu Opfern des Stalinschen Terrors). Durch die Auflösung der noch verbliebenen horizontalen Netzwerke wurden die Verbindungen zu den antifaschistisch eingestellten Massen, besonders in Frankreich, gekappt.

Seltsamerweise ist der Kern der Anklagen Münzenbergs gegen Ulbricht und seine Helfershelfer, zu denen er eine Untersuchung seitens der Komintern einforderte, in der Zeitgeschichts- und Exilforschung nicht weiter untersucht worden. Insofern ist

³⁴⁶ RGASPI, Moskau, 17/162/22, 158; Publ. in Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 765.

³⁴⁷ Dimitroff, Tagebücher, I, S. 163–165.

³⁴⁸ Direktive von Hel. [Dimitrov] an Flor. [Šmeral], 11.10.1937; RGASPI, Moskau, 495/73/76, 9.

³⁴⁹ Manuel Castells: *The Rise of the Network Society*. Cambridge: Blackwell 1996.

die Historiographie der Kominternpolitik gefolgt. Die eigentliche Untersuchung zu Münzenbergs Anklagen begann erst nach dessen Ausschluss und der Rehabilitierung Ulbrichts durch den Beschluss der IKK vom 5. Juli 1939 – vermutlich um sie dann im Sande verlaufen zu lassen. Bereits Anfang 1938 wurde in einem „Memorandum“ der Parteiführung die „partei-, einheits- und volksfrontfeindliche Tätigkeit“ Münzenbergs, die er zur Durchsetzung seiner „Spaltungspolitik“ angeblich entfaltet, ausbreitet (Dok. 431).

Doch die KPD-Führer im Exil waren nun in den Augen der Komintern allesamt suspekt geworden, nicht zuletzt als Folge ihrer Isolierung: „Wegen ihrer früheren Führungsposition in der Partei und weil sie von der direkten politischen Arbeit in der deutschen Partei ausgeschlossen sind, stellen diese in der Sowjetunion lebenden Elemente ein Ärgernis dar, da sie sich weigern, sich der gegenwärtigen Situation anzupassen.“

Praktiken des Stalinismus in der deutschen politischen Emigration: Der dreifache Skandal der Pariser Tageszeitung

Ein weitere Kette von Skandalen – und zugleich weitere Höhepunkte der „Münzenberg-Saga“ verbinden sich mit dem *Pariser Tageblatt*. Die wichtigste Tageszeitung des deutschsprachigen antifaschistischen Exils war Aushängeschild und Paraded Pferd des deutschen Linksliberalismus und der deutschen „Volksfront“. Im Juni 1936 wurde der Besitzer Wladimir Poljakow infolge einer maßgeblich von Kurt Caro (möglicherweise auch von Ulbricht selbst) gesteuerten Diffamierungskampagne, eines Putschs der Redakteure und eines Streiks der Setzer vertrieben.³⁵⁰ Das Blatt erschien fortan unter dem Namen *Pariser Tageszeitung* und zu seinen Inhabern zählten zunächst neben Chefredakteur Georg Bernhard auch Willi Münzenberg. Die Affäre wühlte die linke deutschsprachige Intelligenz auf und in linken oppositionellen Kreisen vermutete man, dass die Zeitung „bereits seit längerem“ von der Komintern „ausgehalten“ würde.³⁵¹

Der zweite, bis vor kurzem noch unbekannte Skandal um die *Pariser Tageszeitung* nach der Absetzung des Besitzers Wladimir Poljakow, lässt nun, 80 Jahre später, auch die seinerzeitigen Vermutungen über den „Verkauf“ der ehemals linksunabhängigen Zeitschrift *Die Neue Weltbühne* an das KP-Umfeld nicht mehr als Spekulation erscheinen. Als der Terror in der Sowjetunion seinem Höhepunkt zustrebte, beschloss das

³⁵⁰ Willy Jasper: „Die Poljakow-Affäre und das Dilemma der deutschen Exil-Publizistik“. In: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte (1996). S. 117–131, hier: S. 123.

³⁵¹ „Die Information in U[nser] W[ort] über Fischer Maslow ist ganz berechtigt. Die beiden haben in der Frage Pariser Tageblatt eine äusserst miese Rolle gespielt. Und dabei ist kein Zweifel, daß die Pariser Tageszeitung jetzt von den Stalinisten ausgehalten wird.“ Brief Walter Helds an Braun (d. i. Erwin Wolf), Oslo, 18.3.1937. Vereeken Papers, IISG, Amsterdam, 6/97.

Sekretariat des Exekutivkomitees der Komintern am 13. März 1937 unter Anwesenheit von Dimitrov, Moskvín, Togliatti, Ulbricht und Eberlein auf geheimem Wege und in verdeckter Weise für Komintern und KPD die *Pariser Tageszeitung* aufzukaufen (Dok. 411). Zu diesem Zweck wurden 500.000 Francs bewilligt. Die KPD erhielt den Auftrag, die Fortsetzung der Zeitung kommerziell und politisch als „demokratische deutsche Zeitung im Ausland“ abzusichern. Wie bereits im Hamburger Thälmann-Skandal von 1928 wurde hier Mikrogeschichte zu Weltgeschichte. Der nun ans Tageslicht gelangte, leicht kryptische Beschluss, enthüllt nichtsdestoweniger unter dem Leitbild der „Volksfront“-Politik ein System großflächiger politischer, materieller und moralischer Korruption – vor allem der europäischen Intelligenz – durch die Komintern. Eine Überprüfung und Kontextualisierung der bisherigen Ergebnisse der Exilforschung erweist sich an dieser Stelle als erforderlich.³⁵²

Die Erforschung der Begleitumstände dieses „Coups“ ergab Querverbindungen zum Fall Münzenberg. Tatsächlich wurde die *Pariser Tagezeitung* zu einem Hauptzankapfel zwischen Willi Münzenberg und Walter Ulbricht, dem Leiter der KPD-Führung im Exil. In diesem äußerst spannenden, verdeckten internen Kampf ging es de facto um Macht, Einfluss und schließlich um die politische Ausrichtung des deutschen Kommunismus und der linken intellektuellen Exilszene. Dabei konnte sich Münzenberg anfangs auf den prominenten linksliberalen Publizisten Georg Bernhard und den Schriftsteller Heinrich Mann stützen, der als „Gewissen der Emigration“ fast schon eine Institution war. Die Skandalgeschichte des Blattes führte im Kontext der Debatte über den Terror in der Sowjetunion zu weiteren Aufspaltungen der Emigrantenkreise und zu inneren Rückzügen. Auch die Nationalsozialisten waren sich des propagandistischen Nutzens der Affäre in ihrem Sinne, die das Lager der antifaschistischen Emigranten insgesamt diskreditierte, wohl bewusst.³⁵³

Das Beispiel zeigt ebenfalls, dass das Engagement derjenigen, die sich dem linientreuen Mainstream und der bis in die Nachkriegszeit tradierten unkritischen Haltung gegenüber dem Bruch linker Solidarität im Parteikommunismus widersetzen, heute differenzierter nachgezeichnet werden kann.³⁵⁴ Der Erbauer des Presse-

352 Siehe zu den Hintergründen Bernhard H. Bayerlein, Maria Matschuk: Vom Liberalismus zum Stalinismus? Georg Bernhard, Willi Münzenberg, Heinrich Mann und Walter Ulbricht in der chronique scandaleuse des Pariser Tageblatts und der Pariser Tageszeitung. In: Francia, Forschungen zur westeuropäischen Geschichte, Institut historique allemand/Deutsches Historisches Institut, Paris. XVII (2000). Nr. 3. S. 89–118; Ursula Langkau-Alex: „...von entscheidender Bedeutung ist, ob Münzenberg die Zeitung hat oder wir“. Neues zur Instrumentalisierung der „Pariser Tageszeitung“ in der Auseinandersetzung zwischen dem Sekretariat des ZK der KPD in Paris und Willi Münzenberg. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 37 (2001). H. 1. S. 77–91.

353 Zur NS-Politik gegenüber dem Exil siehe allgemein Herbert E. Tutas: NS-Propaganda und deutsches Exil 1933–1939. Worms: Georg Heintz 1973.

354 Wie Claus Leggewie zurecht anmerkt, hat die Exilforschung gerade dies noch zu wenig in den Blick genommen; Siehe C. Leggewie: Zurück aus Sowjetrußland? Die Reiseberichte der radikalen Touristen André Gide und Lion Feuchtwanger 1936/237. In: André Gide und Deutschland/André Gide et

konzerne der Weimarer Republik, der allein dem Hugenberg'schen Imperium gefährlich wurde, unterlag dem Stalinisten Ulbricht, der im Namen der Komintern liberale Blätter aufkaufen ließ. Zwei Jahre später verlor er auch den Kampf um sein Leben. Die Vermutung, Stalin und sowjetische Dienste hätten etwas mit seinem Tod zu tun gehabt, erhält nun neue Nahrung, genauso wie die Gerüchte über einen möglichen Ankauf der „Neuen Weltbühne“ und möglicherweise weitere Exilmedien.

Der „Offene Brief der Berliner Opposition“: Fundamentalkritik am Volksfrontkurs

Innerhalb der KPD wie an ihren Rändern hatte sich mittlerweile eine fundamentale Kritik der Volksfrontpolitik entwickelt. So vertrat die ehemalige „Versöhnlerfraktion“ um Karl Volk, die sich nun „Berliner Opposition“ nannte, die Auffassung, dass sich die Volksfrontkonzeption in der KPD nie durchgesetzt habe. Die „Versöhnler“ machten sich ohnehin zu einem Hauptangriffspunkt der stalinistischen Parteiführung im „großen Terror“. Durch die imaginäre Konstruktion eines antisowjetischen Terror-Netzwerks in den eigenen Reihen sollte der eigentliche Terror gegen Revolutionäre und parteitreue Kommunisten legitimiert werden (Dok. 424).

Unter dem neuen Namen „Berliner Opposition“ traten die ehemaligen „Versöhnler“ mit dem bereits zitierten ‚Offenen Brief‘ im September 1937 an die Öffentlichkeit und zielgerichtet an die KPD-Emigration heran. Unter dem Schlagwort „Kommunistische Konzentration!“ wurden mit der expliziten Stoßrichtung gegen Stalinismus, Trotzismus und Reformismus die dem Leninismus treu gebliebenen Mitglieder zum Zusammenschluss in den Kominternparteien zur Bildung von „Fraktionen und Gruppen“ aufgerufen. Man ging dabei davon aus, dass sowohl in der Emigration als auch in der Illegalität der größte Teil der Organisation oppositionell eingestellt sei: *„Treue zur Partei heisst heute: Kampf für die Erhaltung des kommunistischen Kaders, die der Apparat gewissenlos und skrupellos zerstört“*.³⁵⁵ Einem Moskauer Dossier aus dem Jahre 1937 zufolge verfügte die „Versöhnlergruppe“ mit Karl Volk und Paul Graefe über eine eigene Organisation innerhalb der offiziellen Parteiorganisation sowie eine Inlands- und Auslandsvertretung.³⁵⁶ Gegen die „Versöhnler“ wie gegen jede Parteiposition konstruierte die Parteiführung unablässig das inkriminierende Amalgam einer trotzkistischen Verbindung und des Verrats an die Gestapo.³⁵⁷

Die „Berliner Opposition“ der KPD stellte einen nicht unbedeutenden Schritt im Prozess der inneren Ausdifferenzierung der kommunistischen Bewegung in Deutsch-

l'Allemagne. Hrsg. v. Hans T. Siepe u. Raimund Thais. Düsseldorf: Droste 1992 (Veröffentlichungen des Heinrich-Heine-Instituts Düsseldorf). S. 265–279, hier: S. 266f.

³⁵⁵ „Für Kommunistische Konzentration“. In: Kommunistische Opposition (Juni 1938). Nr. 3.

³⁵⁶ Vgl. Müller, Georg Lukacs, S. 131.

³⁵⁷ „Die deutschen Trotzkisten und die Gestapo“. In: Die Internationale (1937). Nr. 24 (Sondernr.).

land zu einem Zeitpunkt dar, da man generell nicht mehr unbedingt damit gerechnet hatte. Die für die offizielle KPD niederschmetternde Bilanz liegt darin, dass ab 1935/1936 eine Kommunistische Partei auch als Apparat nicht mehr bestand. Die „Leitungsorgane“ waren ohne jeden Kontakt mit der im Widerstand stehenden, politisch zudem häufig oppositionell eingestellten Basis. Auch von Seiten der Kommunistischen Partei (Opposition) wurde diese Situationsanalyse bestätigt.³⁵⁸ Der rapide Verfall und die Degenerierung der KPD seit 1935/1936 zeigte, dass das ZK kaum noch mit dem Kampf und dem Widerstand im Lande verbunden war.³⁵⁹ Dass der neue Antifaschismus im Rahmen der „Volksfrontpolitik“ vom größten Teil der verbliebenen KPD-Mitglieder im Deutschen Reich und bedeutenden Kräften des illegalen Widerstands abgelehnt wurde, stellt die traditionelle Sicht der Parteigeschichte auf den Kopf.³⁶⁰ Das Moskauer Politbüro bediente sich zur Legitimation der Volksfront auch fingierter Berichte aus dem Lande. Gleichzeitig wurden die Gegner des Kurses ausgeschlossen. Dies könnte die Involvierung der KPD in die „Großen Säuberungen“ zumindest zu einem Teil erklären.³⁶¹

Niederschmetternde Widerstandsbilanz: Verfall und Atomisierung der KPD im Deutschen Reich

Nach dem VII. Weltkongress der Komintern im Sommer 1935 setzte tatsächlich eine generelle Einschränkung der innerparteilichen Demokratie ein. Zum Vorschein kommt das Phänomen eines doppelten Widerstandes der deutschen Kommunisten, der sich gegen die NS-Herrschaft und zugleich gegen die offizielle Politik der Moskauer Parteiführung richtete. Dass die Volksfrontpolitik kein Mittel zur Aktivierung der Mitglieder gewesen war, dürfte der Kominternführung erhebliche Schwierigkeiten bereitet haben. Auch die Situation in der deutschen Emigration war diesbezüglich nicht grundsätzlich verschieden.³⁶² Aus den „Versöhnlermaterialien“ ergibt sich weiterhin, dass die deutschen Kommunisten in ihrer Mehrheit die Moskauer Prozesse ablehnten und den Stalinschen Terror eben nicht „schluckten“. Trotz aller Erniedrigungen wurde der Terror seitens einer immer noch widerborstigen Parteimitgliederschaft abgelehnt. Durch eine neue „Kaderpolitik“ seit dem VII. Weltkongress der Komintern hätte ursprünglich die Emigration als eine Art „Hochschule des Klassenkampfes“ ausgebaut werden sollen. Stattdessen zertrümmerte das Moskauer ZK geradezu die Grundsätze und ideologische Basis der Partei. Was der Faschismus

358 „Vier Jahre illegale Arbeit in Deutschland“. In: Der Internationale Klassenkampf II (1.2.1937). Nr. 9–11.

359 H. West: „Der Verfall der KPD“. In: Sozialistische Tribüne (1938). Nr. 3.

360 „Aus der illegalen Bewegung“. In: Kommunistische Information (1938). Nr. 3.

361 „Länderberichte“. In: Der Internationale Klassenkampf II (Februar 1937). Nr. 1.

362 West, Der Verfall der KPD.

nicht fertiggebracht habe, werde jetzt mit wirksameren Mitteln durch das eigene ZK nachgeholt, die Liquidierung der Partei: *„Es ist nicht überspitzt, über die heutige KP Deutschlands zu sagen: je demokratischer ihre Partei-Parole, desto undemokratischer, desto terroristischer das Regime innerhalb der Partei.“*³⁶³ Der hohe Prozentsatz von sog. „Versöhnlern“, die zu Opfern des Stalinschen Terrors wurden, wird nun verständlich.

Die Stimmungsberichte aus Deutschland im Sommer/Herbst 1937 bestätigen die Kritik der verbliebenen KPD-Mitglieder und der in Fünfergruppen organisierten Berliner Gruppe „UBL“ am Konzept der Volksfrontregierung und der „Demokratischen Republik“. In einer Resolution, nach der es „noch nicht gelungen [sei], die gesamten Kader der Partei von dem revolutionären Zweck der Einheits- und Volksfrontpolitik zu überzeugen“, bestätigte dies die Parteiführung (Dok. 440). Die „Berliner Opposition“ warf die Frage auf, ob die Partei nun für ein „neues Weimar“ kämpfe (Dok. 433). Als einziges positives Element sah man den Einsatz der Internationalen Brigaden in Spanien, nicht zuletzt als Leitmodell für die tüchtigsten Kämpfer. Eine Neujahrs-Grußbotschaft deutscher Spanienkämpfer an ihre Angehörigen in der Sowjetunion unterstreicht auch die symbolische Bedeutung angesichts der Dauerkrise der kommunistischen Bewegung (Dok. 443A). Kritisch hingegen wurde die Arbeit in den NS-Organisationen gesehen. Sie sei zwar notwendig und entsprechende Positionen seien in den NS-Massenorganisationen auch bereits besetzt, doch darüber hinaus weigerten sich die gewerkschaftlich tätigen Gruppen im Widerstand, ihre Tätigkeit in die „Deutsche Arbeitsfront“ zu verlegen.

In einer beschönigenden, unmotivierten Resolution vom Mai 1938 lobte das Sekretariat der KPD den „grossen Heroismus und den eisernen Willen“ der „Kader der Partei im Lande“ in der Agitation, im Widerstand und im Kampf gegen das Hitlerregime. Für die Parteiführung war die Bilanz gleichwohl vernichtend. Sie habe die Kader im Lande nicht genügend unterstützt, es gebe keine „festen Stützpunkte“ im Lande, die Fortschritte in der Festigung und Verbindung mit dem Land seien „völlig ungenügend“, gerade angesichts der „gewaltsamen Unterjochung des österreichischen Volkes“ und der „Bedrohung der Tschechoslowakei durch den Hitlerfaschismus“ und der „durch die faschistische Kriegsprovokation hervorgerufenen akuten Gefahr eines neuen Weltkrieges“. Der umfangreiche Negativkatalog monierte weiter, fast im Sinne des ausgeschlossenen Münzenberg, das Fehlen einer rechtzeitigen politischen Initiative, die ungenügende politische Aktivität, die unverständliche und nicht überzeugende Sprache gegenüber den vom Faschismus angewandten Methoden des Massenbetruges und chauvinistischen und sozialdemagogischen Argumenten in der Propaganda (Dok. 440).

Eindeutig wurde nun die Verlegung der operativen Leitung ins Land gefordert, wobei zugleich die Einheits- und Volksfrontausschüsse im Ausland als Hilfsorgane

³⁶³ West, Der Verfall der KPD; Über die Opposition in der Emigration heißt es dort, diese sei zwar „kaum organisiert“, doch „sie sei da.“

entwertet wurden. Doch auch diese Beschlüsse standen letztlich nur auf dem Papier. KPD und Komintern scheiterten bis 1945 daran, eine Inlandsleitung aufzubauen. In der Praxis wurden beschlossene Maßnahmen gegen die Kriegsvorbereitungen Hitlers nicht umgesetzt. So plädierte Ulbricht in einem Brief an Manuil'skij und an die russische Delegation im EKKI dafür, die Nazipropaganda über angebliche Gräueltaten gegen Deutsche in Polen zu konterkarieren, die tatsächlich zum Instrumentarium der Kriegsvorbereitungen gehörte (Dok. 451). Seinen Vorschlag – ähnlich wie bereits im Fall der Tschechoslowakei – eine Kampagne gegen mögliche Provokationen zugunsten eines „faschistischen Krieges gegen Polen“ durchzuführen, die wenig später den Überfall auf Polen „legitimierten“, lehnte die Komintern jedoch ab. Im Zusammenhang mit dem Stalin-Hitler-Pakt wurde später das Narrativ einer Verteidigung Polens nicht mehr gebraucht und sogar antipolnisch verstärkt.

Deutscher Kommunismus und stalinistischer Terror 1935–1939

Terror transnational: Komintern, Verschwörungsszenarien und Existenzkrise. Einschränkung von Handlungsspielräumen und Liquidierung transnationaler Netzwerke

Die Dokumente aus sowjetischen Archiven belegen, dass Stalin vor dem Zweiten Weltkrieg eine große Repressionswelle gegen internationale Kommunisten auslöste, sie als Spione verfolgen sowie blutige Säuberungen bis hinein in die Komintern-Schulen durchführen ließ. Der Blick auf das Kräfteparallelogramm VKP(b), Komintern und KPD unterstreicht, dass bei aller Verschiedenheit der betroffenen Gruppen und trotz zunehmender Undifferenziertheit der Terror einer gewissen Rationalität und Zielgerichtetheit folgte. Auf die Komintern bezogen, lassen sich nach den Vertrauten und Weggenossen Lenins und den Veteranen der Internationale als erster Zielgruppe folgende Hauptstoßrichtungen dieses einzigartigen „Massakers der kommunistischen Kader“³⁶⁴ festmachen:

1. Institutionell war die Stoßrichtung auf die Liquidierung der Abteilung für internationale Verbindungen (OMS) bzw. des Verbindungsdienstes (SS) als Nervenzentrum der Komintern gerichtet; dazu wurden die noch verbliebenen transnationalen peripheren Netzwerke gekappt, die, wie die Internationale Arbeiterhilfe Münzenbergs, relativ autonom waren. Die Folge beider Maßnahmen war eine bis zur Existenzkrise reichende Isolierung der Komintern.

³⁶⁴ Hierzu und im Folgenden Broué, *Histoire de l'Internationale*, S. 715–733.

2. Die Säuberungsaktionen innerhalb der Kommunistischen Parteien waren am stärksten gegen die in der Sowjetunion exilierten Kader gerichtet. Sie begannen in der Regel mit der bürokratischen Registratur von „Abweichungen“ (Dissenz oder aktiver Opposition jeglicher Art) der Mitglieder seit Beginn der Aufzeichnungen bzw. seit Gründung der Partei, ein Prozess, der zentral seitens der Kaderabteilung der Komintern gesteuert wurde. Die Durchleuchtung der Parteimitglieder erfolgte nach den als Abweichungen vom „Marxismus-Leninismus“ definierten, als parteifeindlich eingestuften Strömungen („Trotzkismus“, „Rechtsopportunist“, „Versöhnler“, u. a. m.). Der reale oder imaginierte Trotzkismus gab dabei deutlich den zusätzlich dämonisierten Hauptfeind ab. Im Kern zielte dies auf eine systematische Ausschaltung und Auslöschung der revolutionären, gegen Stalin gerichteten Akteure und Militants nicht nur in der VKP(b), sondern auch in der Komintern und den Kommunistischen Parteien.
3. Die Kommunistischen Parteien waren in höchst unterschiedlichem Ausmaß vom Terror betroffen. Deutlich erkennbar war die Stoßrichtung gegen polnische und deutsche Kommunisten da, wo man ihrer im internationalen und sowjetischen Umfeld habhaft werden konnte. Die sich im sowjetischen Exil befindlichen und/oder in ihren Ländern diktatorischen und autoritären Regimen unterworfenen Kommunisten waren stärker betroffen, als solche in demokratischen Ländern.³⁶⁵ Zerschlagungsabsichten erscheinen offensichtlich. Stark betroffen waren neben der KP Polens und der KP Deutschlands die Kommunistischen Parteien der Türkei, Lettlands, Ungarns, Jugoslawiens, Bulgariens und der ehemaligen jüdischen Mitglieder der KP Palästinas, gefolgt von der KP Rumäniens, Griechenlands, Finnlands, Estlands, Litauens und Italiens. Die Tötung einzelner Kader betraf die Mehrzahl der Parteien.³⁶⁶

Die neuen Dokumente erbringen weitere empirische Belege für die zunehmende Abschottung, ja Verpuppung der Komintern durch die Demontage der internationalen Verbindungen und Organisationen. Am 1. Dezember 1935 traf das sowjetische Politbüro eine Entscheidung zur sowjetischen Westgrenze. Alle „besonderen Grenzübergänge“ zu Polen, Weißrussland und der Westukraine sollten unverzüglich geschlossen werden. Die von der Internationalen Roten Hilfe und der Komintern aus-

365 Siehe zur deutschen KP-Emigration die zitierten Arbeiten von Reinhard Müller, Carola Tischler und Ursula Langkau-Alex. Beispielhaft veranschaulicht die von Müller edierte Parteiversammlung der deutschen Schriftsteller in Moskau aus dem Bestand aus der Agitprop-Abteilung des EKKI, dass bereits in der Periode vor dem Ersten Moskauer Prozess alle Merkmale der totalitären Vernichtungspolitik gegenüber Andersdenkenden vorhanden waren; Siehe Reinhard Müller (Hrsg.), Georg Lukács; Vgl. Carola Tischler, *Flucht in die Verfolgung*.

366 Siehe hierzu auch Branko Lazitch: „Le massacre des dirigeants communistes étrangers.“ In: The Comintern. Historical Highlights. Essays, Recollections, Documents. Hrsg. v. Milorad M. Drachkovitch u. Branko Lazitch. New York/Washington/London: Praeger 1966 (Hoover Institution Publications). S. 139–174.

gegebenen Passierscheine aus Polen in die UdSSR sollten annulliert werden, was ebenfalls auf die KP Polens zielte. Die Kommunistischen Parteien der Ukraine und Weißrusslands wurden angewiesen, ohne Einwilligung Ežovs auf Empfehlung der polnischen Sektion der Komintern weitere Personen nicht mehr zu übernehmen.³⁶⁷ Im Jahre 1937 erreichte nicht nur der Terror in der Sowjetunion einen Höhepunkt, er wurde zugleich verstärkt gegen die Komintern eingesetzt. Die *Ežovščina*, genannt nach Stalins „Bluthund“ Ežov an der Spitze des NKVD, griff nach der Organisierung des Zweiten Moskauer Schauprozesses und der physischen Liquidierung eines Gutteils der alten Bolschewki auf die Gesamtgesellschaft über. Das hier gelieferte empirische Material zeigt, dass Komintern und KPD nicht nur marginal betroffen waren.³⁶⁸

Bei der Recherche nach einem dem Terror zugrunde liegenden Drehbuch stießen Historiker auf Planungen für einen Anti-Komintern Schauprozess, einem vierten Moskauer Prozess also, der sich gegen einen sog. „Antikominternblock“ richten sollte. Man stieß ebenfalls auf Spuren eines umfassenden Oppositionsblocks in der Sowjetunion in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre, was den späteren Anklagen als Modellvorlage gedient haben könnte.³⁶⁹ Neben den Vereinigungsbestrebungen der russischen antistalinistischen Oppositionen und ihren Hauptströmungen um Trotzki, Rjutin und Smirnov sind hierbei transnational auch die unterschiedlichen innerparteilichen oppositionellen Strömungen wie die deutschen „Versöhnler“ und die Neumann-Remmele-„Gruppe“ mit ihren Verbindungen zu polnischen und russischen Kommunisten (Lénski, Mad’jar, Knorin u. a.) als Zielgruppen einzubeziehen.

Klassische Autoren wie Conquest und Broué sehen die Schauprozesse und die „Säuberungen“ im Kominternapparat als Präventivschlag Stalins gegen parteiinterne Gruppierungen, die trotz nach außen zur Schau gestellter Loyalität mit dem Gedanken auf dessen Absetzung und Rückkehr zu einem anderen innerparteilichen Regime spielten. Besonders Broué geht dabei davon aus, dass die Aufdeckung und Zerschlagung der Gruppe um M. N. Rjutin im Jahr 1932 Stalin und seine Kreise in Panik versetzt und sie in ihrer teils paranoiden, teils real begründbaren Furcht bestärkt habe,

³⁶⁷ RGASPI, Moskau, 17/162/19, 4.

³⁶⁸ Siehe als Literaturbericht Brigitte Studer, Berthold Unfried: „At the Beginning of History. Visions of the Comintern after the Opening of the Archives“. In: *International Review of Social History* 42 (1997). S. 419–446; Die ausführlichste neuere Geschichte der Komintern siehe Pierre Broué, *Histoire de l’Internationale*.

³⁶⁹ In der Forschung ist die Konstruktion des Antikominternblocks umstritten. Neben ausschließlich fiktiven Elementen, die in erster Linie die Verbindungen zu den Anklagen vor den drei Moskauer Prozessen herstellen sollten, wird auch auf reale Blockbildungen in der VKP(b) bzw. der Komintern hingewiesen. Siehe zu letzterem Pierre Broué: „Trotzky et le Bloc des oppositions de 1932“. In: *Cahiers Léon Trotsky* (1980). Nr. 5. S. 5–37; Ders.: *Histoire de l’Internationale Communiste 1919–1943*. Paris: Fayard 1997. S. 711f., für das Folgende auch 713f.; Boris Starkov: *The Trial that was not held*. In: *Europe-Asia Studies* XLVI (1994). S. 1297–1315.; Dagegen wird die Blocktheorie vollständig als rein „Stalinsche(s) Block-Konstrukt“ abgelehnt, siehe Müller, *Menschenfalle Moskau*, S. 287f.; Vgl. ders.: *Der Fall des Antikomintern-Blocks. Ein vierter Moskauer Schauprozess*. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (1996). S. 187–214, bes. S. 188ff.

dass die reumütigen ehemaligen Parteioppositionellen aus den Jahren 1925 bis 1931 lediglich auf eine Gelegenheit gewartet hätten, um ihre oppositionelle Tätigkeit fortzusetzen und ihn von der Machtposition zu verdrängen. Quellen in westlichen und östlichen Archiven (Harvard, Stanford, Moskau) bestätigen zumindest die Bedeutung der frühen dreißiger Jahre als Projektionsfläche des Terrors, der zentral lanciert und auch weitgehend zentral gesteuert wurde.³⁷⁰

Die in Verfolgebahörden umfunktionierten Kominternabteilungen und -kommissionen suchten zunächst ehemalige Oppositionelle aus den 1920er und 1930er Jahren. Die diversen oppositionellen Strömungen waren kein Phantasieprodukt; ehemalige Oppositionelle konnten nach wie vor vernetzt sein. Auch die Repression gegen deutsche Kommunisten war insofern nicht beliebig. Wie die Kaderabteilung die (zumeist ehemaligen) Oppositionellen ermittelte, verdeutlicht das Memorandum der Kaderabteilung der Komintern über „Trotzkisten und andere feindliche Elemente in der Emigrantengemeinschaft der deutschen KP“ (Dok. 391).³⁷¹ Das Dokument liefert den empirischen Beleg für die Ausrichtung der Repression auf ehemalige linke und rechte Oppositionelle und antistalinistische Revolutionäre, Trotzkisten, „Ultralinke“ und „Versöhnler“ u. a. m., womit sich die Auffassung einer gewissen Beliebigkeit der Verfolgungen zumindest in der Anfangsphase der „großen Säuberungen“ nicht mehr halten lässt.³⁷² Auffällig ist zudem das zielgerichtete Heraussieben von Kommunisten aus Polen, dem Baltikum und den „Grenzstaaten“ Ost-Mitteleuropas und der Parteimitglieder jüdischer Herkunft. Erst im Laufe der Anklageerhebung und durch die häufig durch Folter erwirkte Präparierung der Betroffenen wurden die Anklagen phantasmorgisch gedreht, und zwar unter Zuhilfenahme des von Stalin und Ežov

370 Die zentrale Steuerung des Terrors lässt sich gerade auch für die Komintern und die Kommunistischen Parteien nachweisen. Zur zentralen Steuerung als konstitutivem Moment der Repression siehe Mark Junge, Gennadij Bordjugov, Rolf Binner: *Vertikal' bol'sogo terrora. Istoriia operacij po prikazu NKVD N° 00447*. Moskva: Novyj Chronograf 2008. Die Vertikalitätsthese wird allerdings immer noch bestritten, siehe Arch Getty: „Excesses are not permitted“. *Mass Terror and Stalinist Governance in the Late 1930s*. In: *Russian Review* 61 (2002). S. 113–138; Wendy Z. Goldman: *Terror and Democracy in the Age of Stalin. The Social Dynamics of Repression*. Cambridge: Cambridge University Press 2007).

371 Um das Muster und die Rationale der zentralen Steuerung des Terrors gegen die KPD und den Nachweis einer (realen) oppositionellen Tätigkeit als „Fundament“ und die später darauf aufgesetzten fiktiven bzw. fiktionalen Momente im Rahmen einer weitergehenden Kriminalisierung zu verdeutlichen, wurden in den Anmerkungen zu dem in Band 6 abgedruckten Memorandum die biographischen Angaben aller genannten Terroropfer auf ihre frühere oppositionelle Tätigkeit überprüft und das Datum ihrer Verhaftung, der Inhalt der Anklage und (in den meisten Fällen) das Datum der Inhaftierung und Hinrichtung ausgewiesen, vgl. hierzu meine frühe Arbeit zum „Clone“ der Repression: *Vom Geflecht des Terrors*.

372 Auch für die KPD-Emigration erweist sich das Moment der zentralen Steuerung der Repression als konstitutives. Das besonders von Reinhard Müller hervorgehobene Beliebigkeitsparadigma, ist, was den Terror angeht, jedoch erst durch einen Fiktionalisierungsprozess der Anklagen hergestellt worden. Es kann erst für eine spätere Etappe des Terrors Gültigkeit beanspruchen, in der es dann buchstäblich jeden traf; Siehe u. a. Müller, *Menschenfalle Moskau*, S. 18ff., 24ff.

entworfenen Drehbuches in Richtung auf die Zusammenarbeit mit der Gestapo, der Agententätigkeit für Deutschland und/oder Japan u. ä. mehr.³⁷³

Sowjetischer Nationalismus, „Großer Terror“ und Komintern

Neben weiteren transnationalen Dimensionen illustrieren die Dokumente die auf Deutschland bzw. den deutschen Kommunismus zielende Stoßrichtung. Seit den ersten Ankündigungen und Drohungen bereits vor der Ermordung Kirovs richteten sich Repression und Terror in besonderer Weise gegen die deutschen Kommunisten, zunächst innerhalb, dann auch außerhalb der Sowjetunion: In der Historiographie wurde diese Fokussierung bisher eher als Teilaspekt der gegen die Politemigration als Ganzes und weniger in ihren nationalen Konnotationen gesehen. Die jüngere Forschung fokussierte sich auf den Massenterror, dem gegenüber der nicht mehr eigens untersuchte sog. „Terror gegen die Eliten“ bzw. die kommunistischen Mandatsträger und Akteure selbst, obwohl er einen kausalen Nexus bildete, tendenziell aus dem Blickfeld verschwand.

Tatsächlich wurde die totalitäre Repression über ihre multiplen Erscheinungsformen in der Sowjetunion hinaus ebenfalls transnational auf unterschiedliche Ziele und Zielgruppen ausgerichtet. Näher bestimmen lassen sich darunter die Kommunistischen Parteien als Organisationen, die als feindlich bzw. vom Feind unterwandert aufgelöst wurden, sowie die Mitglieder trotzkistischer Organisationen und zumeist linken Oppositionellen, viele von ihnen mit einer notorisch revolutionären Vergangenheit, und andere, die teilweise mehrmals politische Unterwerfungserklärungen abgegeben hatten. Strukturelle „Säuberungen“ im Kominternapparat betrafen die für die Aufrechterhaltung der internationalen operativen Aufgaben sowie Verbindungen notwendigen Strukturteile und führten zur Einschränkung der Handlungsspielräume. Das Ergebnis war ein absurder Widerspruch in sich, denn für fast ein Jahr war

373 Wladislaw Hedeler wies die Existenz eines den Moskauer Prozessen zugrundeliegenden Ežovschen Drehbuchs nach, Peter Huber und Reinhard Müller lieferten zudem umfangreiches Material zur unheilvollen Verstrickung der Komintern, darunter Interventionen und Befehle des NKVD mit ihren Auswirkungen auf die deutsche Emigration in der Sowjetunion. Als Drehbuchvorlage des Terrors entpuppte sich ein Ežov-Manuskript unter dem Titel „Von der Fraktionsmacherei zur offenen Konterrevolution und zum Faschismus“, das er gemeinsam mit Stalin von Fall zu Fall auch ergänzte oder überschrieb. Siehe Wladislaw Hedeler: *Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung*. Mit einem Essay von Steffen Dietzsch. Berlin: Akademie Verlag 2003; Ders.: *Jeshows Szenario. Der Moskauer Schauprozess 1938*. In: Mittelweg (1998). H. 2. S. 61–75; Pierre Broué: *Les Procès de Moscou*. Paris: Gallimard 1964 (Collection Archives. 9). Reinhard Müller (Hrsg.): „Wir kommen alle dran. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion 1934–1938“. In: Mittelweg (1997). H. 6. S. 20–45; Vgl. auch L. Babičenko: „Die Moskvin-Kommission. Neue Einzelheiten zur politisch-organisatorischen Struktur der Komintern in der Repressionsphase“. In: *The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism* (1994/1995). Nr. 5/6. S. 35–39.

die Komintern von ihren internationalen Verbindungen und Netzwerken abgeschnitten.³⁷⁴ Als weitere Zielgruppe waren die bereits erwähnten eher horizontal ausgerichteten Peripher- bzw. Massenorganisationen im Umkreis der Komintern betroffen, wie die sympathisierenden Organisationen, Massenorganisationen für spezielle Zwecke, antifaschistische Schriftsteller- und Kulturorganisationen und darunter besonders das sog. „Münzenberg-Imperium“, weiterhin die politische Emigration in der Sowjetunion, mit unterschiedlicher „Behandlung“ der verschiedenen nationalen Gruppen. Die Massenunterdrückung umfasste schließlich, wie es ein Politbürobeschluss beispielhaft belegt, die nichtrussischen Nationalitäten bzw. im Rahmen der sog. „nationalen Aktionen“ die nationalen Minderheiten in der Sowjetunion selbst (siehe Dok. 431).

Der neue sowjetische Staatsnationalismus ging in den Jahren 1936/1937 verstärkt mit einem De-Internationalisierungsprozess der Komintern und der auf ihr aufbauenden internationalen Organisationen und Netzwerke einher. Die teilweise Auflösung der internationalen Kulturorganisationen und Netzwerke war ein deutliches Zeichen für die grassierende Renationalisierung, die die Kader, aber auch die gerade durch diese „Nicht-Regierungsorganisationen“ erfassten Intellektuellen, Schriftsteller, Künstler, Musiker, das Theater und die Filmkunst erfasste.³⁷⁵ Die Antikriegsbewegungen wurden ihren antifaschistischen und internationalistischen Substraten und Zielen entfremdet und für die offiziellen Staatsinteressen der UdSSR instrumentalisiert, um dadurch Druck auf die internationale Diplomatie und den Völkerbund ausüben zu können.³⁷⁶

Der zeitgleich mit der Implementierung der Volksfronttaktik einsetzende „Große Terror“ war Ausdruck und Voraussetzung für die weitere Renationalisierung des Kommunismus stalinistischer Prägung als internationale Bewegung. In seinem Brief an Stalin lieferte der leitende sowjetische Ökonom Eugen Varga am 28. März 1938 mit den Begriffen „einseitiger, beschränkter Nationalismus“ und „Fremdenhaß“ eine eindeutige Zustandsanalyse (Dok. 436).³⁷⁷ Gegen die Spirale der ‚systemischen Paranoia‘ von Massenterror (Moshe Lewin) und großrussisch chauvinistischer Hetze richtete Varga als enger Mitarbeiter Stalins seinen Appell. Der Renationalisierungsprozess führte dazu, dass Kommunistische Parteien als potentiell verdächtig erschienen und

374 Siehe Bernhard H. Bayerlein: Weltüberwachung statt Weltrevolution. Zum Verhältnis von Terror und Rationalität in der Geschichte der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre. In: Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors. Hrsg. v. Klaus Kinner u. Willi Beitz. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung 1999. S. 42–65.

375 Rapport de l'émissaire du Komintern, Bohumír Šmeral, sur son séjour à Paris en 1937. In: Communisme (1994). nos. 38–39. S. 66–92.

376 Ursula Langkau-Alex: „Das Rassemblement Universel pour la Paix, die Sektion der deutschen Exilanten und der Weltfriedenskongreß in Brüssel 1936“. In: Die Waffen nieder! Schriftsteller in den Friedensbewegungen des 20. Jahrhunderts. Hrsg. v. Sigrid Bock, Wolfgang Klein u. Dietrich Scholze. Berlin 1989. S. 201–210, 330–332.

377 RGASPI, Moskau, 558/11/716, 18–21. Publ. in Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 766–770.

mit ihnen die gesamte Kommunistische Internationale. Nach dem Bucharin-Prozess im Jahre 1938 plante Stalin tatsächlich einen großen Scheinprozess gegen führende Kader der Kommunistischen Internationale, wie Togliatti, Mao Tse-Tung, Jacques Duclos und Walter Ulbricht, um sie der Kooperation mit dem Feind zu bezichtigen. Hitlers Forderungen nach der Bekämpfung der Kommunistischen Internationale bei Tolerierung, ja Akzeptierung des russischen Nationalismus nahm weitere Gestalt an.

Spurensuche:

Der Deutschland-Russland-Komplex als Rationale des Terrors?

In der Forschung wurde bisher ein möglicher Nexus zwischen dem Terror gegen deutsche Kommunisten und den Stalinschen Annäherungsversuchen an NS-Deutschland nicht weiter verfolgt. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in dieser Phase liefern gleichwohl Material zu dieser Frage. Im Frühjahr 1937 war Stalin mit seinen Wiederannäherungsversuchen zunächst abgeblitzt. Im Reichstag ließ Hitler am 30. Januar 1937 „keinen Zweifel darüber (...), dass wir (...) im Bolschewismus eine unerträgliche Weltgefahr erblicken.“³⁷⁸ Dabei versteifte er sich fälschlicherweise immer noch darauf, dass Sowjetrussland das „Ziel eines engeren Militärbündnisses mit Frankreich“ sowie „eine weitere Annäherung mit England“ anstrebe.³⁷⁹ Am 16. März 1937 setzte Göring die Akzente allerdings anders, als er im Gespräch mit Stalins geheimem Emissär Kandelaki das Scheitern der Verhandlungen erklärte. Das Hauptproblem der gegenseitigen Beziehungen liege – wie Göring ausführte – darin, „daß die deutsche Seite gegenwärtig keinen Unterschied zwischen der Sowjetregierung und der Kominintern erkennen kann.“ Daher halte sie es „nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, da sie dafür keine Grundlage sieht“.³⁸⁰

Geht man von der Ernsthaftigkeit der Pläne Stalins als Prämisse aus, bildeten sowohl der deutsche, als auch der polnische Kommunismus ein ursprüngliches Hindernis für die Realisierung einer umfassenden politischen Allianz zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Tatsächlich war die Zerschlagung der Kommunistischen Partei Polens zentrales Ziel Stalins, und zwar, wie es die Dimitrov-Tagebücher aufdeckten, bereits spätestens seit dem Jahr 1935. Auf einen Brief Dimitrovs vom 28. November 1937 über die (zwischenzeitlich erfolgte) Liquidierung der KP Polens notierte Stalin in seiner üblichen Weise handschriftlich: „Mit der Auflösung kommt ihr ca. zwei Jahre zu spät. Es muss aufgelöst werden, aber in der Presse veröffentlichen sollte man es meiner Meinung nach nicht.“³⁸¹

³⁷⁸ Slutsch, Stalin und Hitler, S. 73f.

³⁷⁹ Slutsch, Stalin und Hitler, S. 75.

³⁸⁰ Brief Kandelakis an Stalin, kurz nach dem 29.1.1937. Publ. in Besymenski, Stalin und Hitler, S. 86.

³⁸¹ Ohne Angabe der Archivquelle publ. in Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politburo i Kominintern, S. 757–760.

Die KPD ihrerseits, die von der Sowjetunion alleingelassen wurde, existierte infolge der NS-Verfolgungen bereits seit 1936, nach der Zerschlagung der letzten noch funktionierenden illegalen Regionalgliederungen, nicht mehr als strukturierte und aus dem Lande selbst angeleitete und zentralisierte kommunistische Parteiorganisation. Zusätzlich setzten gerade Ende 1935/Anfang 1936 gezielte Säuberungsaktionen gegen deutsche Kommunisten in der Sowjetunion ein, die zunächst gegen ehemalige Oppositionelle und „Versöhnler“ gerichtet waren und schließlich auch die Leitungskader des militärpolitischen Apparates um Kippenberger sowie deutsche Kommunisten und sogar Sympathisanten erfassten, die auf irgendeine Weise in der über 15-jährigen Parteigeschichte Kontakte mit trotzkistischen und anderen oppositionellen Strömungen hatten. Die Repression erstreckte sich darüber hinaus auf ehemalige Mitglieder des Politbüros und wichtige Leitungskader, von denen ein großer Teil Vertrauenspersonen des in NS-Haft sitzenden KPD-Führers Thälmann waren, und schließlich auf die gesamte deutsche politische Emigration in der Sowjetunion, die fast gänzlich ausgelöscht wurde. Der Terror traf selbst die treuesten Kader, was eine gewisse Rationalität erkennen lässt. Bisherige, auf eher zufälligen und fiktiven Phänomenen aufbauende Thesen greifen zu kurz, dabei sollte der stalinistische Terror gegen deutsche Kommunisten stärker in seiner prophylaktischen Funktion und die Funktion der KPD eher als potentiell Hindernis für eine spätere Vereinbarung zwischen beiden Diktaturen in Betracht gezogen werden.

Komplottkonstruktionen, Zerschlagungsintentionen und Narrative: Rekonstruktionsversuche

Auch die empirische Rekonstruktion der einzelnen Repressionsmaßnahmen weist auf die Bedeutung des deutschen Faktors hin. Ausgangspunkt des Verschwörungskonstrukts war – entsprechend der stalinistischen Verfolgungslogik – die Bildung eines vermeintlichen „polnisch-deutschen Blocks“ Anfang der dreißiger Jahre. Man findet auch Hinweise auf das XII. Plenum des EKKI durch „Gruppen“ um Heinz Neumann und Lénski (d. i. Julian Leszczyński). Zu dieser Gruppe soll dann Knorin gestoßen sein, der als Leiter des Mitteleuropäischen Büros der Komintern auch für Polen zuständig war. Hiervon ausgehend sei die Bildung eines sog. (Anti-) Kominternblocks erfolgt, der auch als feindliche „Organisation im EKKI“ bezeichnet wurde.

Auch das Verhörprotokoll des offensichtlich vor seiner Erschießung 1937 mit Folter überzogenen Leiters des internationalen Verbindungsdienstes der Komintern (OMS), Aleksandr Lazarevič Abramov-Mirov, gibt Hinweise auf ihre reale und imaginierte Struktur.³⁸² So wird die Bildung einer „Führung“ der „Organisation im EKKI“

³⁸² Siehe Bernhard H. Bayerlein, Peter Huber: *Protokolle des Terrors*. Teil II. A. L. Abramov-Mirov und V. G. Knorin in Verhörprotokollen des KGB. Aus dem Russischen übersetzt von Olaf Kirchner. In: Bayerlein, *Entwaffnete Utopien*, S. 216–229.

auf Ende 1932/Anfang 1933 datiert. Als leitende Gründungsmitglieder und Komintern-Funktionäre werden Pjatnickij, Knorin, Kun und Anton Pavlovič Kraevskij genannt, die drei Letztgenannten polnischen bzw. ungarischen Ursprungs. Um diese herum hätten sich jeweils weitere EKKI-Mitarbeiter gruppiert. Im Falle Pjatnickijs soll es sich dabei neben dem Leiter der Organisationsabteilung der Komintern, Boris Vasil'ev, um Michail Grol'man, Niilo Virtanen sowie Boris Iosif Idel'son als Instruktoren derselben gehandelt haben (die drei Letztgenannten finnischen bzw. baltischen Ursprungs), im Falle Knorins um Grigorij Smoljanskij, dem stellvertretenden Leiter des Mitteleuropäischen Ländersekretariats der Komintern (MELS) unter der Leitung Knorin, Karol'skij, dem Pseudonym des ebenfalls polnischen Abraham Weissblum, und zusätzlich um einige deutsche Mitarbeiter des MELS. Um Béla Kun schließlich sollen sich der deutsche „Versöhnler“ Heinrich Süsskind sowie einige weitere, von diesem entsandte Personen aus Mitteleuropa geschart haben. Von den leitenden Mitarbeitern der vermeintlichen (Antikomintern-) Organisation soll der Pjatnickij verbundene Ungar Lajos Milhofer (russifiziertes Pseudonym: Mad'jar) häufiger als andere nach Paris gereist sein;³⁸³ dort soll er – neben Münzenberg, der ebenfalls Mitglied der Organisation gewesen sein soll (!) – in Kontakt mit dem Sekretariat Trotzki und mit Unterstützung Val'ters (Walter), des stellvertretenden Leiters der Parteiabteilung für Internationale Verbindungen der Komintern, mit zahlreichen weiteren Mitgliedern der Organisation getreten sein, besonders aus der KPD.³⁸⁴

Sowohl die Konstruktion einer Art deutsch-polnischen Blocks von 1932, als auch die Verstrickungen polnischer oder für Polen zuständiger Kominternmitarbeiter ist als Vorbereitung einer von Stalin veranlassten Vernichtung der KP Polens zu sehen. Ein Jahr vor Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes befasste sich am 16. August 1938 das Präsidium des EKKI, wie es lapidar hieß, mit „organisatorischen Problemen der KP Polens“. In Wirklichkeit handelte es sich dabei um eine der blutigsten Aktionen in der Geschichte der Arbeiterbewegung: der Auslöschung einer Kommunistischen Partei sozusagen von innen heraus, nicht durch den Klassenfeind, darunter besonders der Führung und der Leitungsapparate, die ca. 5.000 Opfer forderte. Wie es dazu lapidar im Protokoll hieß, hatte das Präsidium des EKKI die Entscheidung des Präsidiums der IKK über die Auflösung der KP Polens gebilligt.³⁸⁵

383 Was nicht erstaunt, denn Mad'jar war Instrukteur des EKKI für und in Deutschland in der ersten Hälfte der 1930er Jahre; Siehe die Ausschnitte aus seinen Berichten, Dok. 286, 289.

384 Bei „Walter“ handelte es sich möglicherweise um Josip Broz (Ps.: Tito), der zu dieser Zeit in Paris für den EKKI-Apparat tätig war. Dies könnte bedeuten, dass auch Tito sich im Fadenkreuz des Terrors befunden hatte.

385 Das entsprechende Dokument wurde von Škirjatov aus der unmittelbaren Umgebung Stalins, im Namen der Kommission für Parteikontrolle beim ZK der VKP(b), dem Präsidium des EKKI zugeleitet, nicht von der IKK selbst. Soweit es eine erste Entzifferung im Kominternarchiv erlaubte, war die (nachträgliche) Zustimmung des Präsidiums des EKKI zur Ermordung der polnischen Kommunisten und ihrer Führungsspitze von Dimitrov, Manuil'skij, Moskvín (d. i. Trilisser), Kuusinen, Florin und Togliatti unterzeichnet worden.

Aus dem Verhörprotokoll Abramovs geht hervor, dass eine angebliche Verstrickung der OMS in dieses Komplott konstruiert wurde, um eine Handhabe für seine Liquidierung zu schaffen, was zugleich die Liquidierung des Nervenzentrums der Komintern bedeutete. Die Abteilung wurde als wichtigstes Organ der Komintern eingeschätzt: „In der letzten Zeit haben die Organe des NKVD eine Reihe von Volksfeinden aufgespürt und eine weitverzweigte Spionageorganisation im Apparat der Komintern aufgedeckt. Als besonders ‚ungesäubert‘ erwies sich die wichtigste Abteilung der Komintern: der Nachrichtendienst, der jetzt völlig aufgelöst werden muß. Die Neubildung dieser Abteilung durch neue, sorgfältig ausgewählte und überprüfte Mitarbeiter muß in Angriff genommen werden.“³⁸⁶ Im konkreten Fall führte der Terror zur de facto Übernahme des Verbindungsdienstes der Komintern durch das NKVD. Der dem zugrundeliegende eigentliche Grund erscheint in einem gemeinsamen Brief von Dimitrov und Manuil'skij an den Sekretär des ZK der VKP(b), A. Andreev. Die OMS mit ihren Verbindungsstellen („Punkte“) im Ausland, besonders dem Kopenhagener Punkt, erwies sich in dieser Logik als Zentrum der Verschwörung gegen die Komintern. Die alten Verbindungen der „Organisation“ sollen über „den internationalen Kanal“, der OMS, aufrechterhalten worden sein. Dank der OMS-Kanäle gelang die seinerzeit höchste Form des Verrats: Der Kontakt zu Trotzki in Frankreich bzw. in Norwegen konnte hergestellt werden, und durch den Leiter des OMS war Trotzki und das Sekretariat der Vierten Internationale finanziert worden.

Als Vize der Komintern beklagte Manuil'skij, dass infolge der Liquidierung einer ausgedehnten Spionageorganisation die Komintern vollkommen vom Ausland abgeschnitten worden sei. Durch die Entlassung von ca. 100 Funktionären und Mitarbeitern, die überprüft und als nicht vertrauenswürdig befunden worden waren, sei der Apparat der Komintern im Grunde lahmgelegt worden. Gefordert wurde die Wiederauffüllung durch russische Mitarbeiter, da eine Reihe von Sektionen der Komintern in die Hände des Feindes gefallen seien. Einzelne Abteilungen, wie die wichtigste Abteilung, der „Nachrichtendienst“, müssten vollkommen aufgehoben werden (Dok. 427). Eine grimmige Ironie ist dabei, dass der von der Spitze induzierte Chauvinismus und Fremdenhass in der Sowjetunion sogar in der Komintern dazu führte, dass alle ausländischen nicht-kommunistischen Zeitungen in den Sekretariaten und Abteilungen der „Weltpartei des Proletariats“ seit August 1937 in geschlossenen Schränken aufbewahrt werden mussten (Dok. 420).

In den Aussagen gegenüber seinen Folterern in der Lubjanka hob Abramov ebenfalls die Bedeutung einer regulären Verbindung zur „Vierten Internationale“ über den Pariser Punkt der OMS hervor, was erklären mag, warum viele der westlichen Mitarbeiter der OMS in Paris ihr Leben lassen mussten. Auch Knorin richtete in seinem Verhör die zentralen Anklagen gegen Abramov und die Kanäle der OMS. Er beschuldigte ihn, gemeinsam mit Münzenberg (!) Subventionen und diverse Zah-

³⁸⁶ Reinhard Müller: Der Antikomintern-Block. Prozeßstruktur und Opferperspektive. In: UTOPIE kreativ (Juli/August 1997). H. 81/82. S. 82–95, hier: S. 85.

lungen aus den Budgetreserven der Komintern entnommen (über die OMS erfolgten auch die Zahlungen an die Kommunistischen Parteien) und an zahlreiche oppositionelle Nebenorganisationen in Westeuropa (Antifaschistisches Komitee, die Zeitschrift *Monde* unter der Leitung von Barbusse u. a. m.) weitergegeben zu haben. Vor dem VII. Weltkongress soll Henrykowski (d. i. Saul Amsterdam) die Korrespondenz der „Organisation“ aus Kopenhagen nach Moskau weitergeleitet haben, darunter nicht nur das in Paris herausgegebene *Bjull’eten Oppozicii*, des hauptsächlich von Trotzki Sohn Leon Sedov betreuten „Bulletin der Opposition (Bolschewiki-Leninisten)“, das von 1929 bis 1941 erschien, sondern auch zwei Briefe Trotzki an Radek und Pjatnickij. Abramov will diese ungeöffnet den Adressaten übergeben haben. Eine weitere makabre Note erhielten die Beschuldigungen durch zahlreiche Hinweise nicht nur auf Radek, sondern auch auf Jagoda, des ersten „großen“ bürokratischen Administrators des Stalinschen Terrors. Dabei soll Pjatnickij seinerseits den von Stalin abgesetzten Vorsitzenden des NKVD, dessen Prozess gerade vorbereitet wurde, „über die Lage mit der Verbindung zu Trotzki und zu den wichtigsten trotzkistischen Gruppen in Europa“ regelmäßig informiert haben.

Transnationaler Terror als Präventivmassnahme

Anlagekonstrukte und „Drehbücher“ lassen sich nicht allein als fiktionale, aus der Ästhetik der Diktaturen heraus entstandene Phänomene erklären. Vielmehr bilden sie eine Art Palimpseststruktur – so werden die mittelalterlichen Schriftrollen genannt, die einmal oder mehrmals überschrieben wurden – die zwar Veränderungen, Aufschmelzungen und Übertünchungen beinhalten, in denen jedoch durch Abtragen verschiedener übermalter Schichten ein gewisser Realitätsbezug erneut durchscheint. Offensichtlich ging es auch hier der Stalinschen Führung darum, zu verhindern, dass die realiter bestehenden politischen Dissenzen an die (Partei-) Öffentlichkeit gelangten, um nicht unfreiwillig eine Bresche für Protestbewegungen zu schlagen. Insofern sind die „Säuberungen“ im Apparat der Komintern auch als Präventivschlag einer verunsicherten, nur noch auf das NKVD gestützten sowjetischen Führung gegen drohende Gefahren und vermutete potentielle Opponenten zu verstehen, nicht ausschließlich als blinder (und zumal dysfunktionaler) Terror.

Trotz einer abwegigen inhaltlichen „Beweisführung“, was die Kontakte zu Trotzki und dem ominösen „Sekretariat der Vierten Internationale“ anging, dürften Hinweise auf eine Involvierung der Verbindungsstrukturen der Komintern nicht reine Konstrukte gewesen sein.³⁸⁷ Der Verbindungsdienst unterhielt ein weitverzweigtes, multidirektionales und multifunktionales, insgesamt nur schwer kontrollierbares

³⁸⁷ Der erklärende Hinweis bei Reinhard Müller auf die Produktion einer möglichst großen Anzahl von „Verbindungen“ als (nach Hannah Arendt) selbstreferentielle Eigenschaft totalitärer Diktaturen ist hilfreich. Im Falle der OMS, deren (insofern auch durchaus gelungene) Aufgabe explizit die Herstel-

transnationales Netzwerk. Trotz vorhandener Übertreibungen und falscher Selbstdarstellungen liefern die Komintern-Saga des Jan Valtin (Ps. Richard Krebs) oder die Erlebnisberichte über den gescheiterten brasilianischen Aufstand von „General“ Prestes in Rio de Janeiro 1935 diesbezüglich anschauliche Belege.³⁸⁸

Die Indizien für eine „Übernahme“ des Verbindungsdienstes der Komintern durch das NKVD sind eindeutig. Während einer ersten Phase stellten ausländische, nicht-russische Angestellte die Mehrheit der Mitarbeiter (65 bis 100 in Moskau). Nach den „großen Säuberungen“ wurden diese durch jüngere sowjetische Apparatschiki aus dem NKVD oder der GRU ersetzt. Trilisser, der als Sekretär des EKKI von Juni 1937 bis November 1938 für den Dienst zuständig war, gelangte dorthin als Leiter des Internationalen Sektors der GPU. Auch der ausgetauschte neue Leiter des Verbindungsdienstes, K. P. Sucharev, kam vom NKVD. Infolge der Säuberungen gehörten ältere Mitarbeiter der OMS, wie Ja. Zys'man (Süssmann), A. A. Samoilov oder P. Ch. Mezis, zu den großen Ausnahmen. Ein Nebeneffekt der Russifizierung bis Anfang der vierziger Jahre war die Verjüngung des Personalbestandes in Moskau. Der Dienst wurde damit stärker von ausländischen Einflüssen abgeschottet, wobei über die Neuorganisation des weltweiten Netzes des Verbindungsdienstes und der Verbindungspunkte bisher nur wenige gesicherte Erkenntnisse vorliegen.

Das Beispiel der OMS illustriert den fundamentalen Transformationsmechanismus der Leitungsstruktur der Komintern von einem internationalistisch orientierten (und in großen Teilen mit ausländischen Kommunisten besetzen) zu einem russischen, von den Organen der politischen Polizei bzw. den Diensten dominierten Apparat. Die Konsequenzen dieser Entwicklung reichten weit über die Komintern hinaus, die ohnehin bereits auf eine Initiative Stalins hin als letztes Geschenk an Hitler, um diesen zu erweichen und vom Angriffsplan abzuhalten, 1941 aufgelöst werden sollte, was schließlich unter anderen Bedingungen 1943 realisiert wurde.³⁸⁹ Der russische Nationalkommunismus und seine staatlichen Unterdrückungsorgane sicherten fortan die Kontrolle über die nationalen kommunistischen Sektionen definitiv ab.

Analysiert man diese Konstrukte als historische Phänomene und betrachtet sie nicht nur als eine Art totalitäres Teufelswerk, ist frappierend, dass in den Beschuldigungen die aktuelle Situation und Politik sowohl der Komintern als auch der sowjetischen Führung weitgehend abwesend ist. Hinter den Akklamationsorgien des Parteiapparats verbarg sich bei allem ausgeübten Terror weiterhin ein Oppositions-

lung und Unterhaltung eines weltumspannenden illegalen Kontakt- und Kommunikationsnetzes für Informationen, Güter und Gelder war, schießt dies allerdings über das Ziel hinaus.

388 Siehe William Waack: *Camaradas nos arquivos de Moscou. A história secreta da revolução brasileira de 1935*. 5. Aufl. São Paulo: Companhia das Letras 2005; Vgl. Ders.: *Die vergessenen Revolution: Olga Benario und die deutsche Revolte in Rio*. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag 1994 (Aufbau-Taschenbücher: Dokument und Essay. 8013).

389 Der Auflösungsversuch im Jahre 1941 ist erstmals in den Dimitrov-Tagebüchern belegt, siehe Dimitroff, *Tagebücher*, I, S. 374f.

potential, das trotz Abschwörungen und Treuebekenntnissen den Bezug zur Revolution noch nicht gänzlich verloren hatte und vielleicht auch zu einer Absetzung Stalins bereit war. Der Terror hatte nicht nur eine zersetzende Wirkung, er war seinerseits Auslöser für erneute Resistenzen, die bisher kaum in den Blick genommen wurden. Pjatnickij, die *éminence grise* der Komintern, wurde verhaftet, nachdem er auf dem Juniplenium des Zentralkomitees der KP der Sowjetunion 1937, das den Massenterror zum Prinzip erhob, diese Ausweitung als Problemlösung abgelehnt hatte. Auch die hier veröffentlichten kritischen Aufforderungen Münzenbergs, Bucharins, teilweise auch Litvinovs an Stalin bzw. das Politbüro, nun endlich deutliche und wirksame Maßnahmen gegen die zunehmenden NS-Provokationen einzuleiten, sind weitere Hinweise (Dok. 379 u. a.). Als weiteres, in diese Richtung weisendes Indiz hatten die beiden Hauptangeklagten des Zweiten Moskauer Prozesses, Radek und Pjatakow, gegen den von Stalin anfangs verfolgten Kurs der Nichteinmischung im Spanischen Bürgerkrieg ein stärkeres internationalistisches Engagement der Sowjetunion gegen den Faschismus gefordert.

Dass die Sowjetunion mit Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs im Juli 1936 zunächst (ähnlich wie gegenüber Deutschland) eine Politik der strikten Nichteinmischung verfolgte, wurde weitgehend aus der historischen Erinnerung verdrängt. Wie aus einem hier veröffentlichten sowjetischen Politbürobeschluss hervorgeht, wurde ein striktes Verbot von Munitions- und Fluggerätexporten nach Spanien erlassen, das in der *Pravda* vom 30. August 1936 amtlich dokumentiert wurde (Politbüro VKP(b), 29.8.1936). In Punkt 2 des Beschlusses wurde der Beitritt der Sowjetunion zum seitens internationaler linker und Menschenrechtsorganisationen heftig kritisierten Londoner Nichteinmischungskomitee verkündet, das von 27 Staaten auf Initiative Frankreichs einberufen worden war. Dass der sowjetische Nichteinmischungsbeschluss bereits im September/Oktober 1936 wieder umgestoßen wurde und die Sowjetunion unter dem Deckmantel der Komintern Waffen und Freiwillige nach Spanien schickte, kann somit nicht zuletzt auf die genannten Widerstände hoher sowjetischer Funktionäre gegen den Nichteinmischungskurs zurückgeführt werden.³⁹⁰ Die darauf folgenden geheimsten Beschlüsse zur Entsendung von Waffen und Internationalen Brigaden nach Spanien einschließlich der Inempfangnahme der Goldreserven der spanischen Regierung „zur Aufbewahrung“ in der Sowjetunion werden hier in Politbürobeschlüssen nachgewiesen (Politbüro VKP(b), 11.10.1936 u.a.). Allerdings blieb die Sowjetunion formell auch Mitglied des Londoner Nichtinterventionskomitees. Die dort vollführte diplomatische Akrobatik kann anhand der neuen russischen Edition

390 Stephen Cohen mutmaßte, dass gerade die inner- und außersowjetische Opposition gegen den Stalinschen Kurs im Spanischen Bürgerkrieg eine Art Matritze für den zweiten Moskauer Prozess bildete. Broué verstärkt dieses Argument unter Hinweis auf einen *Izvestija*-Artikel Karl Radeks unter dem Titel „Die Kriegstifter bereiten die Intervention gegen die spanische Revolution vor“ (*Izvestija*, 4.8.1936), in dem er offen zur Unterstützung der spanischen Revolution aufforderte. Radek-Biograph Fayet wendet sich gegen diese Interpretation; Pierre Broué: *Staline et la Révolution. Le cas espagnol*. Paris: Fayard 1993. S. 134ff.; Fayet, Karl Radek, S. 699.

der Tagebücher Ivan Maiskij, des sowjetischen Vertreters im Komitee, nachvollzogen werden.³⁹¹

Die deutsche Politemigration in der Sowjetunion als Zielscheibe: Der Beginn der Repression

Nach einem hier veröffentlichten Bericht des Exekutivkomitees der Internationalen Roten Hilfe mit „Tatsachenmaterial“ reisten von 1931 bis 1933 1.725 Emigranten in die Sowjetunion ein. 1933 kamen 35 % aller Emigranten aus Deutschland. Im Mai 1934 wurde seitens der IRH die mangelnde Bereitschaft der Sowjetorganisationen kritisiert, Politemigranten gebührend zu behandeln (Dok. 345). Einer Aufstellung vom Februar 1936 zufolge wurden seit 1920 insgesamt ca. 37.731 Politemigranten aus den diversen Kominternsektionen in der Sowjetunion aufgenommen und davon ca. 8.100 in die KPdSU(b) überführt (Dok. 377). Sog. „Wirtschaftsemigranten“ und Politemigranten zusammengekommen hielten sich 5–6.000 Deutsche in dieser Phase in der Sowjetunion auf (Dok. 401). Nach anderen Zahlen wurden von insgesamt ca. 4.000 deutschen Politemigranten 2.600 in die KP der Sowjetunion überführt. Hier wurde sehr früh der Hebel angesetzt und Repressionsmaßnahmen erfolgten bereits im Herbst 1934. So beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion bereits am 9. August 1934 auf Anfrage des NKVD, sog. deutsche Mitglieder gleich zweier aufgedeckter „faschistischer Organisationen“ – eine davon soll in der Redaktion der „Deutschen Zentral-Zeitung“ entdeckt worden sein – aus der Sowjetunion abzuschieben. Dagegen sollten die russischen Angeklagten einer „Sonderberatung“ des NKVD unterstellt werden.³⁹² Im Herbst 1934 erfolgte der (begrenzte) Umschwung in der sowjetischen Politik zugunsten von Vereinbarungen mit den westeuropäischen Demokratien, obwohl Stalin weiterhin Zeichen des guten Willens an die NS-Führung aussandte.

In einem Bericht für eine spezielle Sitzung im Sekretariat der Komintern kündigte der Leiter der Kaderabteilung der Komintern, Anton Kraevskij (d. i. Wladislaw Stein) bereits im Oktober 1934 eine Säuberung der deutschen Emigration in der Sowjetunion an. Dem Beispiel der ungarischen und jugoslawischen Emigration folgend, sollten eine Säuberung der KPD-Emigration und darüber hinaus auch der KP Polens durchgeführt und die Ergebnisse vor das ZK der VKP(b) gebracht werden (Dok. 356).³⁹³ Neue

³⁹¹ Aleksandr Chubarjan (Hrsg.): Ivan Michailovič Maiskij: Dnevnik diplomata. London 1934–1943. Bd. 1. Moskva: Nauka 2006 (Naučnoe nasledstvo. 33); Zu den Tagebüchern siehe Bernhard H. Bay-erlein: L'histoire du communisme à travers les correspondences et les journaux de Georgi Dimitrov et d'Ivan Maiskij. In: Archives et histoire dans les sociétés postcommunistes. Hrsg. v. Sonia Combe. Paris: La Découverte/BDIC 2009. S. 67–92.

³⁹² RGASPI, Moskau, 17/162/17, 4.

³⁹³ Bericht des Leiters der Kaderabteilung der Komintern, Anton Kraevskij (Wladislaw Stein), mit der Ankündigung einer Säuberung der deutschen Emigration in der Sowjetunion, [Moskau], 25.10.1934; RGASPI, Moskau, 495/21/23, 16.

Töne ließen sich vernehmen, denn so beklagte Elena Stasova im Namen der Internationalen Roten Hilfe Chauvinismus bei deutschen Politemigranten (Dok. 370A). Der Lette Michael Avatin (Ps.: E. Lambert), der u. a. die internationalen Seemannsclubs überwachte, hatte entsprechende Meinungen kolportiert („Die deutschen Emigranten sind Faschisten ohne Hitler“) und sich denunziatorisch dagegen gewandt, dass an der Spitze aller Organisationen der Roten Hilfe Deutsche mitarbeiteten, „welche die Gelder der Organisationen auf Kosten der Politemigranten anderer Nationalitäten sparen.“ Eine solche Lage sei unerträglich, da die Beteiligten nicht schwiegen. Sollten die Massen von solchen „Schweinereien“ erfahren, würden sie sich von der Solidarität abwenden (Dok. 370A).

Exemplarischer für die schroffere Behandlung deutscher Kommunisten in der Sowjetunion bereits vor dem Beginn des großen Terrors ist der Fall des deutschen Kommunisten Kurt Nixdorf. Im September 1935 schrieb dieser bereits zum zweiten Mal an Molotov, dem er 1931 Deutschstunden gegeben hatte (Dok. 369). Der ehemalige stellvertretende Wirtschaftsredakteur der „Moskauer Rundschau“ befand sich schon seit ca. Juli 1935 im Lager, u. a. weil er einer Studentin einen Roman von Ernst Jünger ausgeliehen hatte (!). Seine nun acht Monate andauernde Inhaftierung sah er als „politische Lehrstunde“, in der er „mehr über die Verpflichtungen eines Sowjetbürgers“ gelernt habe als in den fünf Jahren seiner Emigration. Er bat nun Molotov um Freilassung, um weiterhin für das Wohl der Sowjetunion wirken zu können, u. a. habe er bereits Material für eine deutschsprachige Puschkin-Biographie gesammelt.

Nixdorfs Gesuch an den VII. Weltkongress wurde jedoch abgelehnt. Er blieb im GULAG, aus dem er 1937 geholt wurde, um am 14. September auf dem Donskoe-Friedhof erschossen zu werden. Bereits im Herbst 1934 wurden sog. „Informationen“ über eine „konterrevolutionär-terroristische Gruppe von KPD-Mitgliedern“ (die Benennung stammt vermutlich aus 1936) mit an die Innenbehörde Narkomvnudel weitergegeben, der Emel, David, Olberg, Lipsiĉ u. a. angehört haben sollen (Dok 386). Alle Genannten gehörten später zu den Angeklagten des 1. Moskauer Prozesses. Die Kominternbeschlüsse zur politischen Emigration kommentiert die Historikerin Carola Tischler: „Ziel war es, alle Emigranten, deren Verbleib in der Sowjetunion nicht unabdingbar war, aus der UdSSR zu entfernen. Auch Personen, die sich der Partei auf die eine oder andere Art verdächtig gemacht hatten – durch Probleme bei der Alltagsbewältigung, was als mangelnde Loyalität mit dem Land angesehen wurde, oder durch Zugehörigkeit zu früheren fraktionellen Gruppierungen – sollten die UdSSR verlassen.“³⁹⁴ Die Mehrheit der deutschen Emigranten in der Sowjetunion wurde nun überprüft. Verhaftungen und Ausweisungen von KPD-Emigranten betrafen ca. 3.000 der insgesamt 4.000, das Gros zwischen Oktober 1937 und März 1938. Die Kommandierung nach Spanien bewahrte viele vor der Verhaftung, wie der Fall Kurt Schwotzer (alias Karl Hess) exemplarisch zeigt.³⁹⁵

³⁹⁴ Tischler, *Flucht in die Verfolgung*, S. 96f.

³⁹⁵ Tischler, *Flucht in die Verfolgung*, S. 108f.

Per Mitglieder-Umfrage beschloss das russische Politbüro am 28. September 1935 die Einrichtung einer ständigen Kommission zur Überführung ausländischer Kommunisten in die VKP(b). Anfang 1936 verschärfte sich der Ton gegenüber den Politemigranten auch seitens der Komintern. Manuil'skij übernahm hierbei die Rolle des Einpeitschers, um Fakten zu schaffen. Im Januar wollte er mit Nikolaj Ežov über Maßnahmen gegen das „Einsickern von Spionen und Diversanten“ aus dem Ausland sprechen (Dok. 374) und forderte die Schließung der „grünen Grenzen“ für Politemigranten, d. h. die Begrenzung ihres Zuzugs in die UdSSR, sowie ihre Registrierung und Überprüfung, den Umbau der politischen und kulturellen Arbeit unter den Politemigranten und schließlich den Austausch der Führung der Internationalen Roten Hilfe. Das Politbüro der KP der Sowjetunion verfügte darüber hinaus, dass Mitarbeiter ausländischer Verlage sowie Mitglieder des EKKI nicht befugt seien, ohne Genehmigung Manuil'skij's Informationen über das Ausland an die Sowjetpresse weiterzuleiten.³⁹⁶

Allerdings gab es auch Gegenbewegungen. Am 5. Januar 1936 fasste das Politbüro der KP der Sowjetunion einen Beschluss, das NKVD anzuhalten, Eingaben des Außenkommissariats für verhaftete Ausländer stärker zu beachten. In weniger schwerwiegenden Fällen sei die Abschiebung der Betroffenen der Überstellung an ein sowjetisches Gericht vorzuziehen. Nur im Falle „äußerster Notwendigkeit“ sollte hinter geschlossenen Türen verhandelt und den Angeklagten eine Verteidigung vorenthalten werden(!). Das NKVD wurde angehalten, Verhaftungen ausländischer Staatsbürger künftig nur nach erfolgter Genehmigung durch Molotov oder das ZK-Sekretariat der VKP(b) vorzunehmen.³⁹⁷

Die Repression gegen deutsche Kommunisten: Narrative und Realität

Von 1936 an erfolgte die Repression gegen die deutschen Kommunisten zielgerichtet nach bestimmten Kriterien. Zunächst wurden die unterschiedlichen Personengruppen definiert und mittels der in der Kaderabteilung verfügbaren Akten beschrieben und charakterisiert, bevor die Verhaftungen einsetzten. Dabei wurde u. a. die frühere Umgebung Thälmanns selektiv gesäubert, wie es aus dem hier veröffentlichten Brief der Kaderabteilung über Thälmanns ehemaligen Sekretär Werner Hirsch hervorgeht (Dok. 384). Zusätzlich wurde gegen die vermeintliche „konterrevolutionär-terroristische Gruppe von KPD-Mitgliedern“ mit Emel, David, Olberg, Lipsič u. a. vorgegangen (Dok. 386). Kurz vor Beginn des ersten Schauprozesses gegen Grigori Sinowjew, Lev Kamenev, Ivan Smirnov, Sergej Mratčkovskij und 12 andere Funktionäre (19.–24. August 1936) des „trozkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums“ („Prozess der 16“) wurden entsprechende Informationen an Ežov und Jagoda weiter-

³⁹⁶ RGASPI, Moskau, 17/162/19, 116.

³⁹⁷ RGASPI, Moskau, 17/162/19, 24.

gegeben. Interessanterweise wies man dabei daraufhin, dass diese bereits im Herbst 1934 an das Narkomvnudel weitergegeben worden und offensichtlich unbeachtet geblieben seien, ein Hinweis auf einen frühen Beginn der Säuberungsplanungen. Allenthalben wurden nun Verbindungen mit Sinowjew konstruiert und kolportiert, so auch im Falle Heinz Neumanns, der sich noch bei Dimitrov über eine in der Humanité als Beleg dafür publizierte Aussage von Rejngol'd beschwerte, dass er mit Sinowjew („diesem Gesindel“) verbunden gewesen sei (Dok. 389).³⁹⁸

Die deutsche Parteiführung, besonders Pieck, zollte den bereits 1935 einsetzenden Verhaftungen deutscher Emigranten in der Sowjetunion lebhaften Beifall. In einem Brief an die operative Leitung der KPD forderte er im Juli die „Ausrottung“ der Ursachen, die „vom Auslande eingeschleppt wurden.“ (Dok. 385). Florin gegenüber konstruierte er nun einen Nexus zwischen der Verhaftung von über 50 deutschen Kommunisten und einem angeblichen Verrat an die Gestapo, wenn „wir uns nur vergegenwärtigen, in welchem Umfange immer wieder Verhaftungen im Lande erfolgten und wir niemals ernstlich nachkontrollierten, auf welche Ursachen das zurückzuführen war.“ (siehe Dok. 387). Nach den Unterlagen der Kaderabteilung wurden 1935/1936 insgesamt 126 deutsche Kommunisten verhaftet, die in die drei Hauptgruppen „Trotzkisten“ (38), „Verbindung mit Gestapo und deutsches Konsulat“ (50) und „andere sowjetfeindliche Elemente“ (38) unterteilt wurden. Pieck blieb jedoch bald selbst nichts anderes mehr übrig, als sich in die allgemeine Selbstkritik einzubeziehen, vor allem nachdem sein ehemaliger Sekretär David „überführt“ wurde, geplant zu haben, auf dem VII. Weltkongress Stalin zu erschießen. Gute Mine zum bösen Spiel machend, forderte er nun, dass „dadurch endlich einmal diese Eiterbeule gründlich geleert und ausgebrannt [wird], die sich in der hiesigen Emigration gebildet hat.“ (Dok. 387).

Auffälligerweise bezogen die Verfolgungen neben David eine Reihe jüdisch-deutscher Politemigranten ein, bei denen die Durchforschung ihrer Parteivergangenheit „typische“ „trotzkistische oder fraktionelle“ Tätigkeit erwiesen habe. In einem kurz darauf erfolgten Beschluss des EKKI und des Büros der IKK über die Kriterien für den Ausschluss von Kommunisten aus den Kommunistischen Parteien wurden die Parteimitglieder faktisch zu Vogelfreien erklärt (Dok. 388). Anfang September 1936 legte dann die Kaderabteilung der Komintern ein Memorandum über „Trotzkisten und andere feindliche Elemente in der Emigrantengemeinschaft der deutschen KP“ vor, das eine Personencharakteristik von (31 + 8) verdächtigen „Trotzkisten und anderen feindlichen Elementen“ enthielt (Dok. 391). Ende dieses Monats fasste dann das sowjetische Politbüro einen Beschluss, ehemalige Oppositionelle kollektiv als „Spione, Diversanten und Schädlinge der faschistischen Bourgeoisie in Europa“ einzustufen (Dok. 393).

³⁹⁸ Auf seine Nachfrage hin habe ihm Černin mitgeteilt, dass die Humanité den Artikel selbst fabriziert haben müsse, da entsprechendes weder über RUNA noch über TASS kommuniziert worden sei.

Vom 23. bis 30. Januar 1937 fand der gegen Georgij Pjatakow, Karl Radek, Grigorij Sokol'nikov, Nikolaj Muralov, Leonid Serebrjakov und 12 andere Funktionäre minuziös bis zur Reihenfolge des Aufrufens der Zeugen vorbereitete 2. Moskauer Schauprozess statt („Prozess des antisowjetischen trotzkistischen Zentrums“) (Dok. 400). Der deutsche Schriftsteller Lion Feuchtwanger und sein dänischer Kollege Martin Andersen Nexø erhielten den Status von Prozessbeobachtern. Noch während des Ablaufs wurde die deutsche Politemigration kollektiv als durch Gestapo und anti-sowjetische Organisationen vergiftet bezeichnet (Dok. 401). Die „verdächtige“ Haltung zahlreicher früherer Mitarbeiter des KPD-Apparates wurde als aus ihrer Isolierung entstandener „Gefahrenpunkt“ charakterisiert. Die Konsequenzen für die auf besonderen Listen aufgeführten Parteimitglieder waren genauso tödlich, wie für die Mitarbeiter der Kaderabteilung der Komintern, die, wie Černomordik, Mertens und Müller, die Informationen zusammengetragen und jeweils in die passenden Narrative eingepasst hatten.

Sehr eindringlich kommt die Tragödie des unerklärten Krieges Stalins gegen eigene Landsleute und Ausländer, besonders gegen deutsche Kommunisten, Politemigranten und Russlanddeutsche, die selbst nach ihrem Tod nicht rehabilitiert wurden, in einem Bericht des Leiters der Kaderabteilung der deutschen Vertretung in der Komintern, Paul Jäkel („Dietrich“), vom 29. April 1938 zum Ausdruck (Dok. 439). Dem Bericht zufolge gab es Anfang 1937 noch ca. 1.300 Parteimitglieder, die ihre Beiträge in der deutschen Vertretung entrichteten, im Frühjahr 1938 taten dies nur noch 378 Personen, dazu 17, von denen man nicht wusste, ob sie noch lebten. Sollten die Verhaftungen in dem Umfang weitergehen würde, wie Jäkel weiter schrieb, innerhalb von drei Monaten kein deutsches Parteimitglied mehr übrig bleiben. Unter den Frauen der Verschwundenen häuften sich derweil Selbstmorde und der Hunger nehme zu, von dem auch Kinder betroffen seien. Täglich gingen erschütternde Briefe ein, einige Frauen hätten versucht, sich aus dem Fenster der deutschen Vertretung in Moskau zu stürzen. Gertrude Taube soll vorgehabt haben, ihr Kind vor eine Straßenbahn zu werfen und sich dann selbst umzubringen (Dok. 439).

Die Spirale: ‚Systemische Paranoia‘ und Massenterror

Die Verschärfung des Terrors gegen ausländische Kommunisten und „verdächtige“ Ausländer erfolgte parallel zur Ausweitung des Massenterrors in der Sowjetunion im ersten Halbjahr 1937. Die Komintern sollte nicht verschont werden, bezeichnenderweise war es Stalin selbst, der im Februar 1937, während in Moskau die deutsche Kommission tagte, Dimitrov und den Kominternverantwortlichen drohte: „Ihr alle dort in der Komintern arbeitet dem Feind in die Hände“ (Dok. 408). Auf diese Weise verschmolzen bis Mitte des Jahres die unterschiedlichen Zielrichtungen der Repression in einer sich beschleunigenden Spiralbewegung des „großen Terrors“. Auch die antideutsche Ausrichtung wurde verschärft; zwischen deutschen Emig-

ranten, Komintern-Mitarbeitern, deutschen Kommunisten, deutschen Arbeitern und Russlanddeutschen wurden Verhältnisse und Netzwerke konstruiert. In Saratov an der Wolga erfolgte die Aushebung einer vermeintlichen „konterrevolutionären trotzkistischen Organisation“ unter der Leitung des ehemaligen Führers des RFB, Willy Leow (Hofman), sowie weiterer KPD-Mitglieder und Politemigranten, die als aktive Gestapo-Agenten „enttarnt“ wurden (Dok. 399). Die Liste der Verhafteten umfasste 27 Personen. Der regionale Parteisekretär von Saratov, Aleksandr Krinickij, der kurze Zeit später selbst abgesetzt wurde, informierte Stalin persönlich über entlarvte „Faschisten“, „Rechte“ sowie „trotzkistisch-sinowjewistische Doppelzüngler“ in den Partei- und Staatsorganen der Autonomen Republik der Wolgadeutschen. Dabei wurde explizit die Tätigkeit der „sogenannten Politemigranten“ unter der Leitung des ehemaligen RFB-Leiters Willy Leow hervorgehoben. So weist nicht zuletzt die nationale Unterdrückung die Deutschen insgesamt als Hauptopfergruppe aus.³⁹⁹

Die neue Verhaftungswelle gegen deutsche Kommunisten rollte ab März/April 1937. Anfang Mai 1937 „bat“ der Leiter der 3. Abteilung des NKVD, Minaev, um Genehmigung dafür, im Zusammenhang mit der Verhaftung Neumanns weitere deutsche Kommunisten aus „der von ihm geschaffenen antisowjetischen Gruppe“ festnehmen zu können. Namentlich führte er Max Richter, Heinrich Kurella, Fritz Schulte, Hermann Remmele und Kurt Sauerland auf (Dok. 413). Damit erfolgte ein letzter Schlag gegen die noch verbliebenen linken Elemente aus der Parteiführung der KPD.

Währenddessen hatte die Kominternführung ihre Lektion gelernt und Stalins Kritik an der angeblich zu laschen Resolution vom Februar 1937 verinnerlicht. Mitte Mai verlangte das Präsidium der Komintern in einem Entwurf konkretere Maßnahmen zur Bekämpfung der Trotzkisten als „schuftiger, prinzipienloser Bande von Spionen, Diversanten, Terroristen und Schädlingen“ (Dok. 414). Die Solidarität mit der „Entlarvung der gemeinen Spionage- und Schädlingssarbeit der Trotzkisten gegen den Sozialismus und die Sowjetmacht in der UdSSR für Gestapo und japanische Sicherheitsdienste“ verlange konkrete Maßnahmen zur radikalen Bekämpfung ihrer Anhänger in den Reihen der Komintern. Verdächtige Elemente seien dabei anhand ihrer zweideutigen Antworten zu ihrem Verhältnis zur UdSSR, zur Führung der KPdSU, zu den „taktischen Einstellungen des VII. Weltkongresses“, zur „Einheit der Arbeiterbewegung“, zum „Faschismus und zur Politik der antifaschistischen Volksfront“ zu erkennen und zu überführen.

Parallel dazu beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, alle aus der Partei ausgeschlossene „Trotzkisten, Sinowjewisten, Rechten, Dezisten, Schljapnikow-Anhänger und [Mitglieder] anderer antisowjetischen Formierungen (...) aus Moskau, Leningrad und Kiev administrativ in nichtindustrielle Bezirke der [Sowjet-] Union

³⁹⁹ Am 23.4.1937 wurde ein (bisher dokumentarisch nicht nachgewiesener) Vorschlag von Außenkommissar Litvinov im Zusammenhang mit der Ausweisung verhafteter Deutscher vom Politbüro der KP der Sowjetunion angenommen. Über den Beschluss konnte weiter nichts in Erfahrung gebracht werden; RGASPI, Moskau, 17/162/21, 29; siehe auch Politbüro VKP(b), 23.4.1937.

auszusiedeln und zur Ansiedlung an bestimmte Ortschaften zu binden.“ (Politbüro VKP(b), 23.5.1937). Auch sollten „alle Familien derjenigen Trotzlisten, Sinowjewisten, Rechten, Dezisten und Teilnehmer anderen antisowjetischer terroristischer und Spionageorganisationen, die erschossen oder zu Haftstrafen von 5 Jahren und höher verurteilt wurden“, aus den drei Großstädten in die nicht-industrielle Peripherie verbannt werden.

Wenig später beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, Politbüro-Kandidat Jan Rudzutak und den Marschall der Sowjetunion, General Michail Tuchačevskij, aufgrund ihrer angeblich erwiesenen Beteiligung an einem vermeintlichen „trotzkistisch-rechten Block“ sowie Spionage zugunsten Deutschlands (!) aus der Partei auszuschließen und dem NKVD zu überantworten. Aus der inoffiziellen deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit wurden nun Geheimnisverrat und eine Verschwörung der Reichswehr konstruiert, mit der Führung der Roten Armee, Tuchačevskij, Jakir, Uborevič, an der Spitze. Mit dem am 25./26. Mai 1937 angenommenen „Vorschlag“ war der erste Schlag in der „Enthauptung der Roten Armee“ erfolgt. Während es in der Forschung der 1960er Jahre noch hieß, Stalin sei durch ein von der Gestapo gefälschtes Dokument, das über Beneš nach Moskau zugespielt wurde, getäuscht worden, gibt es neuere Hinweise, nach denen das NKVD selbst die deutsche Seite zur Herstellung solcher kompromittierender Dokumente über Tuchačevskij veranlasst hatte.⁴⁰⁰ Der Marschall der Sowjetunion hatte Stalin nicht nur bereits 1932 vor Hitler gewarnt sowie 1935 in der *Pravda* einen Artikel über die „Kriegspläne des heutigen Deutschland“ veröffentlicht, sondern, auch wenn er für die russisch-deutsche Freundschaft plädierte und sich stark für die Zusammenarbeit mit der Reichswehr einsetzte, stets auf die fundamentalen politischen Unterschiede beider Regime hingewiesen.⁴⁰¹ Über seine Popularität hinaus steht zu vermuten, dass er trotz seiner militärischen Bewunderung für Preußen-Deutschland Stalins weitergehende Annäherung an Hitler nicht mitgetragen hätte.

Statt der Einleitung einer effektiven Massenpropaganda gegen Hitlers Kriegspläne seitens der Sowjetunion über alle verfügbaren Kanäle verfolgte das NKVD nun qua operativem Befehl „Agenten unter den deutschen Staatsangehörigen“ als vermeintliche Werkzeuge des deutschen Generalstabs und der Gestapo. Die blutige Jagd auf alle (antifaschistischen) Deutschen in der Sowjetunion war eröffnet (Dok. 418). Die KPD-Führung half bei diesem Unterfangen, wo sie konnte. Im Juli legte das Auslandssekretariat „Materialien“ gegen die „Wühlarbeit“ der „Banditen“ (Trotzkisten,

⁴⁰⁰ Den Beschluss siehe RGASPI, Moskau, 17/3/987, 79. Publ. in: Oleg B. Chlevnjuk, A. V. Kvasonkin, L. P. Košeleva, L. A. Rogovaja (Hrsg.): *Stalinskoe Politburo v 30-e gody, Sbornik dokumentov*. Moskva: AIRO XX 1995 (Dokumenty sovetskoj istorii). S. 156; Walter Laqueur: *Stalin. The Glasnost Revelations*. New York/Toronto: Charles Scribner's Sons, Collier Macmillan 1990. S. 105–110; Rudolf Ströbinger: *Stalin enthauptet die Rote Armee. Der Fall Tuchačevskij*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1990; Gerd Treffer: *Die Tuchačevski-Saga*. Eichstätt: Rolf Kaufmann 1990.

⁴⁰¹ Olaf Gröhler: *Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941*. Berlin: Vision Verlag 1992. S. 73, 79 u. a.

„Versöhnler“, Gestapo u. a. Parteifeinde) in Deutschland, Spanien sowie der Tschechoslowakei vor (Dok. 419). Bei den angeblich involvierten „Fällen“ handelte es sich zumeist um Kommunisten, die im aktiven, illegalen Widerstand standen. Die Denunzierungsabsicht seitens der KPD-Führung war deutlich, die Betroffenen wurden offen mit ihren Klarnamen kommuniziert.

Ein Beispiel aus der großen Masse solcher zeittypischen Dokumente, in denen weitere Personen inkriminiert wurden, stellt der hier veröffentlichte Protokollauszug der Internationalen Kontrollkommission der Komintern vom 23. August 1937 dar (Dok. 423). Darunter finden sich ebenfalls Details zum Fall Leo Flieg, dem ehemaligen Politbüro-Mitglied und Angehörigen der Remmele-Neumann-Gruppe, der 1935 für ein bis zwei Monate ein intimes Verhältnis mit der „Gestapo-Agentin“ und Münzenberg-Mitarbeiterin Juliane Klein gehabt haben und mit ihr über seine spezielle Auslandsarbeit geplaudert haben soll. Darüber hinaus habe er in Moskau ein intimes Verhältnis mit der „verdächtigen Person“ M. Miller unterhalten. Zunächst wurde Flieg ein strenger Verweis „wegen grober Verletzung der Konspiration und leichtfertigen Umgang mit verdächtigen Frauen“ erteilt. Anfang 1938 wurde er verhaftet und 1939 nach schlimmsten Folterungen erschossen.

Während Stalin im November 1937 in Mafia-Manier einen Trinkspruch zur Auslöschung aller Staatsfeinde sowie ihrer Familien und Angehörigen ausbrachte und die Absicht bekräftigte „jeden dieser Feinde [zu] vernichten, sei er auch ein alter Bolschewik, (...) seine Sippe, seine Familie komplett [zu] vernichten“ (Dok. 430), erfolgte im Januar 1938 der Beschluss des sowjetischen Politbüros, die blutigen Säuberungen unter den sog. nationalen Gruppierungen, sowohl Ausländern als auch Sowjetbürgern, bis zum 15. April 1938 fortzusetzen (Politbüro VKP(b), 31.1.1938). Das NKVD wurde instruiert, sog. „Spionage-Diversions-Kontingente“ von Polen, Letten, Deutschen, Esten, Finnen, Griechen, Iranern, Charbinern,⁴⁰² Chinesen, Afghanen und Rumänen zu verhaften. Darüber hinaus sollten, wie es lapidar hieß, die Kader der Bulgaren und Mazedonier (sowohl Ausländer als auch sowjetische Staatsbürger) liquidiert werden (!).⁴⁰³ Die „nationalen Aktionen“ gegen sog. „Spionage-Diversions-Kontingente“ bzw. nationale Minderheiten in der Sowjetunion entsprachen dabei stärker genozidalen Praktiken, die analytisch nicht mehr mit dem Begriff des „Politi-

402 „Charbiner“: Ehemalige Angestellte und Arbeiter der Chinesischen Ost-Eisenbahnlinie (KVŽD) sowie Remigranten aus der Mandschurei.

403 „Es wird festgestellt, daß ausländische Geheimdienste Spione in die UdSSR in Form von Überläufern einschleusen, die sich u. a. als politische Asylsuchende ausgeben. Deswegen sei jeder Überläufer zu internieren und strengstens zu verhören. Wenn es direkte oder indirekte Hinweise auf seine Spionagetätigkeit gibt, dann hat das Militärgericht ein Todesurteil zu fällen. Im Punkt 3 sind selbst die Fälle aller Überläufer, anlässlich derer festgestellt wird, daß sie nicht bösen Willens das Territorium der UdSSR beschritten haben, ebenfalls an das Sonderkollegium der NKVD zu überweisen, mit Anwendung des Strafmaßes 10 Jahre Gefängnishaft.“ Auszug aus dem Protokoll Nr. 57 der Sitzung des Politbüros des ZK der VKP(b). Beschluss vom 31.1.1938, publ. in Leonid Radzichovskij: „Bliznecy-bratja“. In: Stolica (1992). H. 26. S. 6f. (Politbüro VKP(b), 31.1.1938).

zids“ als Auslöschung einer bestimmten Gruppe/Fraktion von Mitgliedern einer Kommunistischen Partei u. a. zu fassen sind.⁴⁰⁴ (Dok. 431).

Auf dem Höhepunkt der stalinistischen Barbarei wurde der 3. Moskauer Schauprozess gegen einen angeblichen „Block der Rechten und Trotzlisten“ eröffnet. Er fand vom 2. bis 13. März 1938 statt; Rykov, Bucharin, Krestinskij, Jagoda, Rakovskij, Ivanov waren die bekanntesten Angeklagten. Am 28. Februar 1938 beriet das Politbüro der KP der Sowjetunion über die Prozessvorbereitungen und legte die Zusammensetzung des Militärgerichtskollegiums, den Termin des Gerichtsbeginns sowie den Text der Anklageschrift zur Veröffentlichung fest. Vermutlich als Vorsichtsmaßnahme gegenüber den zwischenzeitlich international angewachsenen negativen Reaktionen sollten in der Anklage sämtliche Erwähnungen ausländischer Regierungen und ausländischer Repräsentanten in der UdSSR getilgt werden (Politbüro VKP(b), 28.2.1938).⁴⁰⁵

Ein denkwürdiger Appell: Der Brief Eugen Vargas gegen Ausländerhetze in der Sowjetunion und der Komintern

Eine unerwartete, eindringliche Warnung vor den Konsequenzen der „systemic paranoia“ (Moshe Lewin) für die Komintern und die Ausländer in der Sowjetunion lieferte auf dem Höhepunkt des Terrors Stalins Chefökonom Eugen Varga. Als einziger hoher sowjetischer Funktionär dürfte er sich einen derartig fundamentalen Protest zugetraut haben. In einem an Stalin gerichteten, hier erstmals in deutscher Sprache publizierten Brief beschrieb er im März 1938 (jeweils in Kopie an Dimitrov für die Komintern und Ežov für das NKVD), wie statt einer „richtigen Kombination aus Sowjetpatriotismus und Internationalismus“ der „einseitige beschränkte Nationalismus“ immer mehr an Boden gewonnen habe. Der wütende Ausländerhass habe zu einer ausweglosen Situation für die ausländischen Kommunisten in der Sowjetunion geführt. Varga forderte, dass im Besonderen die Stimmungslage in der Komintern verbessert und „der Prozess der schnellen Erschöpfung und Demoralisierung der Kader der Kommunistischen Parteien faschistischer Länder, auf die im kommenden Krieg eine sehr große Rolle zukommen müßte“, gestoppt werden müsse (Dok. 436). Konkret wurde die Demoralisierung und Dezimierung der ausländischen Kommunisten – wie im Fall der Ungarn – dargestellt, die sich in der heroischen Opferung des eigenen Lebens im Spanischen Bürgerkrieg, der ansteigenden Zahl der Verhaftungen in der Sowjetunion sowie der Demoralisierung der sich noch in Freiheit befindlichen Personen äußere. „Selbst der ehrlichste ausländische Revolutionär“ könne sich – so Varga – „seiner Freiheit nicht sicher sein.“ Gegenüber der Kriminalisierungspraxis forderte er u. a. eine systematische Überprüfung der ver-

⁴⁰⁴ Zur noch andauernden Diskussion über Stalins Terror als Genozid siehe Norman M. Naimark: Stalin und der Genozid. Berlin: Suhrkamp 2010.

⁴⁰⁵ RGASPI, Moskau, 17/162/22, 141.

hafteten Ausländer unter dem Gesichtspunkt ihrer möglichen Bedeutung für die Arbeit der Untergrundparteien gegen Hitler (Dok. 436).

Dass die Mehrheit der verbliebenen Kommunisten in Deutschland die Moskauer Prozesse entweder ablehnte oder zumindest mit Unverständnis reagierte, lässt sich nicht nur anhand von Zeitzeugnissen der Oppositionellen und „Versöhnler“ erhärten. Auszüge aus „offiziellen“ Berichten über Meinungen und Stimmungen von KPD-Mitgliedern und antifaschistischen Arbeitern im Deutschen Reich belegen die abstoßende Wirkung der Prozesse und Trotzlistenverfolgungen. „Bei Remmele und Neumann“ könnten viele nicht begreifen, „dass das Lumpen geworden sind“. Man frage sich generell, was in der Sowjetunion los sei, und hielt es für unglaublich, dass sogar Tuchačevskij zum Verräter geworden sein solle (Dok. 433). Man frage sich ebenfalls, was in Spanien vor sich ginge – wobei die Internationalen Brigaden in Spanien weiterhin positiv als Leitmodell für die tüchtigsten Kämpfer angesehen wurden – und ordnete die Moskauer Prozesse als Zersetzungserscheinungen des Sozialismus ein.

Noch im Frühjahr 1938 konstruierte das NKVD ein weiteres Komplott mit der klaren Botschaft, die gegen deutsche Kommunisten, Emigranten u. a. m. gerichteten Repressionen zu verschärfen. Als Grundlage diente hierbei die fingierte Zeugenaussage eines NKVD-Mitarbeiters über eine angebliche Verschwörung deutscher Jugendlicher in der Sowjetunion unter dem Namen „Hitlerjugend“. In der Folge wurden ca. 70 weitere Personen verhaftet, zumeist Kinder von deutschen Emigranten, Facharbeitern u. a. Dass nun der Höhepunkt des Terrors erreicht war und die Warnungen Vargas wenigstens teilweise Beachtung fanden, mag erklären, warum Pieck im April 1938 Dimitrov eine Liste von Verhafteten übermittelte, gegen die in der Kaderabteilung nichts Belastendes vorlag (Dok. 437). Nachdem die große Mehrheit der deutschen Kommunisten in der Sowjetunion nicht mehr lebte, zeigte er sich nun davon überzeugt, dass 15 Personen, darunter P. Scherber (P. Schwenk), W. Kerff und W. Dittbender, keine Verbrechen gegen die Sowjetmacht begangen haben konnten und bat Dimitrov, ihre Freilassung zu erwirken. Die Stimmung unter den deutschen Kommunisten in der Sowjetunion schilderte derweil die Frau des verhafteten Kaderreferenten der KPD, Georg Brückmann, Ella Henrion, die sich in einem Brief an Stalin wandte (!): „Jetzt ist die Stimmung unter den deutschen Genossen so: Sie stehen den vielen Verhaftungen völlig ratlos gegenüber. Sie sagen: Es kann unmöglich sein, daß die deutsche Partei in ihren Reihen so viele schlechte Elemente hatte, daß alle Verschickten wirklich Spione, Konterrevolutionäre usw. sind. (...) Ganz offen sagen die Genossen: Es gibt keinen Zweifel, wir kommen alle dran“.⁴⁰⁶

Derweil protestierte Komintern-Generalsekretär Dimitrov tatsächlich bei Andrej Ždanov gegen die deutsch- und ausländerfeindliche Hetze in der Moskauer Zeitschrift *Le Journal de Moscou*, die kurz und bündig formuliert hatte, dass „jeder im Ausland

⁴⁰⁶ Brief v. Ella Henrions, die Frau des verhafteten Kaderreferenten der KPD, Georg Brückmann, an Stalin v. 29.10.1938. Ohne Archivangabe publ. in Müller, Menschenfalle Moskau, S. 144f.

lebende Japaner (...) ein Spion“, genauso wie „jeder im Ausland lebende deutsche Staatsbürger ein Gestapo-Agent“ sei. (Dok. 438). Fast gleichzeitig beschäftigte sich das Politbüro der KP der Sowjetunion mit einer Anfrage des Außenkommissariats zur Situation der Ausländer in der Sowjetunion (Politbüro VKP(b), 29.4.1938). Per Beschluss wurde das NKVD angehalten, das NKID über jede Verhaftung ausländischer Staatsbürger in Kenntnis zu setzen. Sollte das NKVD Zweifel an der ausländischen Staatsbürgerschaft aufkommen, seien dem Außenkommissariat entsprechende Belege vorzulegen. Auszuweisenden Ausländern, die länger in der UdSSR gewohnt hätten oder sogar in der Sowjetunion geboren seien, solle eine vernünftige Frist zur Klärung ihrer Angelegenheiten eingeräumt werden.⁴⁰⁷

Der Sekretär der Internationalen Kontrollkommission, Wilhelm Florin wandte sich mehrmals brieflich an Dimitrov; so in der Angelegenheit Franz Huber, der nach der Verhaftung seiner Frau Anna Etterer aus der Partei ausgeschlossen wurde (Dok. 444). Unter Anführung von Passagen aus ihren Briefen („Ich unterschrieb alles, obwohl ich nicht lesen konnte, weil ich den Glauben an die Sowjetmacht nicht verloren habe“) forderte er eine Überprüfung. Dimitrov leitete den Brief an Berija weiter, woraufhin die Frau freigelassen wurde. Huber selbst kam später in den auch nach 1938 nie gänzlich eingestellten Säuberungen um. Auch in einem weiteren Dokument wird Ulbrichts Zynismus deutlich, in dem er schreibt: „Die Tatsache, dass jetzt weniger deutsche Genossen in Moskau zu betreuen sind, erlaubt meines Erachtens eine Vereinfachung des Apparats durch Uebergabe der Unterstützungsfragen und der Arbeitsvermittlung an die MOPR.“ (Dok. 442).

Auch die Verfolgungen von Nationalitäten bzw. nationalen Minderheiten in der Sowjetunion wurden fortgesetzt. Durch einen Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion vom 26. Mai 1938 wurden die am 31. Januar 1938 beschlossenen (blutigen) Säuberungen unter den nichtrussischen nationalen Gruppen (sowohl Ausländern als auch Sowjetbürgern) unter dem Deckmantel des Kampfes gegen „Spionage-Diversions-Kontingente“ noch einmal bis zum 1. August 1938 verlängert, einschließlich der Deutschen. Trotz Beendigung des Massenterrors wurde der selektive Terror unvermindert fortgesetzt. Am 15. Juni 1939 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, die Einstellung der „Deutschen Zeitung“ zu veranlassen. Dabei handelte es sich um die ursprünglich für die Russlanddeutschen konzipierte *Deutsche Zentral-Zeitung* (DZZ), deren letzte Ausgabe einen Monat später erschien.⁴⁰⁸

Am 24. November 1938 endete eine Phase des Terrors. An diesem Tag nahm das Politbüro den „freiwilligen“ Rücktritt Nikolaj Ežovs von seinem Posten als Volkskommissar für Inneres an. Der gefürchtete NKVD-Chef wurde von Lavrentij Berija abgelöst und nach seiner Verhaftung im Februar 1940 erschossen.⁴⁰⁹

⁴⁰⁷ RGASPI, Moskau, 17/162/23, 23.

⁴⁰⁸ RGASPI, Moskau, 17/3/1011, 42.

⁴⁰⁹ RGASPI, Moskau, 17/3/1003, 34, 82–84. Publ. in: Chlevnjuk, Kvašonkin, Košeleva, Rogovaja, *Stalinskoe Politbjuro*, S. 168–171.

Gide, Feuchtwanger, Heinrich Mann: Internationale Schriftstellerdebatte und Liquidierung antifaschistischer Verlage und Medien

Auch zum Verhältnis deutscher antifaschistischer Schriftsteller im Exil zu KPD, Komintern und sowjetischen Behörden ermöglichen die Dokumente neue Einblicke. Auf welche Weise KPD-Schriftsteller den Terror antizipierten, ja geradezu beschwörten, beleuchtet eine Fundamentalkritik von Lothar Wolf und Berta Lask an die von Johannes R. Becher „angeleitete“ Moskauer Schriftstellergruppe der KPD (Dok 29.8.1934). Eine große Zahl von Talenten sei so „an den Rand der Partei gedrängt worden und verloren gegangen.“ Weitere himmelschreiende Beispiele illustrierten, dass „ohne die Bechersche Literaturpolitik mit ihrer geheimnistuerischen Sektiererei, ihrer scheimarxistischen „Linientreue“, ihrer beschränkten Splitterrichterei, ihrer theatralischen „Leninretterei“ – in Wahrheit mit ihrer brutalen Verfolgungswut gegen jede Konkurrenz (...) die deutsche revolutionäre Literatur heute viel stärker dastehen [würde].“ (Dok. 351)

Wie zugespitzt die auf Verfolgung und Kriminalisierung ausgerichtete Aktivität auch auf „literarischem Gebiet“ war, zeigt ein Tätigkeitsbericht von Alfred Kurella, der nach seiner Entfernung aus der Kominternarbeit Anfang 1935 an den zentralen kulturellen Projekten der Komintern beteiligt war. Darunter befanden sich der als Dimitrov-Film konzipierte Streifen „Kämpfer“, die Übersetzung der Stalinbiographie von Barbusse, Malraux' Novelle „Die Zeit der Verachtung“ und Aragons „Die Glocken von Basel“. ⁴¹⁰ Bezeichnenderweise wurden im Kurellas Bericht Tätigkeiten gegen „partei-feindliche Literatur“, die Ausrichtung seiner bibliographischen Arbeit im wissenschaftlich-bibliographischen Sektor der Bibliothek der Komintern auf die „bessere Bedienung der Stachanov-Bewegung“ und schließlich der Kampf gegen Parteifeinde bis hin zur Entfernung „partei-feindlicher konterrevolutionärer Werke“ und „liberalistischer Haltungen“ hervorgehoben (Dok. 392).

Neben neuen Einsichten in das Verhältnis deutscher antifaschistischer Schriftsteller im Exil zu KPD, Komintern und sowjetischen Behörden und die Liquidierungen antifaschistischer Verlage und Medien wird neues empirisches Material zur internationalen Debatte der renommierten Schriftsteller André Gide, Lion Feuchtwanger und Heinrich Mann als Hauptprotagonisten geliefert, in der seit 1936 das internati-

410 Siehe zum Film und den einzelnen Titeln genauer Dok. 392. Zur Stalin-Biographie von Barbusse, die Kurella entscheidend mitverfasst hatte, schreibt Brandenberger: „Released in early 1936, it was not only popular, but its unrelenting attacks on Trotsky even appeared to anticipate the party's renewed assault on the former left opposition during the first stages of the Great Terror.“ Allerdings sei das Buch nicht lange in Zirkulation gewesen, da darin zu viele „Volksfeinde“ von 1937 bis 1938 (Rykov, Jakir, Knorin, Enukidze u. a.) positiv erwähnt worden seien. Das Schicksal des Buches soll dann 1938 besiegelt worden sein, als Steckij, der es kommissioniert und übersetzt hatte, verhaftet wurde. Siehe: David Brandenberger: *Propaganda State in Crisis. Soviet Ideology, Indoctrination, and Terror under Stalin, 1927–1941*. New Haven: Yale University Press 2011. S. 157f.

onale Renommee der Sowjetunion auf dem Spiel stand (Dok. 415 u. a.). Unter den Dokumenten befinden sich entlarvende Notizen des deutschen Schriftstellers Lion Feuchtwanger. Wie bekannt, nahm er nicht nur am 2. Moskauer Schauprozess teil, sondern wurde im Januar des Terrorjahres 1937 zu einem längeren Gespräch von Stalin empfangen, das hier wiedergegeben wird (Dok. 397).⁴¹¹ Feuchtwanger bildete international die literarische Speerspitze gegen André Gide, dessen Renommee als „größter, in Europa lebender“ Schriftsteller (Klaus Mann) und Antifaschist zerstört werden sollte, weil er nach der Veröffentlichung seines kritischen Reiseberichtes „Retour de l'URSS“ (deutsch: „Zurück aus der UdSSR“) im Jahre 1936 nicht mehr in die stalintreue Phalanx passte. In einem während Feuchtwangers Moskauaufenthaltes von November 1936 bis Februar 1937 veröffentlichten *Pravda*-Artikel, der gegen Gide gerichtet war, verunglimpfte er den französischen „Ästheten in der Sowjetunion“.⁴¹² Schriftsteller wie Arnold Zweig zeigten sich zutiefst abgestoßen von derartigen Argumenten. Die Gide-Feuchtwanger-Kontroverse entwickelte sich zum emblematischen Kampf um die öffentliche Meinung in Europa und besonders um das Ansehen der Sowjetunion innerhalb der politischen Emigration.⁴¹³

Nach seinem Moskauaufenthalt wurde Feuchtwangers Buch „Moskau 1937“ im Sommer des Jahres als umstrittene Apologie der stalinistischen Sowjetunion und der Moskauer Prozesse publiziert; bis heute wird darüber gestritten, ob es sich um eine Auftragsarbeit handelte. Gide wiederum antwortete darauf mit seinem ergänzten Essay „Retouches à mon Retour en URSS“.⁴¹⁴ Neben überraschenden Einblicken in die politische Psyche Feuchtwangers enthält das hier abgedruckte Gesprächsprotokoll abstruse und gleichwohl bedeutungsschwere Äußerungen Stalins, die nicht nur zum Verständnis der gegen die Opposition vorgebrachten Anklagen, sondern auch zur Entschlüsselung der Narrative des Terrors insgesamt beitragen.⁴¹⁵

Stalin, der den Faschismus kurzerhand als „Quatsch“ und „temporäre Erscheinung“ bezeichnete, unterstellte hierin, dass die Haltung der Trotzlisten so von Angst und Panikmache gegenüber dem Faschismus erfüllt gewesen sei, dass sie sogar zum Verkauf der UdSSR an die Faschisten bereit gewesen wären. Als Feuchtwanger darauf erwiderte, man müsse folglich solche Leute doch eher ins Irrenhaus bringen und

⁴¹¹ Siehe darüber hinaus die von Anne Hartmann gesammelten Aufzeichnungen der ihm während seines Moskaubesuches zugeteilten Sekretärin Dora Karavkina. Anne Hartmann: Lion Feuchtwangers Dolmetscherin. Die Rapporte der Dora Karavkina. In: *Exil. Forschung. Erkenntnisse. Ergebnisse* 30 (2010). S. 28–51; Vgl. dies.: *Lost in translation. Lion Feuchtwanger bei Stalin, Moskau 1937*. In: *Exil. Forschung. Erkenntnisse. Ergebnisse* 28 (2008). 2. S. 5–18.

⁴¹² *Pravda* (30.12.1936).

⁴¹³ Claudie Villard: *Moskau 1937*. In: *Autour du „Front populaire Allemand“*. Einheitsfront – Volksfront. *Etudes réunies par Michel Grunewald et Frithjof Trapp*. Bern/Frankfurt/M.: Peter Lang 1990 (*Contacts. Série 3. Etudes et documents*. 9). S. 289–313.

⁴¹⁴ André Gide: *Retouches à mon Retour de l'URSS*. 81. Ausg. Paris: Gallimard 1937; Deutsch: *Retuschen zu meinem Russlandbuch*. Zürich: Jean-Christophe-Verlag 1937.

⁴¹⁵ Hierzu auch Hartmann, *Lost in Translation*.

nicht auf die Anklagebank setzen, insistierte Stalin auf der Gefährlichkeit solcher grundsätzlich feigen Individuen, die bereits bei der Oktoberrevolution sowie der Kollektivierung Panik verbreitet und nun eben Angst vor dem Faschismus hätten (Dok. 397). Beim Verlassen der Sowjetunion übersandte Feuchtwanger Stalin den Ausdruck seiner uneingeschränkten Hochachtung und Bewunderung und pries den in der Sowjetunion erreichten „ungeheuren Sieg“ der menschlichen Vernunft (Dok. 403).

Stalins Narrative liefern einen Schlüssel für die Anklagekonstruktionen: Es ging dabei nicht mehr in erster Linie um die Verratskonstruktion in allen bekannten Varianten, sondern um den Nachweis persönlicher Feigheit und Panik vor dem Faschismus, also darum, der Opposition – im Gegensatz zur vermeintlich festen Front um Stalin – nachzuweisen, dass ihre Panik gegenüber dem Faschismus sie dazu brachte, sich diesem anzudienen und sich in seine Dienste zu stellen. Der stalinsche Topos, niemals Schwäche, sondern Furchtlosigkeit zu zeigen, gründete sich auf den von Männlichkeitswahn und falschem Heldenmut geprägten Habitus, den Faschismus als historisch temporäre, ja kurzfristige Erscheinung abzuqualifizieren und damit allen ernsthaft Besorgten den ursprünglichen bolschewistischen Willen abzusprechen.

Dass gerade die antifaschistische Kultur und Literatur zu einer Projektionsfläche des Terrors wurde, zeigte nicht nur die Liquidierung des Münzenbergischen „Sonnen-systems“, sondern auch das Ende der Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der Sowjetunion. Johannes R. Becher und Sándor Barta wandten sich mehrmals schriftlich an den Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbands, Kirpotin, (Dok. 398). Auch wegen der hiermit verbundenen Alimentierung wiesen sie auf die Bedeutung der deutschen antifaschistischen Literatur hin. Bezogen auf die kritische Lage der Auslandsverlage, darunter Oprecht (Zürich), Querido (Amsterdam), A. Lange (Amsterdam) und Malik (Paris) schlugen sie die Gründung einer Abteilung für deutsche Literatur beim OGIZ, der Dachvereinigung der sowjetischen Buch- und Zeitschriftenverlage, vor.⁴¹⁶ Zu den terrorbegleitenden Maßnahmen gehörten Ausschlüsse aus dem Schriftstellerverband. Eines unter vielen Beispielen ist der deutsche Schriftsteller Samuel Glesel, der im April 1937 empört auf gegen ihn erhobene Beschuldigungen reagierte, er habe sich als 15-/16-jähriger Arbeiter in den Jahren 1925/1926 kurzzeitig der ultralinken Korsch-Gruppe in der KPD angeschlossen. Es habe damals noch gar keinen organisierten Trotzkismus gegeben. Informationen aus den Kaderakten der Komintern, die seinerzeit zu keinerlei Sanktionen geführt hätten, würden nun herangezogen, um ihn auszuschließen (Dok. 412).

Die Befürchtungen Bechers und Bartas sollten sich bestätigen, wie der im Band veröffentlichte Bericht Willi Bredels belegt, der im Juli 1939 den Zustand der antifaschistischen Literatur auch in der deutschsprachigen Emigration als alarmierend bezeichnete. In den letzten Jahren seien Gefahren für die deutsche Emigration entstanden, die „nicht nur auf den antifasch[istischen] Kampf zurückwirken, nicht nur

⁴¹⁶ OGIZ (Abk.): Ob'edinenie gosudarstvennych knižno-žurnal'nyh izdatel'stv („Vereinigung der staatlichen Buch- und Zeitschriftenverlage“), 1930–1949.

eine mühevolle jahrelange Arbeit zur Gewinnung bürgerlicher Schriftsteller illusorisch machen können, sondern sich unmittelbar in eine antibolschewistische Politik und Kulturpolitik auswirken.“ (Dok. 451A). Bredel beklagte, dass es nach dem Scheitern des Projekts „Verlag 10. Mai“, das er selbst mit dem zwischenzeitlich „abgesetzten“ Michail Kol'cov initiiert hatte, keinen einzigen „linken“, d. h. linientreuen kommunistischen Verlag mehr im Westen gebe. KPD-Autoren seien gezwungen, für amerikanische und englische Verlage zu schreiben und deswegen Konzessionen zu machen. Nur durch eine koordinierte Strategie – darunter Honorarzahungen in Valuta an deutsche Schriftsteller durch sowjetische Verlage – könne man der „Münzenbergschen Politik der Spaltung“ und dessen „feindlicher Verlagstätigkeit“ etwas entgegensetzen. Nach der Liquidierung der von Brecht, Feuchtwanger und Bredel redaktionell geleiteten Zeitschrift *Das Wort* in Moskau und seit Kol'covs Absetzung kontrollierten – so sein bitteres Fazit – von der „Volkszeitung“ und der „Weltbühne“ abgesehen, „Trotzkisten und Bürgerliche“ Zeitungen und Zeitschriften in Paris (Dok. 451A).

Im Unterschied zu Münzenberg behielt dessen enger Weggefährte Heinrich Mann die Sympathie für das sowjetische System länger bei. Diese ging so weit, dass der Schriftsteller noch Mitte 1939 den Wunsch äußerte, in die Sowjetunion überzusiedeln, wenige Monate vor dem Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes, den er später in seinem Tagebuch ungewöhnlich scharf als doppelten Verrat brandmarkte. Wilhelm Pieck übermittelte den Wunsch an den Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbands, Aleksandr Fadeev (Dok. 447), der das Ansinnen mit dem Argument ablehnte, dass der weltberühmte Schriftsteller im Ausland – besonders in den USA – der Sowjetunion bedeutend mehr nutzen könnte als in der Sowjetunion. Im Juli sandte Mann im Zusammenhang mit Honorarfragen zwei kurze Artikel für die russische Presse nach Moskau, die den absoluten defensiven Friedenswillen der Sowjetunion hervorhoben, was allerdings fast wie eine böse Vorahnung gelesen werden kann: „Das Beispiel der Sowjet-Union beweist, dass ein Staat, der seinen Bürgern gerecht werden will, nicht daran denkt, andere Staaten zu überfallen und von der Karte zu streichen. Angreifen, das tun nur volksfeindliche Regierungen; um sich zu halten, müssen sie die Gewalt, der ihre eigene Bevölkerung unterworfen ist, über die Grenzen tragen.“ (Dok. 454). Der Schluss liest sich wie eine sybillinische Beschwörung, in dem er darum bat, den Artikel nicht nur in der *Deutschen Zeitung*, sondern auch in der *Izvestija* abzudrucken: „Tut alles was in Eurer Macht steht, damit die Deutschen ihre Revolution bekommen! Um diesen Preis hat die Welt den Frieden.“

Die „Ulbricht-Verschörung“ und das bürokratische Ende: Letzter Akt des Falles Münzenberg

Völlig problemlos verlief auch die letzte Etappe der parteioffiziellen „Bereinigung“ des Problems Münzenberg nicht, die erst kurz vor Abschluss des Stalin-Hitler-Pak-

tes erfolgte. In einem formal unkorrekten Verfahren wurde Münzenberg bereits im Oktober 1937 aus der KPD ausgeschlossen, der Beschluss wurde jedoch (nicht nur von ihm selbst) nicht akzeptiert. Der eingeleitete Einspruch wurde erst Anfang 1939 von der Internationalen Kontrollkommission behandelt, sodass der gültige und definitive Ausschluss erst am 6. März 1939 vollzogen wurde,⁴¹⁷ und zwar wegen „prinzipienlosen und doppelzünglerischen Verhaltens, wegen seines Kampfes gegen die Einheitsfront, fortgesetzter Intrigen und desorganisatorischer Tätigkeit innerhalb der Volksfrontbewegung, bewusster Störung der Zusammenarbeit der Kommunisten mit anderen antifaschistischen Kräften, versuchten Betrugs gegenüber Anhängern der Volksfrontbewegung, Verbindung mit Trotzlisten und anderen Feinden der Arbeiterbewegung, was alles einem Verrat an der Partei und der Arbeiterbewegung gleichkommt.“ Um deutlich zu machen, dass er dieses Vorgehen nicht akzeptierte, hatte Münzenberg seinen Austritt der KPD erklärt.⁴¹⁸ Neben den phantasmagorischen Anklagen Ulbrichts trat Herbert Wehner auf der Sitzung in Moskau als Scharfmacher hervor. Er bezichtigte Münzenberg nicht nur der versuchten kalten Übernahme – gemeinsam mit Gerhart Eisler – der Parteiführung, sondern auch angeblicher dubioser Beziehungen zu amtlichen französischen Regierungsstellen. Auch die Regierung Largo Caballero in Spanien sollte ihn mit großen Summen unterstützt haben.⁴¹⁹

Festzuhalten bleibt zunächst, dass Münzenberg vor dem Partei- und Kominterngericht die Vorlage einer Anklageschrift, wie es die Nationalsozialisten dem Angeklagten Dimitrov 1933 infolge des in der Hauptsache eben von demselben Münzenberg organisierten Gegenprozess zugestanden hatten, nicht gewährt wurde. Vergeblich hatte Münzenberg gefordert, Zeugen anzuhören, und zwar nicht nur seine Mitarbeiter Martha Stascheck, Hans Schulz, Fritz Granzow und Else Lange, sondern auch die angesehenen Nichtkommunisten und/oder Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid, Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Professor Marek, Emil J. Gumbel, Georg Bernhard und Max Braun (Dok. 443). Ulbrichts hier publizierte „Widerlegung“ von Münzenbergs Anklagen Anfang 1939 unter dem Hauptvorwurf der „ideologischen Entartung“ (!) sind ein Schlüsseldokument für Apparatelogik und Polizeistil der stalinistischen Parteijustiz (Dok. 446). Sie bilden die Grundlage für Münzenbergs definitiven Ausschluss, dem seine Auslöschung aus der historischen Erinnerung der internationalen kommunistischen und sozialistischen Bewegung folgte.

Doch die „Beweisführung“ seitens der Internationalen Kontrollkommission der Komintern vom 20. Januar 1939 und 16. Februar 1939,⁴²⁰ traf weiterhin auf eine gewisse Resistenz im eigenen Lager. Sogar der Leiter des sowjetischen Schriftsteller-

⁴¹⁷ RGASPI, Moskau, 495/205/7000(4), 276.

⁴¹⁸ Seine Erklärung über den Parteiaustritt unter dem Titel „Alles für die Einheit“ (nach SAPMO BArch, Berlin. Nachlass Pieck 36/515, 240–245) wurde bisher nur in französischer Übersetzung publiziert, siehe Les Kominterniens, 1. Dossier Willi Münzenberg. In: Communisme (1994). Nr. 38–39. S. 128–135. Eine Kurzfassung erschien in Die Zukunft (10.3.1939).

⁴¹⁹ RGASPI, Moskau, 495/205/7000, Bd. 3, Bl. 260–262.

⁴²⁰ Beschluss der IKK im Fall Münzenberg, RGASPI, Moskau, 495/205/7000(4), 230.

verbandes, Fadeev, forderte die Überprüfung der wilden Kritik der KPD-Führung an der antifaschistischen Veröffentlichung „Die neue heilige Allianz“ des deutschen historisierenden Schriftstellers Emil Ludwig.⁴²¹ 1936 hatte sich Goebbels über Ludwig dahingehend geäußert, dass „diese Judenpest (...) ausradiert werden [müsse]“.⁴²² Das KPD-Urteil seinerseits wurde im Ausschlussverfahren seitens der IKK belastend gegen Münzenberg verwendet, da Ludwig angeblich das „deutsche Volk herabgesetzt und beschimpft“ und „den Rassismus der National-Sozialisten anerkannt“ habe, woraufhin sich der Schriftsteller sogar persönlich bei der Komintern beschwerte.⁴²³ Knapp zwei Monate später erfolgte die Entscheidung der Internationalen Kontrollkommission der Komintern; hierin wurde Ludwigs antifaschistische Broschüre nun tatsächlich als ein von Münzenberg verlegtes „trozkistisches Buch“ bezeichnet, das „objektiv antihistorisch“ sei und „für die antifaschistische Bewegung schädliche Behauptungen“ enthielte (Dok. 451A). Das auf Verunglimpfung und Diffamierung Unschuldiger bauende Narrativ diene allein dem Ziel, sog. „Beweise“ gegen Münzenberg zu konstruieren.

Dass sich die Kaderabteilung der Komintern kurz darauf im Jahre 1939 auch mit Walter Ulbricht selbst beschäftigte, ist aufgrund seiner vielfältigen und nicht weiter verfolgten „Enthüllungen“ und fast pathologischen Angriffen, wie im Falle Münzenberg, verständlich, bleibt jedoch aufgrund seiner zentralen Rolle als Helfer Stalins erstaunlich. Auf Ersuchen der Kaderabteilung hatte Wilhelm Florin als Vorsitzender der Internationalen Kontrollkommission eine überraschend negative Beurteilung Ulbrichts abgegeben. Er führte dabei eine lange Liste seines Fehlverhaltens in der Kaderpolitik der KPD an, ohne allerdings auf die weitergehenden Beschuldigungen und die von Münzenberg angeführten Personen einzugehen. Seine Diagnose einer „gewissen Krankheit“ Ulbrichts war gleichwohl in ihrer Eindeutigkeit erstaunlich: „Starrheit, bürokratische Tendenzen, Kommandeurmethoden, krankhafter Ehrgeiz sind wohl die Grundursachen der mangelnden Wachsamkeit bei Genossen Ulbricht“ (Dok. 452).

Das vernichtende Fazit gab Münzenberg zumindest teilweise Recht: „Genosse Ulbricht hatte absolut kein richtiges Verständnis für eine bolschewistische Kaderpolitik, für eine Erziehung oder Umerziehung von Kadern und er war, wie das erwiesen ist, sehr blind gegenüber der Tätigkeit der Feinde.“ Angesichts dieses Verdikts muss angenommen werden, dass Ulbricht zu diesem Zeitpunkt selbst höchst gefährdet war, der vielleicht aus diesem Grunde auch noch nach dem Ausschluss Münzenbergs die IKK „gebeten“ hatte, dessen konkrete Anschuldigungen gegen ihn weiter untersuchen zu lassen. Tatsächlich wurde die eigentliche Untersuchung dazu erst nach der

⁴²¹ Emil Ludwig: „Die neue heilige Allianz. Über Gründe und Abwehr des drohenden Krieges“. Strasbourg: Sebastian Brant 1938.

⁴²² Vgl. zu Ludwig: „Eine Deutschland-Debatte in den USA“. In: Sozialistische Mitteilungen (1942). Nr. 43.

⁴²³ RGASPI, Moskau, 495/205/7000(4), 230.

Rehabilitierung Ulbrichts durch einen Beschluss der IKK vom 5. Juli 1939 durchgeführt, die zugleich die „Ulbricht-Verschwörung“ gegen ihn abschließt.

Die IKK sah in den Anschuldigungen Münzenbergs gegen den Genossen Ulbricht keinen Grund, gegen den Genossen Ulbricht ein Verfahren einzuleiten (Dok. 453). Im gleichen Beschluss wurde das ZK der KPD jedoch aufgefordert, „einige Personen, die Münzenberg anschuldigt“, zu überprüfen, wie es hieß „im Interesse der antifaschistischen Bewegung“. So kam es auch, dass die IKK einen Monat vor Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes eine Überprüfung der Vorwürfe Münzenbergs (zumeist über Spitzeltätigkeit) gegen Bruno Salomon, Otto Katz, Lambert (Zuckermann), Rudolf Katz, Zienau, Caro, Fischer, Ast alias Strehl, Körber, Boskowitz und Dr. Bardasch forderte. Der Beschluss wurde jeweils durch die von Ulbricht zu den einzelnen Personen abgegebene schriftliche Charakteristik ergänzt. Für den Historiker ergibt sich hier ein weiterer Schlüsselskandal des „deutschen“ Stalinismus, der allerdings aufgrund der nachfolgenden Ereignisse und der immer stärker gegen den Pakt gerichteten propagandistischen und publizistischen Tätigkeit Münzenbergs im Rahmen der neuen Zeitschrift *Die Zukunft* nicht weiter verfolgt wurde.

Krise des Immobilismus:

Vom Münchner Abkommen zum Stalin-Hitler-Pakt 1938–1939

Im Sommer 1939 intensivierte die Stalinsche Führung die Kontakte mit Berlin. „Sagen Sie“, meinte Ribbentrop am 2. August 1939 zu Georgij Astachov, dem Geschäftsträger der sowjetischen Vertretung in Berlin, bei einem Empfang in Berlin, „haben Sie nicht auch den Eindruck, daß das nationale Prinzip in ihrem Lande das internationale zu überwiegen beginnt? Das ist eine Frage, die den Führer brennend interessiert (...)“.⁴²⁴ Stalin dürfte jedoch bereits vor dem Münchner Abkommen vom 30. September 1938, das nicht nur das Scheitern der westlichen Demokratien offenbarte, sondern auch eine schwere Niederlage für die sowjetische Außenpolitik war – die Sowjetunion wurde nicht zur Konferenz eingeladen –, ein Zusammengehen mit Hitler ins Auge gefasst haben.⁴²⁵ Noch um den 20. September 1938 herum hatte die UdSSR dem tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš zugesichert, dass sie im Falle einer deutschen Aggression dem Lande helfen würde, falls Frankreich dies auch tue oder falls sich die Tschechoslowakei an den Völkerbund wenden sollte.⁴²⁶ Nach der Besetzung der „Rest-Tschechei“ im März 1939 reagierte die Sowjetunion jedoch nur halbherzig und erkannte recht schnell auch auf diplomatischer Ebene die von Hitlerdeutschland in Mitteleuropa und auf dem Baltikum gewaltsam geschaffenen Realitäten an,

⁴²⁴ Besymenski, Stalin und Hitler, S. 209, der gesamte Brief: S. 205–209.

⁴²⁵ So auch in einer italienischen Togliatti-Biographie, siehe Aldo Agosti: Palmiro Togliatti. Torino 1996. S. 245.

⁴²⁶ Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 363.

während neue Vorschläge für Lieferungen aus Deutschland für das sowjetische Rüstungsprogramm ausgearbeitet wurden.⁴²⁷ Der von Stalin zur Fühlungnahme mit Hitler eingesetzte Astachov, ein Pionier der Annäherung, wurde bald darauf verhaftet und nach schrecklichen Torturen umgebracht, wie auch sein Vorgänger in Deutschland, David Kandelaki.⁴²⁸ Zugleich trug die sich abzeichnende Niederlage der republikanischen und stalinschen Politik im Spanischen Bürgerkrieg weiter zur Demoralisierung der Komintern bei. Im Frühjahr 1938 versuchte man zwar, einen breiteren propagandistischen und antifaschistischen Volksfrontkurs wieder aufzunehmen. Die in der Emigration neu zu schaffenden Einheits- und Volksfrontausschüsse sollten jedoch ausdrücklich nicht mit Leitungskompetenzen ausgestattet werden.

Was die KPD anging, ist der bereits erwähnte Beschluss des Sekretariats des EKKI zum Bericht über die Lage in der KPD und die Situation in Deutschland vom Mai 1938 hier abgedruckt (siehe Dok. 440). Die Kominternführung erkannte hierin einen „grossen Heroismus und den eisernen Willen“ der „Kader der Partei im Lande“, ihrer Agitation für den Widerstand und im Kampf gegen das Hitlerregime. Die Kritik gegenüber der Parteiführung war jedoch vernichtend, die „völlig ungenügend“ angesichts der „gewaltsamen Unterjochung des österreichischen Volkes“ und der „Bedrohung der Tschechoslowakei durch den Hitlerfaschismus“ sowie der „durch die faschistische Kriegsprovokation hervorgerufenen akuten Gefahr eines neuen Weltkrieges“ reagiert und die Kader im Lande nicht genügend unterstützt habe. Ein typischer Zug des Stalinismus, die kritischen Ansätze der innerparteilichen Gegner, nachdem sie zunächst politisch ausgeschaltet und dann physisch liquidiert waren, bis zu einem gewissen Grade doch zu übernehmen, kam hier zur Geltung. So urteilte das EKKI-Sekretariat in einer Kritik der KPD-Führung fast im Münzenbergischen Duktus: „Den vom Faschismus angewandten Methoden des Massenbetruges, den von ihm angewandten chauvinistischen und sozialdemagogischen Argumenten wurde in der Propaganda nicht in einer den Massen genügend verständlichen und überzeugenden Sprache und Argumentation entgegengetreten.“ (Dok. 440). Besonders entlarvend war die Feststellung, dass es noch nicht gelungen sei, „die gesamten Kader der Partei von dem revolutionären Zweck der Einheits- und Volksfrontpolitik“ zu überzeugen und keine „festen Stützpunkte“ im Lande geschaffen zu haben. Die Komintern hielt nun dringend eine Reorganisierung der Parteileitung sowie die Verlegung der operativen Leitung ins Land für notwendig, wohingegen die Einheits- und Volksfrontausschüsse in der Emigration weiterhin nur als Hilfsorgane anzusehen seien.

Während Il'ja Erenburg in der *Pravda* den spanischen Falangisten als „spanische Patrioten“ symbolisch seine „versöhnliche Hand“ reichte,⁴²⁹ wurde im Juli 1938 die Vereinbarung über den Rückzug der Internationalen Brigaden aus Spanien beschlos-

⁴²⁷ Lev Besymenski: „Die sowjetisch-deutschen Verträge von 1939. Neue Dokumente“. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 2 (1998), Nr. 2, S. 77–108.

⁴²⁸ Besymenski, Stalin und Hitler, S. 210.

⁴²⁹ Siehe *Pravda* (17.6.1938).

sen – trotz einer ungewöhnlich scharfen Kritik Palmiro Togliattis, immerhin der Nr. 3 der Komintern. Eine Reaktion auf den „Anschluss“ Österreichs seit Hitlers Einmarsch im März 1938 erfolgte verspätet. Im Herbst des Jahres formulierte die Komintern zwar eine Antwort auf die antijüdische Reichspogromnacht in Deutschland vom 9. auf den 10. November 1938, bezeichnete es allerdings parallel dazu in einem Funkspruch für Friedrich Geminder als vorrangiges Ziel, Instruktionen dahingehend nach Paris zu übermitteln, „wie die jüngsten jüdischen Pogrome (sic) in Deutschland für die allseitige Verstärkung der Kampagne gegen die profaschistische und kapitulantenhafte Politik der bürgerlichen Regierungen Westeuropas gegenüber dem deutschen Faschismus zu nutzen“ seien.⁴³⁰

Die in Deutschland als Partei nicht mehr existente KPD bekräftigte hingegen auf ihrer „Berner Konferenz“ (30.1.–1.2.1939), die in Draveil in der Nähe von Paris stattfand, zwar noch einmal die Gültigkeit der Volksfront und verabschiedete ein Manifest für „eine breite Volkserhebung“ zum Sturz Hitlers, in dem die Errichtung der „revolutionär-demokratischen Herrschaft der Arbeiter und Bauern“ gefordert wurde. In Moskau hieß es dazu jedoch drei Monate später seitens der Parteileitung, dass es besser sei, das Dokument vorerst nicht zu veröffentlichen.⁴³¹ Die Entscheidung erfolgte an dem Tag, an dem Litvinov als Außenkommissar durch Molotov ersetzt wurde und Stalin eine Säuberung des Volkskommissariats für äußere Politik befahl. Hitler und Goebbels konnten in der Übernahme des Amtes durch den Nichtjuden Molotov einen weiteren Hinweis auf die Ernsthaftigkeit von Stalins Absichten erkennen. Offiziell wurde Litvinov als charismatischer Außenkommissar, der in den dreißiger Jahren auf der internationalen diplomatischen Bühne das personifizierte antifaschistische Gewissen der Sowjetunion dargestellt hatte, wegen „illoyalen Verhaltens“ abgesetzt.⁴³² Als er wohl letztmals am 15. April 1939 dem Politbüro den dringenden Vorschlag machte, ein breites Bündnis mit den Westmächten zur Verhinderung eines Krieges einzugehen, hatte Stalin erneut ablehnend reagiert – ein Hinweis darauf, dass er auf ein Zeichen Deutschlands wartete.⁴³³ Ohne die geheimen, zum Abschluss des Paktes führenden Kontakte zu kennen, erkannte Trotzki im mexikanischen Exil frühzeitig einen Paradigmenwechsel, nach dem infolge des Münchner Abkommens die These vom Krieg der Demokratien gegen den Faschismus – die zugleich die the-

430 Dimitroff, Tagebücher, S. 224. Es wurde berichtet, dass KPD-Widerstandsgruppen zur Verurteilung der Pogrome eine illegale Ausgabe der „Roten Fahne“ herausgaben.

431 Wilhelm Pieck: Chronik. Eintrag vom 3.5.1939 (SAPMO/BArch).

432 Sabine Dullin: „Le rôle de Maxime Litvinov dans les années trente.“ In: Communisme (1995). Nr. 42/43/44. S. 7–93, hier: S. 83ff.

433 Brief des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, M. Litvinov, an den Generalsekretär des CK der VKP (b) I.V. Stalin, 15. April 1939. In: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte (1917–1991), http://mdx.bib-bvb.de/cocoon/1000dok/dok_0024_lit.html (20.8.2013).

oretische Grundlage der Volksfronten bildete – obsolet geworden sei und Stalin nun unmittelbar eine Allianz mit Hitler anstrebe.⁴³⁴

Ausblick: Vom Stalin-Hitler-Pakt bis zur Auflösung der Komintern (1939–1943)

Liquidierung des Antifaschismus, Preisgabe der linken Solidarität und Legalisierungswahn der KPD im Hitlerreich

Die nächstfolgende Etappe unter der Ägide des Stalin-Hitler-Paktes bedeutete eine durch einen plakativen Antiimperialismus nur teilweise verdeckte, weitgehende Umkehrung der Werte im Rahmen des Kräfterdreiecks von KPD, Komintern und VKP(b). Dieser Umwertung entsprach die Liquidierung des Antifaschismus, die Preisgabe der Grundprinzipien linker Solidarität wie auch die illusorische Erwartung der KPD-Führung auf eine Legalisierung der Partei im Hitlerreich (!).⁴³⁵ Am 2. August 1939 kündigte das bereits erwähnte Gespräch des sowjetischen Gesandten in Berlin, Georgij Astachov, mit Ernst von Weizsäcker und Reichsaußenminister Ribbentrop das folgende politische Erdbeben an: „Offenbar in dem Bestreben, etwas Freundliches zu sagen, bemerkte er [Ribbentrop], er kenne unser Land zwar nicht, habe aber in den Ländern der sogenannten westlichen Demokratien viele Jahre verbracht. Daher scheine es ihm, dass die Deutschen mit den Russen ungeachtet aller Unterschiede in den Ideologien leichter sprechen könnten. Zudem hätten er und der Führer den Eindruck, dass sich das nationale Element in der UdSSR in den letzten Jahren im Vergleich zum internationalen verstärke. Wenn das so sei, wäre dies günstig für eine Annäherung der UdSSR und Deutschlands.“⁴³⁶

Die offizielle, mit den beiden Pakten vom 23. August 1939 („Nichtangriffsvertrag“) bzw. 29. September 1939 („Grenz- und Freundschaftsvertrag“) und den jeweiligen geheimen Zusatzprotokollen zur Aufteilung Ostmitteleuropas besiegelte Freundschaft zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus zwang die kommunistische Bewegung zum Unfassbaren: Zur Absage an Antifaschismus, Internationalismus und

⁴³⁴ Leo Trotzki: „Hitler und Stalin“ (6.3.1939). In: Ders., Schriften, 1.2., S. 1155–1160.

⁴³⁵ Die weitere Entwicklung wird hier nur cursorisch wiedergegeben, da zwischenzeitlich im Rahmen der Komintern-Sektion der Deutsch-Russischen Geschichtskommission eine den Zeitraum umfassende thematische Edition erschienen ist. Siehe Bayerlein, Der Verräter; Vgl. zusätzlich K. Kinner [u. a.] (Hrsg.): Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. III: Im Krieg. 1939–1945. Berlin: Karl Dietz 2009 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. VIII).

⁴³⁶ Aus einer Aufzeichnung des sowjetischen Gesandten Georgij Astachov mit Weizsäcker und Ribbentrop in Berlin, AVPRF, Moskau, 3/64/673/49–52, 53–59; In russischer Sprache publ. in Dokumenty vnešnej politiki XXII.1. S. 566–569; In deutscher Sprache publ. in Besymenski, Stalin und Hitler, S. 205–209.

Solidarität. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen, das Stalin und Hitler sich wie eine Beute teilten, erklärte die Komintern den „französisch-englischen Imperialismus“ zum Hauptfeind. Die gleichgeschalteten Kommunistischen Parteien verteidigten nun das Bündnis zwischen Sowjetunion und Deutschland als neu entstandenes globales Lager des Weltfriedens oder vertraten einen neutralen Anti-Imperialismus, in dem Hitler nicht mehr der Feind war, ohne das Bündnis zu kritisieren oder etwa in Frage zu stellen. Wer dies in Frage stellte, galt als „Konterrevolutionär“ und „Feind des Friedens“. Die *Izvestija* erklärte, Zuneigung oder Ablehnung des „Hitlerismus“ sei eine „Frage des Geschmacks“, ein Krieg zu seiner Vernichtung aber eine „verbrecherische Dummheit“.⁴³⁷

Während die deutschen Kommunisten in der Emigration weiterhin antifaschistisch dachten und wie Franz Dahlem⁴³⁸ an der Seite Frankreichs mit der Waffe in der Hand gegen Hitler kämpften – was ihnen unverzüglich von der Komintern untersagt wurde –, kommentierte die sowjetische Führung den blutigen Vormarsch Hitlers in Europa zunächst positiv.⁴³⁹ Im Sommer 1940 verhandelten kommunistische Parteiführungen in Frankreich, Belgien und anderswo mit den deutschen Besatzungsbehörden, um eine legale Presse einzufordern oder – wie in Belgien – sogar die Arbeiter zur Erhöhung der Produktion zu mobilisieren.⁴⁴⁰ Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht spekulierten bereits auf eine legale Betätigung im Hitlerreich.⁴⁴¹ Der französische kommunistische Parteiführer Jacques Duclos träumte gar von einer gemeinsamen Aufteilung Eurasiens und einer neuen Weltherrschaft unter der Vorherrschaft Stalins und Hitlers.

Exilierte und (noch) im Ausland inhaftierte Kommunisten wurden nach Deutschland zurückbeordert. Der in den Geschichtsbüchern der DDR behauptete Neubeginn des antifaschistischen Widerstands in dieser Periode war in Wahrheit eine Anpassung an Nazideutschland. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941, den Stalin nicht erwartet hatte, ließ die Komintern erneut eine Wendung um 180 Grad vollziehen, die jedoch nicht vollständig war, da bestimmte Elemente aus der Paktperiode übernommen wurden. Der zweifellos heroische transnationale Widerstand der Kommunisten im NS-unterjochten Europa und im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkriegs steht auf einem anderen Blatt, doch nach Abschluss des Paktes bejubelten im Winter 1939 zunächst Komintern und kommunistische Parteiführungen Stalins Krieg gegen Finnland (1939–1940), genauso wie das als Befreiungsaktion camouflierte sowjetische

⁴³⁷ *Izvestija*, 9.10.1939. Die zitierten Äußerungen wurden von Stalin selbst der wesentlich weniger konkreten Ursprungsfassung des Artikels hinzugefügt. Siehe: Maksimenkov: Bol'shaja cenzura [Fn. 36], S. 515.

⁴³⁸ Ulrich Pfeil: „Das Pariser Auslandssekretariat der KPD im August/September 1939. Ein neuralgischer Punkt in der Geschichte des deutschen Kommunismus“. in: Anne Saint Sauveur Henn (Hrsg.): Fluchtziel Paris. Die deutschsprachige Emigration 1933–1940, Berlin, Metropol, 2002, S. 137–152.

⁴³⁹ Bayerlein, *Der Verräter*, S. 264ff.

⁴⁴⁰ Bayerlein, *Der Verräter*, S. 272.

⁴⁴¹ Bayerlein, *Der Verräter*, S. 208ff.

Vordringen in Ostmitteleuropa. Derweil wurden Thälmann und andere Kommunisten in NS-Haft im Stich gelassen und unangepasste Intellektuelle sowie linke Verlage, die schockiert auf den Bruch der linken Solidarität reagierten, von der Komintern diffamiert. Ulbricht forderte, das Wort „Nazi“ aus dem Wortschatz der KPD zu streichen: „Ich halte diese Terminologie für falsch, weil dadurch eine Gleichsetzung der faschistischen Führer und der nationalsozialistischen Werktätigen erfolgt.“⁴⁴²

Proteste gegen die NS-Herrschaft blieben nunmehr aus; französische Kommunisten träumten von einer „friedlichen“ Zukunft Europas unter Hitler und Stalin; Komintern und KPD-Führung schwiegen weitgehend zu KZs und Judenverfolgung; Versuche, das Schicksal Tausender Internierter oder verhafteter Kommunisten zu verbessern oder sie gar zu retten, wurden bestenfalls nur noch selektiv unternommen. Meistenteils überließ man die eigenen Genossen ihrem Schicksal, wie der Fall des in Frankreich internierten Dahlem zeigt, oder – insoweit sie nicht bereits den blutigen Säuberungen Stalins in der Sowjetunion zum Opfer gefallen waren – lieferte sie an die Gestapo aus. Noch zwei Monate vor dem längst beschlossenen Angriff Hitlers leitete der „betrogene Betrüger“ Stalin (Heinrich Mann) Maßnahmen ein, um die Komintern aufzulösen, vermutlich, um den anderen Betrüger doch noch von seinen Angriffsabsichten abzubringen. Die Offerte wurde jedoch nicht mehr angenommen. Dass Stalin Warnungen seiner Geheimdienste und der Komintern vor einem bestehenden deutschen Angriff weitgehend missachtete, ist mittlerweile vielfach belegt.⁴⁴³

Die neue Wende infolge des Überfalls Hitlers auf die Sowjetunion im Juni 1941 war keine Wende im Sinne des klassischen Antifaschismus. Vielmehr mobilisierte eine Symbiose von Sowjetpatriotismus und Antifaschismus weltweit Kräfte zur bedingungslosen Unterstützung der Sowjetunion. Widerstand und Heroismus im Kampf gegen Hitler konnten den „Verrat an der eigenen Sache“ jedoch nicht völlig ungeschehen machen. Gerade unter dem Deckmantel dieses neuen Antifaschismus wurde das weiterhin offiziell propagierte Selbstbestimmungsrecht den Völkern und Nationen besonders in Ostmitteleuropa verwehrt.

Der Stalin-Hitler-Pakt als nationalistische Wende: Die definitive Liquidierung des Antifaschismus

Bis zum heutigen Tag nimmt der Zweite Weltkrieg den wichtigsten Platz im historischen Gedächtnis Russlands ein. Die vom Sieg gekrönten Bemühungen der Sowjetunion während des Krieges wiegen im historischen Diskurs stärker als die Erinnerungen an die „dunklen Jahre“ der Kooperation der Diktatoren während des

⁴⁴² Stellungnahme Ulbrichts v. 6.2.1940. Zit. in Bayerlein, *Der Verräter*, S. 216f., Fn. 15.

⁴⁴³ Entsprechende Dokumente siehe V. A. Gavrilov (Hrsg.): *Voennaja razvedka informiruet. Dokumenty Razvedupravljenija Krasnoj Armii, janvar' 1939 – ijun' 1941 g.*. Moskau 2008; Bayerlein, *Der Verräter*, S. 354–363.

deutsch-russischen Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes von 1939 bis 1941. Bei Ausgang des Krieges bezeichnete George Orwell das Verschwinden des Paktes aus Schulbüchern und kollektivem Gedächtnis als Musterbeispiel für die rasche Auslöschung eines historischen Ereignisses aus der historischen Erinnerung als Folge einer nationalistischen Manipulation von Geschichte.⁴⁴⁴

Andererseits erfüllte die Paktperiode zwischen 1939 und 1941 eine Schlüssel-funktion für die zentralen Wendungen und Transmutationen in den Nationalisie-rungsprozessen des stalinistischen Kommunismus als internationale Bewegung, der „Nationalen Fronten“ oder der „Volksdemokratien“, die als Zentralmomente der Nach-kriegsgeschichte ohne ihre Entstehungsgeschichte nicht gänzlich verstanden werden können.⁴⁴⁵ Unter der Guideline des Paktes wurden neue Erzählungen gültig und neue Orientierungen umgesetzt. Für die deutschen Kommunisten bedeutete dies beispiels-weise eine neue Vorliebe für „nationale“ Schriftsteller, gegen das Exil,⁴⁴⁶ den Rück-griff auf das nationale Prinzip in der Musik (wie Richard Wagner)⁴⁴⁷ und insgesamt eine affirmative Bejahung des großrussischen nationalen Historizismus. Während ein solcher Zugang nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion im Juni 1941 der KPD verwehrt wurde, erfolgte im Verlauf des Zweiten Weltkrieges seine Ausdehnung auf weitere Kommunistische Parteien, speziell der Anti-Hitler-Koalition. Nach dem Krieg erfolgte dann im Rahmen der sog. „nationalen Geschichtsbetrachtung“ in der internationalen kommunistischen Bewegung eine Generalisierung dieses Zugangs.⁴⁴⁸

Die 1938 von Eugen Varga als gefährlich beschriebene Entwicklung erscheint nun als folgerichtiger Teil der Annäherung Stalins an Hitlerdeutschland. Dieser trug zur schnellen Zermürbung und Demoralisierung der Kader Kommunistischer Parteien in den faschistischen Ländern bei, die für den zukünftigen Krieg von zentraler Bedeu-tung gewesen wären. Die Paktperiode verdeutlicht auf beispielhafte Weise die politi-

⁴⁴⁴ George Orwell: *Notes on Nationalism*. London 1945. Online auch http://www.orwell.ru/library/essays/nationalism/english/e_nat (10.7.2013).

⁴⁴⁵ Bis zur Implosion der Sowjetunion war der Stalin-Hitler-Pakt ein Tabu in der gesamten sow-jetisch beeinflussten Welt, einschließlich der Hauptopferstaaten Polen und der baltischen Länder. Selbst nach der Veröffentlichung der Dokumente des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- und des Freundschaftspaktes wurden die folgenden Jahre bis zum deutschen Überfall kaum systematisch er-forscht. Siehe hierzu Aleksandr O. Chubaryan: *Kanun tragedii. Stalin i meždunarodnyj krizis, senti-abr' 1939–ijun' 1941 goda*. Moskva: Nauka 2008.

⁴⁴⁶ „Es hat sich erwiesen, daß einige Schriftsteller in der Emigration, die als fortschrittlich galten, sich mehr oder weniger auf die Seite der englisch-französischen Reaktion gestellt haben, während andererseits in Deutschland manche Schriftsteller tätig sind, die als fortschrittlich bezeichnet werden können, oder die sich in fortschrittlichem Sinne entwickeln können. (Notizen von U[lbricht?] an Di-mitrov „Zum weiteren Auftreten der mit uns sympathisierenden deutschen Schriftsteller“, 24.1.1940; SAPMO-BArch, Berlin. RY 5/I 6/3/290, 7–9. Publ. in Bayerlein, *Der Verräter*, S. 227f.

⁴⁴⁷ Wagner's „Walküre“ wurde im Moskauer Bolschoi-Theater im November 1940 gegeben. Siehe Wladislaw Hedeler, Nadja Rosenblum: 1940. Stalins glückliches Jahr. Berlin: BasisDruck 2001. S. 199.

⁴⁴⁸ Siehe für die DDR Martin Sabrow: *Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969*. München: Oldenbourg 2001.

schen Mechanismen, Propaganda, Strategien, Umdeutungen, chaotischen Wendungen und rhetorischen Verschleierungen, die im Namen des Kommunismus verwendet wurden, um den allgemeinen antifaschistischen Konsens der Linken aufzubrechen und den Antifaschismus ebenso wie die linke Solidarität zu zersetzen, um schließlich das nationale Prinzip endgültig zu etablieren. Zur selben Zeit wurden Konzepte wie die „Volksrepublik“, welche ihre volle Bedeutung erst nach dem Krieg erlangten, nach den Vorgaben aus der Paktperiode entwickelt. Stalins abstruse Doppelstrategie, von der aktiven Kooperation mit dem Nazi-Regime beim Aufbau einer neuen Weltordnung zu profitieren und die internationalen kommunistischen Strukturen diesem Zweck anzupassen, brach dann jedoch infolge der „Operation Barbarossa“ im Juni 1941 in sich zusammen.

Den Kommunistischen Parteien kam während der Paktperiode die Aufgabe zu, propagandistische Anstrengungen, im Sinne eines höchst nebulösen Antiimperialismus und eines abstrakten Protestes gegen den Krieg an sich, zu unternehmen und dabei jede fundamentale Kritik am nationalsozialistischen System zu vermeiden. Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs, ausgelöst durch Hitlers Überfall auf Polen, erklärte die Komintern den „französisch-englischen Imperialismus“ zum Hauptfeind und nicht den Aggressor Hitlerdeutschland. Der blutige Vormarsch der Wehrmacht in Westeuropa wurde von Stalin und Molotov hingenommen und gerechtfertigt, implizit oder *expressis verbis*. Die Kommunistischen Parteien besetzter Länder wie Frankreich oder Belgien versuchten nach entsprechenden Instruktionen aus Moskau sogar mit den deutschen Besatzungsbehörden zu verhandeln, um ihre Legalität und die Herausgabe der Parteipresse zu erreichen. Stalins Winterkrieg gegen Finnland 1939/1940 und der Vormarsch der Roten Armee in Mittelosteuropa wurden von ihnen bejubelt, während Ernst Thälmann und tausende andere Kommunisten in den Konzentrationslagern litten und starben. Intellektuelle, Verleger und linke Buchklubs, die dem neuen nationalen Kurs nicht folgten oder das Hitlerregime als gemeinsamen Feind betrachteten, wurden dämonisiert und weiterhin als „Trotzkisten“ gebrandmarkt.⁴⁴⁹ Walter Ulbricht forderte nicht nur die Streichung des diffamierenden Wortes „Nazi“ aus dem Vokabular der Kommunistischen Partei, sondern auch die Legalisierung der deutschen Kommunisten in Deutschland und rief die exilierten Kommunisten, die sich in benachbarten Ländern verbargen oder in Haft befanden, dazu auf, nach Deutschland zurückzukehren und sich an der Parteiarbeit im Reich zu beteiligen (!).⁴⁵⁰ Ebenso wie die Komintern schwiegen viele Kommunistische Parteien in der Periode von 1939 bis 1940 gegenüber den sich nun verstärkenden Verfolgungen der Juden.

⁴⁴⁹ Ein solcher Fall war der britische „Left Book Club“, der Schriften von linken Intellektuellen wie George Orwell und Arthur Koestler veröffentlichte. Die Komintern führte eine Dämonisierungskampagne gegen den Buchklub durch, dem er antikommunistische Veröffentlichungen vorwarf. Siehe Bayerlein, *Der Verräter*, S. 259.

⁴⁵⁰ Hierzu auch die bisher einzige Edition chiffrierter Telegramme der Komintern: Bernhard H. Bayerlein, Mikhail Narinski, Brigitte Studer, Serge Wolikow (Hrsg.): *Moscou-Paris-Berlin. Télégrammes chiffrés du Komintern 1939–1941*. Paris: Tallandier 2003. S. 264 (Direction éditoriale: Denis Peschanski).

Auch wenn es während der Paktperiode keinen allgemeinen Widerstand gegen das Hitlerregime geben durfte, wurde die „neutrale“ Haltung der Kommunistischen Parteien freilich nicht im kompletten Zeitraum aufrechterhalten. Dies war einerseits auf den zunehmenden Druck einer weiterhin antifaschistisch eingestellten Mitgliedschaft, andererseits auf die zunehmende Verhärtung der deutsch-russischen Beziehungen nach dem Molotov-Besuch in Berlin im November 1939 und zu Beginn des Jahres 1940 zurückzuführen. Weniger bekannt war bisher, dass die Komintern nach der Veränderung der internationalen Situation im Sommer 1940 die Kommunistischen Parteien in den besetzten Ländern instruierte, den deutschen Vormarsch zumindest propagandistisch zu verurteilen und – so seit Sommer 1940 – die nationale Selbstbestimmung für die besetzten Länder zu fordern. Offensichtlich hatte die sowjetische Führung die Niederlage Frankreichs, für die sie gleichwohl Hitler beglückwünscht hatte, samt ihrer desaströsen Konsequenzen nicht vorhergesehen und versuchte nun, im begrenzten Umfang zu reagieren und gegenzusteuern.⁴⁵¹ Dies änderte jedoch nichts an den weiterhin guten Beziehungen mit NS-Deutschland auf bilateralem Niveau, während den Kommunistischen Parteien weiterhin untersagt blieb, Kontakte zu den politischen und militärischen Bewegungen des Widerstandes oder den antifaschistischen Strömungen in den Exilländern aufzunehmen.⁴⁵²

Deutscher „Überfall“ und „Großer Vaterländische Krieg“: Nationale Dynamiken und Auflösung der Kommunistischen Internationale (1941–1943)

Hinsichtlich der letzten Phase der Kominterngeschichte bis zu ihrer Auflösung im Mai/Juni 1943 und der zunehmend nationalen Ausrichtung der Kommunistischen Parteien im Verlauf des Zweiten Weltkrieges wurde die Gesamtheit der Aktionen, Artikulationen und besonders auch der militärische Beitrag der Kommunistischen Internationale seit dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 noch nicht vollständig aufgearbeitet und ausgewertet. Die Dimitrov-Tagebücher zeigen, dass internationalistische Konzepte, wie bsw. eine militärische Beteiligung der Komintern an der Abwehr der deutschen Invasion (vergleichbar mit den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg), verworfen wurden und dem Konzept des (nationalen) „Großen Vaterländischen Krieges“ untergeordnet wurden⁴⁵³ und dies, obwohl nicht nur unter den Kommunisten weltweit eine hohe Bereitschaft existierte, die Sowjetunion auch mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Stattdessen wurden

⁴⁵¹ Bayerlein, *Der Verräter*, S. 284ff.

⁴⁵² Dieser Kurs wurde erst von Januar 1941 an wieder graduell geändert. Siehe Bayerlein, Narinski, Studer, Wolikow, *Moscou-Paris-Berlin*, S. 370f.

⁴⁵³ Zu Stalins und Molotovs Herleitung des nationalen Charakters des Krieges siehe Dimitroff, *Tagebücher*, S. 393.

die Kommunisten aufgefordert, sich in die heimischen, nationalen Widerstandsstrukturen zu integrieren, die jedoch nur bedingt von der Sowjetunion unterstützt wurden. So erhielten die jugoslawischen Partisanen in den ersten entscheidenden Kriegsjahren keine finanzielle und logistische Unterstützung aus Moskau, trotz des Drängens Dimitrovs als Generalsekretär der Komintern.⁴⁵⁴ Insgesamt führte dies zu der paradoxen Situation, dass die Kommunistische Internationale, obwohl sie für Propaganda und Spionage sowie die Kriegsgefangenenarbeit reaktiviert wurde, nicht mehr öffentlich in Erscheinung treten durfte, ein Prozess des allmählichen Abtauchens der Kommunistischen Internationale, der unter dem Signum des Paktes begonnen hatte. Alle Betätigungen dieser Art wurden begrenzt oder gar völlig geheim gehalten, auch, aber nicht nur wegen der Evakuierungen hinter den Ural ab Oktober 1941, als Moskau durch den deutschen Vormarsch bedroht wurde.

Von sowjetischer Seite wurde die nationale und partiell nationalistische Komponente des Vaterländischen Krieges seit August 1941 nicht nur als „internationalistisches“ Ziel umgedeutet und gerechtfertigt, sondern auch durch die Wiederbelebung des Panslawismus unterlegt.⁴⁵⁵ Dabei wurde der Krieg Russlands gegen Napoléon von 1812 als „vaterländischer Krieg“ nicht zufällig evoziert. Die Gründung einer allslawistischen Bewegung erfolgte unter Beteiligung einiger der prominentesten Mitglieder der russischen Intelligenzia, darunter Dmitrij Dmitrievič Šostakovič, und Aleksej Tolstoj, die in der Periode des Paktes 1939 bis 1941 gegen England und den „Imperialismus“ ausgerichtet wurde und nun, zwischen 1941 und 1945, eine antideutsche Stoßrichtung erhielt. Kurz vor der Auflösung der Komintern 1943 wurde ein spezielles allslawisches internationales Netzwerk unter sowjetischer Führung ins Leben gerufen, das auch die slawischstämmige Bevölkerung in angelsächsischen und lateinamerikanischen Ländern mit einbeziehen sollte. Dimitrov selbst nahm als Generalsekretär der Komintern an einigen Sitzungen dieser slavophilen Internationale teil. Parallel dazu wurden die innersowjetischen nichtslawischen Minderheiten „gesäubert“, mit der Liquidierung der deutschen und muslimischen autonomen Republiken als herausragenden Beispielen.

Als eine intendierte Reaktion auf die deutsche Invasion transformierte sich die prodeutsche Ausrichtung des Stalinismus in einen slawischen Nationalismus. Damit waren neue Probleme verbunden, die nicht zuletzt die deutschen Kommunisten betrafen, was zu paradoxen Situationen führte. So kam es dazu, dass sich im Herbst 1941 Ulbricht bei Togliatti, dem für Deutschland zuständigen Komintern-Sekretär, über die Zensur der deutschen Sendungen im internationalen Rundfunk der Sowjetunion beschwerte. Weiterhin wurde Klage darüber geführt, dass jegliche sozialisti-

⁴⁵⁴ Zu den drängenden Versuchen Dimitrovs, doch noch eine Unterstützung zu erreichen, siehe Dimitroff, Tagebücher, Einträge vom 12.9.1941, 19.12.1941 u. a.

⁴⁵⁵ Siehe neben den Dimitrov-Tagebüchern Lebedeva, Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 106f.; Mit einigen Fehlern ebenfalls in Ju. S. Girenko: Stalin-Tito. Moskva: Izdatel'stvo političeskoj literatury 1991. S. 95f.

sche Propaganda verboten worden sei, dass rechtsgerichtete politische Kräfte, wie die preußischen Junker, nicht mehr als „reaktionär“ bezeichnet werden dürften, dass jegliche demokratisch gesinnte Propaganda verboten worden sei, ebenso wie Anspielungen auf die früheren guten Beziehungen und den gemeinsamen Kampf deutscher und russischer Kommunisten gegen das System von Versailles und die Nachkriegsordnung, die auf den Ersten Weltkrieg folgte.⁴⁵⁶ Die chauvinistische, antideutsche Kampagne wurde auf die deutschen Kommunisten ausgeweitet, von anderen kommunistischen Parteien übernommen und schließlich auch zum Thema in der Propaganda der Widerstandsbewegungen.

Proteste wie die Vargas', der argumentierte, dass diese Kampagnen antidialektisch seien und nicht mit dem Marxismus in Einklang stünden, zeigten zwar, dass die These von der Kollektivschuld nicht von der Gesamtheit der sowjetischen kommunistischen Partei mitgetragen wurde, doch führte dies bsw. in der französischen KP zu chauvinistischen Ausfällen. So sprach man vom „unreinen Blut der Besatzer“, das „vergossen werden muß“, um den „Haß des Volkes“ zu befriedigen.⁴⁵⁷ Das patriotische und nationalistische sowjetische Kriegsbias verstärkte die Ausrichtung der Komintern, von revolutionären Projekten Abstand zu nehmen. In einigen Fällen sollte sogar der Begriff „Kommunist“ vermieden werden. Nachfolger alter kommunistischer Parteien wurden umbenannt und mussten sich (nationale) „Volks-“ oder „Arbeiterpartei“ nennen (bsw. Arbeiterpartei in Polen, Tudeh-Partei im Iran). Die einzige existierende revolutionäre Mission erfülle nun, wie es Stalin zu Dimitrov sagte, die Rote Armee. Die Wiederbelebung des Antifaschismus erfolgte nun ohne die archetypischen antifaschistischen Protagonisten. Ihre Rolle nahmen nun die Helden der Zarenzeit ein: Michail Kutusov, Aleksandr Suworov, selbst Peter der Große und sogar Ivan IV. („der Schreckliche“).⁴⁵⁸ Der neue Antifaschismus mit nationalistischen Einsprengseln löste sich von der Idee der internationalen Solidarität – aus Sicht des klassischen Antifaschismus ein unmöglicher Gedanke.⁴⁵⁹

Weitere spezifische Antworten auf die deutsche Invasion und den sie begleitenden Terror während des Zweiten Weltkrieges können hier nur angedeutet werden. So waren die Kommunistischen Parteien auf ihrem weiteren Weg, spätestens seit Stalins Rede vom 3. Juli 1941, gezwungen, neben umfassender Spionage und Subversion hinter den Linien den individuellen Terror als vermeintlich neue Waffe und Not-

⁴⁵⁶ SAPMO-BArch, Berlin. RY 5/I 6/3/287, 20; Publ. in Bayerlein, *Der Verräter*, S. 400f.

⁴⁵⁷ Jenő Varga: Unveröffentlichtes Manuskript [Politisches Testament], Moskau, 1963/1964. In: Gerhard Duda: Jenő Varga und die Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik. Zu den Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Auslandsanalyse. Berlin: Akademie-Verlag, 1993. S. 359–447, hier: S. 408f.

⁴⁵⁸ Eigentlich: „Der Strenge“. Zu dieser ideologischen und geschichtspolitischen Wende vgl. Ilja Ehrenburg: *Menschen. Jahre. Leben. Autobiographie*. II. München 1965. S. 331.

⁴⁵⁹ Siehe u. a. eine Bilanz in David Brandenberger: „From proletarian internationalism to populist russocentrism. Thinking about ideology in the 1930s as more than just a „Great Retreat“, <http://nationalism.org/library/science/ideology/brandenberger/brandenberger-havighurst.pdf> (15.7.2013).

wendigkeit zur Verteidigung der Sowjetunion einzusetzen.⁴⁶⁰ Die Ausbreitung einer solchen Taktik über ganz Europa zählte keineswegs traditionell zum Methodenarsenal der Komintern und nicht zu den Grundkonzepten, was sich in der Ablehnung jeglicher individueller Terrormaßnahmen in den dreißiger Jahren äußerte. Scheinbar diente dies der Schaffung eines imaginierten Monopols auf den bewaffneten Widerstand und zugleich als Identifizierungsmoment mit der Gesamtheit aller politischen Maßnahmen a posteriori (Pierre Broué). Damit änderten die Kommunistischen Parteien, zum dritten Mal seit der Gründung der Kommunistischen Internationale 1919, grundsätzlich ihren *Modus operandi*. Ein allgemeiner Diversifizierungsprozess führte innerhalb der kommunistischen Bewegung zu neuen Rahmenbedingungen für die unterschiedlichen „Nationalen Fronten“ und Kriegsbündnisse, zu deren Abstimmung mit den Kriegsallianzen sowie zur vorbereitenden Anpassung an die neue Rolle der Sowjetunion im Europa der Nachkriegszeit.

Ein höchst spektakuläres Beispiel der „Nationalen Front“, die einen Paradigmenwechsel anzeigte und auch „neue“ Kommunistische Parteien hervorbrachte, war die mit Hilfe Stalins und Togliattis im April 1944 erwirkte, unter dem Schlagwort „Wende von Salerno“ bekannt gewordene Einbindung der PCI in die nationale Koalition, die den Marschall Pietro Badoglio, Herzog von Addis Abeba (!), und die Monarchie einschloss („La svolta di Salerno“).⁴⁶¹ Auch in anderen Ländern sollten die Arbeiter der mit der UdSSR verbündeten Nationen von einer Art modifizierten Neuauflage des „Burgfriedens“ unter Beteiligung der nationalen politischen Führung überzeugt werden, was durch die außergewöhnlichen Notwendigkeiten zur Verteidigung des „Sozialistischen Vaterlandes“ legitimiert wurde. Bis zu einem gewissen Grad wurde dabei nicht nur der Antifaschismus, sondern auch der Antiimperialismus aufgegeben, sofern es den Interessen der Sowjetunion diente. Der europäische Widerstand und die Partisanenbewegung – generell als Bewegungen „zur nationalen Befreiung“ bezeichnet – trugen ihrerseits zur Diversifizierung, sowohl bezüglich ihres normativen Handlungsrahmens, als auch der finanziellen und logistischen Unterstützung durch Sowjetunion oder Komintern bei. Die Diversifizierung betraf ebenfalls die koloniale und halbkoloniale Welt, die die Sowjetunion in ihre Kriegspolitik einband. Besonders dramatisch wurde dies in den Instruktionen der Komintern an die britischen, niederländischen, portugiesischen, indischen, indochinesischen oder ceylonesischen Kommunisten, den Kampf für eine völlige Unabhängigkeit der Kolonien

⁴⁶⁰ Der renommierte Mathematiker und Sekretär Trotzki, Jan van Heijenoort, bezeichnete in einem der wenigen analytischen Artikel zum Thema die neue Taktik als „vulgären chauvinistischen Opportunismus“. Siehe Marc Loris (i. e. Jean van Heijenoort): *Revolutionary Tasks under the Iron Heel*. In: *Fourth International* (November 1942). S. 333–338.

⁴⁶¹ Siehe Michail M. Narinskij: „Togliatti, Stalin e la svolta di salerno“. In: *Studi Storici* XXXV (1994). Nr. 3. S. 657–666; Eher im Sinne von Togliattis Standpunkt: Aldo Agosti: *Palmiro Togliatti*. Torino: UTET 1996. S. 275f.

nicht mehr zu unterstützen.⁴⁶² Nachdem die abessinische Krise Mitte der 1930er Jahre bereits die Abkehr der offiziellen Sowjetunion von den Prinzipien des Antikolonialismus und der Unterstützung unterdrückter Nationen offenbart hatte (siehe Politbüro VKP(b), 4.10.1935), kam dies einer grossen nationalistisch motivierten Welle des Verzichts auf Antikolonialismus und den traditionellen anti-imperialistischen Zielen der kommunistischen Bewegung gleich, hier zugunsten einer Zusammenarbeit mit den alliierten Kolonialmächten im vermeintlichen Interesse der Sowjetunion. Dass zwischenzeitlich auch die Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit aufgelöst wurde, erscheint nur folgerichtig.

Statt einer Bilanz: Für einen neuen Diskurs über Geschichte

Je mehr neue Dokumente zum Vorschein kommen, desto stärker werden orthodoxe und traditionalistische Sichtweisen, die beispielsweise das taktische Geschick oder die antifaschistische Zielsetzung des Stalinismus hervorheben, zugunsten eines transnationalen und zugleich herrschaftskritischen Ansatzes der Stalinismusforschung unterminiert. Der Stalinismus – und mit ihm die Komintern und die Kommunistischen Parteien – trugen in erheblichem Maße zu den Katastrophen des Weltsystems im 20. Jahrhundert bei. Mit Blick auf neue Forschungen erweist sich der Nachfolger Lenins gerade als das Gegenteil eines internationalen Revolutionärs, nur allzu oft als Alleinherrscher, „der andere politische Führer nicht verstand, die internationale Situation völlig falsch einschätzte, irrige Politiken in die Wege leitete und vielversprechende Gelegenheiten verpasste“.⁴⁶³ Über die tragische Wirkungsgeschichte seines Regimes in der Sowjetunion hinaus sind die transnationalen Auswirkungen des Stalinismus und seine strategische Rolle im Weltsystem, darunter nicht zuletzt seine ebenfalls transnational maßgeblichen, zur Entwertung und Diskreditierung von Menschheitszielen beitragenden kulturellen Praktiken, stärker in die Forschung einzubeziehen.

462 Zu den Konsequenzen der nationalen Wendung für den Antikolonialismus der Komintern siehe Sobhanlal Datta Gupta: *Comintern and the Destiny of Communism in India 1919–1943. Dialectics of Real and a Possible History*. Bakhrahah: Seribaan 2006. S. 205–234; Demnächst Fredrik Petersson: *Willi Münzenberg, the League against Imperialism, and the Comintern. 1925–1933*. 2 Bde. Lewiston/New York: Edwin Mellen Press 2013 (Doctoral Thesis. Åbo Academy University).

463 Teddy J. Uldricks: *Icebreaker Redux. The Debate on Stalin's Role in World War II Continues*. *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 11 (2010). Nr. 3. S. 649–660, hier: S. 660.

Sowjetunion und Komintern im Weltsystem

Internationalismus, Solidaritätsbewegungen und auch der Kommunismus waren Kennzeichen der klassischen Moderne. Nicht zuletzt als Reaktion auf den Zusammenprall der imperialistischen Nationen und dem daraus entstandenen Schlachtfeld der Völker im Ersten Weltkrieg setzte sich die junge Sowjetunion zunächst bewusst über das hegemoniale Konzept der Nation hinweg. Auch allgemein wurde der „globale Bezugsrahmen“ des imperialistischen Staatensystems als zu eng empfunden, das Ziel war die Ausweitung und Überwindung der Dichotomie zwischen Nationalstaat und Weltsystem (Wallerstein) oder zwischen Nationalökonomie und Weltmarkt.⁴⁶⁴ Dies erforderte einerseits, die Weltgesellschaft zu antizipieren, andererseits im nationalen Rahmen wirkende Modernisierungsprozesse anzustoßen.⁴⁶⁵ Die Ziele reichten vom Hineinwachsen in die bürgerliche Moderne bis zur Realisierung des weltweiten Sozialismus und Kommunismus als Idealform. Die Quellen waren die bürgerlichen Reformbewegungen und die Arbeiterbewegung des XIX. Jahrhunderts in reformerischer, liberaler und revolutionärer Ausprägung, die sich jeweils an die politisch-/philosophischen Hauptströmungen anlehnten. Mit dem großen Zulauf und den Erfolgen dieser Organisationen baute sich seit den zwanziger Jahren darüber hinaus ein national und international unterschiedlich ausgeprägtes kulturell-ästhetisches, lebensweltliches und weithin mentalitätsprägendes „Zwischenreich“ (Karl Schlögel) auf, das sozusagen nach der globalen Überwindung des Weltsystems lechzte.

Der ab Mitte der 1920er Jahre vor allem unter Stalin und Bucharin begonnene Nationalisierungsprozess färbte zeitverzögert auch auf die Kommunistischen Parteien ab und führte dann im Rahmen des hier dokumentierten, äußerst spannenden historischen Prozesses jedoch zur De-Internationalisierung der Komintern, die jegliche Eigenständigkeit als Akteur verlor. Die auf die globale Befreiung des Proletariats und die Durchbrechung des kapitalistischen Weltsystems orientierte Komintern wurde im Stalinismus zur alleinigen Unterstützung der nachholenden Entwicklung der Sowjetunion umfunktionalisiert und ihre internationalen Netzwerke und Kommunikationsnetze wurden darauf ausgerichtet. Intermediäre, zunehmend sowjetisch dominierte und zunehmend auf die reine formale Organisation fokussierte Institutionen wie die Kommunistischen Parteien und „emanzipatorische Alternativen auf globaler Ebene“ (Stickler)⁴⁶⁶ ließ man ins Leere laufen oder sogar unterdrücken. Mit der Chimäre des „Sozialismus in einem Lande“ getarnt, wurde der Aufbau eines neuen großrussischen Staates nicht mehr international und revolutionär, sondern nur noch als Export des sowjetischen Modells vermittelt, falls erforderlich, auch gewaltsam

⁴⁶⁴ Siehe auch zur historischen Entwicklung des Weltsystems Robert Kurz: *Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems*. Berlin: Edition Tiamat 2005.

⁴⁶⁵ Siehe Wallerstein, *Social Science and the Communist Interlude*.

⁴⁶⁶ Hierzu heranzuziehen Stickler, Nichtregierungsorganisationen.

durch die Rote Armee.⁴⁶⁷ Insofern ging es bei der Ausschaltung der zumeist internationalistisch sozialisierten und positionierten Oppositionellen nicht ausschließlich um Parteiführungs- bzw. Nachfolgeprobleme, sondern um die Theorie und Praxis der internationalen Revolution und um die Rolle und Position der Sowjetunion im internationalen Kontext und in den internationalen Beziehungen. Trotz dieses fundamentalen Wandels gelang es im Stalinismus, große Teile der internationalen Weltmeinung für das als Sinnbild der idealen Weltgesellschaft präsentierte Modell der Industrialisierung des „Vaterlands der Werktätigen“ zu gewinnen und dabei mit einer weltumspannenden „cultural diplomacy“ zu umgarnen bzw. zu blenden.

Kommunistische Parteien und nationale Unabhängigkeitsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika wurden dabei ideologisch kompatibel gemacht und instrumentalisiert. Der Rückzug vom originären bolschewistischen Projekt erfolgte parallel für die kapitalistischen Zentren und die mit der „Baku-Perspektive“ verknüpften Ziele in der großen Peripherie.⁴⁶⁸ Die antikoloniale und antiimperialistische Aufbruchsstimmung Anfang der 1920er Jahre, als Lenin, nicht Wilson, weltweit zum Meinungsführer des „antikolonialen Nationalismus“ und des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung aufstieg, wurde nur noch als Hülle befördert.⁴⁶⁹ Diese Transition vollzog sich zunächst durch die Einhegung im Sinne rein formaler Organisation (Stichwort: „Bolschewisierung“ etc.) und im zweiten Schritt durch eine zunehmend schärfere bürokratische Kontrolle, den Einsatz von Terror und schließlich die Liquidierung der internationalen Kommunikationskanäle, Verbindungsstrukturen, ganzer kommunistischer Parteien und der eher horizontal und „demokratischer“ ausgerichteten internationalen Massenorganisationen. Das „Sonnensystem der Kommunistischen Internationale“ (Kuusinen) als zentraler Träger einer neuen Massenkultur stürzte wie ein Kartenhaus zusammen. Die „dream houses of the collective“ (Walter Benjamin) entpuppten sich als „Potemkinsche Dörfer“ (Lev Trotzki).

Der Funktionswandel reduzierte die Kommunistischen Parteien neben der kommunikativen Sprachrohrfunktion auf eine Hilfsfunktion im Ausnutzen der interimperialistischen Widersprüche, letztlich als Druckmittel auf die nationalen Regierun-

467 Siehe hierzu Albert, *From World Soviet to Fatherland of All Proletarians*; Jan Foitzik: Der proletarische Internationalismus des sozialistischen Weltsystems. Die Mythologisierung des sowjetischen Führungsanspruchs. In: *vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 46 (2007). Nr. 1. S. 115–124.

468 Vom 1.–8.9.1920 fand in Baku der „Erste Kongress der Kommunistischen und revolutionären Organisationen des Fernen Ostens“ statt, siehe John Riddell, John (Hrsg.): *To See the Dawn. Baku 1920. First Congress of the Peoples of the East*. New York: Pathfinder 1993 (*The Communist International in Lenin's Time*). Wallerstein sieht Baku verfrüht als zweiten Wendepunkt der Integration des internationalen Kommunismus in das Weltsystem. Nach dem Wiederzusammenbau („reassembling“) des russischen Empires sei damit die Verlagerung der revolutionären Schwerpunkte von den Zentren in die Peripherien und Semiperipherien erfolgt, siehe dazu Wallerstein, *Social Science and the Communist Interlude*.

469 Erez Manela: *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anti-colonial Nationalism*. Oxford: University Press Oxford 2007. S. 7f.

apparate in den Zentren bzw. die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen in den (semi-)kolonialen Ländern. Allerdings bewirkte der Paradigmenwechsel noch lange nicht, dass die Parteimitglieder dies auch „schluckten“ bzw. mitvollzogen. Neue Oppositionen und Resistenzen innerhalb und außerhalb der Parteiapparate waren ständige Begleiter auch des Stalinismus.

Stalinismus und Deutschland-Russland-Komplex

Trotz der welthistorischen Niederlage gegenüber dem Nationalsozialismus im Jahre 1933, die das Weltsystem komplett neu ausrichtete, diente die deutsch-russische Achse dem Stalinismus weiterhin als vermeintlich auch langfristig ökonomisch und politisch erfolgreiches Mittel zur nachholenden Modernisierung der Sowjetunion. Der Deutschland-Russland-Komplex blieb weiterhin zentral,⁴⁷⁰ fußte nur nicht mehr auf revolutionärer Grundlage. Deutschland galt nicht länger, wie noch in der Leninschen Ära, als Epizentrum der Revolution, für die jeder russische Kommunist sein Leben opfern würde. Anfang der 1930er Jahre wurde die „Nationalisierung“ kommunistischer Strategie und Taktik auch in Deutschland durch Konzepte wie das „Programm der nationalen und sozialen Befreiung“ oder der „Volksrevolution“ (1932) vorangetrieben.⁴⁷¹ Zu keinem Zeitpunkt in den 1930er Jahren stufte die Komintern die Situation in Deutschland als revolutionär, nicht einmal als vorrevolutionär ein. Die katastrophale Niederlage in Deutschland 1933 war der Beleg dafür, dass die KPD, wenn überhaupt, für die sowjetische und die Kominternführung nur noch eine Hilfsfunktion im Weltsystem erfüllte. Mehr noch: Die Kommunisten in den diktatorischen Regimen von Portugal über Spanien und Italien bis nach Deutschland wurden verpflichtet, in die faschistischen Strukturen vorzudringen und dort zu arbeiten. So implizierte „Nationalisierung“ der Parteien zugleich eine Neudefinition der Pflichten der Mitglieder. Über die Arbeit in den faschistischen Organisationen hinaus wurde die den Traditionen der Arbeiterbewegung völlig fremde nachrichtendienstliche Tätigkeit, hier für die Sowjetunion, zur legitimen Artikulation von Militanz.⁴⁷²

470 Zum Deutschland-Russlandkomplex vgl. Gerd Koenen (Hrsg.): *Deutschland und die Russische Revolution. 1917–1924*. München: Fink 1998 (West-Östliche Spiegelungen. A 5); Ders.: *Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten. 1900–1945*. München: Beck 2005; Jan Fotzik: *Der deutsche Rußland-Komplex 1945–47: Ostorientierung und Befreiungsambition*. Unveröff. Ms., demnächst in: *Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen*. Berlin/Moskau.

471 Man war nicht mehr weit vom Konzept der „Volksdemokratie“ entfernt. Vgl. Claudín, *The Communist Movement*; Serge Wolikow: *Le Front populaire en France*. Bruxelles: Editions Complexe 1996; Serge Wolikow, Annie Bleton-Ruget (Hrsg.): *Antifascisme et Nation. Les Gauches européennes au temps du front populaire*. Dijon: EUD 1998.

472 Beispiele sind die „Betriebsberichterstattung“, die „Arbeiterkorrespondenten“ oder auch die sog. „Freundschaftsorganisationen“.

Die neuen Komintern- und VKP(b)-Dokumente erfordern eine Korrektur in den Betrachtungen der bilateralen staatlichen Beziehungen und der Rolle der VKP(b) für das sowjetisch-deutsche Verhältnis bis 1941. Die Beschlüsse des sowjetischen Politbüros belegen, dass die Sowjetunion in den 1930er Jahren nicht antifaschistisch ausgerichtet war, dem politischen Massenmord an den deutschen Kommunisten und Linken insgesamt gleichgültig bis wohlwollend gegenüberstand und seit dem nationalsozialistischen Machtantritt eine Massenpropaganda gegen Hitlerdeutschland tatsächlich nicht existierte (man vergleiche nur die sowjetische Kampagne für die deutsche Revolution 1923!), ja die sowjetische Presse die Bevölkerung über die strategischen Absichten und den realen Charakter des NS-Regimes nicht informierte. Der russische Historiker Besymenskij vermutete, dass eine Kritik an Hitlerdeutschland die mit den laufenden Annäherungsversuchen verbundenen Schachzüge durchkreuzt hätte.⁴⁷³ Münzenberg lag richtig, als er ähnliches auch der Kominternpolitik gegenüber Deutschland im Jahre 1933 bescheinigte. Allerdings beging er, wie viele seiner Genossen, den Fehler, sich mit seiner Fundamentalkritik und seiner Empörung ausgerechnet an Stalin selbst zu wenden.

Selbst die bisher freigegebenen Dokumente aus dem Stalin-Archiv stellen die antifaschistische Ausrichtung der Sowjetunion in Frage. Auch das notorisch doppeldeutige Engagement im Spanischen Bürgerkrieg vermag diese These nicht fundamental zu falsifizieren. Antifaschistische Bekenntnisse waren nur vorgeschoben, wie es der Mitbegründer der KP Italiens, Pietro Tresso, darlegte. Während Stalin nach außen als der überzeugteste Hitler-Gegner galt, funktionierte die stalinistische Sowjetunion nicht nach der Dichotomie Faschismus/Antifaschismus, sondern ausschließlich nach derjenigen von Freund und Feind. Kollektive Sicherheit, demokratische Verfassung, Volksfront, später auch die Antikriegspolitik waren mit unterschiedlichen ideologischen Inhalten gefüllte, in die Sprache des „Marxismus-Leninismus“ transliterierte instrumentelle Hüllen, die in erster Linie zur Selektion, zur Aussonderung herangezogen wurden.

Wie bereits zur Vertuschung des Thälmann-Wittorf-Skandals im Herbst 1928⁴⁷⁴ hielt die Komintern auf Druck Stalins sowohl am kommunistischen „Führer“ als auch 1933 an der schematisch gegen die Sozialdemokratie gerichteten Politik fest. Zusätzlich wurden diejenigen aus der Parteiführung entfernt, die, wie Heinz Neumann, Hermann Remmele und Willi Münzenberg – hier durchaus affin zu den realistischen Faschismusanalysen August Thalheimers und Lev Trozki – ein konsequenteres antifaschistisches Engagement, eine revolutionäre Ausrichtung und nicht zuletzt eine „Einheitsfrontpolitik“ einforderten. Der fähigste antifaschistische Propagandist, den die Komintern besaß, schrieb als erklärter Hauptfeind von Hitler und Goebbels an den „Lieben Freund“ (vermutlich Stalin) am 20. Juli 1933: „Ich fühlte, dass, wenn man mir nicht Steine in den Weg geschmissen hätte, mir die Freiheiten in meinen Reihen gegeben hätte, die die nationalsozialistischen Propagandisten in ihren Reihen haben,

⁴⁷³ Lew Besymenskij: Stalin und Hitler: Das Pokerspiel der Diktatoren. Berlin: Aufbau 2002. S. 78.

⁴⁷⁴ Siehe hierzu Weber, Bayerlein, Der Thälmann-Skandal.

ich mich jeden Tag mit ihnen gemessen hätte und bereit bin, mich morgen mit ihnen zu messen.“ (Dok. 330). Neumann und Remmele kamen im Stalinschen Terror um. Münzenberg selbst starb 1940 unter noch nicht aufgeklärten Umständen, kurz bevor ein NKVD-Agent Trotzki ermordete. Doch die Erfolgsgeschichte der Sowjetunion als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs überstrahlte bisher, dass Stalin maßgeblich zur Realisierung von Hitlers strategischen Plänen beitrug, die KPD zu zerstören und den Einfluss der Kommunistischen Internationale sowohl transnational als auch als Instrument sowjetischer Politik definitiv zurückzudrängen.

Für den Kulturphilosophen Walter Benjamin, der sich ebenfalls 1940 auf der Flucht zwischen Pyrenäen und Mittelmeer, dort vielleicht, wo Europa am schönsten ist, das Leben nahm, war mit dem Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes im Sommer/Herbst 1939 tatsächlich die Situation eingetreten, in der „die Politiker, auf die die Gegner des Faschismus gehofft hatten, am Boden liegen und ihre Niederlage mit dem Verrat an der eigenen Sache bekräftigen“. Und Benjamin fährt fort: „Die Betrachtung geht davon aus, dass der sture Fortschrittsglaube dieser Politiker, ihr Vertrauen in ihre ‚Massenbasis‘ und schließlich ihre servile Einordnung in einen unkontrollierbaren Apparat drei Seiten derselben Sache gewesen sind. Sie sucht einen Begriff davon zu geben, wie teuer unser gewohntes Denken eine Vorstellung von Geschichte zu stehen kommt, die jede Komplizität mit der vermeidet, an der diese Politiker weiter festhalten.“⁴⁷⁵ Benjamins aufrüttelnder Aufruf an das „politische Weltkind“ – seine Generation –, zwischen dem Kampf gegen den Faschismus, der Idee des Kommunismus und der sowjetischen Realität definitiv zu unterscheiden, bleibt weiterhin aktuell, nicht zuletzt für die Geschichtswissenschaft.

⁴⁷⁵ Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte (1940). In: Ders.: *Gesammelte Schriften*. Hrsg. von R. Tiedemann u. H. Schweppenhäuser. Frankfurt/M. 1991. Bd. I, 2. S. 691–704, hier: S. 698.